A 482 8°

# Sachsen und Preussen um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts.

Ein Beitrag

zur Geschichte des österreichischen Erbfolgekrieges.

## Habilitationsschrift

welche

nebst den beigefügten Thesen

mit Genehmigung der

**hohen philosophischen Fakultät der Königl. Universität zu Breslau**

zur

Erlangung der venia legendi

**Sonnabend, den 16. April 1904**

vormittags 10¼ Uhr

**in der Aula Leopoldina**

öffentlich verteidigen wird

**Dr. phil. Johannes Ziekursch.**

330/1911

**Opponenten:**

Dr. phil. Wilh. Kothe.
Dr. phil. G. Schneider.

**Breslau**
Verlag von M. & H. Marcus
1904.

MOTTO:

Unusquisque tantum juris habet,
quantum potentia valet.

Spinoza, Tractatus Politicus, II, § 8.

# Vorwort.

Als ich mich mit den politischen Bestrebungen Augusts des Starken beschäftigte, suchte ich mich darüber zu unterrichten, wie weit der Nachfolger die Pläne des Vaters festgehalten hat. So umfangreich auch die Literatur über das Zeitalter Friedrichs des Großen ist, so gleicht doch das Bild der sächsischen Geschichte, das sich aus ihr ergibt, einem antiken Mosaik, voller Sprünge und großer Lücken, dessen Stücke nicht so recht zueinander passen wollen. Diese Tatsache hat man bisher insofern anerkannt, als man von der vollendeten Charakterlosigkeit der Politik des Grafen Brühl gesprochen hat. Vollen Aufschluß über die Vorgänge in Sachsen, über die Ziele und Leistungen der sächsischen Staatsmänner kann nur das Studium der sächsischen Akten gewähren. Ranke wollte bei der Abfassung seiner „Neun Bücher Preußischer Geschichte“ für die Friderizianische Zeit neben dem Berliner auch das sächsische Material zu Rate ziehen; sein Gesuch wurde aber von der sächsischen Regierung abschlägig beschieden. Arneth begnügte sich naturgemäß, in seiner Geschichte Maria Theresias über Sachsen nur einige Notizen aus den österreichischen Gesandtschaftspapieren zu geben. Spätere Forscher haben bald hier, bald da einen Einblick in die sächsischen Akten getan; aber die erdrückende Masse der Aktenbestände und die gleich zu erwähnende Art ihrer Ordnung behinderten sie, sich einen Überblick über die den einzelnen Maßnahmen zu Grunde liegenden Gesichtspunkte zu verschaffen; sie folgten mehr oder minder den preußischen Gesandtschaftsberichten und den auf ihnen fußenden, weltberühmten Schilderungen König Friedrichs in seiner Histoire de Mon Temps.

Diese Erkenntnis gab mir den Anstoß, mich mit der sächsischen Geschichte und zwar zunächst während des österreichischen Erbfolgekrieges eingehend zu beschäftigen, weil die Ereignisse dieses Zeitraumes die weitere Entwicklung Deutschlands bestimmt haben. So bin ich dazu gekommen, das im sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden befindliche Material zu durchforschen.

Das Ergebnis meiner Studien ist folgendes: Sachsen konnte sich um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts politisch und namentlich wirtschaftlich nur dann weiter entwickeln, wenn ihm die Erwerbung Niederschlesiens glückte. Ihm trat Preußen in den Weg. Ein Ausgleich der beiderseitigen Interessen war nicht zu finden; so gerieten Sachsen und Preußen in Todfeindschaft gegen einander, und der Stärkere behielt Recht.

Meine Darstellung bricht mit dem Beginn des zweiten schlesischen Krieges ab, weil die sächsische Politik der Folgezeit viel bekannter ist, als die der ersten Jahre des österreichischen Erbfolgekrieges, und weil sie, von denselben Gesichtspunkten wie vorher getragen, sich in derselben Richtung weiterbewegte und dieselben Ergebnisse zeitigte. Daß ich bei dem von mir aufgefundenen Material auf den in seinen negativen Resultaten so überaus wichtigen Herbstfeldzug des Jahres 1741 näher eingegangen bin, wird man mir hoffentlich verzeihen.

Vielen Dank schulde ich der Direktion und den Beamten des Dresdner Archivs, der Verwaltung des Berliner Archivs, die mir die preußischen Gesandtschaftsberichte aus Dresden nach Breslau übersandte, und den von mir viel geplagten Beamten der Breslauer Bibliothek.

Noch ein Wort über die Art, wie ich die einzelnen Aktenstücke anführe. Die einlaufenden Berichte wurden seiner Zeit zunächst nach ihrem Herkunftsort, den verschiedenen Gesandtschaften, Heeresabteilungen u. s. w., gesondert. Waren aber wichtige Verhandlungen über den Abschluß eines Bündnisses u. s. w. im Gange, so wurde ein neues Aktenbündel angelegt, und alle Berichte, die irgend eine auf den Gegenstand bezügliche Nachricht enthielten, wurden ausnahmsweise ihm einverleibt. Was der Zufall übrig ließ, Entwürfe, Kopien, die bei dem Tode eines Diplomaten in seinem Besitz befindlichen Papiere, vereinigte man in Sammelbänden. Daher kommt es, daß die für den Histo-

riker zusammengehörigen Stücke oft über verschiedenartige Bündel verstreut sind. Die Faszikel tragen nun eine Aufschrift und die Nummer des Fachs, in dem sie augenblicklich aufbewahrt werden. Ich füge bei jedem angeführten Aktenstück die Fachnummer hinzu; mit Hilfe des folgenden Verzeichnisses ist es mit Leichtigkeit aufzufinden. Wenn zwei Faszikel in einem Fach liegen, so gebe ich in den Fällen, in denen ein Zweifel über die Einordnung herrschen kann, in der betreffenden Anmerkung den nötigen Hinweis.

---

Loc. 422. Journal der Campagne in Böhmen 1741/2.
" 454. Correspondenz des Premierministers Grfn. v. Brühl. Vol. X.
" 457. Dasselbe. Vol. XXXI u. XXXIV.
" 1164. Die Mobilmachung eines Corps v. 20000 Mann nach Kaisers Karl VI. Absterben, dessen Zusammenziehung in 2 Campements u. d. erfolgte Einrückung in d. Kgr. Böhmen.
" 1165. Die in Böhmen gestandene sächs. Armee betreff.
" 1165. Das in Böhmen u. Mähren gestandene Corps. Vol. I. II. III.
" 1166. D. Einrückung d. sächs. Truppen in Böhmen betreffend. 1741.
" 1168. Des Obersten von Meagher Abschickung zur franz. Armee u. daher erstattete Rapports. 1741/2.
" 2658. Des wirkl. Geheimen Raths Grafens v. Bünau zu Püchen Absendung am Churbair. Hofe u. dessen daselbst geführte Negotiation betreff. Vol. I. II.
" 2638. Des Etatministers Johann Adolphens v. Loss Abschickung am Churbair. Hofe u. s. w. 1740/1. Vol. I. II.
" 2639. Die Abschickung des Etatministre Christian Grafens v. Loss am Churbair. Hofe u. s. w. 1741/2. Vol. I. II. III.
" 2677. Des Kammerherrn u. Envoyé Extraordinaire v. Utterodt an d. Kgl. Grossbritann. Hof geführte Negotiation betreff. Vol. III. IV.
" 2678. Dasselbe. Vol. V.
" 2679. Des Kammerherrn Grfn. v. Flemming Abschickung an d. Kgl. Grossbritann. Hof u. s. w. 1743/4. Vol. I. II. III. IVa.
" 2736. Die Abschickung d. Etatministre Joh. Adolph v. Loss an d. Kgl. Französ. Hof u. s. w. 1741/2. Vol. I. II. III.
" 2774. Die Renovation d. Defensivallianz mit Ihro Kgl. Maj. v. Gross-Britannien als Kurf. zu Braunschweig 1741—45. Vol. III.
" 2776. Des Wirkl. Geh. Raths v. Rex Abschickung an des Königs v. England Maj. nach Hannover anno 1741.
" 2776. Envoy secret de Mr. le Conseillé Privé de Guerre Walther à Hannovre en 1743.

Loc. 2880. Négociation de S. E. Mr. le Palatin de Mascovie Comte de Poniatowski, Mrs. de Fritsch, de Schoenberg et de Saul en France et à Francfort après la mort de l'Empereur Charles VI. 1740—42. Vol. I. II. III.

" 2881. Der mit der Königin v. Ungarn unter Garantie d. Russ. Kaiser- u. Kgl. Engl. Höfe vorgewesenen Vergleichs- u. Hilfstraktat anno 1740/1. Vol. I. II.

" 2882. Die v. d. Herrn Geh. Legationsrath v. Saul 1741/2 wegen dessen Verschickung nach Prag, Frankfurt a/M. u. Paris zurückgegebenen Papiere.

" 2882. Des Oberstleutnants Mazani v. Slavedin mit d. Kabinetsminister Grafen v. Brühl 1741 geführte militärische Correspondenz.

" 2883. Der mit d. Königin v. Ungarn i. J. 1743 geschlossene Defensivtraktat.

" 2907. Des Geh. Raths v. Bünau zu Püchen Negociation an dem Wiener Hof betreff. 1741. Vol. III. IV.

" 2908. Des Hofraths v. Lautensac u. Legationsraths v. Saul gemeinschaftlich geführte Negociation am Wiener Hof wegen eines Waffenstillstandes u. Friedens anno 1742.

" 2908. Des Wirkl. Geh. Raths v. Bünau zu Püchen anderweite Abschickung an d. Wiener Hof. Oktober 1742—1744. Vol. I—V.

" 2909. Dasselbe. Juli—Sept. 1744.

" 2972. Ihro Kgl. Maj. in Polen mit Ihro Kgl. Maj. in Preussen geführte Correspondenz 1742.

" 2995. Des Conferenzministre von Bülow an dem Kgl. Preuss. Hof zu Berlin u. in Schlesien geführte Negociation betreff. 1740—1743. Vol. I—V.

" 2996. Dasselbe. 1744. Vol. VI. VII.

" 3019. Des Kammerherrn Frhrn. v. Gersdorf Absendung an d. Russ. Kaiserl. Hof bei Gelegenheit d. Kaiserin Elisabeth Thronbesteigung anno 1742.

" 3019. Die zwischen der Kaiserin Elisabeth u. Ihro Kgl. Maj. in Polen Augustus III. u. Churf. Durchl. zu Sachsen errichtete neue Defensivallianz. 1743/4.

" 3027. Die anderweite Abschickung des Geh. Raths Grafen zu Lynar an d. Russ. Kais. Hof u. s. w. 1740—42. Vol. I. II. III.

" 3028. Die v. d. Legationsrath u. Residenten Pezold aus Petersburg erstatteten Relationen. 1743. Vol. V. VI.

" 3030. Des Geh. Raths Frhrn. v. Gersdorf Abschickung an d. Kais. Russ. Hof u. s. w. anno 1743/4. Vol. I—III.

" 3060. Correspondance du Comte de Bünau avec le Ministre du 3 XI. 1741—V. 1742.

" 3060. Lettres du Maréchal de Saxe à Mr. le Chevalier de Folard 1741—44.

" 3282. Vermischte auf auswärtige Angelegenheiten bezügliche Papiere d. J. 1741. Vol. I. II.

" 3282. Dasselbe d. J. 1742. Vol. I. II.

Loc. 3293. Correspondenz d. Grafen Poniatowski, Palatins v. Mazovien, u. andere Papiere desselben, hauptsächlich den Krieg u. d. Verhandlungen um d. österr. Erbfolge betreff. 1741/2.

" 3295. Die Frankfurter Negociation betreff. 1741.

" 3300. Die vom Kommissionsrath Jakobi abgestatteten Relationes vom Feldzuge in Böhmen.

" 3336. Relations du Comte de Bunau à Vienne au Cabinet du Roy et ordres qu'il a reçus depuis 10 XI. 1742—III. 1745.

" 3336. Akten des Gesandten zu Wien, Grafen v. Bünau, d. Negociation super renovatione des Traktats de anno 1733 betreff. anno 1743/4.

" 3366. Privatakta des Herrn Legationsraths v. Saul die Wienerische Negociation betreff. 1742.

" 3389. Dépêches de S. E. Mr. le Comte de Bruhl à S. E. Mr. de Bulow, Envoyé à la Cour de Prusse de l'année 1742.

" 3389. Relationen des Herrn v. Bülow aus Breslau u. Berlin aus d. J. 1741.

" 3392. Instruktion u. Ordres für d. Gesandten bei d. König v. Preussen, Minister v. Bülow, nebst anderen Papieren desselben. 1742.

" 3392. Rescripte aus d. Geh. Consilium an d. Gesandten zu Berlin, Minister v. Bülow. 1741.

# Inhaltsverzeichnis.


| | | Seite: |
|---|---|---|
| Vorwort | . . . . . | III—VII |
| 1. Kapitel: | Sachsens Lage beim Tode Kaiser Karls VI. . . . . Sachsen vor 1740: Die deutschen Territorialstaaten nach dem dreißigjährigen Kriege 1/2. — Sachsen im 16. und 17. Jahrhundert 2—4. — Die Politik Augusts des Starken 4—8. — Sachsen und Preußen im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts 8—10. — Die polnische Königswahl Augusts III. 10—13. — Sachsens Politik von 1733—1740. 13/4. Die Regierung: König August 14—16. — Brühl 16—21. — Hennicke 21/2. — Saul 22/3. Die Armee 23/4. — Die Finanzen 25—27. Die sächsische Volkswirtschaft: Der Handel 27—30. — Sachsen und Preußen auf wirtschaftlichem Gebiete 30—33. — Österreichs Wirtschaftspolitik gegen Sachsen 33/4. — Rückgang der sächsischen Volkswirtschaft 34. — Schlesiens wirtschaftliche Bedeutung für Sachsen 34—36. — Das Ergebnis der Verbindung Schlesiens mit Preußen für Sachsens Volkswirtschaft 36—38. | 1—38 |
| 2. Kapitel: | Der Frankfurter Partagetraktat . . . . . Sachsens Politik bis zum Mai 1741: Der Tod Karls VI. 38/9. — Sachsens Mobilmachung 39/40. — Sachsens Stellungnahme zum preußischen Einmarsch in Schlesien 40—44. — Der österreichisch-sächsische Vertrag vom 11. IV. 1741 44/5. — Englands Abschwenken 45/6. — Sachsen und Preußen im Frühjahr 1741 46—49. — Weitere Verhandlungen mit Österreich und Rußland 49—51. Sachsens Abrücken von Österreich: Kriegsstimmung in Hannover und Dresden 51—54. — Der Umschwung 55/6. — Der Plan eines sächsischen Kaisertums unter hannöverischer Ägide 56—58. | 38—82 |

Sachsen und Frankreich: Sachsens abweisende Haltung gegen Frankreich bis zum Juli 1741 58—61. — Saul in Frankfurt und Paris 61—63. — Saul in Hannover 64/5. — Preußen und Sachsen im Herbst 1741 65—68. — Sauls Verhandlungen in Frankfurt 68—70. — Abschluß des Partagetraktats 70—72.
Kleinschnellendorf: Nachrichten über Friedensverhandlungen Preußens mit Österreich 72—75. — Der Verrat des Kleinschnellendorfer Abkommens an Sachsen 76—78. — Abänderung des Partagetraktats 78—82.

3. Kapitel: Der Herbstfeldzug an der Donau und in Böhmen . . 82—123
Verhandlungen über den Feldzugsplan: Die Bedeutung des Übertrittes Sachsens auf die Seite der Antipragmatiker 82/3. — Belleisles Operationsplan bis zum Abschluß des Partagetraktats 83—85. — Die Abänderung des Operationsplans 85—89. — Die Verhandlungen darüber mit Sachsen 89—93.
Die Vorgänge an der Donau: Unentschlossenheit bei der Donauarmee 93—97. — Der Anschlag auf Wien 97/8. — Der Entschluß zum Abmarsch nach Böhmen 98—101.
Neue Verhandlungen mit Belleisle: Weiteres Zögern der Sachsen 101/2. — Der Entschluß zum Einmarsch in Böhmen 102/3. — Belleisles neuer Operationsplan 103/4. — Sein Scheitern 104—108.
Die Sachsen in Böhmen: Friedrich verweigert die Teilnahme an der Ausführung des Belleisleschen Operationsplans 108—111. — Der Einmarsch der Sachsen in Böhmen 112. — Rutowski 113. — Der Vormarsch der Sachsen auf Prag 114.
Die Eroberung Prags 114—123.

4. Kapitel: Der mährische Feldzug . . . . . 123—161
Verhandlungen mit Frankreich und Preußen über die böhmische Frage 123—128.
Die Lage auf dem Kriegsschauplatz: Die Vorgänge im Felde bis Mitte Januar 1742 128—130. — Broglies und Moritz' Operationsplan 131—133. — Sachsens Pläne 133—135.
Sachsen und Preußen bei Beginn des Jahres 1742: Friedrichs Verhalten nach der Einnahme Prags 135/6. — Sein Operationsplan 136—138. — Seine politischen Nebenabsichten 139/140. — Sachsens Stellungnahme zu Friedrichs Plan 140—142. — Die Dresdner Konferenzen 142—144.
Die Entscheidung: Pläne und Urteile Friedrichs und der Sachsen über die Dresdner Beschlüsse 144/5. —

Fortsetzung der Beratungen in Landskron 145—147. — Weitere Verhandlungen 147—149. — Brühls Entscheidung für ein Zusammenwirken mit Preußen 150—152. — Die böhmische Frage 152—154.
Der mährische Feldzug 154—158. — Der Rückzug der Sachsen 158—161.

5. Kapitel: Der Friedenschluß und das Wiener Bündnis vom 20. Dezember 1743 . . . . . 161—207
Die politische Lage nach dem mährischen Feldzug: Völlige Vereinsamung Sachsens 161—163. — Englands Aufforderung zum Übertritt auf Österreichs Seite 163 — 165. — Entschluß zur Wiederaufnahme der Operationen 165—167. — Nachrichten über den Breslauer Frieden 167—169. — Entschluß zum Frieden mit Österreich 169—171.
Die Stimmung gegen Preußen: Hyndfords Äußerungen 171/2. — Sachsens Gesinnung gegen Preußen 172/3. — Beginn der Friedensverhandlungen 174/5. — Die Stimmung in Wien 175/6. — ce qui étoit bon pour prendre étoit bon pour rendre 176—178. — Preußenfeindliche Äußerungen der Franzosen 178/9.
Fehlschlagen der antipreußischen Pläne Sachens: Sauls Vorschlag einer europäischen Allianz gegen Preußen 179—181. — Der Friedenschluß mit Österreich 181 — 183. — Sachsens Haltung bis zum Beginn des Jahres 1743 183—185. — Verhandlungen über den Einspruch Friedrichs gegen den Einmarsch der pragmatischen Armee in Deutschland 186/7 — Brühls Vorschlag eines europäischen Kongresses 187—189.
Die Anfänge eines antipreußischen Bundes: Verhandlungen mit Rußland 189—191. — Der Umschwung in Wien 191—194. — Der Abschluß der Wiener Allianz 194/5.
Das Entstehen einer europäischen Koalition gegen Preußen: Die Ziele der sächsischen Politik 195. — Österreich und der Krieg gegen Preußen 195—198. — Die Erweiterung des sächsisch-russischen Bündnisses 199/200. — Die Erweiterung der Wiener Allianz 200. — Verhandlungen mit England 201. — Die polnischen Pläne Brühls 201/2. — Nachrichten über preußische Angriffspläne 202—204.
Schluß: Der zweite schlesische Krieg 204/5. — Der Ausgang der Bestrebungen Brühls 205—207.

Anhang von neun Aktenstücken . . . . . 208—208

Erstes Kapitel.

## Sachsens Lage beim Tode Kaiser Karls VI.

Die staatliche Ordnung, die der Westfälische Frieden in Deutschland geschaffen hatte, war deshalb so kläglich, weil nicht abzusehen war, wie sich von ihr aus das deutsche Volk den Weg zu einer besseren Zukunft bahnen sollte. Der schärfste politische Denker jener Zeit, Samuel Pufendorf, setzte in seiner Abhandlung „De statu Imperii Germanici" die Gebrechen der Reichsverfassung auseinander; er erkannte die drohende Gefahr der Auflösung des Reiches in eine Anzahl selbständiger Staaten; ein brauchbares Mittel, ihr vorzubeugen, wußte er aber nicht anzugeben[1]). Denn das Reich in seiner Gesamtheit war außer stande, sich zu verjüngen; was noch an politischer Tatkraft in der Nation vorhanden war, hatte sich in die Territorialstaaten zurückgezogen. In Brandenburg-Preußen und Hannover, in Sachsen, der Pfalz, Bayern und Österreich waren Gebilde von einer gewissen Lebensfähigkeit entstanden, von denen eine Umgestaltung Deutschlands hätte ausgehen können, wenn sie sich nicht gegenseitig in dem Widerstreit ihrer Ansprüche behindert hätten.

Der Herrscher eines jeden dieser Staaten mußte notwendig darauf sinnen, wie er die Grenzen seines Landes vorrücken, die ihm benachbarten Gebiete angliedern, die Reste früherer Entwickelungsreihen, die Reichsstädte, die freien Herren, die Reichsdörfer, die selbständigen Klöster und Abteien, die geistlichen Fürstentümer sich unterordnen könnte. Seine Bestrebungen weckten

[1]) Severinus von Monzambano, Über die Verfassung des deutschen Reiches, übers. v. Breßlau; (histor. polit. Bibl. VII., Berlin 1870), Kap. VI., § 9, S. 106/7; Kap. VII, § 7—10, S. 117 ff.; Kap. VIII, § 1—10, S. 123 ff.

allemal die neidische Eifersucht der Mitfürsten und des Kaisers, dessen Bedeutung gerade auf der Erhaltung der Kleinen und Kleinsten beruhte. So war das Reich, das auswärtigen Feinden nur zu oft wehrlos gegenüberstand, in den meisten Fällen fähig, Übergriffe im Innern erfolgreich abzuweisen. Das Ergebnis war die Fortdauer der Zerrissenheit und politischen Kraftlosigkeit des deutschen Volkes.

Aus diesem Gewirr einander widerstreitender, sich aufhebender und ablenkender Machttendenzen sich emporzuarbeiten, vermochten nur die Staaten an der deutschen Ostgrenze; denn sie konnten ihre Hand auf Gebiete legen, welche nicht unter dem Schutze des Reiches standen und Völkern gehörten, deren Widerstandskraft unaufhaltsam schwand. Österreich trat nach seiner Trennung von Spanien erst durch die Eroberung Ungarns in die Reihe der Großmächte ein [1]), und Brandenburg-Preußen gewann erst eine Stimme im europäischen Völkerrat, als es den Hohenzollern glückte, die polnische Oberlehnshoheit von dem Herzogtum Preußen abzuschütteln und sich zu souveränen Herren dieses Landes zu machen.

Den gleichen Weg nach dem Osten schlug auch der Kurfürst von Sachsen, August der Starke, ein. Er wollte das seinem Hause gehörige Land der Bedeutungslosigkeit, der es verfallen war, entreißen; denn die führende Rolle, die Sachsen im Reformationszeitalter inne hatte, zu behaupten, war den Nachfolgern des Kurfürsten Moritz nicht gelungen.

Politische Mißgunst gegen die Pfälzer, religiöse Beschränktheit, ein dumm-pfiffiger Partikularismus, der um naheliegender kleiner Vorteile willen die weltbewegenden Fragen außer acht ließ, aber auch die notwendige Rücksicht auf die Vorgänge in Osteuropa brachten es mit sich, daß Sachsen von der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts ab bis weit über den Westfälischen Frieden hinaus fast immer zum Hause Habsburg hielt. Die Gunst und Freundschaft der Kaiser und die Rücksicht, die sie auf Sachsen nehmen mußten, blieben nicht ungenützt; sie ermöglichten dem Kurfürsten August, dem Bruder und Nachfolger Moritz, die Vereinigung der drei Stifter Meißen, Naumburg-Zeitz und Merseburg

[1]) Ranke, D. großen Mächte, Sämtl. W., Bd. 24 (Leipzig 1872), S. 15/6.

mit dem Kurstaat, die Erwerbung des Vogtlandes und der später zum Neustädter Kreise vereinigten vier assekurierten Ämter, des Sequesters über die Grafschaft Mansfeld und der in Gemeinschaft mit den Ernestinern geführten Regierung der Grafschaft Henneberg. Der Anschluß Sachsens an Österreich hielt die protestantische Aktionspartei im Zaum; er wahrte Deutschland für einige Zeit den Frieden und gewährte dadurch „dem Vater August“ die Gelegenheit, Sachsens Volkswirtschaft durch die Pflege aller Kräfte so zu entwickeln, daß der Sturm des dreißigjährigen Krieges wohl ihre Blüten, aber nicht ihre Wurzeln zerstören konnte, und daß Sachsen nach dem Westfälischen Frieden in wirtschaftlicher Beziehung alle deutschen Länder immer noch überragte.

Für ein paar Jahre zwang Gustav Adolf Sachsen sich von Österreich loszusagen. Als Lohn für die Wiederherstellung der alten Beziehungen erhielt Johann Georg I. im Prager Frieden von 1635 die beiden Lausitzen, im Westfälischen die vier Magdeburger Ämter, Dahme, Jüterbog, Burg und Querfurt. Johann Georgs Sohn, August, behauptete sich als Administrator im Erzbistum Magdeburg.

Trotz der bedeutenden Landerwerbungen schwand aber Sachsens politische Bedeutung immer mehr, weil seine unfähigen Herrscher weder durch Reformen im Innern die Macht des Staates zu steigern, noch sie dem Ausland gegenüber geschickt zu verwenden verstanden. Wie wenig Johann Georg I. den Anforderungen seiner Zeit gewachsen war, verriet sein Testament vom Jahre 1652, durch das er zu Gunsten seiner jüngeren Söhne seinen Staat zerstückte. Das Vertrauen der Protestanten hatte er sich durch seine Haltung während des dreißigjährigen Krieges vollständig verscherzt; von neuem schied er sich von seinen natürlichen Bundesgenossen durch seinen ergebnislosen Protest gegen die beim Westfälischen Friedensschluß ausgesprochene Gleichberechtigung des Calvinismus mit dem Luthertum. 1653 mußte er zur Übernahme des Direktoriums des neu errichteten Corpus Evangelicorum gezwungen werden. Den neuen Titel legten sich die Wettiner zu, aber sie vergaßen die Ausnützung ihrer Stellung.

Johann Georg II. verleugnete nicht seinen Vater. Er ließ das protestantische Erfurt mit 72 untertänigen Dörfern in die Gewalt des katholischen Mainzer Kurfürsten kommen, ohne von dem ihm

zustehenden Schutzrecht ernstlich Gebrauch zu machen. Bald verkaufte er sich für keine allzu hohen Summen an Frankreich, bald suchte er im Bunde mit dem Kaiser sein Heil; sein ganzes Tun bezeichnete aber ein Mangel jedes höheren Zieles und eine Schlaffheit im Handeln, die keine Erfolge zeitigen konnte[1]). Nie endende Geldnot brachte die Fürsten in dauernde Abhängigkeit von ihren Landständen; daher erfolgte weder eine Beschränkung der Macht dieser Stände, noch eine Reform des Steuerwesens im Interesse der Staatsgewalt wie in Brandenburg.

Mit einer derartigen kläglichen Politik, mit dem Einspinnen in kleinstaatliche Beschaulichkeit mußten die Wettiner brechen, wenn sie sich nicht von dem großen Kurfürsten von Brandenburg weit überflügeln lassen wollten. Der dritte Johann Georg riß sich von dem alten Schlendrian los; er nahm den Kampf mit den Ständen auf und schuf die notwendige Vorbedingung für ein ersprießliches staatliches Wirken, ein stehendes Heer. An seiner Spitze half er Wien von den Türken befreien. An der Eroberung Ofens und Belgrads nahmen die Sachsen teil; in den neunziger Jahren des siebzehnten Jahrhunderts stritten sie von neuem gegen die Türken und bekämpften die Franzosen am Rhein.

Dem kriegserprobten Heer verdankte Johann Georgs III. zweiter Sohn, August der Starke, in erster Linie die Erwerbung der polnischen Krone[2]). Dieses mit der Verwegenheit eines geübten Glücksspielers durchgeführte Wagestück bildet einen Wendepunkt in der sächsischen Geschichte. Augusts Pläne gingen ins Unermeßliche: die deutschen und slavischen Grenzgebiete, also Sachsen, Thüringen, Böhmen, Schlesien, Mähren und Polen, oder wenigstens einen Teil dieses Königreichs, wollte er zu einer neuen Großmacht zusammenschweißen. Er hoffte die Herzogtümer Magdeburg und Krossen zu gewinnen; die pfalzneuburgischen Lande und Neapel suchte er zu erwerben, um sie gegen näher gelegene Gebiete umzutauschen. Seinem Zukunftstaate sollte die deutsche Kaiserwürde den notwendigen Glanz und Zusammenhalt verleihen[3]).

---

[1]) Auerbach, La Diplomatie Française et la Cour de Saxe 1648—1680. Paris 1888.

[2]) Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen, II (Berlin 1893), S. 92—94.

[3]) Haake, König August d. Starke (München-Berlin 1902). — Ders.,

Geschickt und skrupellos ging August zu Werke. Obwohl er seine Zugehörigkeit zum Protestantismus der polnischen Krone halber geopfert hatte, wußte er doch die für ihn daraus entspringenden schädlichen Folgen möglichst zu beseitigen und den Übergang des Direktorats des Corpus Evangelicorum auf den Brandenburger oder den Hannoveraner zu verhindern. Mit Plänen einer Teilung Polens trug er sich sein Leben lang und häufig verhandelte er über sie mit seinen Nachbarn, um mit ihrer Hilfe vorwärtszukommen. Das Mittel, dem Österreich so viele Erfolge verdankte, eine schlaue Heiratspolitik, handhabte auch er. Zeitweise dachte er daran, seinen Sohn mit der pfalzneuburgischen Erbtochter zu vermählen; endlich gewann er ihm die Hand der ältesten Tochter Kaiser Josephs und damit einen Vorwand, bei dem damals schon in Aussicht stehenden Aussterben der Habsburger Erbansprüche auf ihre zahlreichen Länder zu erheben. Die nächste und wichtigste Aufgabe bildete für ihn die Erwerbung eines Verbindungsstreifens zwischen Sachsen und Polen. Als die mit Brandenburg gepflogenen Verhandlungen über die Abtretung Krossens scheiterten, wußte August die politische Lage beim Beginn des spanischen Erbfolgekrieges so geschickt auszunützen, daß sich Kaiser Leopold entschloß, ihm ein kleines Stück von Niederschlesien zu überlassen. Die gegen die Schweden bei Klissow verlorene Schlacht zerriß freilich diesen dem Abschluß nahen Vertrag [1]). In dem wüsten Intriguenspiel der zwanziger Jahre des achtzehnten Jahrhunderts forderte August als Vorbedingung für seinen Anschluß an Österreich die Abtretung eines zwei Meilen breiten Streifens von Niederschlesien [2]).

Augusts Liederlichkeit untergrub seine Tatkraft; ihm fehlte die notwendige Selbstzucht, die Beschränkung auf das Mögliche. Der unüberlegt vom Zaun gebrochene Schwedenkrieg, der in kurzer

---

Ein polit. Testament Augusts d. St. in d. Histor. Zeitschr., Bd. 87. — Vgl. meine Schrift: D. Kaiserwahl Karls VI. Gotha 1902, S. 77 ff. und meinen Aufsatz in Briegers Zeitschr. f. Kirchengesch., Bd. 24: August d. St. u. d. kathol. Kirche.

[1]) S. meinen Beitrag zur Festgabe f. K. Th. v. Heigel (München 1903): Papst Klemens' XI. Protest gegen d. preuß. Königswürde, S. 373 f.

[2]) Haake, La société des antisobres im Neuen Archiv f. sächs. Gesch. XXI (Dresden 1900), S. 251.

Zeit beendet sein sollte, hinderte August zwanzig Jahre lang, an die Ausführung seiner meisten Entwürfe heranzutreten. Während er mit seinen auswärtigen Feinden im Kampfe lag, konnte er nicht seiner Stände Herr werden und mit der adeligen Beamtenschaft aufräumen, die mit ihren Standesgenossen auf dem Landtage gemeinsame Sache machte und im beiderseitigen Interesse die Landeskassen plünderte[1]). Als der Schwedenkrieg sein Ende gefunden hatte, war August im Zaren Peter ein übermächtiger Nachbar erstanden. Um sich nicht von ihm in Polen bedingungslos Gesetze diktieren zu lassen, sah sich August immer wieder gezwungen, an Österreich einen Rückhalt zu suchen, während er doch gerade auf Kosten dieser Macht emporzukommen hoffte und nur hoffen durfte, wie alle vorwärtsstrebenden deutschen Fürsten dieser Zeit[2]). In eine ganz schiefe Lage geriet August, als sich 1726 Österreich und Rußland verbanden und der dritte Nachbar, Preußen, auf den August gerechnet hatte, sich ihnen anschloß. Sofort tauchten Augusts auf eine Zerstückelung der habsburgischen Monarchie gerichteten Pläne von neuem auf, namentlich als im Beginn der dreißiger Jahre das Bestreben Kaiser Karls VI. deutlich zu Tage trat, durch die europäische Garantie seiner pragmatischen Sanktion allen Gelüsten nach den österreichischen Ländern einen kräftigen Riegel vorzuschieben[3]).

Deshalb protestierte August gegen die Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion und schloß mit dem Kurfürsten von Bayern, der ebenfalls Erbansprüche erhob, unter französischer Vermittelung am 4. Juli 1732 ein Schutzbündnis[4]). Mit Frankreich verständigte sich August für die Zukunft über ein gemeinsames Vorgehen; Schlesien, Böhmen und Mähren sollten nach dem Tode

[1]) Wagner, Die Beziehungen Augusts d. St. zu s. Ständen während d. ersten Jahre s. Reg. (1694—1700). Rochlitz i. S. 1903.

[2]) Vgl. d. Bemerkungen Haakes in d. Hist. Zeitschr. Bd. 89, S. 364.

[3]) Droysen, Gesch. d. preuß. Politik, IV, 3 (Leipzig 1869), S. 115, 118, 121, 141 ff. — Heigel, D. österr. Erbfolgestreit u. d. Kaiserwahl Karls VII. (Nördlingen 1877), S. 59. — Hübner, Zur Gesch. d. kursächs. Politik beim Ausbruch d. österr. Erbfolgekrieges (Leipz. Diss. 1902) S. 6—9.

[4]) Zwiedineck-Südenhorst, Die Anerkennung d. pragm. Sanktion Karls VI. durch d. deutsche Reich in M. I. OE. G. XVI (Innsbruck 1895), S. 276 ff. — Anton Faber, Europäische Staatskanzlei (Nürnberg 1697) Bd. 61, S. 744 ff.

Karls VI. an Sachsen fallen [1]). Endlich hatte August einen mächtigen Bundesgenossen gefunden, nach dem er sich so lange vergebens umgeschaut hatte. Er glaubte, am Ziele zu stehen, er holte zu dem vernichtenden Schlage gegen die polnische Adelsanarchie aus; sein natürlicher Sohn, Graf Moritz von Sachsen, entwarf ihm den Operationsplan: da starb in der Nacht vom 31. Januar auf den 1. Februar 1733 August in Warschau.

Wie eine Seifenblase zerplatzt, so schwand mit August sein Lebenswerk. Alles Päneschmieden und Bündnisschließen, alle Kriege und die ungeheuren Opfer an Menschen und Geld, die sie gefordert hatten, der Glanz und Prunk, den August aus Berechnung entfaltet hatte, alles war umsonst getan. August und sein Geschlecht hatten auf polnischem Boden nicht Wurzel gefaßt; die Nachfolge in Polen war nicht gesichert. Mit den Nachbarmächten war Sachsen zerfallen. Der einzige Bundesgenosse, den Augusts Sohn, Friedrich August, von seinem Vater her hatte, Frankreich, ließ ihn jetzt im Stich. In den letzten Jahren hatte die französische Politik endlich das Ziel erreicht, das die Diplomatie des vierzehnten und fünfzehnten Ludwigs bisher nie aus den Augen verloren hatte: die Angliederung des im Rücken Österreichs gelegenen Polens an ihr antihabsburgisches politisches System. Jetzt beging Frankreich den nie wieder gutzumachenden Fehler, anstatt die sächsische Thronkandidatur zu unterstützen, seiner polnischen Politik Familienrücksichten überzuordnen und die Wahl des ehemaligen Gegenkönigs Augusts des Starken, des Schwiegervaters Ludwigs XV., Stanislaus Leszczynskis, zu befürworten.

Friedrich August mußte sich nun entscheiden, ob er entweder auf alle Großmachtspläne für die Zukunft verzichten und sich mit einer Rolle begnügen wollte, wie sie etwa Sachsen unter Johann Georg II., wie sie die Pfalz und Württemberg spielten, oder aber ob er noch einmal von vorn mit der Verwirklichung der Pläne Augusts des Starken anfangen sollte. Auf den blendenden Glanz einer Königskrone, auf ein, wenn auch bescheidenes Mitsprechen im europäischen Fürstenrate verzichtet aber ein Herrscherhaus

[1]) Ranke, Zwölf Bücher preuß. Gesch., Sämtl. W. 27/8, S. 188, Anm. — Droysen, Gesch. d. preuß. Pol., IV, 3, S. 175 u. 182. — Recueil des Instructions données aux Ambassadeurs et Ministres de France, IV (Pologne I), p. p. Farges, Paris 1888, S. LXVIII.

meist nur dann, wenn es durch furchtbare Katastrophen über die Grenzen der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte belehrt worden ist. Zu dem kam noch — wie wir sehen werden —, daß der Verzicht auf die Verbindung mit Polen der sächsischen Volkswirtschaft schwere Wunden schlagen konnte. Friedrich August entschloß sich daher, als Bewerber um die polnische Krone aufzutreten.

Die vielgeschäftige Tätigkeit Augusts des Starken hatte die Nachbarmächte dauernd beunruhigt und sie veranlaßt, sich im voraus für das nächste Interregnum über den Ausschluß des Wettiners von dem polnischen Thron zu verständigen. Durch diesen Entschluß brach Preußen endgültig mit der bisher Sachsen gegenüber verfolgten Politik.

Zwischen den beiden norddeutschen Kurhäusern, Sachsen und Brandenburg, bestand seit altersher eine traditionelle, in ihrer Zugehörigkeit zum Protestantismus begründete Freundschaft; lange Zeit hatte sich das schwächere Brandenburg von der geschickteren sächsischen Diplomatie seinen Weg vorschreiben lassen. Den ersten Riß bekamen diese Beziehungen infolge des 1609 ausbrechenden Streites über das Erbe der Herzöge von Jülich, Berg und Kleve. Beide Teile erhoben Ansprüche; der Brandenburger teilte mit Pfalz-Neuburg, der Sachse hatte das Nachsehen. Der im Zusammenhang mit den Verwickelungen am Rhein erfolgende Übertritt der Hohenzollern zum Kalvinismus verschärfte den Gegensatz. Beim Abschluß des Westfälischen Friedens bemühte sich Johann Georg I. vergebens um eine Anerkennung seiner Ansprüche auf jene rheinischen Lande wie um eine Entschädigung. Im Laufe des dreißigjährigen Krieges war das bisher von brandenburgischen Administratoren verwaltete Erzbistum Magdeburg in die Hände eines sächsischen Prinzen übergegangen; der Westfälische Friede zerstörte die an diesen Wandel geknüpften Hoffnungen der Sachsen, indem er verfügte, daß das Erzbistum nach dem Tode des sächsischen Administrators — er starb 1680 — an Brandenburg fallen sollte. Es gewinnt unter diesen Umständen den Anschein, als ob Johann Georg seiner Erbitterung über den glücklicheren Nebenbuhler durch den Protest gegen die Gleichberechtigung der Calvinisten mit den Lutheranern Luft gemacht hätte. Neue Mißhelligkeiten entstanden dadurch, daß die

Wirtschaftspolitik des großen Kurfürsten Sachsen schädigte. Seine Siege über die Schweden riefen in Dresden Neid und Mißgunst wach, denn Brandenburg drohte Sachsen in den Schatten zu stellen; von einer Unterordnung Brandenburgs unter Sachsens Leitung war keine Rede mehr, seitdem Friedrich Wilhelm den Kurhut trug.

Allein die gemeinsamen religiösen Interessen, so viel sie auch in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts an Wirkungsfähigkeit einbüßten, ließen doch eine dauernde Verstimmung zwischen den Hohenzollern und den Wettinern nicht recht aufkommen; dieses Band durchschnitt August der Starke durch seinen Übertritt zur katholischen Kirche. Zu gleicher Zeit vergrößerten sich die Reibungsflächen: Brandenburg-Preußen wurde nunmehr im Osten und Süden von den unter dem Scepter des Wettiners vereinigten Ländern umklammert; unter seinem Machtgebot stand jetzt der Landweg von der Neumark nach dem Herzogtum Preußen. Um hinter dem polnischen Könige aus sächsischem Hause nicht zurückstehen zu müssen, betrieb fortan der Kurfürst Friedrich III. die Erhebung Preußens zum Königreiche mit doppeltem Eifer. Versuchten auch anfangs die beiden Nachbarn friedlich miteinander auszukommen und dachten sie sogar zeitweise daran, gemeinsam mit dem Schweden Polen zu teilen: der Streit blieb auf die Dauer nicht aus. Dem Katholiken konnte Brandenburg das Direktorium des Corpus Evangelicorum nicht gönnen[1]). Gemeine Zwischenträgereien eines heruntergekommenen ehemaligen Diplomaten Franz Rakoczys steigerten die Erbitterung auf beiden Seiten. Es kam so weit, daß August aus Furcht vor preußischen und russischen Anschlägen auf Polen mit Kaiser Karl VI. und Georg I. von England-Hannover am 5. Januar 1719 die gegen Preußen und Rußland gerichtete Wiener Allianz abschloß[2]). Griff man auch noch nicht zu den Waffen, so bekämpften sich wenigstens auf dem Gebiet des Zollwesens beide Staaten in den zwanziger Jahren mit der grössten Erbitterung.

Noch einmal kehrten scheinbar die Tage der Freundschaft und der Trinkgelage des sechzehnten Jahrhunderts zurück, als

[1]) Frantz, D. kathol. Direktorium des Corpus Evangelicorum (Marburg 1880) S. 77 ff.

[2]) Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. II, S. 342–344.

August der Starke den Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. 1728 in Dresden vier Wochen lang bewirtete und ihn 1730 in dem berühmten Mühlberger Lustlager empfing. Am 10. Januar 1728 wurde ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen; Augusts Versuch, das preußische Staatsschiff in das sächsische Fahrwasser zu leiten, schlug jedoch fehl: dem Ende Dezember 1730 von August vorgebrachten Gedanken, eine die Mittellinie zwischen dem Kaiser und den mit ihm zerfallenen Seemächten haltende dritte Partei im Reich zu bilden, setzte Friedrich Wilhelm die Bemerkung entgegen: „Wer soll aber das Haupt sein? Wollen sie mir dazu machen? Gut, aber das wird Sachsen, Hannover, Bayern nicht leiden. Ergo wer soll das Haupt sein? Sachsen? Aber da lasse ich mir lieber mein Land brennen. Soll's Hannover sein? Da aber lasse ich mir lieber Glied vor Glied abhauen, als einen englischen Chef zu haben." [1])

Die diesen Worten zu Grunde liegende Auffassung, daß die norddeutschen Kurstaaten einander das Gleichgewicht zu halten im stande wären, entsprach nicht mehr der Wirklichkeit. Preußen gewann den beiden anderen dadurch einen Vorsprung ab, daß Friedrich Wilhelm I., ohne durch äußere Wirren behindert zu sein, auf den von dem großen Kurfürsten gelegten Fundamenten weiterbaute, und seinen Staat derart reformierte, daß er an seinem Lebensende über eine zuverlässige Beamtenschaft, geordnete Finanzen, sieben Millionen Taler jährliche Einkünfte, einen ansehnlichen Staatsschatz und ein Heer von 83 000 Mann verfügte. Das militärische Übergewicht, das die Armee gewährte, und die Anforderungen, die sie an Geld und Menschenmaterial stellte, mußten Preußen veranlassen, seine Machtsphäre auf Kosten seiner Nachbarn auszudehnen. Das durch die Reformen Friedrich Wilhelms gekräftigte Preußen durfte die von August dem Starken erträumte sächsisch-polnische Großmacht nicht aufkommen lassen. Aus dieser Erkenntnis heraus verhandelte Friedrich Wilhelm seit 1726 mit Rußland über den Ausschluß der Wettiner vom polnischen Throne bei der nächsten Königswahl.

Rußland, dereinst beim Beginn des nordischen Krieges Augusts des Starken Bundesgenosse, hatte seit der Schlacht bei

[1]) Droysen, Gesch. d. pr. Pol., IV, 4 (Leipzig 1870), S. 404.

Pultawa eine Steigerung der königlichen Macht, ein Erstarken Polens zu verhindern gewußt, da es in diesem Lande eine Beute sah, die ihm früher oder später zufallen mußte. Österreich, seit 1726 in enger Fühlung mit Rußland, suchte die Wettiner wie alle anderen deutschen Fürstenhäuser möglichst niederzuhalten; an einer Beseitigung der staatlichen Ohnmacht in Polen war ihm nichts gelegen[1]). Bei dieser Stimmung wurden die drei Mächte, Rußland, Österreich und Preußen, leicht handelseins. Ende 1732 schlossen sie den nach dem russischen Unterhändler benannten Löwenwoldischen Präliminarvertrag ab: ein portugiesischer Infant wurde zum Nachfolger Augusts ausersehen; als Lohn für Preußens Eingehen auf die Vorschläge der beiden Kaiserreiche sollte Kurland als polnisches Lehen auf den zweiten Sohn des Königs übertragen werden.

Die Ausführung dieses Vertrages lag wegen des Zugeständnisses an Preußen nicht im Interesse der Russen und Österreicher. Sie waren zwar nicht gewillt, sich durch die dauernde Vereinigung Sachsens mit Polen einen machtvollen Nachbarn zu schaffen, aber noch viel weniger wollten sie sich in Preußen einen bei weitem gefährlicheren Nebenbuhler großziehen. Hier setzte die sächsische Diplomatie ihre Hebel ein.

Wenn Friedrich Augusts Bewerbung um die polnische Krone einen Erfolg zeitigen sollte, so mußte ihr eine Verständigung mit Preußen oder mit Österreich vorausgehen, denn der Umstand, den schon sein Vater schmerzlich empfunden hatte, daß Sachsen nicht an Polen grenzte, machte sich jetzt mit aller Gewalt wieder geltend. Auf ein Übereinkommen mit Preußen verzichteten nun die Sachsen, da Preußen Kurland und die Aufgabe der sächsischen Ansprüche auf Jülich, Berg und Kleve forderte, die Sachsen aber mit Kurland Biron, den Günstling der Zarin Anna, zu gewinnen hofften. Sie knüpften in Petersburg und Wien Verhandlungen an. Friedrich Augusts Zusage, den kurländischen Ständen bei dem bevorstehenden Aussterben des Herzogsgeschlechtes der Ketteler — es erfolgte 1737 — die freie Wahl eines Anhängers Rußlands zu gestatten, das Fallenlassen aller Ansprüche auf Livland und das Versprechen,

[1]) Über die mit der polnischen Königswahl im Zusammenhang stehenden Verhandlungen, vgl. Ranke, Preuß. Gesch., 6. Buch, 3. Kap.

die polnische Verfassung nicht anzutasten, gewannen die Zarin Anna für die sächsische Kandidatur. Sie schloß im Juli 1733 in Petersburg mit Sachsen ein Defensivbündnis auf achtzehn Jahre ab: bei einem Angriff auf Sachsen versprach sie, Hilfstruppen, 4000 Mann Infanterie und 2000 Mann Kavallerie, frühestens drei, spätestens sechs Monate nach erfolgter Requisition zu stellen; Sachsen sagte den Russen unter den gleichen Bedingungen 2000 Mann Kavallerie und 1000 Mann Infanterie zu. Österreich gegenüber verpflichtete sich Friedrich August zur Aufrechterhaltung der polnischen Verfassung und zur Anerkennung und Verteidigung der pragmatischen Sanktion. Das Erbrecht der ältesten Tochter Karls VI. sollten 6000 Sachsen schützen helfen; bei einem Angriff auf Sachsen stellte Österreich innerhalb dreier Monate 12 000 Mann[1]).

Die beiden Verträge von 1733 sicherten die Wahl Friedrich Augusts zum König von Polen; sie waren in erster Linie gegen Frankreich und den von ihm begünstigten Kandidaten gerichtet, sie wandten aber zugleich ihre Spitze auch gegen Preußen, indem sie Preußen die Aussicht auf Kurland raubten und das enge Verhältnis, in das Preußen zu Österreich und Rußland getreten war, auflösten, Preußen also isolierten, Sachsen an seine Stelle setzten und die Vereinigung Sachsens mit Polen wiederherstellten. Sachsen war sich in dem Kampf um die polnische Krone des Widerspruches seiner Machttendenzen mit den preußischen bewußt geworden; Preußens Stellungnahme zur polnischen Königswahl verwischte in Sachsen jede Erinnerung an vergangene Zeiten, frostige Höflichkeit beherrschte fortan die Beziehungen zwischen dem Dresdener und Berliner Hofe[2]). Die Ereignisse während des polnischen Erbfolgekrieges vertieften aber auch von neuem den seit langem bestehenden, 1728 zum letzten Male überbrückten Gegensatz Preußens zu Österreich. Rußland sah in Preußen seinen Rivalen im Kampf um die polnische Beute. Preußens Feinde in Osteuropa hatten sich also zum ersten Male zusammengefunden.

---

[1]) D. Vertrag mit Rußland (bisher nicht beachtet) ist gedruckt im Supplément au Recueil des principaux Traités p. p. G. F. de Martens, III (Göttingen 1807), S. 1 ff. — D. Vertrag mit Österr., gedr. bei Wenck, Codex juris gentium recentissimi (Leipzig 1781) Bd. I, S. 700 ff.

[2]) Nach dem historischen Rückblick der Instruktion des im Herbst 1740 nach Berlin entsandten sächsischen Gesandten von Bülow. Loc. 2995.

Ihr Bund war nicht von langer Dauer; so oft aber Preußen in der Folgezeit seinen Nachbarn gefährlich wurde, mußte sich das Bestreben einstellen, die politische Kombination von 1733 wieder aufleben zu lassen und weiter auszubauen. Dieser Gedanke erfüllte die sächsische Politik in den vierziger und fünfziger Jahren.

Rußland und Österreich hatten 1733 mit Sachsen unter der Voraussetzung abgeschlossen, daß es auf die Ausführung der Pläne Augusts des Starken verzichten würde; die sächsische Politik bewegte sich aber in den alten Gleisen weiter und gefährdete dadurch den Bestand der Bündnisse von 1733.

Die erste Aufgabe, die Friedrich August zu lösen hatte, bildete die Herstellung der Ordnung in Polen; denn fast das ganze Land hatte für Stanislaus Partei ergriffen. Mit russischer Hilfe wurden die Gegner niedergeworfen. Der Pazifikationsreichstag von 1736 erkannte Friedrich August als rechtmäßigen König von Polen an; er nannte sich August III. In kurzer Zeit glückte es auch den Sachsen, sich mit Stanislaus und seinen Anhängern ins Einvernehmen zu setzen und dadurch zu Frankreich wieder in Beziehung zu treten[1]). Gewissermaßen als Dank für die Unterstützung bei seiner Wahl stellte August einen Teil seiner Truppen den Österreichern zur Verfügung, als 1736 der Türkenkrieg ausbrach. Er hoffte, Kaiser Karl werde dafür seine mit den preußischen Rechten in Widerspruch stehenden Ansprüche auf Jülich, Berg und Kleve unterstützen. Alle Welt glaubte, daß die verwickelte rheinische Erbfolgefrage nächstens aufgerollt werden würde, da der Herr von Jülich und Berg, der letzte Kurfürst von der Pfalz aus dem Hause Neuburg, 1661 geboren, alt und kränklich war. Allein Karl VI. trat im Verein mit den Seemächten für die Nachfolge des Hauses Sulzbach ein, um eine Machterweiterung des meistberechtigten Erben, Preußens, zu hintertreiben. Seine Vernachlässigung der sächsischen Wünsche verletzte den Dresdener Hof tief; er erkannte, daß er bei seinen weiteren Ausdehnungsbestrebungen nicht mit Sicherheit auf Österreichs Hilfe rechnen durfte, und warf sich deshalb in Rußlands Arme, da Bevormundungs-

[1]) Für das Folgende vgl. Bobi Petroff, Die Politik Friedrich Augusts II. v. Sachsen, Königs v. Polen, während des Türkenkrieges 1736—39. Leipzig. Diss. 1902.

versuche seitens Rußlands bei der räumlichen Entfernung den Sachsen die nötige Bewegungsfreiheit ließen. 1739 kam durch die Vermittelung Birons, des Oberkammerherrn und Günstlings der Zarin Anna, ohne Vorwissen des russischen Ministeriums eine geheime Konvention zwischen August und der Zarin zu stande, in der Sachsen versprach, keine Verpflichtung gegen einen anderen Staat ohne die Zustimmung der Zarin einzugehen[1]), während Anna die Unterstützung Sachsens in Aussicht stellte, falls beim Tode Karls VI. sich andere Mächte Teile des österreichischen Staates aneignen würden[2]). Biron wurde durch die Belehnung mit Kurland belohnt; durch seinen Lehnsmann konnte August den russischen Hof stark beeinflussen.

So wandte die sächsische Politik ihre Front nach zwei Seiten, den Staaten entgegen, die von Norden und Süden auf den Kurstaat drückten. Ob sich Sachsen gegen Preußen oder Österreich zuerst wenden würde, hing davon ab, ob der Kurfürst von der Pfalz oder der Kaiser früher starb. Die Spannung zwischen Preußen und Österreich war so groß, daß der kleinste Anstoß ihre Entladung herbeiführen mußte. Die Dinge waren im Osten Deutschlands so weit gediehen, daß Österreich, Preußen und Sachsen im Frieden nicht mehr nebeneinander bestehen konnten.

---

Der in dieser Zeit an der Spitze des sächsisch-polnischen Staates stehende König-Kurfürst August war den Aufgaben, die an ihn herantraten, nicht gewachsen. Ein schöner, großer Mann, der seine Umgebung um Haupteslänge überragte, liebte er es wohl, mit königlichem Prunke und einem üppigen Hofstaate aufzutreten, um sich so recht im Glanze seiner Würde zu sonnen. Herrliche Prachtbauten ließ er erstehen, alle Künste bot er zur Verschönerung des Lebens auf; aber er betätigte sich in ihnen nur als Kenner und Sammler. Den Trieb zum Lebensgenuß hatte er von seinem Vater geerbt, nicht aber dessen rastlosen Schaffensdrang.

---

[1]) Die Übernahme derartiger Verpflichtungen war damals nicht so selten; so ging sie z. B. Maria Theresia in der Konvention vom 14. X. 1743 England, Holland und Rußland gegenüber ein. Vgl. Arneth, Maria Theresia's erste Regierungsjahre, II (Wien 1864), S. 295.

[2]) Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1 (Leipzig 1874), S. 125 u. 166.

Seiner Mutter, „der Betsäule Sachsens“, war er nachgeartet in ihrem Langmut, ihrer Geduld und Passivität. Friedrich der Weise, Johann Friedrich der Großmütige und der „Vater August“ waren die Lieblingshelden des fünfzehnjährigen Knaben. Bei seinem Besuch des Frankfurter Wahltages im Jahre 1711 äußerte er, er wolle von der Krone Polens nichts wissen. Ein Jahr später riß ihm die Politik seines Vaters den ihm lieben Kinderglauben aus dem Herzen. Bald wurde er ein frommer Katholik; sein Religionswechsel steigerte jedoch die ihm angeborene Willensschwäche, seine Abneigung gegen die Beschäftigung mit der Politik und sein Verlangen, sich anderen anzupassen und von ihnen den Anstoß zum Handeln zu empfangen. Schnell spielte der Beichtvater bei ihm eine große Rolle.

Viel Zeit verwandte August auf die Jagd. In der Nähe von Hubertusburg und in den unermeßlich großen polnischen Wäldern fröhnte er oft wochenlang dieser Leidenschaft und entzog sich dadurch gern den Staatsgeschäften. Wenn es sein mußte, hörte er geduldig die Vorträge Brühls, seines ersten Ministers, an; aber nirgends findet sich ein leiser Hinweis, daß er von sich aus Vorschläge machte oder Direktiven gab; im voraus wußte Brühl, daß sein Herr seinen Ausführungen beipflichten würde. Nur in einem Punkte zeigte August politisches Wollen[1]); häufig träumte er davon, sich die Kaiserkrone aufs Haupt zu setzen; doch auch dieses Streben verdankte wohl seinen Ursprung den Einflüsterungen der ehrgeizigen Gemahlin Augusts. Ihr war er ein treuer, liebevoller Gatte, wie sich denn überhaupt die Familienbeziehungen am Dresdner Hofe so herzlich wie möglich gestalteten. Die Maitressenwirtschaft des Vaters lebte unter dem Sohne nicht wieder auf. Selbst in den geheimsten Privatbriefen sprachen seine Angehörigen von dem Familienhaupte mit Achtung und Liebe[2]).

Seine Gemahlin war Maria Josepha, die älteste Tochter Kaiser Josephs I., häßlich und klein an Gestalt, mit geringen Geistesgaben von der Natur ausgestattet, durch die Erziehung bigott und hochmütig geworden. In Warschau und Dresden verleugnete sie nie die habsburgische Kaiserstochter, aber die kindische Art,

[1]) Vgl. die Scene bei Arneth, Maria Theresia, I (Wien, 1863), S. 196.

[2]) Herrn Archivrat Lippert in Dresden verdanke ich diese Mitteilung.

mit der sie ihrer politischen Meinung Ausdruck gab, verriet, wie wenig sie bedeutete. Den Anblick eines preußischen, ketzerischen Grenadiers konnte sie nicht ertragen. Als sie im Winter 1740/1 durch Schlesien reiste, scheute sie keinen Umweg und keinen Zeitverlust, um einer solchen Gefahr zu entrinnen. Freudestrahlend schrieb sie ihrer Mutter, daß nur ein einziges Mal ihr Auge beleidigt worden sei[1]).

Diese Frau konnte ebenso wenig wie der 1722 geborene Kurprinz den König zu beherrschen suchen; derjenige, der der sächsischen Politik Maß und Ziel gab, war Heinrich v. Brühl[2]). 1700 als Sohn des Weissenfelser Oberhofmarschalls geboren, war er schon als Knabe an den Hof gekommen. Bei den zerrütteten Vermögensverhältnissen seines Vaters von vornherein auf seine eigenen Kräfte angewiesen, hatte er es verstanden, sich bei August dem Starken nützlich, beliebt und bald unentbehrlich zu machen. 1727 wurde er Kammerjunker, 1731 Obersteuereinnehmer, Generalaccisdirektor, Direktor des Departements des Inneren und Wirklicher Geheimer Rat, 1733 Kammerpräsident. Sein entschlossenes Handeln nach Augusts des Starken Tode — die Rettung der wichtigsten Papiere, der polnischen Reichskleinodien und der sächsischen Juwelen von Warschau nach Dresden — gewann ihm die Gunst des Nachfolgers. Bald nach dessen Regierungsantritt wurde Brühl Inspektor sämtlicher Staatskassen und Konferenzminister für die Zivilangelegenheiten. In wenigen Jahren waren alle Nebenbuhler beiseite gedrängt, das Herz des neuen Königs erobert und die unumschränkte Gewalt im Staate errungen. Seit dem September des Jahres 1740 vereinigte Brühl die drei Abteilungen des Kabinettsministeriums, das Auswärtige, die Militär- und die Zivilangelegenheiten, in seiner Hand.

Ängstlich bemüht, seinem Herrn den Schein der Macht zu lassen und jeden Anstoß zu argwöhnischer Eifersucht fern zu halten, wandte Brühl jedes Mittel, das sich fand, an, wenn es galt, das Ohr des Königs anderen zu verschließen. Die schwierigste Aufgabe des Höflings, sich in der Gunst seines Gebieters zu behaupten, löste er mit seltener Meisterschaft, indem er den künst-

[1]) Arneth, Maria Theresia, I, S. 198.

[2]) Allgem. Deutsche Biographie, III, S. 411—416.

lerischen Bestrebungen Augusts bereitwillig entgegen kam; denn der Diener teilte die Neigung seines Herrn zu einem durch jeden denkbaren Prunk verschönten Leben. Wie das chinesische Palais so galt Brühls Haus als eine der größten Sehenswürdigkeiten Dresdens; jeder darin befindliche Gegenstand war ein Kunstwerk, die Möbel und die Tapeten, die Morgenschuhe und die Schnupftabakdosen. Das Geld zu einem derartigen Leben wußte Brühl immer für den König und für sich zu beschaffen. Mit demselben Eifer, den er den Staatsgeschäften widmete, betrieb er für den König den Ankauf von Gemälden, die Ausführung der königlichen Bauten, die Pflege der Musik und die Ausstattung der Oper. Bald überraschte er seinen Herrn mit einer neugeprägten Medaille, bald mit einigen alten Münzen oder schöngeschnittenen Steinen; dann schmeichelte er wieder dem Selbstgefühl Augusts, indem er ihm Lobsprüche dieser oder jener bedeutenden Persönlichkeit über ihn und seinen Hof berichtete oder boshafte Anekdoten vom Berliner Nachbarn erzählte. Der frühere sächsische Minister Graf Ernst Christoph v. Manteuffel, der von Berlin und später von Leipzig aus mit vielen großen Herrn, Gelehrten und Künstlern einen regen Briefwechsel unterhielt, mußte Brühl immer wieder mit frischer Ware versehen.

Nicht bloß durch derlei Artigkeiten verpflichtete sich Brühl seinen Herrn, er machte auch des Königs Beichtvater, den Jesuiten Guarini, zu seinem Freunde und zum Mitwisser aller Staatsgeheimnisse: durch ihn beherrschte er zugleich das Gewissen des Königs. Guarini war ein zu beschränkter Kopf, als daß Brühl hätte zu befürchten brauchen, daß er sich etwa später einmal zu seinem Rivalen aufwerfen könnte. Die Eitelkeit des Jesuiten fühlte sich durch das unbegrenzte Vertrauen des allmächtigen Ministers geschmeichelt, und gern leistete er die Dienste, die Brühl von ihm forderte. In seiner Wohnung fanden häufig die Besprechungen mit den Vertretern der fremden Mächte statt, da die zwanglose Natur dieser Zusammenkünfte der Entstehung lästiger und langwieriger Zeremoniellstreitigkeiten vorbeugte. Bei diesen Beratungen wagte es aber Guarini fast niemals, das Wort zu ergreifen; machte er doch einmal eine fragende Zwischenbemerkung, so fiel sie, wie aus den erhaltenen Protokollen hervorgeht, meist so naiv aus und zeugte von so geringer Sachkenntnis, daß sich schwer eine Antwort darauf



BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

finden ließ. Die Gesandten, die sich auf eine Auskunft Guarinis verlassen hatten, mußten sich nur zu häufig von Brühl später sagen lassen, daß sich entweder der Pater geirrt habe oder sie ihn falsch verstanden hätten. Daher scheinen die Gerüchte von bedenklichen Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen Brühl und Guarini, über die von dem preußischen Residenten am Dresdner Hofe, dem Herrn v. Ammon, nach Hause berichtet wurde[1]), nicht viel Wahrscheinlichkeit auf sich zu haben. Die Preußen argwöhnten in Guarini den Befürworter einer österreichfreundlichen Politik zur Wahrung der gemeinsamen katholischen Interessen, während die Österreicher ihn zur selben Zeit beim Papst wegen seiner Hinneigung zu dem preußischen Ketzerfürsten anschwärzten[2]).

In Wahrheit war Brühl der eigentliche Gebieter Sachsens. Eifrig nahm er sich der Staatsgeschäfte an. Wer die ungezählten von Brühl herrührenden Korrespondenzen durchsieht, wird den Vorwurf der Trägheit, der ihm gemacht worden ist, als ungerechtfertigt empfinden. Einen Mann, der in den Nichtigkeiten eines üppigen Hoflebens völlig aufgegangen wäre und der die Erledigung der Staatsgeschäfte untergeordneten Kanzleibeamten überantwortet hätte, würde ein Friedrich der Große herzlich verachtet, aber nicht glühend gehaßt haben. Unermüdlich und schnell in der Arbeit, ein feiner Kopf, in allen Sätteln gerecht und nie um eine Auskunft verlegen, war Brühl so recht geschaffen, das Musterbild eines Diplomaten des 18. Jahrhunderts abzugeben. Wenige verstanden so fein wie er eine Intrigue einzufädeln, mit allen Parteien zugleich zu verhandeln, viele Worte zu machen, die doch nichts besagten, halbe Versprechungen zu geben, die zu nichts verpflichteten. Äußerst selten wies er ein an ihn gestelltes Ansinnen offen zurück, ebenso selten sprach er seine wahre Meinung

[1]) Vgl. Grünhagen, Gesch. d. Ersten schles. Krieges, I (Gotha, 1881), S. 300; 305; 412. — Dove, D. Zeitalter Friedrichs d. Gr. und Josephs II. (Gotha, 1883) S. 77. — Bei Arneth, Maria Theresia, II, S. 431 hält Guarini zu Frankreich und Spanien.

[2]) Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 202. — D. Kriege Friedrichs d. Gr., herg. v. Gr. Generalstabe; I. Teil: D. Erste Schles. Krieg; Bd. 1 (Berlin, 1890), S. 302. — Weisung an d. sächs. Ges. in Wien, v. Bünau, Dresden, 28. VII. 1741. Loc. 2907. — Vgl. auch die Charakteristik Guarinis in den Mémoires du Marquis de Valory p. p. le Comte de Valory, I (Paris, 1820), S. 216.

deutlich aus. Die im diplomatischen Dienst ergrauten sächsischen Staatsmänner handelten nur nach den für den bestimmten Fall zugeschnittenen Weisungen und wußten oft ebenso wenig wie die auswärtigen Mächte, worauf Brühl in letzter Linie hinaus wollte. Um drängenden Anfragen auszuweichen, liebte er es, auf die Abhängigkeit seines Herrn von Rußland hinzuweisen; in Petersburg müsse er sich selber für jeden wichtigen Einzelfall seine Verhaltungsmaßregeln holen[1]). Tatsächlich dachte er gar nicht daran, über seine mannigfachen Unterhandlungen dem russischen Hofe Mitteilungen zukommen zu lassen. Traf er dann endlich eine Entscheidung, so erweckte er den Anschein, als ob die russischen Bataillone hinter seinen Entschlüssen ständen.

Diese mit einem Raffinement sonder gleichen ausgebildete diplomatische Kunst hatte ihr würdiges Gegenstück in der damaligen Feldherrnkunst, deren höchstes Ziel die Schonung des Heeres und die Vermeidung der Schlacht bildete. Die Männer, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts im Felde und im Kabinett den Ausschlag gaben, standen fast alle unter dem Eindruck, den der spanische Erbfolgekrieg und der nordische Krieg hinterlassen hatten. Zwei Militärmächte ersten Ranges, Frankreich und Schweden, waren an der Aufgabe gescheitert, die im Felde errungene Übermacht auf die Dauer mit den Waffen gegen die Bestrebungen zu behaupten, die, wie man sich ausdrückte, auf die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts, des status quo ante, abzielten. Seitdem hatte die Feder den Vorzug vor dem Schwerte, und die Diplomaten beherrschte mit der Kraft eines Glaubenssatzes der Gedanke, daß militärische Erfolge nur dann eine dauernde Wirkung zeitigen könnten, wenn sie durch Verträge, Verteidigungsbündnisse und Kongreßbeschlüsse von halb Europa vorbereitet waren und gedeckt wurden. Der preußische Kronprinz Friedrich konnte klagen: „In unserm Jahrhundert gilt, uns zum Unglück, die Unterhandlung mehr als der Krieg“; später urteilte er über den Polenkönig: „August glaubte Länder mit Federstrichen erobern zu können“[2]).

[1]) Vgl. die Zitate bei Hübner, Zur Gesch. d. kursächs. Politik beim Ausbruch des österr. Erbfolgekrieges. Leipz. Diss. 1892, S. 17.

[2]) Koser, Friedrich d. Gr. als Kronprinz (Stuttgart, 1901) S. 160 ff. — Histoire de Mon Temps in Oeuvres de Frédéric le Grand, III (Berlin, 1846), S. 31.

Der Diplomatie schien schlechtweg nichts unmöglich zu sein[1]). Je kleiner der Hof, je geringer seine militärischen und finanziellen Kräfte, desto größer die Überschätzung der Leistungsfähigkeit der Diplomatie. Für Brühl war die Tätigkeit des Diplomaten fast nicht mehr ein Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zwecks, sondern eine Kunst, deren Ausübung den meisten Menschen zu schwer war, deren er sich aber Meister fühlte. Die Denkweise der Goertz, Alberoni, Dubois, Fleury, Sinzendorff behielt er bei; wie früher europäische Koalitionen gegen Frankreich geschaffen wurden, wollte er sie gegen Preußen herbeiführen; wie in Cambray und Soissons wollte er auf einem von allen Staaten beschickten Kongresse die europäischen Machtfragen diplomatisch entscheiden. Wie Friedrich Wilhelm I. mehr als vierzig Verträge während einer Regierungszeit von 27 Jahren abgeschlossen hatte, wie Karl VI. einen jeden um die Garantie seiner pragmatischen Sanktion anging, so suchte Brühl Vertrag auf Vertrag zu häufen, um die Mächte den sächsischen Interessen dienstbar zu machen und sie zur Verteidigung des sächsischen Besitzstandes zu verpflichten.

Brühl hatte seine Kunst unter der Anleitung Augusts des Starken erlernt. Das letzte, 1732 zustande gekommene Übereinkommen Augusts mit Frankreich, das die Beseitigung der polnischen Adelsanarchie ermöglichen sollte, hatte Brühl abgeschlossen. Er wurde der Erbe der Großmachtspläne Augusts des Starken; er trägt die Verantwortung für das, was bis 1763 in Sachsen geschah.

So geschickt es aber auch Brühl verstand, die Leitung aller Staatsgeschäfte in seiner Hand zu vereinigen, ebenso geschickt wußte er geeignete, hochbegabte Mitarbeiter zu finden. Alle strebsamen Talente in Sachsen drängten sich zu den Hof- und Staatsämtern, besonders da bürgerliche Abstammung kein Hindernis wie in anderen Ländern für das weitere Fortkommen bildete. Der Adel mochte sich wegen seiner Zugehörigkeit zu den Landständen meist nicht bedingungslos den Absichten der Staatsgewalt anpassen; deshalb nahm die sächsische Regierung gern Bürgerliche in ihren Dienst. Ihre Leistungen lohnte August III. mit

[1]) Vgl. Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 14 u. Koser, Fr. d. Gr. bis zum Breslauer Frieden in d. Hist. Zeitschrift, Bd. 43 (München 1880), S. 87 ff.

Standeserhöhungen aller Art, als er 1740—42 und 1745 das Reichsvikariat ausübte. Diesen „Schreibern“ aus der Schule Brühls hat der Hochmut ihrer altadeligen Berufsgenossen in Wien, Berlin und am Regensburger Reichstage viel Übles nachgesagt und ihre Fähigkeiten angezweifelt; manche von ihnen mögen die Emporkömmlingen oft anhaftenden Eigenschaften, Geldgier und würdelose Haltung, besessen haben; ihre Leistungen im Dienste ihres Staates waren aber derartige, daß, wenn die Diplomatie wirklich im stande gewesen wäre, die Ungleichheit der militärischen und finanziellen Kräfte wettzumachen, Brühl mit ihrer Hilfe alle seine Pläne hätte verwirklichen können.

Wohl der bedeutendste unter ihnen war der 1681 geborene Johann Christian v. Hennicke, der sich vom Lakaien zum Wirklichen Geheimen Rat, Vizekammerpräsidenten und Konferenzminister emporarbeitete[1]). Mit bewußter Bescheidenheit trat er hinter Brühl zurück. Er leitete die Finanzverwaltung; im Notfalle wußte er immer wieder Geld zu schaffen; er war die Seele der sächsischen Wirtschaftspolitik. Der über Sachsen sonst so mißgünstig urteilende preußische Resident von Ammon[2]) nennt

[1]) Über ihn vgl. K. v. Weber, Joh. Chr. v. Hennicke in Webers Archiv f. sächs. Gesch., IV (Leipzig 1865), S. 242 ff.

[2]) Ammons Berichte über die sächsischen Zustände haben in Friedrich dem Großen das Bild entstehen lassen, das er in seiner Histoire de Mon Temps wiedergegeben hat. Die Schilderungen Friedrichs und Ammons Berichte haben bisher die Auffassung der Historiker maßgebend beeinflußt; daher sind einige Worte zu ihrer Kritik notwendig. Als Resident mußte Ammon gemäß dem am Dresdner Hofe geltenden spanischen Zeremoniell hinter dem Gesandten der kleinsten Macht zurückstehen. Bei seinem stark ausgeprägten preußischen Selbstbewußtsein geriet er nun fortwährend mit Brühl in Streitigkeiten z. B. über das ihm in Hubertusburg zugewiesene Quartier, über seinen Tafelplatz u. s. w. Ammon genoß nach Koser, König Friedrich d. Gr., 2. Aufl., I (Stuttgart, 1901), S. 450 den nicht ganz unverschuldeten Ruf eines anmaßenden und unzuverlässigen Störenfrieds. Seine üble Laune äußerte sich in seiner hämischen, in den Einzelheiten oft ungenauen Berichterstattung. So meldet er, daß die Nachricht von der Schlacht bei Mollwitz am 12. IV. in Dresden eingetroffen sei; dann fährt er fort: „Toute la ville étoit comblée de joie, mais la cour, les prêtres et leurs adhérens gardent un profond silence et paroissent fort consternés; la Reine en a été si fort altérée qu'elle se purgea par précaution et le Roi par complaisance fut invisible.“ Tatsächlich wußte man aber in Dresden am 12. noch nichts von der Schlacht; am 13. schrieb Brühl in der Frühe

ihn öfters den Colbert Sachsens. Aber auch die schwierigsten politischen Fragen, in denen es eine Entscheidung zu treffen galt, wurden ihm zur Bearbeitung überwiesen. In mächtigen Denkschriften wog er dann sorgsam das Für und Wider ab und besprach alle möglichen Lösungen des Problems. Er wurde für einen Feind des Hauses Österreich gehalten.

Zur Ausführung der klug ersonnenen Entwürfe stand ein Heer von tüchtigen Gesandten und Residenten zu Gebote; die allerfeinsten und allerschwierigsten Aufgaben vertraute Brühl ihnen aber doch nicht an, für ihre Lösung hielt er besondere Kräfte bereit, so den Legationsrat Ferdinand Ludwig Saul, den Hofrat Georg Wilhelm Walther, den Kabinetts- und Konferenzminister, Wirklichen Geheimen Rat Karl August v. Rex. Das Erscheinen Sauls war ein untrügliches Zeichen, daß Sachsen zu ernsten Verhandlungen bereit war.

---

an den Gesandten am Berliner Hofe: „L'approche des deux armées ennemies l'une de l'autre en Silésie, qui nous met à la veille d'une action sanglante . . . Erst im Laufe des 13. traf ein Eilbote aus Breslau mit der Nachricht ein. Vgl. den Bericht des österreichischen Gesandten v. Khevenhüller, Dresden, 14. IV. 1741: „Es ist gestern früh eine Stafette von Breslau an hiesiges Ministerium gekommen mit der Nachricht, daß zwischen Brieg und Ohlau eine sehr scharfe und zwar für uns gar übel ausgefallene Aktion vorgegangen sei." (Kriege unter d. Kais.-Kön. Maria Theresia: Österr. Erbfolgekrieg, herg. v. k. u. k. Kriegsarchiv, II, Wien 1896, S. 283.) — Ende Oktober 1741 wußte Ammon von einem Einfall österreichischer Husaren in die Lausitz zu erzählen, der gar nicht stattgefunden hatte; zur selben Zeit berichtete er, daß der österreichische Hofkanzler Graf Sinzendorff dem sächsischen Gesandten in Wien, dem Herrn v. Bünau, das von Friedrich eigenhändig unterzeichnete Original des Kleinschnellendorfer Abkommens gezeigt habe. Vgl. Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 353 und Grünhagen, Gesch. d. Ersten schles. Krieges, II, S. 58. Bünau war entrüstet, als ihm diese Nachricht zu Ohren kam; er hatte nichts derartiges nach Dresden berichtet. Wir werden wohl nicht fehlgehen, wenn wir eine ganze Anzahl der Anekdoten, die Friedrich in seiner Histoire de Mon Temps erzählt, für deren Glaubhaftigkeit sich aber in den sächsischen Akten kein Anhalt findet, auf Ammons Rechnung setzen. Seine Voraussagungen über die sächsische Politik erwiesen sich auch mehr als einmal als unrichtig. Bis Ende Dezember 1740 sprach er die Erwartung aus, daß Sachsen Bündnisanerbietungen nach Berlin werde ergehen lassen; im Frühjahr 1741 hielt er Sachsen für den Urheber der sich gegen Preußen bildenden Koalition; im Herbst 1741 wollte er nicht glauben, daß sich Sachsen der antipragmatischen Koalition anschließen würde. Allemal irrte er sich.

Sein Lebensgang zeigt, wie schnell damals in Sachsen ein anschlägiger Kopf vorwärts kommen konnte. Sein Vater war Wittumsrat Anna Sophias von Dänemark, der Gemahlin Johann Georgs III., der Mutter Augusts des Starken, gewesen. Er hatte die Tochter seines Vorgängers im Amte, des mit der Prinzessin aus Dänemark nach Sachsen übergesiedelten Herrn von Lenthe, geheiratet. Nach dem am 1. Juli 1717 erfolgten Tode Anna Sophias wurde er Kammerrat, 1731 erhielt er wegen seiner Augenschwäche den Abschied und starb, völlig erblindet, 1736. Sein einziger Sohn Ferdinand Ludwig, 1711 geboren, zeigte anfangs Neigung zum Soldatenhandwerk, bezog aber zunächst die Universität. Er wurde im Juli 1732, 21 Jahre alt, ein Jahr nach der Entlassung seines Vaters, plötzlich in das Geheime Kabinett berufen und bei dem auswärtigen Departement beschäftigt. Drei Monate tat er Dienste als Kanzlist, dann wurde er zum Geheimen Kabinettsregistrator befördert, erhielt zwei Jahre später den Titel eines Sekretärs; 1740 zum Legationsrat ernannt, wurde er 1742 in den Adelstand erhoben[1]). Er starb am 2. Juni 1766 als Geheimer Rat und Polizeidirektor in Dresden. Dem dreißigjährigen Diplomaten werden wir öfters begegnen.

---

Was diese Leute sagten und schrieben, erhielt erst seinen Wert dadurch, daß hinter ihnen die sich nur aus Inländern zusammensetzende sächsische Armee stand. Sie zählte Ende 1740 12 Infanterieregimenter oder 25 Bataillone zu 6 Kompanien; insgesamt 17 231 Mann. Die Kavallerie bildeten 2 Garderegimenter zu je 4 Schwadronen, 8 Kürassier- und 4 Dragonerregimenter zu je 2 Schwadronen. In Polen lagen an sächsischen Truppen — über die etwa 13 000 Mann starke polnische Kronarmee konnte der König nicht frei verfügen — zwei Leichtereiterregimenter und, seit 1740 aus polnischen in sächsische Dienste übernommen, 12 Fahnen Tataren oder Ulanen zu je 75 Mann. Diese letztere Truppe, mit polnischen Pferden beritten gemacht, kam an Ausdauer und Genügsamkeit von Mann und Tier den ungarischen Husaren gleich, war ihnen aber im Gefecht überlegen infolge der Bewaffnung mit

[1]) Nach Sauls eigenen Angaben in Zedlers Universallexikon, Bd. 33, (Leipzig-Halle, 1742), S. 356/7.

der Lanze, die neben dem Säbel und Karabiner geführt wurde. Alle Kavallerieabteilungen zusammen zählten 6870 Mann. Die Feldarmee bestand also aus 24 100 Mann.

„Die sächsische Infanterie war mit großer Sorgfalt ausgebildet und taktisch sehr gut geschult. Erreichte sie auch nicht die hohen Friedensleistungen der preußischen Nachbararmee, so übertraf sie doch an Manneszucht und Gefechtswert die Fußtruppen aller sonstigen Heere. Die Kavallerie war in guter Verfassung und in Ausbildung und Kampfwert jeder anderen Reiterei ebenbürtig. Die sächsische Armee zeichnete sich durch ein sehr tüchtiges Offizierkorps aus[1])." Der französische Marschall Belleisle urteilte, als er im Frühjahr 1741 das sächsische Heer gesehen hatte, daß König August über „lauter schöne und gut exerzierte Truppen" verfüge[2]).

Neben der Feldarmee gab es in Sachsen noch 800 Halbinvalide zur Bewachung der fünf festen Plätze, eine Freikompanie und seit 1734 vier Kreisregimenter, eine Art Landmiliz, die aus den Männern von 18—35 Jahren ausgelost und jährlich zweimal, im Sommer und Herbst, auf 14 Tage zu kompanieweisen Übungen eingezogen wurde.

Mit dem preußischen Heere konnte sich freilich das sächsische weder in der Stärke noch in der Kriegsbereitschaft messen. Die angeführten Zahlen geben die tatsächliche Kopfzahl der sächsischen Feldarmee; es fehlte ihr zum Sollbestand 1600 Mann und wenigstens 4000 Kavalleriepferde. Fünf Reiterregimenter hatten auf Seiten der Österreicher im letzten Türkenkriege gefochten und fast alle ihre Pferde verloren. Im Frühjahr 1740 kehrten sie nach Sachsen zurück; bis zum Ende des Jahres waren sie aber noch nicht wieder beritten gemacht worden. Es fehlten noch mancherlei andere Dinge, Feldkessel, Zelte, Zeltbeile, Feldflaschen, Koller und Säbel. Lebensmittel zur Verpflegung des Heeres im Felde waren nicht angesammelt; die größeren Truppenverbände und ihre Stäbe mußten bei jeder Mobilmachung neu gebildet, die Artillerie bespannt und Munition beschafft werden[3]).

[1]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 1, S. 100—103.

[2]) D. Österr. Erbfolgekrieg, II, S. 285, Anm. 2.

[3]) Winkler, D. Mobilmachung i. J. 1740 und 1741 in Webers Archiv f. sächs. Gesch., VII (Leipzig, 1869), S. 264 ff. — D. Kriege Friedrichs

Die Übelstände waren infolge der schlechten Finanzlage des sächsischen Staates eingetreten. Ein scharf umrissenes Bild von Brühls Finanzwirtschaft läßt sich bis auf den heutigen Tag noch nicht zeichnen. Die Angaben von Schmähsc. iften können nicht allzu sehr ins Gewicht fallen[1]).

Die Vorbedingungen für einen blühenden Stand der Finanzen wären in Sachsen vorhanden gewesen. Seit dem 16. Jahrhundert war es der in wirtschaftlicher Beziehung am weitesten fortgeschrittene deutsche Staat. Nicht wie die Besitzungen der Hohenzollern über ganz Norddeutschland verzettelt, bildete Sachsen eine kompakte Masse und ein einheitliches, gleichartiges Wirtschaftsgebiet. Der Boden war zum größten Teil äußerst fruchtbar und gut angebaut und barg in seinem Schoß die reichsten Mineralschätze. Die Landwirtschaft und der Bergbau, die Industrie und der Handel standen in gleicher Blüte. „Es hatte sich im Lauf

---

d. Gr., I, 1, S. 99 ff. und D. Österr. Erbfolgekrieg, I, S. 581 ff. geben den Sollbestand der sächsischen Armee im Herbst 1741, also nach einjähriger Mobilmachung.

[1]) Böttiger-Flathe, Gesch. des Kurstaates und Königreichs Sachsen, 2. Aufl., II (Gotha, 1870), S. 439 ff. und Flathe, A. D. B., III, S. 411 ff. haben ihrer Schilderung des Regimentes Brühls die Angaben der anonym erschienenen Schrift: „Leben und Charakter des Grafen Brühl," 3 Teile, 1760—64, zu Grunde gelegt. F. Frensdorff beweist in seiner Abhandlung: „Über das Leben und die Schriften des Nationalökonomen J. H. G. v. Justi" in den Nachrichten von d. Gesellschaft d. Wissenschaften zu Göttingen, phil.-hist. Kl. 1903, Heft 4, S. 428/9, daß, was früher schon häufig angenommen worden ist, Justi ihr Verfasser ist. Justi war 1742—44 Privatsekretär des sächsischen Oberstleutnants von Gersdorf und lebte von 1744—47 als Schriftsteller in Dresden. Er erzählt uns den Hofklatsch und das Bedientengewäsch, nichts mehr. Was er über Brühls Politik berichtet, ist trotz aller Versicherungen über die Zuverlässigkeit seiner Vertrauensmänner grundfalsch. Die Angaben über Brühls Verschwendung widersprechen sich; so erzählt er, die Erwerbung des polnischen Indigenats habe Brühl 30 000 oder 300 000 oder eine Million oder mehrere Millionen Reichstaler gekostet. Teil II, S. 122 findet sich die unsinnige Behauptung, Brühl habe 93 Millionen Taler beiseite geschafft und außer Landes angelegt; die Untersuchung nach Brühls Tode ergab, daß er etwa 5 300 000 Taler veruntreut hatte (Flathe, II, S. 535). Diese Feststellung beeinflußt freilich nicht das Urteil über Brühls Persönlichkeit, wohl aber die Einschätzung der Bedeutung seiner Verschwendungssucht für die sächsischen Finanzen. Wir müssen uns damit begnügen, daß sich zahlenmäßig in dieser Frage bis heute nichts Bestimmtes ausmachen läßt.

der Jahrhunderte ein wohlhabender Mittelstand gebildet, das Land war mit einer Fülle kleiner Landstädtchen übersäet, in denen ein behäbiger Bürgerstand gedieh. Die Lage der Bauern war besser und menschenwürdiger als in den angrenzenden Ländern. Großgrundbesitz war selten, die meisten Güter besaßen mäßigen Umfang. Die Rittergüter waren nicht allein in den Händen des Adels, sondern auch in denen der reichen Kauf- und Handelsherrn[1])". Sachsen verfügte über die besten Landstraßen[2]).

1683 wohnten in Sachsen 1300000 Einwohner; sie vermehrten sich bis 1722 um 330000 Seelen[3]). Dresden war die größte Stadt im Lande; Leipzig zählte 30000 Einwohner; Zittau 10000; Bautzen, Görlitz, Lauban je 8000; Freiberg 7000[4]).

Die sächsischen Staatseinnahmen betrugen 1700, die der Lausitz nicht mitgerechnet, 2625000 Taler[5]); infolge der Steuerreformen Augusts des Starken, der Einführung der Generalkonsumptionsakzise, der Trennung der Besteuerung von Stadt und Land und infolge der Zunahme der Bevölkerung und des Wohlstandes beliefen sie sich um 1740, die Erträgnisse der Lausitz miteingerechnet, auf 6 bis 8 Millionen Taler[6]). Davon mußten jährlich anderthalb

[1]) R. Wuttke, D. Einführung der Landaccise u. d. Generalconsumtionsaccise in Kursachsen. Heidelberger Diss. 1890. S. 2.

[2]) D. Österr. Erbfolgekrieg, I, S. 86.

[3]) Dieterici, Über d. Vermehrung der Bevölkerung in Europa seit d. Ende oder d. Mitte d. 17. Jahrh. in d. Abhandl. d. Berl. Akademie 1850. — Über die Fragwürdigkeit des von Dieterici benutzten Zahlenmaterials vgl. R. Wuttke, Sächs. Volkskunde, 2. Aufl. (Dresden, 1901), S. 192.

[4]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 1, S. 204. — D. Österr. Erbfolgekrieg, I, S. 761. — Beide Werke geben die Einwohnerzahl Dresdens um 1740 auf 36000 Seelen an, während Wuttke a. a. O., S. 187 schon für das Jahr 1727 44700 Bewohner rechnet.

[5]) Wagner, D. Beziehungen Augusts des Starken zu seinen Ständen, S. 33.

[6]) Friedrich d. Gr. nennt in der ersten Redaktion seiner Histoire de Mon Temps (Publikationen aus d. preuß. Staatsarchiven, Bd. IV, Leipzig, 1879, S. 184) 5 1/2 Mill.; in der späteren Umarbeitung (Oeuvres, II, S. 27) 6 Millionen; Koser, König Friedrich d. Gr., II, S. 162 6 Millionen; Vitzthum von Eckstädt in den Geheimnissen d. sächs. Cabinets, I (Stuttgart, 1866), S. 312 7—8 Millionen. — Wie stark von 1743 ab die Steuerschraube angezogen werden mußte, zeigt Wuttke in den Tabellen zu d. Vorträgen über Sächs. Finanzgsch., geh. in d. Gehe-Stiftung, als Manuscript gedr. Dresden, 1894, S. 17 ff.

Millionen zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden verwandt werden. Die polnischen Krongüter hatten um 1700 jährlich etwa eine Million Taler abgeworfen; während der Regierung Augusts des Starken stiegen ihre Erträgnisse auf 3 Millionen. Über diese Gelder verfügte der König nach seinem Belieben; in erster Linie wurden sie zur Bezahlung der Pensionen der sächsischen Parteigänger unter dem polnischen Adel benutzt.

Der polnische Erbfolgekrieg, die Vermählung der ältesten Tochter König Augusts III. mit Karl VII., König beider Sizilien, im Jahre 1738 und die Reisen des Kurprinzen hatten die Aufnahme neuer Anleihen nötig gemacht. Um 1740 war wieder starke Ebbe in den sächsischen Kassen; aber Sachsen genoß noch einen guten Kredit; aus den Niederlanden wurde ihm mehr Geld angeboten, als es brauchte[1]).

Bis zum zweiten schlesischen Kriege scheint das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und den Einnahmen zur Not aufrecht erhalten worden zu sein. Die Kosten des Krieges, der Ausfall an Zöllen und Meßgebühren, die Verwüstung des Landes und der Verlust des Heergerätes, die finanziellen Lasten, die der Dresdener Frieden Sachsen aufbürdete, haben wahrscheinlich dem lecken Faß den Boden ausgeschlagen. Bei dem Beginn des siebenjährigen Krieges stand Sachsen vor dem Staatsbankerott. Die Schuld an der Zerrüttung der sächsischen Finanzen fällt zum Teil der Verschwendungssucht des Königs und Brühls zur Last, zum Teil vielleicht den allzu kärglichen Bewilligungen der Landstände gegenüber den außerordentlichen Anforderungen jener Zeiten, zum wesentlichen Teil aber der preußischen und österreichischen Wirtschaftspolitik. Auf die durch sie geschaffenen Zustände und ihre Rückwirkung auf die sächsischen Finanzen müssen wir einen Blick werfen, weil wir dadurch den Ausgangspunkt der Politik Brühls kennen lernen.

---

Eine leicht verwundbare Stelle hatte die sächsische Volkswirtschaft: ihre Basis war zu klein und daher ihre Abhängigkeit vom Auslande zu groß. Das Land vermochte nicht so viel Ge-

---

[1]) Bericht Ammons, Dresden, 6. I. 1741.

treide zu produzieren, als die in der Industrie und dem Bergbau beschäftigte Bevölkerung verzehrte, und mußte einen Teil seines Bedarfes aus Nordböhmen, besonders aus der Niederung um die Elbe, beziehen; die böhmischen Wälder lieferten das für den Bergbau nötige Holz[1]), Schlesien den Tuchmachern und Strumpfwirkern der Oberlausitz die gute zweischürige Wolle, Oberschlesien und Mähren den Leinwebern einen Teil des Garns; Halle versorgte Sachsen mit Salz. Die sächsische Industrie war hauptsächlich auf den Absatz im Auslande angewiesen; der sächsische Handel vermittelte in erster Linie den Warenaustausch Westeuropas und seiner Kolonien mit dem Osten. Auf den Leipziger Messen handelten Ungarn und Siebenbürgen, Polen und Russen gegen ihre Landesprodukte die Erzeugnisse Sachsens, Englands, Hollands, Spaniens und Frankreichs ein.

Daß der sächsische Handel sich so mächtig entwickeln konnte, war bei der Lage Sachsens zum Meer eine in den verfahrenen deutschen Verhältnissen, nicht aber in der Natur der Sache begründete Erscheinung. Durch den dreißigjährigen Krieg war der sächsische Handel insofern gefördert worden, als sich damals die Warenzüge verhältnismäßig noch am sichersten längs der Gebirge vorwärtsbewegen konnten; denn die Heere wichen auf ihrem Marsche den Bergketten aus, und die Waldtäler boten im Notfall den Kaufleuten einen Zufluchtsort. Nach dem Westfälischen Friedenschluß machte die Gewohnheit ihr Recht geltend. So gingen um die Mitte des 17. Jahrhunderts die Waren aus Rußland, Kurland und Littauen über Glogau und Leipzig nach Holland, anstatt wie früher über Frankfurt a. O.; 12 000 polnische Ochsen wurden z. B. jährlich durch Sachsen in das Reich getrieben[2]). Die weitere Entwickelung und die Blüte des sächsischen Handels beruhte auf der durch die politische Zerrissenheit Deutschlands herbeigeführten Sperrung der meisten Flußläufe.

Für Sachsen kam zunächst die Elbe in Betracht. Auf ihr hob sich, besonders seit der Zerstörung Magdeburgs, ein wenig

[1]) Über die Beschaffenheit der für die folgende Darstellung so wichtigen böhmischen Kreise, des Königgrätzer, Bunzlauer, Leitmeritzer, Saazer Kreises, vgl. d. Archiv f. österr. Gesch., Bd. 69, 2. Hälfte (Wien, 1887), S. 466 ff.

[2]) Konrad Wutke, D. Schles. Oderschiffahrt in Vorpreuß. Zeit. Codex Diplomaticus Silesiae (Breslau, 1896), 17. Bd., S. 159 und 161.

die sächsische Schiffahrt. Die Böhmen mußten ihre Waren, ihr Holz und ihre Pottasche, in Dresden verkaufen; die sächsischen Schiffer führten sie nach Hamburg. Um jede Konkurrenz fernzuhalten, wurde die Elbe innerhalb des sächsischen Gebiets allen Nichtsachsen gesperrt; gleichwohl war der sächsische Schiffsverkehr nach Hamburg der übermäßigen Flußzölle halber — 48 an der Zahl — gering[1]). Die meisten Waren wurden auf der Achse fortgeschafft. Von Lübeck und Hamburg führte die Straße über Lüneburg durch das Herzogtum Magdeburg nach Leipzig; von Holland und Bremen über Braunschweig und Halle; vom Rhein über Frankfurt und Erfurt, aus Oberdeutschland über Nürnberg und Hof und von Regensburg über Eger. Aus Polen kamen die Waren über Posen, Kosten, Fraustadt, Glogau, Sagan nach Görlitz; hier mündete die Straße von Siebenbürgen und Ungarn über Breslau, Liegnitz, Bunzlau, Lauban, die sogenannte hohe Straße; sie lief von Görlitz weiter über Bautzen, Kamentz, Königsbrück, Großenhain, Oschatz nach Leipzig. Daneben war noch eine zweite Straße im Gebrauch, die Niederstraße, von Breslau über Parchwitz, Kotzenau, Sprottau, Sagan, Priebus, Muskau, Spremberg, Finsterwalde, Übigau, Torgau und Eilenburg[2]).

Durch kaiserliche und kurfürstliche Mess-, Stapel-, Straßen- und Zollmandate wurde der Handel gezwungen, diese Wege genau innezuhalten. Solange die Lausitz den österreichischen Kaisern gehört hatte, waren sie durch ihren eigenen Vorteil bestimmt worden, ihren Mandaten Geltung zu verschaffen; aber auch später, 1662, 1684, 1706, 1709 waren die Edikte erneuert worden, die die Innehaltung der hohen Straße bis Leipzig einschärften[3]).

Der Kampf um die Stapelprivilegien zwischen Stettin und Frankfurt a. O. hatte die im 16. Jahrhundert blühende Oderschiffahrt vernichtet; das Flußbett verwahrloste; bis über die Mitte des 17. Jahrhunderts hinaus gingen fast alle aus Schlesien für

---

[1]) G. Schmoller, Studien über d. wirtschaftliche Politik Friedrichs d. Gr. u. Preußens überhaupt von 1680—1786 in Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft, VIII (Leipzig, 1884), S. 1087 u. X. (1886), S. 705/6.

[2]) Fr. H. Heller, D. Handelswege Innerdeutschlands im 16. 17. u. 18. Jahrhundert u. ihre Beziehungen zu Leipzig. Leipz. Diss. 1884, S. 7 ff.

[3]) Wutke, Oderschiffahrt, S. 174 u. Schmoller, Jahrbuch, X, S. 707.

den Westen bestimmten Waren zu Lande über Leipzig an die See[1]).

So entwickelte Leipzig seinen Handel seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts immer mehr auf Kosten von Breslau und Frankfurt a. O. Im Umkreis von 15 Meilen um Leipzig herum durfte auf Grund alter Privilegien keine Messe, kein Jahrmarkt abgehalten werden; kein Frachtwagen durfte an Leipzig vorbeifahren. Mit dieser Waffe zerstörte Leipzig den Handel Halles. „Es ist unzweifelhaft, daß dieses Rüstzeug mittelalterlicher Stadtpolitik, im ganzen vom Dresdener Hofe unterstützt, wesentlich die Blüte des Leipziger Handels von 1600—1735 gefördert hatte[2])."

Der Handel brachte nun den sächsischen Staatskassen stattliche Einnahmen. „Die Durchfuhr zahlte in Sachsen nicht bloß die alten Zölle und die alte niedrigere Landakzise, sondern auch die 1705 eingeführte Generalkonsumptionsakzise; und zur Zeit der Messe in Leipzig wurde noch eine besondere höhere Durchgangsakzise und Niederlage gefordert, auch die sogenannte Losungs- oder Verkaufsakzise von allen eingebrachten Waren, ob sie verkauft wurden oder nicht, eingehoben[3])." Der Gesamtwert des jährlichen Umsatzes auf den Leipziger Messen belief sich im 18. Jahrhundert auf 18 Millionen Taler[4]). Demgemäß erklärte Graf Brühl die Leipziger Messgefälle für die Haupteinnahmequelle des sächsischen Staates[5]).

Den ersten scharfen Angriff auf Sachsens Handelsstellung unternahm der Große Kurfürst mit dem Bau des Friedrich-Wilhelms-Kanal. Sachsen suchte die Ausführung des Werkes vergebens zu verhindern; alle Anwürfe bei den Breslauer Kaufleuten, von seiner Benutzung abzusehen, scheiterten; aber noch 1727 beschäftigte sich August der Starke mit dem Gedanken, wie sich wohl am besten der Kanal beseitigen ließe; die Regierung seines Nach-

[1]) A. Zimmermann, Blüthe u. Verfall d. Leinengewerbes in Schlesien. Breslau, 1885, S. 64.

[2]) Schmoller, Jahrbuch, X, S. 677 u. 707.

[3]) Schmoller, Jahrbuch, X, S. 707.

[4]) Falke, Gesch. d. deutschen Handels. Leipzig, 1860, S. 274. — Die Ausfuhr des gesamten preußischen Staates betrug 1752 22½ Mill. Taler, die Einfuhr fast 17 Mill. Taler. Koser, König Friedrich d. Gr., I, S. 437.

[5]) Brühl an Bünau, Warschau, 12. VIII. 1744. Loc. 2909. Comme la principale source d'où nous tirons nos revenus et qui est la foire de Leipzig . . .

folgers tat das gleiche[1]). Ein Mittel besaß Sachsen, die Oderschiffahrt zu erschweren; bei Fürstenberg war eine kurze Strecke des linken Oderufers sächsischer Boden; der von hier aus erhobene Zoll belästigte schwer den Handel. Er betrug 4 gute Pfennige von jedem Reichstaler des Warenwertes. Die Hirschberger klagten gegen Ende des 17. Jahrhunderts, daß ihre Leinwand mit der Lausitzer wegen des Fürstenberger Zolls nicht konkurrieren könne. Die Beschwerden über den Zoll seitens Brandenburgs rissen denn auch nie ab, blieben aber natürlich fruchtlos. 1667 versuchten die Breslauer den Zoll dadurch zu umgehen, daß sie die Waren oberhalb Fürstenbergs ausluden und zu Lande auf dem rechten Oderufer ein Stück stromabwärts schafften. 1700 plante der Kurfürst von Brandenburg die Anlage eines Kanals, der die sächsische Uferstrecke umgehen sollte[2]).

Die sächsischen Schikanen vermochten nicht viel auszurichten; Zollermäßigungen auf der hohen Straße zeitigten nur einen vorübergehenden Erfolg. Mehr als der vierte Teil der schlesischen und polnischen Waren ging fortan nicht mehr über Leipzig nach Hamburg, sondern durch den Kanal und die Marken[3]), weil der Wasserweg billiger als der Landweg war. Freilich wurde die Schiffahrt im Winter durch die Eisverhältnisse, im Sommer durch Wassermangel gestört; die Schiffe entbehrten auch geeigneter Vorrichtungen zum Schutz der Waren gegen Nässe. Infolge des arg vernachlässigten Flußbetts der Oder kamen auch öfters Unglücksfälle vor, und die Dauer der Fahrt verlängerte sich derart, daß z. B. in den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts die zu Wasser verladenen Waren von Schlesien bis Holland sechs Wochen, die über Leipzig zu Lande gehenden nur drei Wochen brauchten und die Versicherungsprämie für die Ladung bis Hamburg über Leipzig $^1/_3$% des Wertes, für den Wasserweg aber 1% betrug.

[1]) Wutke, Oderschiffahrt, S. 171 f; 193; 301; 311. — Toeche-Mittler, D. Friedrich-Wilhelms-Kanal in Schmollers staats- u. socialwissenschaftl. Forsch., Bd. XI, Heft 3 (Leipzig, 1891), S. 38 f. — Schmoller, Jahrbuch, VIII, S. 372 f.

[2]) Wutke, Oderschiffahrt, S. 162; 176 f.; 192; 221; 231 ff. — Grünhagen, Über d. Zustand d. Handels u. d. Industrie Schlesiens am Ende d. 17. Jahrh. in d. Abhandl. d. Schles. Gesellsch. f. vaterl. Kultur. Philos. hist. Abt. 1872/3, S. 4.

[3]) Heller, D. Handelswege Innerdeutschlands, S. 36 u. 53.

Daher wurden die wertvollen Waren wie bisher über Leipzig, und nur die groben und schweren auf dem Wasserweg fortgeschafft[1]).

Die 1680 in Sachsen ausbrechende und mehrere Jahre wütende Pest veranlaßte die Schlesier, den Wasserweg immer häufiger zu benutzen, wie sie die Oberdeutschen bestimmte, nicht mehr über Leipzig, sondern geradenwegs über Erfurt nach Hamburg zu handeln[2]). Dieselbe Ursache verstärkte die schon seit dem Ende des 16. Jahrhunderts bei den schlesischen Fuhrleuten vorhandene Tendenz, von der Niederstraße bei Finsterwalde oder Spremberg abzuweichen, Leipzig links liegen zu lassen und über Dahme und Jüterbog sofort auf Magdeburg und Hamburg zuzufahren. Im Juni 1703 kamen allein 32 Wagen mit 210 Pferden auf diesem Wege durch Dahme[3]).

Je größer die Konkurrenz des Wasserweges nach Hamburg wurde, um so eifriger waren die Sachsen darauf bedacht, sich die Landstraße durch das Herzogtum Magdeburg offen zu halten. Nun kam aber das Land 1680 an Brandenburg. Anfangs schüchtern, setzten mit der Zeit die Bestrebungen immer zielbewußter ein, die darauf hinausliefen, auf Sachsens und namentlich auf Leipzigs Kosten die brandenburgischen Gebiete in die Höhe zu bringen. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wurde die Saale bis Halle schiffbar gemacht und dadurch für den Warenaustausch mit dem Westen und Süden die Möglichkeit geschaffen, Leipzig zu umgehen[4]). Sachsen suchte diesen Bestrebungen durch seinen Elbzoll bei Barby an der Saalemündung entgegenzuwirken. Seit der Erwerbung Stettins und der Odermündung ging Preußen darauf aus, den Handel von Sachsen und der durch Magdeburg führenden Landstraße, der Elbe und Hamburg weg auf die Oder hinüberzuziehen. Ein erbitterter Zollkrieg brach 1721 zwischen Preußen und Sachsen aus. 1727 wurde er noch einmal beigelegt: aber

---

[1]) Hasse, Gesch. d. Leipz. Messen (XXV. Preisschrift d. Jablonowskischen Gesellsch.). Leipzig, 1885. S. 482 ff. — Zimmermann, Blüthe u. Verfall d. Leinengewerbes, S. 76. — Wutke, Oderschiffahrt, S. 224. — Tschierschky, D. Wirtschaftspolitik d. Schles. Kommerzkollegs. Gotha, 1902, S. 86 ff.

[2]) Heller, D. Handelswege Innerdeutschlands S. 45 u. 64 f.

[3]) Heller, S. 20; 35; 53.

[4]) Schmoller, Jahrbuch, X, S. 687 ff.

bald entstanden neue Streitigkeiten. Preußen bildete sein merkantilistisches Wirtschaftssystem immer schroffer aus; es ging das Gerede, Friedrich Wilhelm I. möchte am liebsten Leipzig vom Erdboden vertilgen, weil es den Handel von Frankfurt a./O. zu sehr beeinträchtige. Sachsen konnte die preußische Absperrungspolitik aus Rücksicht auf seinen Handel nicht recht nachahmen und suchte mit kleinen Mitteln den überlegenen Nachbarn zu bekämpfen. „Böses Blut in Berlin machte hauptsächlich der Versuch, den ziemlich bedeutenden Weinhandel, der direkt von Frankfurt a./M. nach Berlin ging, zur Fahrt über Leipzig und zur Niederlage daselbst zu zwingen. Man fing in Leipzig an, Strafen auf die Übertretung zu legen, die Fuhrleute Reverse unterschreiben zu lassen, daß sie stets über Leipzig fahren wollten." Je schroffer die Leipziger vorgingen, desto mehr reizten sie Preußen. Im Juli 1740 wurde allen sächsischen Schiffern in Magdeburg $^1/_3$% Durchgangsakzise abgefordert. Von der hohen Straße sollte der Wagenverkehr dadurch abgelenkt werden, daß man die Straße über Krossen und Frankfurt a./O. nach Berlin in guten Stand setzte[1]).

Die gleiche Wirtschaftspolitik wie Preußen befolgte auch Österreich. 1672, 1726 und 1728 wurden die Zölle bedeutend erhöht[2]). Am 4. Oktober 1677 hatte noch ein Erlaß der böhmischen Kammer verfügt, daß aus Rücksicht darauf, daß die Lausitz ein böhmisches Lehen sei, die Tuche und Leinwand der Lausitz von jedem Aufschlag in Böhmen befreit sein sollten; 1728 wurde an der böhmischen Grenze auf sächsische Leinwand ohne Ausnahme ein Zoll von 20% gelegt[3]). Trotzdem widerrieten die Leipziger Kramermeister und Handlungsdeputierten die Anwendung von Kampfzöllen gegen Österreich, weil dann zu befürchten war, daß Karl VI. hohe Ausfuhrzölle auf die Dinge legen würde, die Sachsen aus Böhmen und seinen Nebenländern beziehen mußte, also auf Holz, Getreide, Früchte und Garn. Als August der Starke 1730

[1]) Schmoller, Jahrbuch, X, S. 689 ff.; 708 ff.

[2]) Falke, Gesch. d. deutschen Zollwesens, Leipzig, 1869, S. 253 ff. — K. Biedermann, Gesch. d. Leipziger Kramerinnung. Leipzig, 1881, S. 66 ff.

[3]) Hierauf bezieht sich die in den folgenden Kapiteln öfters wiederkehrende Forderung der Sachsen, die böhmischen Zölle auf den Fuß von 1677 herabzusetzen.

die Rechtsgiltigkeit der pragmatischen Sanktion angriff, antwortete Karl VI. mit einem Zollaufschlag von 60% auf sächsische Waren und verbot seinen Untertanen den Besuch der Leipziger Messe, was für Sachsen einen Verlust von drei Millionen Taler ausmachte[1]).

Schmoller nimmt an, daß „seit 1725 etwa ein gewisser Stillstand, ja eine Stockung in der Leipziger Handelsentwickelung eingetreten sei“[2]). Seine Auffassung findet eine Stütze an der Tatsache, daß die sächsische Bevölkerung in den 39 Jahren von 1683—1722 um mehr als 25%, in den 33 Jahren von 1722—1755 um 3,3% sich vermehrt hat, daß also infolge der Handelsstockung große Scharen ausgewandert sind. Aus den Handelsnöten jener Zeit heraus kann man nur die auswärtige Politik des Grafen Brühl verstehen; die Rücksicht auf die sächsische Volkswirtschaft und auf die sächsischen auf die Handelsgefälle basierten Staatseinnahmen führte ihm die Feder, so oft er in den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts Verzeichnisse der Gebiete zusammenstellte, die Sachsen an sich bringen müsse. Im Norden war es das preußische Magdeburg wegen des Handels auf der Elbe und zu Lande nach Hamburg und wegen des Hallischen Salzes; im Westen das mainzische, Sachsen benachbarte Erfurt, um den von der Leipziger Straße sich wegziehenden Handel der Oberdeutschen mit Hamburg weiter beeinflussen zu können; im Süden das österreichische Eger aus Rücksicht darauf, daß durch diese Stadt die Straße von Regensburg nach Leipzig führte[3]); Nordböhmen wegen seines Getreides und Holzes; Prag wegen der Elbschiffahrt; die Gebiete, deren Erwerbung Sachsen in erster Linie und zwar der Handelsstraße nach Polen halber ins Auge fassen mußte, lagen im Osten: das preußische Herzogtum Krossen und das österreichische Niederschlesien.

Sachsens Handel wäre nämlich durch den Merkantilismus Preußens, Österreichs und Rußlands viel schneller erdrückt worden und die Leipziger Messen hätten sich in ihrer Bedeutung nicht lange behaupten können, wenn nicht in Polen „gewissermaßen Freihandel“ geherrscht hätte[4]). Durch das polnische Gebiet

[1]) Droysen, Gesch. d. pr. Pol., IV, 3 (Leipzig, 1869), S. 121.
[2]) Schmoller, Jahrbuch, X, S. 708.
[3]) D. Österr. Erbfolgekrieg, I, S. 737.
[4]) Hasse, Gesch. d. Leipziger Messen, S. 3/4.

konnten die sächsischen Waren im Notfall das Meer erreichen. Bei seiner Bewerbung um die polnische Krone betonte August der Starke die Bedeutung der Personalunion Polens mit Sachsen für die Handelsbeziehungen beider Länder[1]). Nun berührten sich aber die sächsischen und polnischen Grenzen nicht, sondern es schob sich zwischen sie von Norden Krossen, von Süden Niederschlesien. Obwohl das Zwischengebiet in den Händen zweier, über so viele Dinge miteinander hadernder Herren war, machte sich doch dieser Zustand auch in politischer Beziehung bei mancher Gelegenheit wie z. B. bei der Bewerbung um die Krone im Jahre 1733 mit erdrückender Schwere fühlbar. Für jeden sächsischen Staatsmann stand es daher fest: kam es einmal zur Auflösung des österreichischen Staates, dann mußte Sachsen sich Niederschlesiens bemächtigen und durfte vor allem nicht dulden, daß die Preußen sich hier festsetzten.

Als nun dieser Fall wirklich eintrat, als es nach der Schlacht von Mollwitz den Anschein gewann, daß Niederschlesien in preußische Gewalt kommen würde, da war man sich in Dresden der verhängnisvollen Folgen dieser Veränderung vollauf bewußt[2]). Man fürchtete, Preußen werde alle Mittel anwenden, um den auf der hohen und Niederstraße durch Sachsen gehenden Handel nach Stettin oder durch den Friedrich-Wilhelms-Kanal über Berlin nach Hamburg zu leiten und wiederum Böhmen, Mähren, Schlesien, Polen, Ungarn und Siebenbürgen auf dem Wasserwege mit den Waren des Nordens, Englands, Frankreichs, Hollands, Spaniens und ihrer Kolonien zu versehen. Die Gefahr, die dem Leipziger Handel dadurch erwuchs, daß dann der ganze Oderlauf in Preußens Machtbereich sein würde, wurde in Dresden klar erkannt. Aber weiter, es bestand zwischen Schlesien und Sachsen ein äußerst reger Warenaustausch[3]). Die sächsische Wollen- und Leinwandindustrie war darauf angewiesen, einen Teil ihres Rohmaterials

[1]) Theatrum Europaeum, Bd. XV, S. 302.

[2]) Vgl. Anhang I.

[3]) Für d. sächs. schles. Handelsbeziehungen s. Fechner, D. Zustand d. schles. Handels vor d. Besitzergreifung d. Landes durch Friedrich d. Gr. in Conrads Jahrbüchern f. Nationalökonomie u. Statistik, N. F. Bd. 10 (d. ganzen Reihe 44. Bd.), Jena, 1885. — Zimmermann, Blüthe u. Verfall d. schles. Leinengewerbes. S. 33; 44; 48 f.

und der Halbfabrikate aus Schlesien zu beziehen; in der Gegend von Annaberg beschäftigten sich 10000 Frauen mit Spitzenklöppeln und verdienten damit jährlich 520000 Gulden, sie konnten aber zu ihrer Arbeit nur Garn und Flachs aus Schlesien verwenden[1]). Jedes Jahr gebrauchte Sachsen für 120000 Taler schlesische Wolle. Nach Schlesien ging eine große Menge polnischen Salzes. Man mußte mit Sicherheit erwarten, daß Preußen versuchen würde, alle diese Beziehungen zu durchschneiden. Zu dem wirtschaftlichen kam noch das politische Interesse; solange Sachsen nicht in direkter Verbindung mit Polen stand und jederzeit seine Truppen nach Polen werfen konnte, war an eine Beseitigung der polnischen Adelsanarchie, an ein Zusammenschweißen des sächsischen und polnischen Staates nicht zu denken. Derartige Pläne gingen vollends in Rauch auf, sobald Preußen, das durch ihre Verwirklichung stark beeinträchtigt worden wäre, über Schlesien gebot.

Die Folgezeit lehrte, daß man in Sachsen richtig in die Zukunft gesehen hatte. Zunächst machte Friedrich 1742 den freilich erfolglosen Versuch, den Leipziger Messen durch neu errichtete in Breslau Abbruch zu tun[2]). 1747 verordnete er, daß die schlesischen Waren den Wasserweg benutzen sollten; wenn er unbefahrbar war, mußten sie auf der Achse über Krossen durch die Mittelmark geschafft werden[3]). Später belegte Friedrich den sächsisch-polnischen Durchgangshandel durch Schlesien mit einer Abgabe von 30% des Warenwertes[4]). Der Görlitzer Stadtrat klagte 1753, daß der Verkehr auf der hohen Straße sich um ein Drittel seit der preußischen Besitzergreifung Schlesiens vermindert habe[5]).

1752 suchte Friedrich den Garnexport aus Schlesien nach Sachsen zu unterbinden; 1755 wurde ein Versuch mit einem Verbot der Wollausfuhr aus Schlesien gemacht. Zu gleicher Zeit suchte Friedrich den sächsischen Handel von der anderen Seite

---

[1]) Schönborn, D. Wirtschaftspolitik Österreichs in Schles. im 17. u. Anfang d. 18. Jahrhunderts in Conrads Jahrbüchern, N. F. Bd. IX, S. 327.

[2]) Cauer, Zur Gesch. d. Breslauer Messe in d. Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. u. Altertum Schles., V (Breslau, 1863), S. 63 ff.

[3]) Heller, D. Handelswege Innerdeutschlands, S. 54.

[4]) Koser, König Friedrich d. Gr., I, S. 445.

[5]) Heller, S. 56.

her zu erwürgen, indem er 1747 die Magdeburger Stapelrechte wiederherstellte; die sächsischen Schiffer und Flößer durften nicht mehr an Magdeburg vorbei nach Hamburg fahren. Auf den durch Magdeburg und Halberstadt führenden Landstraßen wurden die Abgaben stark erhöht und Transitzölle eingeführt. Friedrich gab 1748 die Parole aus: „Die Sachsen sollen chikaniert, ihre Waren bei der Entrée difficiliert werden.“ So kam es 1755 zu einem neuen für Sachsen verderblichen Zollkriege. Wie Preußen handelte auch Österreich. 1752 und 53 wurden die Zölle an der böhmischen Grenze um fast 100% gesteigert und dadurch der Lausitzer Leinenhandel nach Böhmen lahmgelegt[1]).

„1756 herrschte,“ so schildert Falke nach den sächsischen Archivalien die damaligen Zustände[2]), „infolge der preußischen Sperrmaßregeln in der Oberlausitz der empfindlichste Mangel an den unentbehrlichsten Rohwaren, als Wolle, Garn, Flachs, Leder u. a., der Absatz der Fabrikate lag ganz darnieder, und der gesamte Handel durch und in Schlesien mit den Ungarn, Polen und Russen war in jeder Weise behindert, wobei übrigens die preußischen Untertanen ebenso viel litten, wie die sächsischen. m Jahre 1741 gebrauchte die Oberlausitz noch 16 000 Stein schlesischer Wolle, jetzt, nachdem sie meißnische und niederlausitzische Wolle hatte zu Hilfe nehmen müssen, jährlich noch 4000 Stein, da die feinsten Sorten der schlesischen Wolle durch andere nicht zu ersetzen waren.“ Ferner wurde die Ausfuhr einer Menge von Waren verhindert, die Sachsen früher aus Schlesien bezogen hatte, nämlich: feine Leinwand, eiserne Waren von Schmiedeberg, ungarische Weine, Kupfer, Obst, Wachs, Licht, Seife, Unschlitt, Gips, Pulver und Salpeter. Ebenso mußte in Schlesien unterbleiben der früher aus Sachsen erfolgte Bezug von Tüchern, wollenen Zeugen, Bautzener Strümpfen, Kanevas, Bettzeugen, Zwillich, geschliffenen Tuchscheren, Eisen, Messing, Zinn,

---

[1]) Schmoller, Jahrbuch, X, S. 702 ff. — Heller, S. 67 ff. — Freiherr v. Schrötter, D. schles. Wollenindustrie i. 18. Jahrh. in d. Forsch. z. Brandenb. u. Pr. Gesch., X (Leipzig, 1898), S. 189 ff. — Falke, Gesch. d. deutschen Zollwesens, S. 269 ff.

[2]) a. a. O., S. 299/300. — Vgl. auch Biedermann, Kramerinnung, S. 79 ff.

Blei, Glätte, schwarzen und weißen Blechen, Glas, Porzellan, Spitzen, blauer Farbe, goldener und silberner Tressen und Draht.

Die verhängnisvolle Rückwirkung der handelspolitischen Kämpfe auf die sächsische Finanzkraft läßt sich noch nicht ziffernmäßig klarstellen; aber soviel ist gewiß, daß sie den Grafen Brühl veranlaßt hat, in erster Linie auf die Herstellung einer direkten Verbindung Sachsens mit Polen hinzuarbeiten. Der Streit um Schlesien bedeutete für Sachsen den Kampf um seine politische und wirtschaftliche Machtstellung.

---

Zweites Kapitel.

## Der Frankfurter Partagetraktat.

Das Aussterben der Habsburger war ein Ereignis, mit dem an allen europäischen Höfen schon seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts gerechnet wurde; trotz aller Vorbereitungen und Vorbesprechungen wirkte aber die Kunde, daß Kaiser Karl VI. nach kurzem Krankenlager am 20. Oktober 1740, erst 55 Jahre alt, verschieden sei, auf die Diplomatenwelt, wie Feuerlärm auf Dorfbewohner. Daß ein folgenschweres Ereignis eingetreten sei, daß der Augenblick tatkräftiges Handeln heische, fühlten alle; niemand wußte aber so recht, wo er zugreifen solle, was der Nachbar tun und lassen werde, ob man auf ihn rechnen dürfe, ob er als Freund oder Feind zu gelten habe.

Da Karl keinen Sohn hinterließ, folgte ihm in der Herrschaft über die österreichischen Lande seine Tochter, Maria Theresia, also eine Frau, von der man nur wußte, daß sie bisher der Beschäftigung mit politischen und militärischen Angelegenheiten ängstlich fern gehalten worden war. Ihr Gemahl, Franz von Lothringen, seit 1737 Großherzog von Toskana, war beim österreichischen Volk wenig beliebt. Es schien also das Band zerrissen zu sein, das bisher hauptsächlich die große verschieden geartete Ländermasse der Habsburger zusammengehalten hatte; der Auseinanderfall dieses Staates stand drohend bevor. Zu gleicher Zeit war durch den Tod Karls die seit Jahrhunderten im Hause Habsburg schier erblich gewordene Kaiserwürde erledigt. Nicht aus Mangel

an politischer Einsicht oder Spannkraft[1]) hatte Karl es unterlassen, seinem Schwiegersohn die Kaiserkrone bei seinen Lebzeiten zu sichern, sondern durch seine Wahlkapitulation dazu gezwungen. Um dem Streben Augusts des Starken nach der Kaiserwürde einen Riegel vorzuschieben, hatten die Kurfürsten auf dem Wahltage des Jahres 1711 beschlossen, „nicht leichtlich zur Wahl eines römischen Königs vivente Imperatore zu schreiten," die Ausnahmefälle, bei denen sie ihren Vorsatz umstoßen wollten, wurden einzeln aufgezählt[2]). Dieser Paragraph der Wahlkapitulation hätte den nach der Kaiserwürde lüsternen Kurfürsten als Waffe für den Fall gedient, daß Karl die Wahl seines Schwiegersohns in Vorschlag gebracht hätte.

Brühl war sofort entschlossen, die Gunst der Lage auszunutzen[3]); auf dem polnischen Reichstage zu Warschau erhielt er am 27. Oktober 1740 die Meldung vom Tode des Kaisers, zwei Tage später erging an den kommandierenden General v. Baudissin der Befehl zur Mobilmachung der sächsischen Armee. Die ersten Berichte aus Österreich über die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die zahlreichen Bauernrevolten, die Beschaffenheit des Heeres und der Finanzen Österreichs, endlich die Nachricht von den bayrischen Erbansprüchen mußten Sachsen anspornen, sich schnell der wichtigsten Teile des herrenlosen Gutes zu bemächtigen, und deshalb wurden die Vorbereitungen zum Einmarsch in Schlesien und Böhmen getroffen[4]).

Indessen gab es schwer ins Gewicht fallende Gründe, die sofort loszuschlagen verboten. Die Truppen waren nicht marschbereit, das zur Mobilisierung nötige Geld mußte erst beschafft werden. Große Pferde- und Getreideeinkäufe wurden in Polen gemacht, da die Getreideausfuhr aus Böhmen nach dem Tode des Kaisers verboten worden war. Auch stand der Winter vor der Tür; in dieser Jahreszeit in Aktion zu treten, widersprach den militärischen Gewohnheiten. Die nächsten Monate boten also Raum

[1]) Wie es Arneth, Maria Theresia, I, S. 175 will.

[2]) S. meine Kaiserwahl Karls VI., S. 142.

[3]) Hübner, Zur Gesch. d. kursächs. Politik beim Ausbruch d. österr. Erbfolgekrieges, S. 19 ff.

[4]) Winkler, D. Mobilmachung i. J. 1740/1 in Webers Archiv f. sächs. Gesch., VII (Leipzig. 1869), S. 264.

zu diplomatischen Verhandlungen, da doch Sachsen allein gegen Österreich nicht vorgehen konnte und sich nach Bundesgenossen umsehen mußte. König August hatte doch auch durch sein Bündnis von 1733 der Erzherzogin Maria Theresia die Nachfolge auf dem Throne ihres Vaters zugesichert und ihr für den Fall, daß sie in ihrem Besitz bedroht würde, ein Hilfskorps zu stellen versprochen. Ohne Beschönigungsgründe wollte sich Brühl von dieser Verpflichtung nicht lossagen, da das Reich die pragmatische Sanktion garantiert hatte. So beschloß er, bis zum Abschluß der militärischen Vorbereitungen den Lauf der Dinge abzuwarten[1]). Am 18. November kehrten der König und Brühl aus Warschau nach Dresden zurück. Nach Berlin, Hannover, zu den rheinischen Kurfürsten wurden eiligst Gesandte abgefertigt; überall mußten sie herumhorchen, welche Pläne die Höfe gefaßt hätten und welcher Lohn Sachsen zu teil würde, wenn es sie begünstigte[2]).

Während Brühl verhandelte, handelte Friedrich von Preußen: am 16. Dezember 1740 rückten seine stets kriegsbereiten Truppen in Schlesien ein. Als sich Friedrich über sein Vorhaben mit seinen Vertrauten beriet, wies ihn der Staatsminister v. Podewils mit Recht darauf hin, daß der preußische Einmarsch in Schlesien Sachsen das Messer an die Kehle setze[3]). Die Bedeutung der Stunde wurde denn auch am Dresdner Hofe empfunden, die Bestürzung war groß; soweit die Mobilmachung auf einen Angriff auf Österreich zugeschnitten war, wurde sie eingestellt[4]).

---

[1]) Heigel, D. Österr. Erbfolgestr. u. d. Kaiserwahl Karls VII., S. 59. — Hübner, Zur Gesch. d. kursächs. Pol., S. 22.

[2]) Droysen gibt öfters Mitteilungen der preußischen Gesandten über Sachsen als Tatsachen aus; so irrt er mit der Behauptung, daß Sachsen im Herbst 1740 um ein russisches Korps von 10000 Mann gebeten habe und daß in Sachsen Quartiere für diese Truppen vorbereitet worden wären (Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 157). Ein falsches Bild gibt der Satz auf S. 165: Schon waren vom Dresdner Hofe Erbietungen gemacht, Bülow nach Berlin gesandt zu unterhandeln. Bülow sollte Friedrich nur aushorchen. Unrichtig ist auf S. 202 die Behauptung, August habe in Paris für die Unterstützung seiner Kaiserwahl den Verzicht auf die polnische Krone zu gunsten Stanislaus' angeboten.

[3]) Politische Correspondenz Friedrichs d. Gr. (fortan zitiert P. C.), I (Berlin, 1879), S. 92.

[4]) Archiv f. sächs. Gesch., VII, S. 267.

Zu gleicher Zeit traf Sachsen ein zweiter schwerer Schlag: es verlor seinen wichtigsten Bundesgenossen; acht Tage nach dem Kaiser starb die Zarin Anna. Für ihren unmündigen Nachfolger Iwan übernahm Biron die Regierung; doch nach wenigen Wochen, in der Nacht vom 20. November 1740, wurde er gestürzt. An seine Stelle traten die Eltern des Kindes, der Herzog Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel und die Nichte der verstorbenen Zarin, Anna von Mecklenburg. Der Feldmarschall Graf Münnich und der Großadmiral Graf Ostermann wurden mit der Leitung der Geschäfte beauftragt; sie erklärten bald, daß jenes Abkommen vom vergangenen Jahre, in dem die russische Unterstützung der sächsischen Erbansprüche auf österreichisches Gebiet unter gewissen Bedingungen zugesagt war, nicht zu Recht bestehe, weil es von Biron ohne Vorwissen des russischen Ministeriums abgeschlossen sei[1]).

Die Unsicherheit der politischen Lage ließ es Brühl ratsam erscheinen, einer für den Augenblick berechneten Verständigung mit Preußen nicht aus dem Wege zu gehen. Ähnlich dachte auch Friedrich; daß Sachsen sich gegen Österreich wenden würde, setzte er als selbstverständlich voraus. Ein Jahr später bezeichnete der französische Marschall Belleisle es als den schlimmsten Fehler, den Sachsen habe begehen können, daß es nicht am Tage nach Friedrichs Einmarsch in Schlesien seine Truppen in Böhmen habe einrücken lassen; in den ersten Tagen nach Karls Tode sahen die österreichischen Minister die Sachsen im Geiste schon vor Prag[2]). Ein Stück Weges konnte also Friedrich mit den Sachsen vereint zurücklegen, besonders da die Mitwirkung Sachsens an einem Kriege gegen Österreich für Preußen strategisch von höchster Bedeutung war[3]). Friedrich wollte aber, daß das gemeinsame Handeln nur ihm Nutzen bringe, eine Vergrößerung Sachsens war ihm zuwider[4]). Nur als Lockmittel bot er ein gutes Stück von Böhmen; Brühl war aber in erster Linie an einem Teile von

---

[1]) Hübner, Zur Gesch. d. kursächs. Pol., S. 88 ff.

[2]) P. C., I, S. 83. — Arneth, Maria Theresia, I, S. 88. — Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 136; 156/7.

[3]) P. C., I, S. 147—149. — Vgl. D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 1, S. 206 ff.

[4]) P. C., I, S. 90.

Niederschlesien gelegen; er durfte das Verbindungsstück zwischen Polen und Sachsen nicht in Friedrichs Hand geraten lassen. Sobald er nun erkannte, daß Friedrich den sächsischen Wünschen nicht entsprechen würde, ließ er die Verhandlungen langsam wieder einschlafen[1]). Ein Einverständnis mit Preußen kam für ihn nun nicht mehr in Frage.

Trotz der Vereinsamung, in der sich Sachsen befand, bauten gewisse Kreise am Dresdner Hof lustig an ihren Luftschlössern; sie suchten den Nachweis zu erbringen, daß von den außer König August in Frage kommenden Kandidaten für die Kaiserkrone weder der Kurfürst Karl Albert von Bayern, noch der Gemahl Maria Theresias gewählt werden dürften. Denn, so folgerten sie, der Bayer verfüge über eine zu geringe Hausmacht, er müsse sich bei seiner Feindschaft gegen Österreich an Frankreich anlehnen und gefährde dadurch Deutschlands Sicherheit. Ebenso unbedeutend sei der eigene Besitz des Großherzogs von Toskana. Die pragmatische Sanktion verbiete aber stillschweigend seine Ernennung zum Mitregenten in den österreichischen Staaten; überdies müsse man damit rechnen, daß Maria Theresias Macht durch Gebietseinbußen in Schlesien, Italien und den Niederlanden stark verringert werden würde. Dann aber sei die pragmatische Sanktion durchlöchert, und Sachsen, dem durch die Gemahlin des Kurfürsten ein eventuelles Erbrecht auf alle österreichischen Besitzungen zustehe, müsse für die Beschneidung seines künftigen Erbes durch den sofortigen Zuweis eines Teiles der Erbschaft entschädigt werden. Dem so vergrößerten Sachsen könnte die Kaiserkrone nicht entgehen[2]).

Um Österreich zu Zugeständnissen an Sachsen zu zwingen, stellte sich Brühl auf den Boden der Verträge und erkannte die bindende Kraft der pragmatischen Sanktion an; zugleich weigerte

---

[1]) Grünhagen, Gesch. d. Ersten Schles. Krieges, I, S. 302. — Hübner, Zur Gesch. d. kursächs. Pol., S. 42 ff.

[2]) Motifs qui devroient donner l'exclusion tant à l'Électeur de Bavière qu'au Duc de Lorraine par rapport à la Couronne Impériale au commencement de l'an 1741. Loc. 3282. — Vgl. Beaulieu-Marconnay, E. sächs. Staatsmann d. 18. Jahrh. in Webers Archiv, IX, S. 278. — Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 60. — Grünhagen, Gesch. d. Ersten Schles. Krieges, S. 300. — Hübner, Zur Gesch. d. kursächs. Pol., S. 62 ff.

er sich aber, gemäß dem Vertrage von 1733 6000 Mann Maria Theresia gegen Preußen zu Hilfe zu senden, unter dem Vorwande, daß Sachsen selbst durch den Krieg bedroht sei und daher nach einer Klausel jenes Vertrages seine Truppen im Lande behalten dürfe. Zu den der pragmatischen Sanktion unterstehenden Ländern gehörte auch das Königreich Böhmen, dessen Inhaber zugleich deutscher Kurfürst war. Eine Frau konnte nach den Bestimmungen der goldenen Bulle das Wahlrecht nicht ausüben; seine Übertragung auf Maria Theresias Gemahl widersprach aber dem Prinzip der pragmatischen Sanktion, der Unteilbarkeit der Souveränitätsrechte über alle österreichischen Staaten. Mit dieser Begründung erhob Brühl Einspruch gegen die Ernennung des Großherzogs zum Mitregenten. In Fällen, da der Inhaber einer Kurstimme an der Ausübung seines Wahlrechtes behindert war, stand nach der goldenen Bulle dem nächsten Agnaten die Führung der Kurstimme zu. Da ein solcher fehlte, nahm Brühl dieses Recht für den nächsten Cognaten, den sächsischen Kurprinzen als den Sohn der ältesten Tochter Kaiser Josephs, des älteren Bruders des verstorbenen Karl, in Anspruch[1]).

Die Berechtigung der sächsischen Auffassung bestritt Maria Theresia; aber davon ganz abgesehen, Sachsen durfte für seinen Anschluß an Österreich einen hohen Preis verlangen. Maria Theresia mußte ihrem Gemahl die Kaiserkrone verschaffen, wenn sie die bisherige Machtstellung ihres Hauses aufrechterhalten wollte. Zu ihr standen nun die Kurfürsten von Mainz, Trier und Hannover, während Bayern, Pfalz und Brandenburg ihr widerstrebten. Mit Sicherheit war vorauszusehen, daß der wankelmütige Kurfürst von Köln der Mehrheit folgen würde. Da nun selbst die Parteigänger Österreichs im Kurfürstenrate über die Frage, wer die böhmische Stimme führen dürfe, ernsthafte Zweifel hegten, so ruhte die Entscheidung in Sachsens Hand. Zu welcher Partei es sich schlug, der sicherte es das Übergewicht im Kurfürstenrat und damit die Verfügung über die Kaiserkrone[2]).

Hätte sich Sachsen auf die Seite der Gegner Maria Theresias geschlagen und wäre es als Bewerber um die Kaiserkrone ernstlich

---

[1]) Hübner, Zur Gesch. d. kursächs. Pol., S. 32 f.; 36 f.; 59 ff.

[2]) Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 61 ff.; 79 ff.

aufgetreten, so wäre ihm die Unterstützung Frankreichs sicher gewesen. Kardinal Fleury hoffte, den Kurfürsten von Bayern zum Verzicht auf seine Kandidatur und ihn wie Pfalz und Köln, ja auch Mainz und Preußen zur Wahl Augusts zu bestimmen. Den unverzeihlichen Fehler des Jahres 1733 wollte er wieder wettmachen und in dem Kaiser aus wettinischem Geblüt Österreich einen unversöhnlichen Feind und damit Frankreich einen zuverlässigen Freund schaffen[1]).

Allein dem Gedanken an die Vertreibung der Preußen aus Schlesien ordnete Brühl alle anderen Rücksichten unter. Gern kam er der Anregung Georgs II., des Königs von England und Kurfürsten von Hannover, entgegen, sich einem Bunde der Seemächte, Rußlands und Österreichs gegen Preußen anzuschließen. Freilich vorher wollte er genau wissen, welche Vorteile Sachsen von dieser Seite zu erwarten habe: die Notlage Österreichs ungenützt vorübergehen zu lassen, war nicht seine Meinung. Die Gelegenheit, Augusts des Starken Pläne zu verwirklichen, schien ihm gekommen zu sein. Österreich dagegen erstrebte, Preußen zu demütigen, aber nicht dabei Sachsen derart zu stärken, daß es ein andermal ebenso handeln konnte, wie jetzt Preußen. Dem Zweck, einen Ausgleich zwischen den sächsischen und österreichischen Interessen herzustellen, dienten die seit der Jahreswende von 1740 auf 41 unter russischer und bald auch englischer Vermittelung in Dresden gepflogenen Verhandlungen[2]).

Eine Einigung wurde endlich durch den Präliminarvertrag vom 11. April 1741 erzielt. Sachsen verpflichtete sich, die auf das Kaisertum gegründete Vormachtstellung Österreichs in Deutschland aufrecht zu erhalten und mit allen Kräften den zu bekämpfen, der sie durch seinen Angriff auf Schlesien gefährdet hatte. Zum Lohn dafür versprach der künftige Kaiser, Sachsen zum Königreich zu erheben und, falls kein Erbe aus dem Hause Österreich vorhanden war — am 13. März war der spätere Kaiser Joseph II. geboren worden — die Wahl des sächsischen Kurprinzen zum

[1]) Mémoires du Président Hénault p. p. de Vigan (Paris, 1855), S. 344/5: Fleury an Kardinal Tencin, 2. XII. 1740. — Vgl. Recueil des Instructions données aux Ambassadeurs et Ministres de France, XVI (Prusse) p. p. Waddington (Paris, 1901), S. 375.

[2]) Hübner, Zur Gesch. der kursächs. Pol., S. 52 ff.

Römischen König durchzusetzen. Zur Verbindung Sachsens mit Polen sollte von Schlesien ein $^1/_2$ Meile breiter Streifen den Sachsen überlassen werden, bis das Herzogtum Krossen dem Preußenkönig abgenommen war. Um jede Gefährdung der Verbindung mit Polen seitens Preußens unmöglich zu machen, sollten die im Herzen der Niederlausitz gelegenen preußischen Besitzungen mit der Festung Peitz an Sachsen fallen. Außer zu anderen Zugeständnissen verpflichtete sich Maria Theresia noch dazu, die Zahlung sehr bedeutender Geldsummen durch die Überlassung der Einkünfte benachbarter böhmischer Landstriche sicherzustellen [1]).

Ging dieser Vertrag in Erfüllung, so waren die Fundamente des sächsisch-polnischen Großstaats gelegt, der Traum Augusts des Starken zum guten Teil erfüllt. Der gefährlichste Rivale Sachsens, Preußen, war gedemütigt, verstümmelt und wurde von dem neuen Sachsen von der Ostsee bis zur Saale umklammert. Im Reiche gebot dann ein von Sachsen auf den Schild erhobener Kaiser. Als Direktor des Corpus Evangelicorum konnte August nach dem Sturze Preußens die Führung der Protestanten tatsächlich wieder in die Hand nehmen und doch zugleich infolge seiner persönlichen Zugehörigkeit zum Katholizismus mit seinen Glaubensgenossen in Fühlung bleiben.

Die nächste Aufgabe, die sich die Gesandtenkonferenz stellte, war die Ausarbeitung eines Operationsplans für alle verbündeten Heere; am 10. April beschloß sie, den sächsischen Generalleutnant von Renard zu ihren Beratungen fortan hinzuzuziehen [2]); aber ehe die letzte Hand an die Ausgestaltung des antipreußischen Bundes gelegt werden konnte, wurden seine Grundlagen wieder erschüttert.

Die Zugeständnisse, die der Vertrag vom 11. April Sachsen machte, griffen zu weit, als daß sich Maria Theresia zu seiner Ratifikation hätte verstehen können. Ohne die Hilfe der Seemächte war der Vertrag nicht ausführbar, und die den Ausschlag gebenden Engländer waren niemals so preußenfeindlich gewesen, wie es beim Eintreffen der Nachricht vom Einmarsch Friedrichs in Schlesien den Anschein gehabt hatte; sie wünschten vielmehr eine Ver-

[1]) Arneth, Maria Theresia, I, S. 206—208. — Grünhagen, Gesch. d. ersten Schles. Krieges, I, S. 314 ff.

[2]) Der von Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 230/1, wiedergegebene Bericht Ammons irrt also.

ständigung zwischen Preußen und Österreich, namentlich seitdem die Nachrichten über den Abschluß eines gegen Österreich gerichteten Bündnisses Bayerns mit Frankreich immer mehr an Wahrscheinlichkeit gewannen[1]). Als nun Friedrich den König Georg um seine Vermittelung bat und ihm Landerwerbungen für sein Kurfürstentum Hannover in Aussicht stellte, lenkte Georg ein und beantragte durch seinen Gesandten in Dresden, Sir Thomas Villiers, in der Konferenz am 10. April, den Operationsplan zur Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion so einzurichten, daß er gegen Preußen, aber auch im Verein mit Preußen und dann gegen Frankreich auszuführen sei; ehe losgeschlagen werde, solle durch die englischen Diplomaten versucht werden, Preußen und Österreich miteinander auszusöhnen[2]).

Brühl kam das englische Ansinnen nicht ganz unerwartet, es war ihm schon vorher durch den sächsischen Gesandten in London und durch Villiers selbst mitgeteilt worden. Seine Zustimmung mußte er dazu geben, so ungern er es auch tat; doch bedang er sich aus, daß Sachsen nicht leer ausgehe, wenn Preußen eine Gebietserweiterung erhalte[3]). Einige Tage vor der Konferenz hatte er schon von sich aus versucht, die Fühlung mit Preußen wieder aufzunehmen, um den von Preußen drohenden Feindseligkeiten vorzubeugen. Am 4. April gab er dem sächsischen Gesandten in Berlin, dem Konferenzminister und Wirklichen Geheimen Rat Friedrich Gotthard v. Bülow, den Befehl zur Abreise nach dem preußischen Hauptquartier in Breslau.

Seit Anfang Januar[4]) war Friedrich überzeugt, daß Sachsen sich an Österreich anschließen werde, und deshalb befahl er dem alten Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau, im Süden der Mark ein Beobachtungskorps zusammenzuziehen. Um Sachsen auf die Folgen seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen, brachte der preußische Minister v. Podewils in seinen Gesprächen mit Bülow immer wieder die Rede auf die Gerüchte von einem

---

[1]) Berichte des sächs. Gesandten v. Utterodt, London, 6/17. III. u. 13/24. III. 1741. Loc. 2677. — Vgl. Grünhagen, I, S. 346 f.

[2]) Protokoll d. Konferenz. Loc. 2881. — Bericht Utterodts, London, 17/28. III. 1741, in Dresden 10. IV. Loc. 2677.

[3]) Grünhagen, I, S. 318.

[4]) P. C., I, S. 174.

sächsisch-österreichischen Bündnis[1]). Als seine Andeutungen nichts fruchteten, gestand Podewils dem englischen und hannöverischen Gesandten offen zu, daß das Korps des alten Dessauers das preußische Gebiet gegen einen sächsischen Angriff sicherstellen solle[2]). Über die Zusammenziehung der Truppen, die Anlage von Magazinen, das Heranschaffen der Artillerie, über Ansprachen des Fürsten von Anhalt an die Offiziere der aus Berlin in das Lager bei Göttin abrückenden Regimenter konnte Bülow viele Einzelheiten berichten, aus denen hervorging, wie ernstlich Sachsen bedroht war. In Dresden säumte man nicht, als Gegenmaßregel die sächsische Armee bei Torgau und Eilenburg zu konzentrieren und zwischen Torgau und Meißen eine Schiffsbrücke über die Elbe zu schlagen. König Georg wurde als Kurfürst von Hannover gemäß einem alten Defensivbündnis, über dessen Erneuerung gerade verhandelt wurde, um Hilfe angegangen; am 11. April sandte er nach Hannover den Befehl, 12 000 Mann im Notfall zum sächsischen Heere stoßen zu lassen[3]).

Die preußische Kriegserklärung mußte man also in Dresden täglich erwarten; man besorgte, daß Anhalt durch seinen Einmarsch das Abhalten der Leipziger Frühjahrsmesse verhindern wolle[4]), deren Gefälle die durch die Mobilmachung geleerten sächsischen Kassen wieder füllen sollten. Nun meldeten die Nachrichten aus Schlesien, daß eine Schlacht bevorstehe; ihren Ausgang wollte Brühl abwarten. Nach den Erfahrungen des letzten Türkenkrieges hatte er zu den Leistungen des österreichischen Feldherrn, des Grafen Neipperg, wenig Vertrauen[5]). Seit Anfang April glaubte er, aus gewissen Anzeichen das Bestehen eines Einverständnisses zwischen Frankreich und Preußen annehmen zu dürfen[6]). Brühl mußte auch Zeit für die Beendigung der sächsischen Mobilmachung zu gewinnen suchen; die alten, abgetragenen

---

[1]) Bericht Bülows, Berlin, 11. u. 14. III. 1741. Loc. 2995.

[2]) Bericht Bülows, Berlin, 21. III. 1741. Loc. 2995.

[3]) Bericht Utterodts, London, 11. IV. 1741. Loc. 2774. S. w. u.

[4]) Grünhagen, D. Corps d. Fürsten Anhalt in d. Neuen sächs. Archiv, I (Dresden, 1880), S. 72.

[5]) Brühl an d. sächs. Ges. in Wien v. Bünau, Dresden, 3. IV. 1741. Loc. 2907.

[6]) Weisung d. Geh. Consilii an Bülow, Dresden, 6. IV. 1741. Loc. 3392.

Uniformen und Mäntel konnten erst allmählich durch neue ersetzt werden, die zahlreichen Remonten mußten sich langsam an die Anstrengungen des Felddienstes und die Unbilden der Witterung gewöhnen. Der Operationsplan für die Streitkräfte der gegen Preußen vereinigten Mächte war noch nicht festgestellt. Die letzte Schwenkung der englischen Politik drohte den im Entstehen begriffenen Bund aufzulösen. Da nun einmal eine Verständigung mit Preußen vorgeschlagen war, so durfte Sachsen sich von den anderen Mächten bei Friedrich nicht den Rang ablaufen lassen. Es waren also genug Gründe vorhanden, die es ratsam erscheinen ließen, den Preußen einen Schritt entgegenzukommen, besonders da sich Friedrich auf die Nachricht von den in Dresden stattfindenden Konferenzen hin bereit zeigte, den Preis für Sachsens Freundschaft bedeutend zu erhöhen. Hatte er bisher den Sachsen einen Teil oder höchstens ganz Böhmen in Aussicht gestellt, wenn sie mit ihm gemeinsame Sache machen wollten, so fügte er jetzt noch das Herzogtum Sagan und von Oberschlesien, soviel August haben wollte, hinzu[1]). Das Herzogtum Sagan war zwar kein großes Gebiet, es schob sich aber keilförmig zwischen die Ober- und Niederlausitz und bildete einen Teil jenes Polen und Sachsen trennenden Landstreifens. Sagan war von 1472 ab schon einmal sächsisch gewesen, bis es 1547 vom Kurfürsten Moritz an Ferdinand von Österreich abgetreten worden war[2]). Der Besitz von Böhmen und Oberschlesien bot, wenn auch auf großem Umwege, eine direkte Verbindung Sachsens mit Polen.

An einem schleunigen Bruch mit Preußen war Sachsen wenig gelegen; deshalb gestattete Brühl zunächst der sächsischen Grenzbevölkerung den Lebensmittelverkauf an die Truppen Anhalts und verbot die Aufnahme preußischer Deserteure. Dem preußischen Residenten v. Ammon gegenüber brauchte Brühl seine beliebte Entschuldigung, Sachsen könne sich nicht eher auf Preußens Seite schlagen, als bis seine Verbündeten, vor allem Rußland, ihre Zustimmung dazu gegeben hätten. Zur Beilegung des Streites über Schlesien bot er seine Vermittelung an; zu diesem Zwecke und

[1]) P. C., I, S. 196. — Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 223.

[2]) Ermisch, D. Erwerbung d. Herzogtums Sagan durch Kurfürst Ernst u. Herzog Albrecht im Neuen sächs. Archiv, XIX (Dresden, 1898), S. 1 ff.

zur Beobachtung der militärischen und diplomatischen Vorgänge sandte er Bülow nach Breslau[1]).

Da traf am 13. April die Nachricht in Dresden ein, daß am 10. die Österreicher von den Preußen bei Mollwitz geschlagen worden seien. Eine Panik brach in der Stadt aus; man erwartete jeden Augenblick das Nahen der Truppen Anhalts. Brühl ließ überall versichern, daß Sachsen mit Österreich noch zu keinem Abschluß gekommen sei. Erleichtert atmete er auf, als Ammon ihm mitteilte, daß Friedrich zu einer Verständigung mit Maria Theresia geneigt sei und sich freuen würde, bei dieser Gelegenheit König August einen Vorteil verschaffen zu können. Freilich ließ Friedrich Ammon hinzufügen, falls August zwischen ihm und Maria Theresia vermitteln wolle, so möge er seine Kräfte mit denen Englands vereinigen. Die Ablehnung, die in diesen Worten lag, wurde in Dresden richtig herausgehört.

Der am 2. Mai in Breslau eintreffende englische Gesandte Lord Hyndford versuchte nun die kriegführenden Parteien miteinander zu versöhnen. Nach dem Geschmack Brühls handelte er nicht. Die Friedensstimmung verflog sehr schnell in Dresden, da in Brühls Augen die Schlacht bei Mollwitz ihre Bedeutung verlor, als er von den Einzelheiten ihres Verlaufes, den gewaltigen preußischen Verlusten und dem ungestörten Rückzug der Österreicher, zu hören bekam. Schon am 17. April schrieb er dem sächsischen Gesandten in Wien, dem Wirklichen Geheimen Rat Heinrich v. Bünau, Herrn auf Püchau, die Niederlage der Österreicher scheine nicht so schwer gewesen zu sein, als anfangs verbreitet wurde. Sein Brief kreuzte sich mit einem Berichte Bünaus, in dem der Gesandte zu demselben Ergebnis kam: „Gott sei Dank, das Unglück ist nicht so groß, als man zuerst geglaubt hatte."

Die vielen kleinen Erfolge der österreichischen Kavallerie nach der Schlacht bei Mollwitz und die durch sie verursachten starken Abgänge bei dem preußischen Heer bestärkten die Sachsen in ihrer Beurteilung der Kriegslage in Schlesien. Die Dresdner Gesandtenkonferenz arbeitete im Laufe des Monats April einen

[1]) Weisung an Bülow, Dresden, 4. u. 13. IV. 1741. Loc. 2995. — Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 231.

Operationsplan für die sächsische und hannöverische Armee aus[1]). Brühl wurde in der Folgezeit nicht müde, in Wien erklären zu lassen, daß sein Herr die Abtretung von Schlesien an Preußen nicht zugeben könne, ohne sein Erbland dem Verderben preiszugeben[2]). Wie Österreich sich zu verhalten habe, darüber erteilte Brühl gute Ratschläge nach Wien: Neipperg möge sich in die Berge an der schlesisch-mährischen Grenze zurückziehen, dort die aus Ungarn herankommenden Verstärkungen erwarten und unterdessen durch seine Kavallerie den Preußen möglichst viel Abbruch tun, während die Hofburg durch Zugeständnisse aller Art den Abschluß des großen gegen Friedrich gerichteten Bundes mit den Seemächten, Rußland und Sachsen herbeiführen müßte. Sobald der Vertrag unterzeichnet sei, würden die Verbündeten durch eine Diversion Friedrich zur Teilung seiner Streitkräfte zwingen und dadurch Neipperg Gelegenheit zu energischem Handeln geben[3]).

Diesen Weg zu betreten, dazu wollte sich Maria Theresia nicht verstehen. Wenn sie nun einmal etwas von dem Ihrigen hingeben mußte, so tat sie, wie der englische Gesandte in Wien, Robinson, mit Recht betonte, besser, von Preußen Frieden und Hilfe zu erkaufen, als einen Krieg heraufzubeschwören, dessen Ausgang vielleicht neue Opfer heischte. Dieser Gedanke und die Aussicht, durch englische Vermittelung zum Frieden mit Preußen zu kommen, hielten Maria Theresia davon ab, den mit Sachsen am 11. April abgeschlossenen Präliminarvertrag zu ratifizieren. Die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen, die Bedingungen geändert, aber zu einem Abschluß kam es vorläufig nicht. Brühl schraubte seine Ansprüche immer höher; er wollte den nach Schlesien gehenden sächsischen Handel vor einer künftigen Schädigung durch eine ihm ungünstige Zoll- und Handelspolitik sicherstellen. Dagegen scheute sich Maria Theresia Bedingungen einzugehen, die das auf dem Gebiete der Industrie und des Handels allen österreichischen Kronländern überlegene Schlesien hätten schädigen können[4]).

---

[1]) Grünhagen, I, S. 259 u. 316.
[2]) Arneth, Maria Theresia, I, S. 241.
[3]) Weisung an Bünau, Hubertusburg, 11. V. 1741. Loc. 2907.
[4]) Berichte Bünaus, Wien, 17. V. u. 3. VI. 1741. Loc. 2907.

Lähmend wirkten auf die Verhandlungen auch die Nachrichten aus Rußland. Ähnlich wie in London war man in Petersburg auf den Preußenkönig schlecht zu sprechen; die Lust, ihn zu bekriegen, war aber nicht groß. Sie verflog vollständig, als die Nachricht vom Siege Friedrichs bei Mollwitz eintraf. Der Gemahl der Regentin, der Generalissimus Herzog Anton Ulrich, eröffnete plötzlich dem sächsischen Gesandten, dem Grafen zu Lynar, daß vorläufig Rußland mit den Feindseligkeiten gegen Preußen nicht beginnen könne, da die russischen Truppen aus Mangel an Pferden nicht vor dem 1. Juli marschbereit seien. Bald hieß es, daß Rußland erst handeln werde, wenn die Seemächte, Österreich und Sachsen untereinander abgeschlossen hätten, und schnell schwand jede Aussicht auf ein Vorgehen Rußlands gegen Preußen; denn es wurde selber von den Schweden bedroht[1]). Da England seine Friedensvermittelung eifrig fortsetzte, stieg im Anfang Juli in Brühl das Gefühl auf, daß er sich mit seiner antipreußischen Politik „zwischen zwei Stühle gesetzt habe[2])."

---

Von Österreich halb zurückgewiesen, von Rußland im Stich gelassen, gab Brühl den Gedanken an die Vertreibung der Preußen aus Schlesien gleichwohl noch nicht auf; seine Hoffnung setzte er jetzt auf Hannover. Da König Georg die Interessen seines Kurfürstentums denen Englands überordnete, so loderte sein Kriegseifer wieder auf, sobald die Aussicht, mit Preußens Zustimmung eine Gebietserweiterung für Hannover herauszuschlagen, immer mehr schwand[3]). Mit Gewalt gegen Friedrich vorzugehen, fühlte er sich um so mehr veranlaßt, als im Laufe des Monats Juni die englische Friedensvermittelung scheiterte. Der englische Gesandte Lord Hyndford stellte Friedrich im geheimen Glogau mit den Kreisen Schwiebus und Grünberg in Aussicht; offiziell verlangte er im Verein mit seinem holländischen Kollegen, dem General Ginckel, die Räumung Schlesiens: da erhielt er als Antwort auf jenes Angebot die Mitteilung, daß Friedrich Niederschlesien

[1]) Berichte Lynars, Petersburg, 2., 9., 13., 16. V. 1741. Loc. 3027. — Grünhagen, I, S. 360.

[2]) Brühl an Lynar, Dresden, 1. VI. 1741. Loc. 3027.

[3]) Grünhagen, I, S. 379.

mit Breslau haben müsse, und gewissermaßen als Entgegnung auf die gemeinsame Aufforderung ließ der König die Gesandten dem Abmarsch seines Heeres gegen den Feind beiwohnen[1]). Als diese Vorgänge in Herrenhausen, wohin von London seit Ende Mai Georg übergesiedelt war, bekannt wurden, erklärten der englische Unterstaatssekretär des Äußeren für den Norden, Lord Harrington, und der leitende hannöverische Minister, der Geheime Rat Großvogt Freiherr von Münchhausen, der Begründer der Göttinger Universität[2]), daß jetzt nur noch der Krieg übrigbleibe[3]).

Und es geschahen auch wirklich von seiten Georgs Schritte, die bewiesen, daß er zum Appell an die Waffen entschlossen sei. Am 24. Juni wurden drei Präliminarverträge mit dem österreichischen Gesandten Grafen Ostein abgeschlossen; in dem ersten sagte England 12000 Mann Hilfstruppen und 300000 Pfund Sterling Subsidien Maria Theresia zu. Für zwei Drittel der Summe verpflichtete sich Georg als Kurfürst von Hannover in dem zweiten und dritten Vertrage 13000 Mann zu stellen, zusammen also 25000 Mann; weitere 15000 Mann sollten eventuell noch hinzu kommen[4]). Die hannöverischen Regimenter erhielten Befehl, sich marschbereit zu halten[5]). Der sächsische Gesandte von Utterodt, von Georg über die Beschaffenheit der sächsischen Truppen befragt, antwortete, daß sie jeden Tag losschlagen könnten. „Dann muß man jetzt handeln", erwiderte der König[6]). Maria Theresia ratifizierte endlich den mit Sachsen am 11. April abgeschlossenen Vertrag[7]). Wozu sich Georg bisher nicht hatte bestimmen lassen wollen, die Garantie für die Ausführung dieses Vertrages zu übernehmen, dazu zeigte er sich jetzt bereit[8]). Am 3. August 1731 war auf Grund des 1687 zustande gekommenen ewigen Erbvertrages ein Verteidigungsbündnis zwischen Sachsen

---

[1]) Grünhagen, I, S. 403 ff.

[2]) Über ihn s. A. D. B., XXII, S. 729 ff.

[3]) Bericht Utterodts, Hannover, 25. VI. 1741. Loc. 2677.

[4]) Arneth, I, S. 231. — Grünhagen, I, S. 407 ff.

[5]) Vgl. P. C., I, S. 272.

[6]) Bericht Utterodts, Hannover, 27. VI. 1741. Loc. 2677.

[7]) Die Ratifikationsurkunde wurde auf den 24. IV. zurückdatiert; daher der Irrtum in D. Österr. Erbfolgekrieg, II, S. 282.

[8]) Bericht Utterodts, Hannover, 22. u. 23. VI. 1741. Loc. 2881.

und Hannover auf drei Jahre abgeschlossen und 1734 und 1737 auf weitere drei Jahre verlängert worden. Seit mehr als Jahresfrist wurde an seiner Erneuerung gearbeitet; jetzt traf am 1. Juli der sächsische Geheimrat Saul in Hannover ein und brachte die Verhandlungen innerhalb zweier Tage zum Abschluß. Bei einem Angriff auf den einen Staat sollte der andere wie bisher 2000 Mann Infanterie und 1000 Mann Kavallerie vier Wochen nach erfolgter Requisition stellen; im Notfall konnte die dreifache Hilfe gefordert werden, und, wenn sie nicht ausreichte, wollte man sich mit allen Streitkräften zu Hilfe kommen[1]). Der hannöverische Generalmajor und Oberst der Garde Johann Georg von Ilten ging zur Verabredung des Operationsplans nach Dresden[2]). Ein österreichischer General sollte sich dort ebenfalls einfinden.

Brühl glaubte, daß der Krieg vor der Tür stehe[3]); dem Grafen Lynar befahl er von neuem, auf eine schleunige Erklärung Rußlands zu dringen, ob und wie weit sich die Verbündeten auf Rußlands militärische Unterstützung verlassen könnten[4]).

Der sächsische Generalleutnant Baron v. Renard, der etwa die Geschäfte eines Generalstabschefs der sächsischen Armee besorgte, nach dem Urteil des preußischen Gesandten, des Obersten Graf Finck v. Finckenstein, der tüchtigste sächsische Infanterieoffizier, verabredete mit Ilten, daß die 18000 Mann starke hannöverische Armee und die in englischem Solde stehenden 12000 Hessen und Dänen, mit den 20000 Sachsen vereint, Dessau überrumpeln und die dortige Elbbrücke besetzen sollten. Für den Fall, daß sich den beiden verbündeten, nach der Mark vorrückenden Heeren das preußische Korps unter dem Fürsten von Anhalt entgegenwerfen würde, so sollte es sofort angegriffen und durch die

[1]) Grünhagen, I, S. 449 irrt, wenn er den Abschluß dieses Vertrages in den April setzt. Über seinen Inhalt vgl. Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 270. Anm. — Der Vertrag vom 3. VIII. 1731 ist gedruckt im Supplément au Corps universel diplomatique du Droit des Gens, Tome III (Untertitel: Supplément etc. contenant un Recueil des Traités d'alliance, de paix etc. par Rousset, Tome II, partie II, Amsterdam et à la Haye, 1739), S. 314 ff.

[2]) Derartige Verhandlungen haben im Mai nicht stattgefunden, wie Droysen, V, 1, S. 271 will.

[3]) Weisung an Bünau, Dresden, 3. VII. 1741. Loc. 2881.

[4]) Weisung an Lynar, Dresden, 1. VII. 1741. Loc. 2881.

Übermacht geschlagen werden. Die beiden Militärs rechneten auf die Einnahme Berlins innerhalb der ersten vierzehn Tage nach der Eröffnung der Feindseligkeiten.

Für den weiteren Verlauf des Feldzuges und für das Zusammenwirken mit den Österreichern wurden genaue Verabredungen getroffen. Zur Ausführung des Operationsplans fehlte freilich noch der wichtigste Entschluß. Die Frage, wo sich die hannöverische Armee mit der sächsischen vereinigen sollte, war noch nicht entschieden. Renard forderte aus Besorgnis vor einem Angriff Anhalts auf Sachsen, daß die Hannoveraner den Anfang mit dem Abmarsch machen und die Vereinigung mit den Sachsen auf sächsischem Boden suchen sollten; Ilten befürwortete aus den gleichen Gründen ein möglichst weites Entgegenkommen der Sachsen[1]).

Dieser Zwiespalt hätte sich leicht überbrücken lassen, wenn nicht plötzlich in Hannover die Stimmung wieder umgeschlagen wäre. Die Vorbereitungen zum Krieg gegen Preußen hatte Georg deshalb so eifrig getroffen, weil er immer wieder glaubte, nur durch sie Friedrich zur Nachgiebigkeit und zum Einlenken bestimmen zu können. Er wollte Maria Theresia jetzt zu Zugeständnissen an Preußen veranlassen, die, wie er die Königin tröstete, bei günstiger Gelegenheit rückgängig gemacht werden könnten. Sachsen sollte, um es für sein Eingehen auf Georgs Pläne zu belohnen und um es Preußen gegenüber zu stärken, von Österreich zur Verbindung mit Polen einen eine halbe Meile breiten Landstreifen von Christianstadt am Bober bis Unruhstadt (Karge) in Polen durch den Grünberger Kreis hindurch erhalten. Georg versprach, solange die Ratifikation jener drei mit Österreich abgeschlossenen Verträge auszusetzen, seine Kurstimme dem Großherzog von Toskana zu verweigern und ihm das Recht zur Führung der böhmischen Stimme so lange abzusprechen, bis der Landstrich an Sachsen abgetreten sei[2]).

---

[1]) Weisung an Utterodt, Dresden, 10. VII. 1741: beiliegend: Deux Projets d'un Plan pour pouvoir agir conjointement avec les troupes de S. M. le Roi de la Grande-Bretagne et celles de S. M. le Roi de Pologne contre les forces du Roi de Prusse. Loc. 2881.

[2]) Bericht Utterodts, Hannover, 4. VII.; Ber. Utterodts u. Sauls, Hannover, 7. VII.; Saul an Brühl, Hann., 7. VII. 1741: C'est bien à contre-coeur qu'on promet l'agrandissement du Roi de Prusse, mais on le regarde

Während Georg, unfähig zu einem tatkräftigen Entschluß, in seinen Gedanken die Machtverhältnisse Deutschlands nach eigenem Gutdünken ordnete, trafen in Hannover eine Reihe von Gesandtschaftsberichten ein, die die Nebelbilder der königlichen Phantasie zerstörten und die tatsächliche politische Lage scharf umrissen zeigten[1]). Daß Friedrich sich mit Frankreich verständigt hatte, wurde in Hannover Ende Juni bekannt[2]). Aus Petersburg meldete der englische Gesandte Finch, daß die russischen Machthaber sich weigerten, zu gunsten Maria Theresias auch nur einen Mann marschieren zu lassen, solange nicht ein englisches Geschwader in der Ostsee kreuze. Ihre Bedingung war seit der Niederlage der englischen Flotte vor Kartagena unerfüllbar[3]); auf Rußland war also im laufenden Jahre nicht mehr zu rechnen. Von den Niederlanden galt das Gleiche. Nun traf am 9. Juli ein Kourier aus Paris mit der Meldung ein, daß Frankreich dem Kurfürsten von Bayern gegen Maria Theresia 30000 Mann stelle und daß Spanien demselben Kurfürsten zur Anwerbung von 6000 Mann die nötigen Gelder zur Verfügung stelle[4]). Wenige Stunden später kam ein Eilbote von Robinson aus Wien; er teilte mit, daß der Abschluß der drei Verträge vom 24. Juni Maria Theresia derart ermutigt habe, daß sie nunmehr willens sei, den Krieg gegen Friedrich mit aller Kraft fortzusetzen, und daß sie nicht die geringste Neigung zu irgendwelchen nennenswerten Zugeständnissen an Preußen zeige[5]). Dieser Bericht raubte den in Hannover versammelten Staatsmännern den letzten Rest der immer noch

---

comme un mal inévitable dans les conjonctures présentes. Münchhausen sagte, qu'il falloit espérer que cela ne dureroit pas longtemps: que si l'on pouvoit seulement à présent pour six mois gagner cet Ennemi du genre humain, on trouveroit peut-être moyen de regagner sur lui ce que la dernière nécessité obligeoit de lui donner à présent. Loc. 2881.

[1]) Für das Folgende Ber. Utterodts, 11. VII. 1741. Loc. 2881.

[2]) Vgl. Fr. v. Raumer, Beiträge zur neueren Gesch., II (König Friedrich II. u. s. Zeit), Leipzig, 1836, S. 136. — Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 291.

[3]) Vgl. Droysen, V, 1, S. 295 f.

[4]) Vgl. Raumer, S. 137. — Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 133 ff. — Grünhagen, Gesch. d. Ersten Schles. Krieges, I, S. 416.

[5]) Vgl. Raumer, S. 137. — Grünhagen, I, S. 407.

nicht ganz fallen gelassenen Hoffnung auf den Erfolg der englischen Friedensvermittlung.

Hatte bisher Georg mit Vorliebe von einer großen, von allen Seiten über Preußen herfallenden Koalition geträumt, so drohte jetzt seinem geliebten Kurstaate, sobald er jene Verträge vom 24. Juni ausführte, durch Preußen, Frankreich, Bayern und Spanien das Schicksal, das er Preußen zugedacht hatte. Auf Österreichs Hilfe war natürlich nicht zu rechnen. Es blieb ihm allein die schwache Unterstützung Sachsens; mit Sicherheit durfte aber Georg voraussetzen, daß Brühl aus reiner Vertragstreue die Kräfte des sächsischen Staates nicht opfern würde. Selbst wenn auch der drohende Sturm, ohne Hannover zu schädigen, vorüberging, so war doch ein die Nachbarn erdrückendes Anwachsen der preußischen Macht zu befürchten. Diesem Übel wollte Georg durch einen listig ersonnenen Plan vorbeugen. Den Gedanken, Österreichs Länderbestand zu erhalten und die Kaiserwahl des Großherzogs von Toskana durchzusetzen, gab er jetzt auf; dafür sollte Sachsen die bisher von Österreich in Deutschland behauptete Stellung einnehmen und in Zukunft als Gegengewicht gegen eine zu große Beeinflussung des deutschen Reichs seitens Frankreichs wie Preußens dienen. Bei der Aussichtslosigkeit der Kandidatur des Großherzogs von Toskana hoffte Georg, die Kurfürsten von Mainz und Trier zu bewegen, ihre Stimmen mit der hannöverischen, der sächsischen und eventuell der von Sachsen zu führenden böhmischen Stimme zu vereinigen, um Augusts Kaiserwahl zu ermöglichen. Natürlich mußte sich August vorher mit Frankreich verständigen, das, wie Georg annahm, ebenso gern seine Wahl wie die Karl Alberts fördern würde[1]). Da der Zusammenbruch des Hauses Österreich unvermeidlich war, so sollte Sachsen den größten und besten Teil der herrenlosen Ländermasse erhalten; ja Georg versprach, mit seinen hannöverischen Truppen Sachsen zu decken, sobald es seine eigenen zu diesem Zweck außer Landes schicke. Später, wenn sich die Verhältnisse geändert hätten, wollte er auf Preußens Kosten Sachsens weitere Ver-

[1]) Ranke, Zwölf Bücher preuß. Gesch., Bd. 3/4, S. 465 irrt, wenn er annimmt, daß Georg Sachsen seine Erbansprüche auch mit der Gewalt der Waffen verfechten lassen wollte, „wenn es sich darum nur nicht an Frankreich schließe."

größerung betreiben. Als Lohn für die hannöverischen Dienste erwartete Georg, daß ihm die Beute zu teil würde, die er bisher mit Hilfe Preußens zu gewinnen gedacht hatte. Nach dem Tode des gegenwärtigen Kurfürsten von Köln, der zugleich Bischof von Hildesheim war, sollte August als Kaiser die Ansprüche Hannovers auf das Bistum anerkennen und ferner gestatten, daß im Gegensatz zu den Bestimmungen des Westfälischen Friedens in Osnabrück dauernd ein hannöverischer Prinz und zwar zunächst der Herzog von Cumberland gewählt werde. Den Besitzstand der katholischen Religion versprach Georg zu achten.

Um seinen Plan in die Wirklichkeit umzusetzen, dachte Georg an ein Verteidigungsbündnis Hannovers mit Sachsen und Preußen als Rückendeckung; zugleich wollte er die Friedensvermittelung zwischen Preußen und Österreich um so energischer betreiben, um Friedrich vielleicht doch noch von dem verderbenbringenden Bunde mit Frankreich abzuziehen und gegen eine geringe Entschädigung mit Teilen von Schlesien zu veranlassen, zur Aufrichtung des sächsischen Kaisertums beizutragen. Damit nun Georg Österreich gegenüber freie Hand bekam, mußte er vor allem von der Fessel der Verträge mit Österreich befreit werden, soweit er sie als Kurfürst von Hannover eingegangen war.

Deshalb bat er, August möge an ihn einen Brief richten, in dem August ihm die Notwendigkeit auseinandersetze, seine Truppen aus Rücksicht auf die politische Lage im Lande behalten zu müssen, und in welchem er ferner erkläre, daß er deshalb den Vertrag mit Österreich vom 11. April nicht mehr ratifizieren könne. In seinem Antwortschreiben wollte Georg der Meinung Augusts beipflichten und ihm mitteilen, daß er ebenso handeln werde. Die Briefe sollten bei Maria Theresia die Haltung der beiden Höfe rechtfertigen [1]).

Mit diesen durch Harrington und Münchhausen übermittelten Vorschlägen eilte Saul am 10. Juli nach Dresden zurück; Brühl blieb nichts übrig, als sie zu billigen, wenn Sachsen nicht seinen letzten Bundesgenossen verlieren sollte. Am 19. Juli ging der

[1]) Bericht Utterodts, Hannover, 11. VII. 1741 u. Précis des derniers discours que les Ministres du Roi d'Angleterre nous ont tenus, à Mr. le Chambellan d'Utterodt et au sousigné Saul. Dresden, 15. VII. 1741. Loc. 2881.

gewünschte Brief an Georg aus Dresden ab, auf den dann die verabredete Antwort aus Herrenhausen eintraf[1]). Demgemäß ratifizierte Georg nur den ersten im Namen Englands am 24. Juni abgeschlossenen Vertrag; im übrigen wurden die Österreicher mit nichtssagenden schönen Worten abgespeist, Rußland zum Angriff auf Preußen gehetzt und den Preußen von Brühl neue Vermittelungsvorschläge gemacht[2]). Renard und Ilten mußten den Juli hindurch über den Ort, an dem sich die sächsische und hannöverische Armee vereinigen könnten, fleißig verhandeln, ohne daß sie zu einem Ergebnis kommen durften. Der österreichische Feldmarschall-Leutnant Graf Browne, der am 22. Juli in Dresden eintraf, um an ihren Beratungen teilzunehmen, verließ naturgemäß unverrichteter Dinge bald wieder die Stadt[3]).

---

Wenn auch Brühl so weit die Ratschläge Georgs befolgte, so konnte er sich doch immer noch nicht entschließen, mit Frankreich in Bündnisverhandlungen einzutreten, weil er wohl wußte, daß er dann jede Hoffnung auf die Vertreibung der Preußen aus Schlesien aufgeben müßte. Die Erfahrungen bei dem Tode Augusts des Starken und zwei Jahre später bei dem plötzlich über die Köpfe von Frankreichs Bundesgenossen hinweg erfolgenden Friedenschlusse Fleurys mit dem Kaiser mögen in Brühl das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der französischen Politik untergraben und dazu beigetragen haben, daß Brühl wider Erwarten der diplomatischen Welt es unterließ, Anlehnung an Frankreich zu suchen. Er hatte zwar nach dem Tode Kaiser Karls den Grafen Stanislaus Poniatowski, den Woiwoden von Masovien, einen ehemaligen Anhänger Stanislaus Leszczynskis, den Vater des letzten Polenkönigs, und den Geheimen Kriegsrat Thomas von Fritsch nach Paris gesandt, aber nur zu dem Zweck, Fleury auszuhorchen[4]).

---

[1]) Dat. 24. VII. 1741. Loc. 2881.

[2]) Vgl. P. C., I, S. 287.

[3]) D. Österr. Erbfolgekrieg, II, S. 390 ff.

[4]) Mém. de Hénault, Schreiben Amelots v. 9. V. 1741. S. 356. — Beaulieu-Marconnay, E. sächs. Staatsmann i. 18. Jahrh., Thomas Freih. v. Fritsch in Webers Archiv f. sächs. Gesch., IX, S. 266 ff. — Hübner, Zur Gesch. d. kursächs. Pol. S. 65 ff.

In den Audienzen am 7. und 9. Januar 1741 empfahl Fleury den Gesandten Augusts, ihr Herr möge sich mit dem Kurfürsten von Bayern zu einer gemeinsamen Wahrnehmung ihrer Erbansprüche vereinigen, und er riet ihnen gemäß seinem persönlichen Wunsche, August zur Bewerbung um die Kaiserkrone zu veranlassen.

Als der Bericht über die Besprechungen mit Fleury am 19. Januar in Dresden eintraf, stand Brühl schon mitten in den Konferenzen, die eine Allianz zur Verteidigung der pragmatischen Sanktion gegen Preußen schaffen sollten; die französischen Vorschläge ließ er unbeachtet. Demzufolge mußte sich Fleury, halb wider Willen, entschließen, die Kaiserwahl des Bayern zu fördern[1]).

Ebenso wenig Erfolg wie die zarten Winke Fleurys hatten bis zum Juli alle Anwürfe der französischen Diplomaten. Der Marschall Belleisle, der französische Botschafter am Wahltage, suchte im Frühjahr 1741 die deutschen Kurfürsten in ihren Residenzen auf, um sie dem Hause Österreich abspenstig zu machen. So kam er auch am 15. April nach Dresden. Sein hoher Rang und die Nachricht von dem Siege der Preußen bei Mollwitz sicherten ihm eine glänzende Aufnahme. Brühl überschüttete ihn mit verbindlichen, aber zu nichts verpflichtenden Worten, und Belleisle glaubte wirklich, daß Sachsen sich leicht für Frankreichs Pläne werde gewinnen lassen[2]). Brühl dachte anders: „Da wir nur Komplimente drechseln, wird Belleisle hier nur wenige Tage bleiben," schrieb er dem Grafen Lynar[3]). Belleisle begab sich auch bald nach Schlesien; auf seiner Rückreise während seines Aufenthaltes in Hubertusburg vom 7. bis 10. Mai wurden die Unterhandlungen fortgesetzt. Man erwog die Möglichkeit, daß Niederschlesien an Preußen, Oberschlesien und Ostböhmen bis an die Elbe und Moldau mit Prag an Sachsen

---

[1]) Recueil des Instructions données aux Ambassadeurs de France, XVI, S. 371. — Hübner, S. 65 ff.

[2]) Vgl. Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 142.

[3]) Dat. Dresden, 18. IV. 1741. Loc. 3027. — Broglie, Frédéric II. et Marie-Thérèse, I (Paris 1890), S. 310. — Über die Verhandlungen selbst: Brühl an Poniatowski, Dresden, 20. IV. 1741. Loc. 2880. S. auch D. Österr. Erbfolgekrieg, II, S. 283 ff., wo die Korrespondenzen und Memoiren Belleisles verwertet sind.

fallen könnten; ein Einverständnis wurde aber nicht erzielt. Belleisle sprach später „von der sehr unbestimmten Natur“ seiner Unterredung mit Brühl, und Brühl selbst und unparteiische Beobachter urteilten ähnlich[1]).

Brühl widerstand auch den Lockungen der Königin Elisabeth von Spanien und ihres Botschafters, des Grafen Montijo[2]), den Annäherungsversuchen des bayrischen Hofes[3]) wie den erneuten

---

[1]) Belleisle an Brühl, Frankfurt, 14. VIII. 1741. Loc. 2880. . . . d'une manière très vague. Vgl. Schreiben Amelots v. 23. V. 1741 in den Mém. de Hénault, S. 358. — Brühl an Bünau, Hubertusburg, 11. V. 1741. Loc. 2907 . . . il (Belleisle) ne nous a prêché que la même chanson qu'à son premier passage, c'est à dire que nous devions nous entendre avec l'électeur de Bavière, et comme il ne nous y a point trouvé portés, il a poursuivi son chemin vers Munnich. Quoique nous ayons ainsi constamment refusé jusqu'ici toutes les offres, qui nous ont été faites de la France, V. E. juge bien et Elle le peut même faire sentir, que cette porte nous reste toujours ouverte, si la Cour de Vienne continue à nous négliger. Ähnlich an Utterodt, Hubertusburg, 14. V. 1741. Loc. 2677. — Ammons Bericht bei Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 257 u. Ber. v. 5. VI. 1741: Le Maréchal de Belleisle n'a pas été trop satisfait de son second voyage en Saxe. — Ranke, Zwölf Bücher pr. Gesch., Bd. 3/4, S. 448; Arneth, Maria Theresia, I, S. 210 f.; Böttiger-Flathe, Gesch. d. Kurstaates u. Königr. Sachsen, II, S. 419; Grünhagen, I, S. 319; D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 11 u. 18; D. Österr. Erbfolgekrieg, II, S. 286 u. 296/7, IV, S. 18 ff. u. a. haben fälschlich in den Unterhandlungen mit Belleisle den Beginn des Übertritts Sachsens auf die Seite der Antipragmatiker gesehen. Daher sind ihnen dann die schon geschilderten Vorgänge im Monat Juni unverständlich geblieben (vgl. Arneth, I, S. 233; Grünhagen, I, S. 413 ff.), sie wußten nicht, daß Renard und Ilten bis zum 11. Juli ernsthaft über einen Operationsplan gegen Preußen verhandelt haben, vom 11. ab aber nur zur Täuschung der Österreicher die Verhandlungen fortgesponnen haben. Jener Irrtum ließ bisher den Abschluß des Frankfurter Partagetraktats als das Ergebnis monatelanger, von Sachsen freiwillig eingeleiteter Verhandlungen erscheinen. Wir werden sehen, daß Sachsen zu seiner Unterzeichnung gezwungen wurde. Dieser Umstand beeinflußte in höchst bedeutsamer Weise die sächsische und damit die französisch-bayrische Kriegsführung im Herbst 1741 — was bisher nicht erkannt worden ist.

[2]) Hübner, S. 81 ff. — Précis des discours et insinuations de Mr. le Comte de Montijo. Loc. 2677.

[3]) Des Etatministers Johann Adolphens v. Loss Abschickung am Churbayrischen Hofe u. dessen daselbst geführte Negotiation 1740/1. Vol. II. Loc. 2638. — D. Tagebuch Kaiser Karls VII. aus d. Zeit d. österr. Erbfolgekriegs, herg. v. Heigel, (München, 1883), S. 6 u. 10.

Vorschlägen Belleisles[1]). Selbst als König Georg einer Verständigung mit Frankreich das Wort redete, zauderte Brühl beinahe noch zwei Wochen lang. Erst als er am 23. Juli aus den Briefen des französischen Generalleutnants, des Grafen Moritz von Sachsen, eines natürlichen Sohnes Augusts des Starken, erfuhr, daß Ludwig XV. drei Heere aussende, um im Verein mit den Bayern und Preußen Österreich zu zertrümmern[2]), versah Brühl den Geheimrat Saul mit den nötigen Vollmachten und Instruktionen zur Eröffnung der Verhandlungen mit Frankreich. Damit die Beziehungen zu Österreich noch erhalten blieben, mußte sich Saul heimlich unter dem Namen seines Schwiegervaters auf die Reise machen.

Am 31. Juli traf er in Frankfurt a/M. mit Belleisle zusammen. Der Marschall bot ihm für Sachsens Teilnahme am Kriege gegen Österreich ganz Oberschlesien, also das Land südlich der Neiße und der Brinnitz, und einen von der Lausitz längs der schlesischen Berge sich erstreckenden Landstreifen von Böhmen zur direkten Verbindung Sachsens über Oberschlesien mit Polen. Darauf brachte Saul einen von Brühl entworfenen Teilungsplan vor. Für Sachsen forderte er die östliche Hälfte Böhmens, Glatz, einen Teil von Mähren und zur Herstellung der Verbindung mit Polen die schlesischen Fürstentümer Liegnitz, Breslau, Brieg und die Hälfte von Öls; außerdem die böhmische Königswürde. Preußen sollte Schwiebus, Glogau, Wohlau, Schweidnitz und Jägerndorf nehmen; Bayern den Westen Böhmens, das schwäbische Vorderösterreich, und die österreichischen Niederlande mit der Königswürde von Bayern und Schwaben erhalten.

Eine Besprechung der sächsischen Vorschläge lehnte Belleisle von vornherein ab; Frankreich hatte ja durch den Vertrag vom 5. Juni dem Preußenkönig die Erwerbung von ganz Niederschlesien mit Breslau garantiert. Deshalb erklärte Belleisle, daß, wenn

---

[1]) Ber. d. sächs. Gesandten in Mainz Heinr. v. Bünau, Mainz, 26. VI. 1741. Loc. 2880. — Mém. de Hénault, Schreiben Fleurys v. 12. VI. u. 16. VII. 1741, S. 360 u. 364/5. — Droysen, V, 1, S. 330, Anm. 1. — Recueil des Instructions, VII (Bavière), p. p. Lebon (Paris, 1889), S. 193 ff.

[2]) Moritz an August u. Brühl, Paris, 12. VII. 1741 bei Vitzthum, Maurice Comte de Saxe et Marie-Josèphe de Saxe (Leipzig, 1867), S.376 ff. u. 388.

Sachsen auf seinen übertrieben hohen Forderungen beharre, eine Verständigung unmöglich sei, weil Friedrich gutwillig keinen Fuß breit von Niederschlesien herausgeben werde und Frankreich keine Lust habe, ihn deswegen zu bekriegen. Im besten Falle könnte Sachsen außer Oberschlesien und einem Teile Mährens von Böhmen das zwischen der Elbe, der Lausitz und Schlesien gelegene Stück Land erhalten. August habe aber nur zwischen zwei Parteien, zwischen Frankreich und Österreich, zu wählen; Neutralität würde ihm unter keiner Bedingung gewährt werden. In vierzehn Tagen ständen 100000 Franzosen an der Grenze des deutschen Reichs, bereit, Frankreichs Freunden zu helfen und seine Feinde zu bekämpfen.

Um jene schlesischen Fürstentümer und damit die direkte Verbindung mit Polen doch noch für Sachsen zu retten, schlug Saul eine Entschädigung Preußens durch die österreichischen Niederlande vor. Belleisle blieb aber unerbittlich; über Böhmen und Oberschlesien hätte Sachsen die gewünschte Verbindung mit Polen. Er steigerte jedoch noch sein Anerbieten; August könnte die Vererbung der polnischen Königskrone in seinem Hause erreichen oder auch König von Sachsen werden; sobald er sich mit Frankreich verständigt hätte, würde er von ihm bei der Kaiserwahl die gleiche Unterstützung wie der Bayer erhalten[1]).

Die letzten Worte waren doch nicht ernst zu nehmen; gerade in der Wahlfrage wollte aber Sachsen den Vorzug vor Bayern haben. Um nun dieses Zugeständnis von dem Gegner der von Belleisle vertretenen Politik, dem Kardinal Fleury, der ja die Kaiserwahl des Wettiners zuerst ins Auge gefaßt hatte, zu erreichen und um zugleich einen größeren Beuteanteil, besonders von Schlesien, herauszuschlagen, machte sich Saul sofort auf den Weg nach Paris. Hier war aber schon in den Staatsratssitzungen vom 11. bis 13. Juli die Entscheidung gefallen; es war der Beschluß gefaßt worden, dem Kurfürsten von Bayern die Kaiserkrone, die vorderösterreichischen Lande und vor allem Böhmen erobern zu helfen; ein starkes Heer sollte ihm zur Verfügung gestellt werden und eine zweite Armee unter dem Marschall Maillebois vom Niederrhein aus diejenigen bedrohen, die zu gunsten

[1]) Bericht Sauls, Frankfurt, 3. VIII. 1741. Loc. 2880.

Maria Theresias die Waffen ergreifen wollten[1]). Als nun Saul am 7. August in Paris anlangte, waren trotz der mächtigen Fürsprache des Grafen Moritz von Sachsen alle Verhandlungen umsonst. Fleury verwies ihn zu weiteren Besprechungen an Belleisle[2]). Nach zweitägigem Aufenthalt trat Saul die Rückreise an.

Brühl hätte seine Lage bedeutend verbessern können, wenn er den vom Grafen Moritz öfters wiederholten Rat befolgt und mit dem sächsischen Heer einen möglichst großen Teil Böhmens besetzt hätte. Allein einerseits widerriet diesen Entschluß die Furcht vor einer dann eintretenden Verständigung Österreichs mit Preußen; andererseits war Brühl überzeugt, daß, wenn erst einmal Frankreich, Preußen, Bayern und Sachsen einig wären, Maria Theresia keinen Widerstand mehr leisten und freiwillig abtreten würde, was man verlange[3]). Ähnlich dachte auch Graf Moritz; er sprach davon, daß es sich mehr um eine Besitzergreifung als um einen Feldzug handele, daß man keinen Pistolenschuß abzugeben brauche und daß man vor dem Winter den Krieg beendet haben werde[4]). Derartige Erwägungen bestimmten also Brühl, die genaue Verteilung der Beute abzuwarten, ehe er die sächsischen Truppen ins Feld rücken lassen wollte.

Der Versuch, sich ohne Frankreichs Vermittelung mit Bayern zu verständigen, scheiterte völlig. Karl Albert hatte von seiten Belleisles Kenntnis von den übertriebenen sächsischen Ansprüchen erhalten; daher verzichtete er jetzt darauf, sich mit dem sächsischen Gesandten Johann Adolf von Loss oder mit seinem ihn Ende August ablösenden Bruder in Verhandlungen einzulassen. Sein Vertrauter und leitender Minister, der Feldmarschall Graf Törring, drohte wie Belleisle mit Feindseligkeiten; wenn Blut vergossen würde, so treffe Sachsen die Schuld[5]).

Unterdessen war Saul aus Paris am 18. August in Dresden angelangt. Er stattete Brühl Bericht ab und eilte, mit neuen

---

[1]) Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 114. — Broglie, Frédéric II. et Marie-Thérèse, II, S. 4 ff.

[2]) Moritz an August, Paris, 9. VIII. 1741. bei Vitzthum, Maurice Comte de Saxe, S. 396 ff.

[3]) Brühl an I. A. Loss, Dresden, 20. VII. 1741.

[4]) Vitzthum, Maurice Comte de Saxe, S. 378 u. 400.

[5]) Bericht Christian v. Loss', München, 31. VIII. 1741. Loc. 2639.

Instruktionen versehen, wieder nach Frankfurt. Vorher mußte er aber in Hannover vorsprechen, um sich mit Georg über ein weiteres gemeinsames Vorgehen ins Einvernehmen zu setzen. Während Georg in Schlesien seine Friedensvermittelung fortsetzte und zugleich ein Verteidigungsbündnis zwischen Hannover, Sachsen und Preußen in Vorschlag brachte, verhandelte er, um Preußen nicht völlig das Übergewicht in Norddeutschland erlangen zu lassen, über die Kaiserwahl Augusts; seine und die sächsischen Diplomaten bewarben sich um die Stimmen der Kurfürsten von Mainz und Trier [1]). Georg und seine hannöverischen und englischen Staatsmänner rieten damals den Sachsen, Böhmen sofort zu besetzen, sich dessen Kurstimme zuzulegen und sich dadurch die Majorität im Kurkollegium zu sichern [2]). Sauls Ankunft wurde voll Ungeduld erwartet, weil man in Hannover erfahren hatte, daß ein französisches Heer bald am Niederrhein erscheinen würde.

Am 27. August langte Saul in Hannover an und wurde sofort von Georg empfangen. Die Ratschläge, die Saul erhielt, verrieten die Ratlosigkeit, die in Hannover um sich griff. Man empfahl ihm, sein Herr möge nur gegen Österreich vorgehen; mit Georgs Hilfe werde er auch zum Kaiser erwählt werden. Sachsen müsse mit Frankreich und Bayern in Fühlung bleiben, aber nur mit ihnen abschließen, falls Preußen zu ihrer Partei gehöre, damit Sachsen auch auf die Gegenseite treten könne, wenn die Friedensvermittelung in Schlesien Erfolg habe. Für diesen Fall versprachen Georg und seine Staatsmänner, Maria Theresia zur Abtretung eines großen Teiles von Böhmen an Sachsen zu bestimmen. Da Hannover in solcher Weise die sächsischen Interessen Österreich gegenüber wahrnehme, so müsse Saul als Entgelt dafür dem Marschall Belleisle die friedliche Gesinnung Hannovers schildern. Wenn die Franzosen schriftlich versprechen wollten, daß die in Nordfrankreich zusammengezogene Armee unter Maillebois den Rhein nicht überschreiten uud Hannover nicht angreifen werde, so

[1]) Ber. Utterodts, Hannover, 4. u. 10. VIII. 1741 u. Weisung an Utterodt, Dresden, 13. VIII. 1741. Loc. 2677. — Ber. Schönbergs, Frankfurt, 18. VIII. 1741. Loc. 2880. — Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 321. — Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 173 u. 180 ff. — Grünhagen, Gesch. d. Ersten Schles. Krieges, I, S. 416 ff.

[2]) Ber. Utterodts, Hannover, 20. VIII. 1741. Loc. 2677.

könnte Saul versichern, daß Georg als Kurfürst von Hannover Frankreichs Plänen in Deutschland nicht in den Weg treten wolle. Als Lohn für den Verzicht auf eine weitere Unterstützung Maria Theresias forderte Georg die Bistümer Osnabrück und Hildesheim; „eine solche Konvenienz aber könnte niemandem Jalousie erwecken, wohl aber der Krone Frankreich Vorteil bringen, weil S. Kgl. Majestät als Kurfürst dermalen gar zu enklaviert und durch die preußische überragende Macht außer stande wären, dero Freunden und Alliierten zu helfen“ [1]).

Das Herannahen der Franzosen versetzte Georg schnell in die höchste Erregung. Preußen wurde jetzt, freilich vergebens, um Hilfe angegangen [2]) und am 30. August an Sachsen ein Requisitionsschreiben abgeschickt, August möge gemäß dem Verteidigungsbündnis vom 3. Juli 9000 Mann gegen den drohenden französischen Angriff zu Hilfe senden. In zwei Abteilungen, bei Hameln und bei Barnstorf in der Grafschaft Diepholz, sammelte sich das 17000 Mann starke hannöverische Heer.

August antwortete, ehe er seine Truppen gegen die Franzosen abmarschieren lasse, wolle er den Ausgang der Frankfurter Verhandlungen abwarten [3]); an das Wagnis eines Waffenganges mit Frankreich durften die Sachsen ernstlich nicht denken. Um sich aber nicht bedingungslos von Frankreich sein Geschick bestimmen zu lassen, suchte Brühl zu gleicher Zeit wie Hannover [4]) das Anfang Juli von Georg angeregte Verteidigungsbündnis mit Preußen zustande zu bringen. Am 25. August ging ein Kourier an den in Breslau weilenden sächsischen Gesandten von Bülow mit der Weisung ab, Friedrich ein derartiges Bündnis vorzuschlagen. Dazu war es jetzt viel zu spät. Aus den Andeutungen Podewils' konnte Bülow zum ersten Male mit Sicherheit entnehmen, daß Preußen mit Frankreich handelseins geworden sei. Der preußische Minister versicherte ihm, Österreichs Untergang sei unvermeidlich; der Kurfürst von Bayern werde auf Frankreichs Betreiben hin die Kaiserkrone erringen. Podewils bereitete auch Bülow darauf vor, daß

[1]) Ber. Sauls u. Utterodts, Hannover, 29. VIII. 1741. Loc. 2677.
[2]) Grünhagen, I, S. 449 f.
[3]) Dat. 3. IX. 1741. Loc. 2677.
[4]) P. C., I, S. 317 u. 335.

Friedrich in der von Bülow nachgesuchten Audienz ihm ein Bündnis mit Preußen, Frankreich und Bayern vorschlagen werde[1]).

Diese Audienz fand am 2. September im Lager bei Reichenbach statt. Friedrich wies, wie er es vorher mit dem französischen Gesandten, dem Marquis de Valory, verabredet hatte[2]), den Sachsen zu weiteren Verhandlungen an Belleisle. Er betonte aber, daß August keinen Augenblick mehr verlieren dürfe, wenn er dem antiösterreichischen Bunde überhaupt noch beitreten wolle. Für sich nehme er, fuhr Friedrich fort, ganz Niederschlesien und die Grafschaft Glatz in Anspruch und erwarte von Sachsen die Garantie seiner neuen Erwerbung. Er werde dem Bayern seine Wahlstimme geben, Mainz und Trier, Köln und Pfalz würden das Gleiche tun; dadurch sei die Majorität für Karl Albert gesichert, ungesäumt werde man zu seiner Wahl schreiten. „Es ist also klar," so folgerte Bülow in seinem Berichte, „daß Frankreich das Steuer führt und daß der König von Preußen, nachdem er seinen angemessenen Vorteil gefunden hat, Frankreich das Schiedsrichteramt beim Ausgleich der verschiedenen Ansprüche auf die österreichische Erbschaft überantwortet"[3]).

Wie täuschte sich doch Bülow! Durch seine Worte erstickte Friedrich in Dresden jeden Gedanken an ein irgendwie geartetes Zusammengehen mit Österreich und trieb Sachsen zum Anschluß an die Verbündeten Preußens an. Wohlweißlich überließ er die üble Aufgabe, die sich widerstreitenden Forderungen der Parteien zu begleichen, scheinbar den Franzosen; tatsächlich behielt er das Spiel in den Händen. Friedrich war es wohl bekannt, daß es Sachsen in erster Linie um Teile Niederschlesiens zu tun war[4]); natürlich war er durchaus nicht gewillt, diesem Verlangen entgegenzukommen. Er sah — und mit Recht — in Sachsen einen entschiedenen Parteigänger Österreichs[5]) und einen gefährlichen Feind Preußens[6]), den es unter allen Umständen nieder-

[1]) Bericht Bülows, Breslau, 30. VIII. u. 1. IX. 1741. Loc. 2995.
[2]) P. C., I, S. 322 u. 324.
[3]) Ber. Bülows, Breslau, 4. IX., in Dresden, 6. IX. 1741. Loc. 2995.
[4]) P. C., I, S. 306.
[5]) P. C., I, S. 297; 307; 308; 315.
[6]) P. C., I, S. 323; Ces méchants voisins et faux amis. — P. C., I, S. 338: Mon plus cruel ennemi.

zuhalten galt[1]). Friedrich mußte um so mehr auf seiner Hut sein, als Frankreich kein Interesse daran hatte, Sachsens Macht stark herabzudrücken; denn darauf ging ja die französische Politik aus, an Stelle der bisherigen Vorherrschaft Österreichs in Deutschland eine Reihe gleich starker Staaten zu schaffen, die sich in ihrer Eifersucht die Wage halten und dadurch die Entscheidung der deutschen Geschicke Frankreich anheimstellen würden. Da nun Friedrich bis zu dem Zeitpunkt, da die Nachricht von dem Siege der Russen über die im Dienste Frankreichs stehenden Schweden bei Willmanstrand nach Deutschland kam, glaubte, daß sich die Verbündeten der Teilnahme Sachsens am Kriege gegen Maria Theresia entschlagen könnten[2]), so wußte er sich Frankreichs Liebeswerben um Sachsens Beitritt zu der großen Koalition nicht anders zu erklären, als daß Sachsen begünstigt würde, eben weil es Preußens Rivale war. Diese Erwägung trug mit dazu bei, daß sich Friedrich auf die Verhandlungen einließ, die zum Abschluß des Kleinschnellendorfer Abkommens führten. Für den Fall nun, daß diese Verhandlungen kein Ergebnis zeitigen würden und daß sich Sachsens Aufnahme in die Koalition aus Rücksicht auf Frankreich nicht umgehen ließe, suchte Friedrich Sachsens Beuteanteil nach Möglichkeit zu beschneiden. Nur Oberschlesien und die durch die Elbe begrenzte Nordostecke Böhmens wollte er Sachsen zugewiesen wissen, wenn Mähren zu dem bayrischen Anteil geschlagen würde. In Oberschlesien würde Sachsen auf der Grenzwacht gegen Ungarn gestanden und Preußen von den Maria Theresia verbleibenden Ländern getrennt haben; den dann künstlich ausgereckten sächsischen Staat hätte Friedrich im Besitz der Festungen Neiße und Glatz, die er fortan für sich in Anspruch nahm, militärisch beherrscht[3]). Die französischen Staatsmänner bestürmte Friedrich in seinen Briefen, Sachsen möglichst geringe Zugeständnisse zu machen. In Böhmen sah

[1]) P. C., I, S. 327: Faisons ce que nous pourrons pour rendre petite la portion que l'on destine à la Saxe; ce sont de méchantes gens, qu'il faut tenir aussi bas qu'il est possible.

[2]) P. C., I, S. 306 u. 310.

[3]) P. C., I, S. 306; 310; 314; 315; 323; 325; 327; 330; 337; 338; 343; 345. — Valorys Ber. v. 17. IX. 1741 bei Peukert in d. Göttinger Gelehrten Anzeigen, 1885, S. 1028 f.

Karl Albert von Bayern ein ihm von Rechts wegen zustehendes Erbe; deshalb beschwor er Belleisle, von seiner Zerstückelung abzustehen und warnte vor ihrer Wirkung auf die Volksstimmung. Die Rücksicht auf ihn und die Furcht, Friedrich durch die Vernachlässigung seiner Wünsche in das feindliche Lager zu treiben, bestimmten schließlich die Haltung Belleisles den sächsischen Diplomaten in Frankfurt gegenüber und veranlaßten, daß Sachsen weder von Böhmen noch von Niederschlesien etwas erhielt.

Während Sauls Abwesenheit hatte der zum Wahltag entsandte sächsische Staatsminister v. Schönberg mit Belleisle vergebens weiterverhandelt; zu seiner Unterstützung war Poniatowski aus Paris herbeigeeilt. Der bisher in München akkreditierte Johann Adolf von Loss ging nach Paris, um Fleury für den Gedanken eines allgemeinen Kongresses zur Schlichtung aller europäischen Streitfragen zu gewinnen[1]). So hoffte Brühl sich dem Drängen Belleisles entziehen und sich Zeit zu weiteren Verhandlungen verschaffen zu können; allein umsonst, als Loss in Paris anlangte, fiel schon in Frankfurt die Entscheidung.

Hier traf von Hannover her Saul am 1. September ein[2]). Er hatte Befehl, noch einmal ähnliche Forderungen wie im Anfang August zu stellen; also Oberschlesien mit Ausnahme Jägerndorfs; die Fürstentümer Liegnitz, Breslau, Brieg und einen Teil von Öls; acht böhmische Kreise, und zwar das Flußgebiet der Elbe und Moldau mit Prag, sodaß Bayern die an der Grenze gelegenen Kreise erhalten hätte; die Grafschaft Glatz; ganz Mähren; die Königskrone und das Anrecht auf die Kaiserwürde im Vorzug vor Bayern. Brühl erwartete nicht etwa, daß alle seine Wünsche erfüllt würden; im Laufe der Verhandlungen wollte er seine Forderungen ermäßigen, um die Gegenpartei zur Steigerung ihres Angebotes zu bestimmen. Im äußersten Fall durfte sich Saul begnügen mit

---

[1]) Weisung an Loss, Moritzburg, 27. VIII. 1741. Loc. 2736.

[2]) Friedrich begeht einen Gedächtnisfehler, wenn er in seiner Histoire de Mon Temps (Oeuvres, II, S. 85) erzählt, daß Sachsen mit Frankreich am 31. VIII. ein Bündnis geschlossen hat. In der ersten Redaktion (Publik., IV, S. 234) spricht er von einem an diesem Tage zwischen Bayern und Sachsen geschlossenen Vertrage. Seinen Irrtum haben übernommen Gebhardt Handb. d. deutsch. Gesch., II (Stuttgart 1901), S. 301 u. Prutz, Preuß. Gesch., III (Stuttgart 1901), S. 16.

Oberschlesien, dem zum Königreich erhobenen Mähren und einem einige Meilen breiten Streifen von Niederschlesien zur Verbindung mit Polen. Die Kaiserwürde und der böhmische Königstitel sollten Bayern zugesprochen werden für den Fall, daß es Prag und den Leitmeritzer und Bunzlauer Kreis, von dem böhmischen Lehnsverbande losgelöst, an Sachsen abtrat; bestand Karl Albert auf dem Besitz der böhmischen Hauptstadt, so mußte Saul außer den beiden eben erwähnten Kreisen noch den Czaslauer und Saazer fordern. Ferner sollte Bayern auf die Elbschiffahrt von Prag bis Hamburg verzichten und den Sachsen in Böhmen einen völlig freien Handelsverkehr vertragsmäßig zusichern. Breslau sollte nicht in den Händen der Preußen bleiben, sondern als freie Reichsstadt unter sächsisches Schutzrecht gestellt werden, doch durfte Saul in diesem Punkte schließlich nachgeben. Für die im Besitz Maria Theresias verbleibenden Lande und die an Bayern fallenden Gebiete wollte sich August beim Aussterben der männlichen und weiblichen Linien das Nachfolgerecht vorbehalten. Die Vorbedingung zum Abschluß eines Vertrages auf dieser Grundlage sollte der Beitritt Preußens zu ihm bilden. Endlich sollte das Kurfürstentum Hannover vor allen Feindseligkeiten seitens Frankreichs sichergestellt werden[1]).

Als Belleisle aus dem Munde Sauls die sächsischen Forderungen erfuhr, erwiderte er, die Behauptung des sächsischen Ministeriums, daß Sachsen aus handelspolitischen Gründen Breslau und Prag in seinen Besitz bringen müsse, sei an sich sehr schön; als Gegenargument habe er aber 100 000 Mann, die in Sachsen einrücken würden. Neutral dürfe Sachsen nicht bleiben. Wenn es mit Hannover gemeinsame Sache machen und Georg Hilfstruppen senden wolle, so würde das preußische Korps unter dem Fürsten von Anhalt nach Sachsen vorstoßen, sobald der erste Sachse die Grenze seiner Heimat überschritte[2]). Daß diese Drohungen ernst gemeint waren, ging aus einem Bericht des sächsischen Residenten Siepmann in Berlin hervor[3]). Nun bestand aber Georg in drängenden Briefen immer wieder auf der Entsendung von 9000 Mann, während er, wie man von Belleisle wußte, in

[1]) Instruktion für Saul, Moritzburg, 27. VIII. 1741. Loc. 2880.
[2]) Ber. Sauls u. Schönbergs, Frankfurt, 3. IX. 1741. Loc. 2880.
[3]) Dat. 9. IX. 1741. Loc. 2677.

Paris über ein Neutralitätsabkommen für seinen Kurstaat verhandelte. Jeder Tag, den Sachsen länger zögerte, konnte es völlig isolieren, besonders da sich auch Mainz auf Bayerns Seite geschlagen und dadurch Karl Albert die Majorität im Kurfürstenrate verschafft hatte[1]). So sauer es Brühl wurde, er sah sich gezwungen, die sächsischen Gesandten in Frankfurt zu bevollmächtigen, unter möglichst günstigen Bedingungen mit Belleisle abzuschließen[2]).

Poniatowski ging nach Paris, um von Fleury die Zugeständnisse zu erhalten, die der Marschall verweigerte; er richtete aber naturgemäß nichts aus. An Belleisle schrieb August einen flehentlichen Bittbrief, er möge ihm außer Mähren und Oberschlesien wenigstens eine noch so schmale Landstrecke längs der böhmisch-schlesischen Grenze zur Verbindung Sachsens mit den neuzuerwerbenden Ländern und Polen zuteilen, ohne ihm ein Stück von Mähren zur Entschädigung des Bayern für die Verkleinerung Böhmens wegzunehmen[3]). In Hannover ließ Brühl mitteilen, daß August auf seine Kaiserwahl verzichte und seine Stimme dem Kurfürsten von Bayern gebe, worauf auch Georg seine Stimme Karl Albert zusagte[4]).

Um nichts unversucht zu lassen, befahl Brühl am 8. September Bülow, Friedrich zu bestimmen, durch seine Gesandten in Frankfurt zu Gunsten Sachsens einen Druck auf Belleisle und Bayern auszuüben. Erst am 20. September erhielt Bülow im Lager vor Neiße eine Audienz. Als er seinen Auftrag ausrichtete, erwiderte Friedrich, er habe von Fleury und Belleisle Briefe erhalten, in denen sich beide über die Langsamkeit der Verhandlungen mit Sachsen beschwerten. Die Verbündeten seien übereingekommen, keine Neutralität im Reiche zu dulden und jeden, der sich nicht ihnen anschlösse, als Feind zu behandeln. Frankreich dränge in ihn, August zu erklären, daß die preußischen Truppen unter dem Fürsten von Anhalt in Sachsen einrücken würden, wenn August sich den Verbündeten nicht zugeselle. Was man von August verlange, sei der Einmarsch von 16 000 Mann in Böhmen gegen

[1]) Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 177.
[2]) Dat. Moritzburg, 8. IX. 1741. Loc. 2880.
[3]) Dat. Moritzburg, 10. IX. 1741. Loc. 2880.
[4]) Heigel, S. 182/3 und 186/7.

das kleine, dort stehende, österreichische Korps des Fürsten Lobkowitz. Sobald August dazu bereit sei, werde Friedrich den preußischen Gesandten in Frankfurt die nötigen Weisungen zukommen lassen. Sachsen möge nur das Verteidigungsbündnis mit Hannover fallen lassen; halte August an ihm fest, so wüßte er, was der Fürst von Anhalt in dem Augenblick tun werde, in dem die Franzosen in Hannover einbrechen würden[1]).

Diese Drohungen waren nicht mehr nötig. Von Belleisle gedrängt, unterzeichneten Schönberg und Saul am 19. September den Präliminarvertrag; er wurde dem Namen nach zwischen Bayern und Sachsen abgeschlossen, da ja Frankreich am Kriege gegen Maria Theresia nicht teilnahm, sondern nur an Bayern Hilfstruppen abgab. Die beiderseitigen Ansprüche auf das Erbe Karls VI. wurden dahin ausgeglichen, daß Sachsen das Herzogtum Oberschlesien bis zur Neiße mit Ausnahme der gleichnamigen Festung und das zum Königreich erhobene Mähren, beide aus dem böhmischen Lehnsverbande losgelöst, als Reichslehen erhalten sollte, während Böhmen, Oberösterreich, Tirol und Vorderösterreich an Bayern fielen. Ferner erhielt Sachsen das Quartier Obermanhartsberg von Niederösterreich und die Oberlehnshoheit über die Herren von Schwarzburg, Reuß und Schönburg und verzichtete auf seine Ansprüche auf Jülich und Berg zu Gunsten des Hauses Pfalz-Sulzbach. Zur Verbindung des Kurstaates mit den neuen Erwerbungen sollte den Sachsen eine Etappenstraße durch Böhmen eingeräumt werden, auf der die sächsischen Waren zollfrei verkehren durften. Der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Sachsen und Böhmen wurde in nahe Aussicht gestellt.

Um sich in den Besitz der ihnen zugewiesenen Länder zu setzen, versprachen sich die beiden Kurfürsten gegenseitige Unterstützung mit wenigstens 14000 Mann Infanterie und 4000 Reitern. Nur vereint wollten sie sich mit dem Feinde in ein Abkommen einlassen. Die Kaiserwahl des Großherzogs von Toskana sollte unter allen Umständen hintertrieben werden; in allen die Wahl angehenden Fragen wollten beide Kurfürsten Hand in Hand vorgehen. Zur Garantie und zum Beitritt zu diesem Vertrage sollten Frankreich, Preußen, England und Spanien aufgefordert werden;

[1]) Bericht Bülows, Breslau, 23. IX. 1741. Loc. 2995.

er sollte überhaupt nur dann zu Recht bestehen, falls Frankreich und Preußen wirklich auch beitraten. Die Ratifikation hatte von seiten beider Kontrahenten innerhalb von vierzehn Tagen zu erfolgen[1]).

Daß Sachsen einen derartigen Vertrag abschließen mußte, bedeutete eine schwere Niederlage der Brühlschen Politik. Die im Frankfurter Partagetraktat Sachsen zugesprochenen Länder lagen von dem Kurstaate weit ab und waren zum größten Teil unfruchtbar, schlecht angebaut, dünn bevölkert, ohne viel Industrie und Handel und daher für den Staat wenig ergiebig; Graf Moritz verglich sie mit den Pyrenäen. Während Karl Albert Städte erhielt wie Prag mit 70000 Einwohnern und Linz mit 17000 Einwohnern, waren in dem sächsischen Mähren Brünn mit 10500, Olmütz mit 8600, Iglau mit 8000, Nikolsburg mit 6000 und Znaym mit 5000 Einwohnern die einzigen größeren Orte[2]). Die Bevölkerung stand in ihrer Nationalität, Religion und Kulturstufe den Sachsen fremd gegenüber. Das so heiß umworbene Niederschlesien blieb in den Händen der Preußen und drängte sich keilförmig zwischen die von August beherrschten Gebiete. Ein derartiger Zustand wäre auf die Dauer unhaltbar gewesen und hätte nur dazu beitragen können, daß die zwischen Preußen und Sachsen ohnehin bestehende Spannung noch weiter gesteigert würde. Wenn Sachsen jene Gebiete, die sich bis in die Nähe der Stadt Wien erstreckten, wirklich erhalten hätte, würde es auch in eine militärisch ganz unhaltbare Lage gekommen sein. Von Preußen jederzeit abhängig, hätte es immer zugleich den ersten Anprall aushalten müssen, so oft Maria Theresia und ihre Nachfolger den Versuch gewagt hätten, von den ihnen verbleibenden Ländern aus ihre ehemaligen Besitzungen zurückzuerobern. Den sächsischen Diplomaten konnte es zweifelhaft erscheinen, ob die in Aussicht gestellten Neuerwerbungen eine Stärkung oder eine Schwächung ihres Staates bedeuteten.

[1]) Der Vertrag ist gedruckt bei C. M. v. Aretin, Chronologisches Verzeichnis der bayerischen Staatsverträge, S. 396.

[2]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 1, S. 197. — D. Österr. Erbfolgekrieg, I, S. 754/5.

Eins war gewiß: der Abschluß und die Ausführung des Frankfurter Partagetraktats mußte Sachsen mit Österreich schwer verfeinden und dadurch in völlige Abhängigkeit von Preußen bringen. Welche Gefahren dieser Frontwechsel in sich schloß, lehrten die Nachrichten, welche, ehe noch der Vertrag unterzeichnet war, aus Schlesien einliefen und die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Österreich meldeten, die dann zum Abschluß des Kleinschnellendorfer Abkommens führen sollten.

Die erste Mitteilung erhielt Brühl durch einen vom 13. September datierten Bericht Bülows aus Breslau. Der Gesandte meldete, ein Kourier aus Wien habe dem englischen Gesandten Lord Hyndford den Auftrag überbracht, noch einmal die Vermittelung zwischen Friedrich und Maria Theresia zu versuchen; die Königin wolle alle bisherigen Forderungen Friedrichs zugestehen. Drei Tage später hieß es freilich, Friedrich habe geantwortet, daß er nach Abschluß seines Bündnisses mit Frankreich und Bayern kein Separatabkommen mit Österreich treffen könne[1]). Dann kam am 19. September wieder ein Eilbote aus Wien zu Hyndford nach Breslau. Darauf äußerte Friedrich dringend den Wunsch, Hyndford bei sich im Lager zu sehen, und als Bülow mit dem hannöverischen Gesandten, dem Geheimrat v. Schwichelt, aus dem Lager vor Neiße am 21. September von seiner Audienz bei Friedrich zurückkehrte, trafen sie auf der Landstraße in der Nähe von Ohlau den zu Friedrich reisenden Hyndford, schwer krank, in Begleitung seines Arztes. Schwichelt und Hyndford traten beiseite und unterredeten sich geheimnisvoll eine gute halbe Stunde lang. Nachher verweigerte Schwichelt jede Auskunft über sein Gespräch. „Nachdem nun Hyndford sich so eilfertig auf den Weg gemacht, so will man daraus schließen, daß er abermalige Propositiones zu einem gütlichen Accomodement von wegen der Königin von Ungarn zu überbringen habe, der König von Preußen aber jetzo mehr wie letztermalen geneigt wäre, selbige zu hören“[2]).

---

[1]) Vgl. Unzer, D. Konvention v. Klein-Schnellendorf. Frankfurt, 1889. S. 24/5.

[2]) Ber. Bülows, Breslau, 23. IX. 1741. Loc. 3389: Relationen des Herrn v. Bülow aus Breslau u. Berlin aus d. Jahre 1741. — Vgl. Unzer, S. 26/7 u. 31.

Friedrichs Bereitwilligkeit zum Beitritt zu dem Partagetraktat unterdrückte dann einen Augenblick den Argwohn Bülows, aber bald erfuhr er, daß Hyndford, der österreichische Generalfeldwachtmeister Baron Lentulus und der preußische Oberst und Flügeladjutant von der Goltz von einem Lager zum anderen gingen und daß Kouriere zwischen Neiße und Wien hin und her eilten [1]).

Bülows Nachrichten fanden ihre Bekräftigung durch die aus Wien in Dresden einlaufenden Meldungen; es hieß, Neipperg habe am 8. September Vollmacht, mit Friedrich abzuschließen, erhalten [2]), am 12. sei aus Schlesien das von Friedrich diktierte Ultimatum eingelaufen: Friedrich verlange ganz Niederschlesien mit der Stadt Neiße und der Grafschaft Glatz. Die Antwort, welche die Annahme der Bedingungen enthalten habe, sei am 16. in der Frühe mit einem Kourier abgegangen [3]).

Wenige Tage später, am 23. September, meldete der sächsische Gesandte Bünau aus Wien: „Hier ist die Freude über den Frieden mit Preußen, welchen man ganz unzweifelhaft hoffet, allgemein, nachdem besonders die letzten Briefe von der Armee vom 19. dieses versichern, daß bereits seit etlichen Tagen von beiden Seiten alle Hostilitäten cessiert hätten und die Trompeter fast täglich von einer Armee zur anderen geschickt würden."

Fortan klangen die Nachrichten aus Wien eine Zeitlang unsicher; ein kleiner Anstand sei noch vorhanden; man gebe die Hoffnung auf den Abschluß des Friedens noch nicht auf. Am 11. Oktober schrieb Bünau, die Klügeren glaubten, daß die Verhandlungen wieder ergebnislos geblieben seien; „diese ihre Meinung wird durch die neuesten schlesischen Briefe gar sehr bestärkt, in

[1]) Bericht Bülows, Breslau, 27. IX. 1741. Loc. 2995.

[2]) Weisung vom Geheimen Consilium an Bülow, Dresden, 18. IX. 1741. Loc. 3392: Rescripte a. d. Geheimen Consilium a. d. Ges. zu Berlin, Minister v. Bülow. 1741. — Vgl. Unzer, S. 18 u. 25.

[3]) Bericht Bünaus, Wien, 16. IX. 1741. Loc. 2907. V. E. peut compter pour sûr, que le Ministre Anglois a reçu par le courier, qui lui est venu le 12. d. c. de Silésie l'ultimatum du Roi de Prusse, dicté par lui-même aux quelles conditions il veut donner la paix à la Reine, sans s'engager d'ailleurs à la moindre chose. Le Roi insiste sur la cession de toute la Basse-Silésie dont il interprête les confins bien différemment, qu'on ne fait ici. Le Roi comprend la ville de Neiss et le Comté de Glatz. — Vgl. Unzer, S. 20 u. 26.

denen selbige von daselbst continuierenden Hostilitäten und einem abermaligen ziemlich namhaften Verlust der Preußen Meldung tun.“ Allein am 17. Oktober berichtete Bünau, daß der Friede mit Preußen gesichert sei, Lentulus habe das Friedensinstrument nach Preßburg gebracht. Bei diesem Satze blieb Bünau stehen[1]; er wußte eine Menge seine Auffassung bestätigende Einzelheiten zu melden, und sein Eifer steigerte sich immer mehr, neue Beweismittel herbeizuschaffen, da er in Dresden keinen Glauben fand.

Denn Brühl verließ sich in erster Linie auf die Berichte Bülows, und dieser schloß seit Anfang Oktober aus demselben Umstand wie die Wiener, nämlich aus den häufigen und für die Preußen verlustreichen Husarenscharmützeln, daß die Verhandlungen gescheitert seien[2]. In diesen Gedanken lebte er sich immer mehr ein[3].

Von anderen Seiten liefen nun zwar ebenfalls Nachrichten ein, daß der Friede abgeschlossen sei[4]; einen darauf bezüglichen Wink ließ der von Dresden nach Wien reisende österreichische Gesandte Graf Joseph Khevenhüller am 12. Oktober aus Prag durch seinen in Dresden zurückgebliebenen Kollegen Wratislaw dem Grafen Brühl zukommen — nach einer Äußerung des letzteren[5] zu schließen, hatte der österreichische Oberbefehlshaber Graf Neipperg wohl aus Rücksicht auf die in der Verpflegung des Heeres vorzunehmenden Veränderungen einen Kourier mit den nötigen Weisungen dem ersten Burggrafen von Prag, einem Grafen Schaffgotsch, gesandt, von dem Khevenhüller es erfahren zu haben scheint — trotzdem schloß sich Brühl der Meinung Bülows an und vom 15. Oktober ab[6] glaubte Brühl vorläufig, daß die Verhandlungen zwischen Friedrich und Maria Theresia gescheitert seien.

Vierzehn Tage später wurde ihm das Geheimnis des Kleinschnellendorfer Abkommens enthüllt.

---

[1]) Unzer, S. 82—85.
[2]) Bericht Bülows, Breslau, 4. X. 1741. Loc. 2995.
[3]) Unzer, S. 74—77.
[4]) Unzer, S. 88.
[5]) Weisung an Bülow, Hubertusburg, 16. X. 1741. Loc. 2995.
[6]) Rundschreiben Brühls gedruckt bei Unzer, S. 140.

Ende April 1741 war in das österreichische Lager bei Neiße der sächsische Oberstleutnant der Ulanen, Mazani von Slavedin, entsandt worden. Er stammte aus Böhmen und hatte früher im kaiserlichen und im russischen Heere gestanden. Er rühmte sich, die Flucht Stanislaus Leszczynskis aus Danzig im Jahre 1734 nach den Weisungen des von Frankreich bestochenen Führers der russischen Belagerungsarmee, des Grafen Münnich, geleitet zu haben. Im Januar 1741 bot er dem preußischen Residenten von Ammon seine Dienste an; er wollte aus dem sächsischen Heere ausscheiden und nach Petersburg gehen, um den Grafen Münnich, der damals mit dem Grafen Ostermann zusammen die russische Politik leitete, für Preußen zu gewinnen. Da er aber für sich die Stelle eines preußischen Oberstleutnants der Kavallerie und 500 Dukaten forderte, wurde er von Friedrich abgewiesen[1]). Das im Sommer 1741 gestellte Ansinnen Ammons, ihm Mitteilungen aus dem österreichischen Hauptquartier zukommen zu lassen, lehnte Mazani ab. Durch ein Empfehlungsschreiben Brühls eingeführt[2]), wurde er von Neipperg gut aufgenommen, durfte ihm überallhin folgen und konnte daher manche wichtige Nachricht auffangen und nach Dresden gelangen lassen. Den Geheimschreiber Neippergs, den Kriegssekretär Groeller, bestach er durch das damals noch seltene Geschenk einer goldenen Taschenuhr, dafür gewährte jener Mazani Einblick in die Korrespondenz Neippergs mit dem Großherzog von Toskana. Die von Mazani ziemlich regelmäßig in Dresden einlaufenden Berichte hörten plötzlich mit einem Schreiben vom 18. September auf[3]); die folgenden wurden von den Österreichern abgefangen und von Neipperg nach Wien geschickt[4]). Im Laufe des Oktober verließ Mazani das österreichische Heer, kam nach Hubertusburg und übergab Brühl folgendes Schriftstück mit der Erklärung, er sei jederzeit bereit, die Wahrheit seines Inhalts zu beschwören.

---

[1]) Bericht Ammons, Dresden, 26. I. 1741.

[2]) Vgl. Zeitschrift d. Ver. f. Gesch. u. Altertum Schles., XIII (Breslau 1876), S. 270/1. — Mitteil. d. k. k. Kriegsarchivs, herg. v. d. Direktion d. k. k. Kriegsarchivs, N. F. II (Wien 1888), S. 215 u. 236.

[3]) Des Oberstleutnants Mazani von Slavedin mit dem Kabinetsminister Grafen von Brühl 1741 geführte militärische Correspondenz. Loc. 2882.

[4]) Unzer, S. 94.

„Aus dem Kgl. Ungarischen Feldlager zu Grassau. 1741 [1]).

„Den 9. Oktober früh um 7 Uhr ist der englische Minister nebst seinem Legationssekretario und Medico aus Neiße zum Generalfeldmarschall Grafen Neipperg gekommen und bis um 9 Uhr vormittags bei ihm verblieben. Nachher setzte sich der englische Minister nebst dem Feldmarschall, ich und der Buckoff [2]) mit seinem Adjutanten zu Pferde, um in das feindliche Lager nach Stanau zu reiten; wie wir an die ersten feindlichen Posten kamen, sagte der Feldmarschall von Neipperg, wir sollten hier bleiben. Hierauf ist der englische Minister und Graf Neipperg mit dem Prinzen Dietrich, welcher ihnen entgegengegangen war, in das feindliche Lager gegangen [3]). Eine Viertelstunde nach diesem schickte der Feldmarschall zu uns, mit dem Vermelden: Wir sollten nach Hause reiten und dem englischen Sekretario und Medico gut zu essen gebén, auch für ihn und den englischen Minister um 4 Uhr das Essen bestellen lassen, wie sie denn auch nachmittags um 5 Uhr aus dem feindlichen Lager nach Hause gekommen, und der Graf von Neipperg sogleich die Ordre nach Glatz erteilet, alle Fourage und Proviant von Johannisberg und Landeck nach Glatz zu führen, ingleichen den 10. hujus nichts Feindliches vorzunehmen; auch ist selbigen Tages in der Frühe die ganze Kavallerie und Infanterie gleich bei des Feindes Lager zu einer Generalfouragierung kommandiert worden.

„Den 11. ej. hat der Feind gleich wiederum eine Generalfouragierung kommandiert und ist nicht das geringste Feindselige vorgefallen, auch haben der General von der Kavallerie Graf (Franz Rudolf von) Hohenems, Generalleutnant Graf Breysing (Preysing, Feldmarschall-Leutnant) und mehrere Generale bei der Parole öffentlich gesprochen: „Nun ist der schöne Friede gemacht. Was wir mit drei Fürstentümern hätten ausrichten können, geben wir nunmehro neune, und wissen kein Wort, wie der Friede gemacht."

---

[1]) D. i. Greisau. Loc. 2880.

[2]) Ein Oberst Freiherr v. Buccow wird bei Arneth, Maria Theresia, II, S. 439 erwähnt. Es fehlt hier der Generalmajor v. Lentulus.

[3]) Die Darstellung weicht stark von der Grünhagens, Gesch. d. Ersten Schles. Krieges, II, S. 24, ab.

„Den 12. hujus ist auch etwas von der Garnison von Neiße ausmarschiert, der Rest davon soll aber mit der Artillerie den 20. dieses nachfolgen.

„Den 13. ist die Ordre gewesen, in der Frühe mit der Armee nach Mähren zu marschieren und die Repartition da zu machen, daß eine Hälfte der Armee nach Wien, die andere Hälfte aber nach Böhmen marschieren sollte.

„Den 12. ej. ist der Generalmajor Baroney mit zwei Regimentern Husaren nach Glatz nebst mir marschiert, worauf sie ihren Marsch nach Böhmen fortgesetzt[1]).

Hubertusburg, den 30. Oktober 1741.

Ignatius Mazani von Slavedin
Oberster Leutnant."

Neipperg hatte sich wohl gehütet, Mazani geradenwegs von seinen Verhandlungen mit Preußen Kenntnis zu geben, weil er Friedrich gegenüber durch sein Ehrenwort gebunden war; aus diesem Grunde hatte er wohl auch die nach Dresden gerichteten Briefe Mazanis zurückgehalten; es war aber dafür gesorgt worden, daß man in Dresden den wahren Sachverhalt erfuhr — freilich um einige Tage zu spät. Die Vorbereitungen zum Einmarsch in Böhmen waren nämlich Ende Oktober schon so weit gediehen, daß sie ohne einen offenen Bruch mit Sachsens neuen Verbündeten nicht länger hingezogen werden konnten. Brühl hatte am 26. Oktober Belleisle mitgeteilt, daß die sächsischen Truppen Anfang November die österreichische Grenze überschreiten würden.

---

Von dem Augenblick an, als die Nachrichten von ernsten Friedensverhandlungen Preußens mit Österreich nach Dresden kamen, verlor Belleisle die Waffe aus der Hand, der er bisher seine Erfolge bei den Sachsen verdankte: er konnte nicht mehr mit dem Einmarsch preußischer Truppen in Sachsen drohen. Da nun der Druck, der Brühl zum Abschluß des Frankfurter Partagetraktats gezwungen hatte, von ihm genommen war, so

[1]) Nach D. Österr. Erbfolgekrieg, II, S. 519 rückten schon am 10. die beiden Husarenregimenter Czaky und Pestvarmegyei unter dem Generalfeldwachtmeister Baron Baranyay durch die Grafschaft Glatz zum Korps des Fürsten Lobkowitz nach Böhmen ab.

hielt er jetzt mit dem Einmarsch der sächsischen Truppen in Böhmen zurück, um zu sehen, welchen Ausgang die Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich nehmen würden, und um Belleisle die Zugeständnisse abzudringen, die er bisher verweigert hatte. Welchen verhängnisvollen Einfluß Brühl dadurch auf den Verlauf des ganzen Krieges ausübte, werden wir im nächsten Kapitel sehen. Die Rückwirkung der Nachrichten aus Schlesien auf die politischen Verhandlungen erschütterte die Fundamente der mühsam zusammengeschweißten Koalition derart, daß sie wenige Monate später auseinanderfallen mußte.

Am 19. September war der Präliminarvertrag in Frankfurt unterzeichnet worden. Am nächsten Tage schloß Sachsen den im Partagetraktat vorgesehenen, völlig inhaltsleeren Garantievertrag mit Spanien ab. Mit Belleisle wurden die Verhandlungen über die Teilung der österreichischen Staaten von neuem wieder aufgenommen. Sachsen forderte ein Stück von Böhmen und die Loslösung der Neuerwerbungen aus dem deutschen Reichsverband; fortan ging die sächsische Politik, von König Georg unterstützt, darauf aus, Ostböhmen gegen Obermanhartsberg und Teile von Mähren einzutauschen und auf diesem Umwege die Verbindung mit Polen herzustellen. Saul und Schönberg wurden aber zunächst von Belleisle schroff zurückgewiesen und mußten am 2. Oktober die Ratifikation des Partagetraktats vollziehen. Die Urkunde, die Frankreichs Präliminarbeitritt und Garantie enthielt, unterzeichnete Belleisle am 17. Oktober.

Wie sehr sich Brühl trotz alledem seine Haltung durch die Nachrichten aus Schlesien vorschreiben ließ, zeigt der Umstand, daß der sächsische Gesandte v. Bünau am 26. September aus Wien abberufen wurde, daß aber der Befehl noch an demselben Tage aufgehoben wurde; am 12. Oktober wurde er erneuert, am 14. wieder rückgängig gemacht und erst am 19. endgültig ausgesprochen.

Kaum trat die Sorge um einen preußisch-österreichischen Sonderfrieden etwas mehr in den Hintergrund, da stellten sich neue, unvorhergesehene Schwierigkeiten infolge der Forderungen ein, von deren Erfüllung Friedrich seinen Beitritt zum Partagetraktat abhängig machte. Mit der Art der Teilung der öster-

reichischen Länder war er zufrieden[1]); aber sei es nun, daß er Sachsen für seine Haltung im Frühjahr strafen und ihm deutlich vor Augen führen wollte, daß Preußen und nicht Frankreich tatsächlich Herr seines Schicksals sei, sei es, daß er einen Grund suchte, um seinen Beitritt zu dem Bündnis in Rücksicht auf seine Verhandlungen mit Österreich möglichst lange verweigern zu können, oder daß er gemäß seinem Grundsatze Sachsens Beuteanteil, so weit wie er imstande war, schmälern wollte[2]): kurz, er forderte von dem den Sachsen zugewiesenen Oberschlesien einen eine deutsche Meile breiten Streifen am rechten Neißeufer[3]). Was Friedrich unter dieser Lisière verstand, ergaben die Grenzregulierungsverhandlungen im Frühjahr 1742. 11 Städte, 150 Dörfer und 11 Vorwerke wurden zu dem preußischen Schlesien hinzugeschlagen[4]). Den bayrischen Anteil kürzte Friedrich um die Grafschaft Glatz.

Brühl hatte nur auf einen Anlaß gewartet, in Frankfurt bei Belleisle Lärm schlagen zu können; er schien jetzt durch die Ablehnung der preußischen Forderung das ganze Teilungsgeschäft wieder in Frage stellen zu wollen[5]). Da mit Drohungen nichts mehr auszurichten war, und da die militärische Lage den Einmarsch der Sachsen in Böhmen dringend forderte, so mußte Belleisle sich dazu verstehen, mündlich und schließlich auch schriftlich für jenes an Preußen abzutretende Gebiet eine Entschädigung seitens des Kurfürsten von Bayern d. h. aus den ihm zugesprochenen Gebieten in Aussicht zu stellen[6]).

---

[1]) P. C., I, S. 349.

[2]) Friedrichs Begründung (P. C., I, S. 373), Zänkereien aus Anlaß der durch Überschwemmungen häufig eintretenden Uferveränderungen vorbeugen zu wollen, ist doch zu fadenscheinig. 1772 vergrößerte er seinen Gewinn aus der polnischen Teilung um das Überschwemmungsgebiet der Netze. Koser, König Fr. d. Gr., II, S. 474.

[3]) P. C., I, S. 353 u. 358.

[4]) Grünhagen, Schlesien unter Friedr. d. Gr. (Breslau, 1890) S. 190.

[5]) Weisung an Schönberg, Hubertusburg, 22. X. 1741. Loc. 2880.

[6]) Belleisle an Brühl, Frankfurt, 25. X. 1741. Loc. 2880. . . . . (Quant à la lisière) je me charge non seulement d'en rendre compte au Roi, mon maître, mais aussi d'en informer l'Électeur de Bavière et de faire ensorte qu'il dédommageât le Roi de Pologne convenablement de ce retranchement que fait le Roi de Prusse de ce mille d'Allemagne au delà de la

Um nun Sachsens aufrichtige neue Freundschaft recht deutlich von Preußens Treulosigkeit sich abheben zu lassen, stellte Brühl noch am 30. Oktober dem Marschall eine Abschrift des oben mitgeteilten Schriftstückes Mazanis zu und gab auch dem französischen Gesandten am Dresdner Hofe, Desalleurs, davon Kenntnis [1]). In seinem Begleitschreiben versicherte Brühl dem Marschall, daß die Sachsen gleichwohl ins Feld rücken würden, im Vertrauen auf Belleisles Versprechen, König August für die Neißelisière zu entschädigen. Sachsen verzichtete nun auf das von Friedrich in Anspruch genommene Gebiet, erklärte sich zur Abtretung von Obermanhartsberg und eines Teiles von Mähren an den Kurfürsten von Bayern bereit und forderte dafür von Böhmen den Leitmeritzer, Bunzlauer, Königgrätzer und zum Teil den Chrudimer Kreis [2]).

Wie zum Hohn unterzeichneten die preußischen Wahlgesandten in Frankfurt am 1. November den Präliminarvertrag, der Preußens Beitritt zum Frankfurter Partagetraktat enthielt. So verworren war die politische Lage, als die Sachsen ins Feld zogen. Preußen war seinen augenblicklichen Verbündeten und Österreich gegenüber Verpflichtungen eingegangen, die einander widersprachen: an welche es sich halten würde, war nicht abzusehen. Die letzten Zugeständnisse, die Belleisle den Sachsen hatte machen müssen, durchlöcherten tatsächlich den Frankfurter Partagetraktat. Voll Mißtrauen und Feindseligkeit blickten die Verbündeten aufeinander;

---

rivière de Neiss, Elle me rend justice à cet égard, et Elle doit être persuadée que je tiendrai parole dans la confiance où j'ai lieu d'être que l'Électeur voudra bien entrer dans mes engagements. — Ber. Schönbergs u. Sauls, Frankfurt, 27. X. 1741. Loc. 2880. — Belleisle macht von seinem Zugeständnis dem Kurfürsten v. Bayern eine etwas verblümte Mitteilung in seinem Brief, Frankfurt, 23. X. 1741 in Campagne de Mss. les Maréchaux de Broglie et de Belleisle en Bohême et en Bavière, II (Amsterdam, 1772), S. 182/3.

[1]) Brühl an Belleisle, Hubertusburg, 30. X. 1741. Loc. 2880. So erklärt sich die Notiz bei Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 352 u. bei Broglie, Frédéric II et Marie-Thérèse, II, S. 363: Desalleurs an Amelot, Dresden, 30. X. 1741. Demnach ist Unzer, S. 94 zu berichtigen.

[2]) Promemoria, Belleisle am 19. XI. 1741 überreicht. Loc. 2880. Neben den böhmischen Kreisen spielt Erfurt eine ganz untergeordnete Rolle. Vgl. Gutwasser, Kursachsen u. Erfurt im 18. Jahrhundert. Leipz. Diss. 1901, S. 44 ff.

ein jeder mißgönnte dem anderen seine Beute, noch ehe sie recht erobert war. Die politischen Gegensätze zwischen Frankreichs Verbündeten auszugleichen, war Belleisle mißlungen; sie veranlaßten das Scheitern des Feldzuges.

---

Drittes Kapitel.

## Der Herbstfeldzug an der Donau und in Böhmen.

Als am 19. September 1741 in Frankfurt der Partagetraktat unterzeichnet war, urteilte Friedrich: „Ich sehe bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in dem Beitritt Sachsens den entscheidenden Zug, der alles bestimmt“ [1]).

Nicht allein die 20000 Mann, die Sachsen ins Feld stellen konnte, gaben ihm diese Bedeutung, sondern seine geographische Lage und seine Freundschaft mit den großen Mächten, mit Österreich, Rußland und England-Hannover. Was eine Begünstigung Österreichs durch Sachsen bedeutete, hatte Friedrich im Frühjahr 1741 schmerzlich zu fühlen bekommen. Wenn auch die Beziehungen zwischen Dresden und Petersburg lange nicht so eng waren, wie allgemein geglaubt wurde, so steigerte doch dieser Irrtum das Ansehen, das Sachsen an den anderen Höfen genoß. Kurfürst August war zu gleicher Zeit König von Polen. Mehr als einmal fürchtete Friedrich im Sommer 1741 einen von August geduldeten oder veranlaßten Einfall polnischer Adelsbanden in Preußen; ihren alles vernichtenden Streifzügen wäre schwer zu begegnen gewesen [2]). Nur durch Polen hindurch konnte Rußland Feindseligkeiten gegen Preußen beginnen; seit der Niederlage der durch Frankreich auf Friedrichs Veranlassung zum Kriege gegen die Russen aufgestachelten Schweden bei Willmanstrand am 3. September 1741 war diese Gefahr wieder gestiegen [3]). Im Westen bildete Sachsen die Brücke zwischen Hannover und Böhmen. Die verbündeten Preußen, Franzosen und Bayern konnten solange nicht gemeinsam operieren, als sich

---

[1]) P. C., I, S. 348.
[2]) P. C., I, S. 199; 243; 253.
[3]) P. C., I, S. 348; 349; 363.

ihnen Sachsen nicht anschloß. Frankreich war wohl im stande, Hannover zur Neutralität zu zwingen, aber hinter Hannover stand England, und ihm folgte Holland; um diese Mächte von dem Eingreifen in den Krieg zu Gunsten Maria Theresias fernzuhalten, mußten starke französische Heerhaufen dauernd an der belgischen Grenze und in Westfalen stehen bleiben. Diese Truppen hätten bedeutend verstärkt werden müssen, wenn Sachsen auf Österreichs Seite geblieben wäre; die Sachsen hielten das preußische Korps des Fürsten von Anhalt den ganzen Sommer über in der Mark fest. Der Grund dafür, daß Friedrich den immer wieder erneuten Vermittelungsversuchen Englands Gehör schenkte, lag darin, daß die ihm mißgünstigen Mächte seinen Staat wie mit einer Kette umspannten. Ein Glied mußte aus ihr herausgebrochen werden.

Wenn nun Sachsen trotz seiner Beziehungen zu England-Hannover und Rußland der großen antipragmatischen Koalition beitrat, so durfte man hoffen, daß die Rücksicht auf ihren alten Bundesgenossen diese beiden Mächte von feindseligen Schritten gegen Sachsens neue Freunde fernhielt.

Aus diesen Gründen hatte sich Belleisle keine Mühe verdrießen lassen, um Sachsen auf Frankreichs Seite hinüberzuziehen. Sobald der Partagetraktat unterzeichnet war, wollte er die militärischen Folgerungen aus ihm ziehen.

Von Anfang an hatte Belleisle beabsichtigt, erst in Böhmen einzurücken und dann nach der Eroberung dieses Landes auf Wien loszugehen. Politische Gründe zeitigten in erster Linie diesen Entschluß: wurde Böhmen schnell besetzt, so konnte die Krönung Maria Theresias zur Königin von Böhmen verhindert und diese Würde Karl Albert von Bayern übertragen werden; dann stand ihm für die Kaiserwahl — und das war das Wichtigste für Frankreich — die böhmische Stimme zur Verfügung[1]). Den Vormarsch nach Böhmen empfahlen aber auch militärische Rücksichten. Durch ihn wurde Maria Theresia von ihren norddeutschen Freunden, Hannover und Sachsen, abgeschnitten; mit den Preußen konnte möglichst schnell Fühlung zur gemeinsamen Bekämpfung der Österreicher genommen werden[2]). Die Franzosen und Bayern

[1]) Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 130.

[2]) Vitzthum, Maurice Comte de Saxe, S. 377. Moritz an August, Paris 12. VII. 1741: L'on poussera une armée en Bavière, qui selon toutes

mußten ferner darauf Bedacht nehmen, weite und ergiebige Gebiete im Feindesland für die Winterquartiere zu besetzen, um in ihnen und dadurch auf fremde Kosten ihr Heer in der Zeit zu unterhalten, in der gewohnheitsmäßig die Operationen im Felde stillstanden. Zu diesem Zwecke eignete sich von allen österreichischen Kronländern Böhmen am besten.

Hätte Belleisle über die preußische Armee frei verfügen können, so wäre er wohl mit den Franzosen und Bayern längs der Donau auf Wien zu marschiert und hätte durch die Belagerung oder Erstürmung dieser Stadt dem Kriege gegen Österreich ein schnelles Ende bereitet. In einem Schreiben an den französischen Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, Amelot, äußerte er sich am 3. Juni in diesem Sinne, aber er betonte, die notwendige Vorbedingung dazu wäre, daß die Armee des Grafen Neipperg von den Preußen in Schlesien festgehalten oder bei einem Rückzug nach Niederösterreich tatkräftig verfolgt würde. Da man aber der Preußen nicht sicher sei, so fuhr er fort, und vor Ende September nicht in Aktion treten könne, so müsse auch aus Rücksicht auf die Winterquartiere nach der Besetzung Passaus und Oberösterreichs Böhmen das Operationsziel bleiben[1]).

Die Zweifel hinsichtlich Preußens hoben sich nun zwar für den Augenblick durch den Abschluß des französisch-preußischen Bündnisses vom 5. Juni 1741; allein auf Grund dieses Bündnisses drang Friedrich auf den Vormarsch nach Wien, um das Heer Neippergs aus Schlesien loszuwerden[2]). Gerade dieser Wunsch Friedrichs mußte aber Belleisle in seinem Vorsatz bestärken, sich nicht nach Wien, sondern nach Böhmen zu wenden.

Deshalb entschied er sich Mitte Juli endgültig dafür, ein Korps nach Bayern zu senden, das im Verein mit den Bayern Oberösterreich besetzen und die nötigen Vorkehrungen zu dem Vormarsch auf Prag treffen sollte. Unterdessen wollte er ein zweites Korps etwa Mitte Oktober in der Oberpfalz zusammenziehen, und dann sollten zu gleicher Zeit von Linz über Freistadt

---

apparences doit marcher droit en Bohême, afin de pouvoir être à portée de celle des Prussiens.

[1]) D. Österr. Erbfolgekrieg, IV (Wien, 1900), S, 67 ff.
[2]) P. C., I, S. 266/7 u. 270/1.

und Budweis und von Amberg über Waidhaus, Pilsen und Beraun die Truppen in Böhmen einbrechen. Die Besetzung Oberösterreichs, hoffte Belleisle, würde Maria Theresia bestimmen, alle verfügbaren Truppen aus Böhmen nach Wien zu berufen und dadurch den Verbündeten die Eroberung Prags zu erleichtern. Rückte dann etwa Neipperg nach Böhmen vor, so konnten die Frankobavaren und die Preußen zusammen ihn schlagen. Einer starken Truppenabteilung hinter der Enns fiel in der Zwischenzeit die Aufgabe zu, Oberösterreich und Bayern gegen einen Angriff von Wien her zu decken[1]).

Diesem Plane gemäß überrumpelten die Bayern am 31. Juli Passau, marschierten am 12. September in Oberösterreich ein und standen Ende September mit den Franzosen vereint an der Enns, der Grenze von Ober- und Niederösterreich.

Die politische Lage verschob sich nun stark durch Hannovers Neutralitätserklärung und den Abschluß des Partagetraktats. Eine Diversion zu Gunsten Maria Theresias von Norddeutschland her war nicht mehr zu fürchten; dagegen standen den Verbündeten 20 000 Sachsen zur Verfügung, und bei der Art, wie Sachsen zum Beitritt zu dem Frankfurter Bündnis gezwungen war, kam es darauf an, den Gegensatz zwischen Sachsen und Österreich durch blutige Gefechte und Schlachten unüberbrückbar zu machen. Das sächsische Heer war seit dem April mobil. Als der Bruder des Marschalls, der Chevalier Belleisle, Saul fragte, wann sich die sächsische Armee in Bewegung setzen könnte, erwiderte dieser wahrheitsgemäß, aber unklug: „In zehn Tagen“[2]). Es galt also, sich schnell über die Verwendung der Truppen zu verständigen. Sachsen bezog aber nicht wie Bayern Subsidien und Hilfstruppen von Frankreich, so brauchte es sich nicht von Belleisle ohne weiteres seine Maßnahmen vorschreiben zu lassen, besonders seitdem die Nachrichten aus Schlesien die Teilnahme Preußens an dem weiteren Verlaufe des Krieges zweifelhaft erscheinen ließen.

Die Lage auf dem Kriegsschauplatz war nun folgende. Zur Verteidigung ihrer Staaten verfügte Maria Theresia über 8000 Mann in Wien, zum großen Teil Irreguläre und bewaffnete Bürger[3]),

[1]) D. Österr. Erbfolgekrieg, IV, S. 87 ff.
[2]) Bericht Sauls, Frankfurt, 28. IX. 1741. Loc. 2880.
[3]) D. Österr. Erbfolgekrieg, IV, S. 136.

3000 Mann, zur Hälfte Irreguläre, unter dem Feldmarschall-Leutnant Grafen Karl Palffy in Oberösterreich[1]), und 7000 Mann, zum Teil Milizen, bewaffnete Bürger und Studenten, unter dem Fürsten Lobkowitz in Böhmen zum Schutz von Prag und Eger[2]). Die österreichischen Regimenter in Italien[3]), die bewaffnete Landbevölkerung und einige Truppen in den Alpenländern, das Aufgebot der Ungarn kamen vorderhand nicht in Betracht. Einer Eroberung der österreichischen Länder konnte allein durch die in Schlesien stehende Feldarmee Neippergs Schwierigkeiten bereitet werden. Zwei Ziele hatte also bisher Belleisle im Auge zu behalten: wegen der Winterquartiere die Besetzung Böhmens, die mit der Einnahme der Hauptstadt Prag wohl entschieden war, und da ihn Neipperg dabei wahrscheinlich zu behindern versuchen würde, die Bekämpfung und Zurückdrängung des österreichischen Heeres.

Am nächsten hätte es nun gelegen, die Sachsen gegen Prag zu verwenden, und dieser Gedanke war so natürlich, daß er von Belleisle immer wieder vorgebracht wurde; Brühl ging aber nicht auf ihn ein[4]); er wollte die sächsischen Truppen nur zur Eroberung der Länder verwandt wissen, die im Partagetraktat Sachsen zugewiesen waren, in erster Linie also Mährens. Auch Karl Albert sah es lieber, wenn seine künftige Hauptstadt von seinen eigenen oder wenigstens von seinen Hilfstruppen genommen würde.

Demgemäß änderte Belleisle seinen Feldzugsplan und bestimmte die sich in der Oberpfalz sammelnde französisch-bayrische Armee für die Eroberung Böhmens und Prags; von der Donauarmee und dem durch Bayern heranziehenden französischen Reservekorps des Generalleutnants Grafen Polastron sollte eine Abteilung von etwa 10 000 Mann mit einem großen Transportzuge von Artillerie, Munition und Lebensmitteln über Linz und Budweis zur oberpfälzischen Armee stoßen, während die Sachsen durch das östliche Böhmen nach Mähren vordringen und die Preußen sich an ihren

---

[1]) D. Österr. Erbfolgekrieg, IV, S. 140.

[2]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 134 ff.

[3]) D. Österr. Erbfolgekrieg, IV, S. 132.

[4]) Der französische Gesandte in Dresden, Desalleurs, versuchte in dieser Angelegenheit sein Glück bei Guarini durch ein Schreiben, dat. Dresden, 23. X. 1741. Brühls (!) Antwort, Dresden, 26. X. 1741, überging die Sache völlig. Loc. 454.

linken Flügel anschließen sollten. Die Aufgabe dieser Streitkräfte war, Neipperg zurückzudrängen, falls er nach Böhmen vorstoßen würde. Die bayrisch-französische Donauarmee unter dem Kurfürsten Karl Albert sollte zunächst durch eine Bedrohung Wiens die österreichische Regierung bestimmen, ihre Streitkräfte, vor allem Neippergs Heer, nach Niederösterreich zu ziehen; später sollte die Donauarmee zusammen mit den durch Mähren vorrückenden Sachsen und Preußen die um Wien konzentrierten Österreicher angreifen. Im günstigsten Falle konnten die Preußen bei Preßburg über die Donau gehen und die Verbindung zwischen Wien und Ungarn unterbrechen[1]).

Die Voraussetzung dieses Kriegsplans bildete der Verzicht auf den von Friedrich vertretenen Gedanken, das rechts der Donau gelegene Wien möglichst bald durch die Armee des Kurfürsten einschließen zu lassen. Als Sachsen auf die Seite der Verbündeten trat, rechnete Belleisle für einen Augenblick mit der Möglichkeit

[1]) Das Beweismaterial s. w. u. Ber. Schönbergs und Sauls, Frankfurt, 2. X., in Leipzig, 5. X. 1741. Loc. 2880 . . . Hier matin Belleisle répéta encore combien il étoit nécessaire, que les troupes de Votre Majesté se missent en marche sans delai pour entrer de Pirna en Bohême . . . Le Maréchal ajouta à cela, qu'il m'informoit préalablement qu'un corps de troupes françoises de 15 000 hommes seroit actuellement déjà entré dans le dit royaume du côté de Pilsen, qu'un autre d'environ 10 000 hommes y viendroit du côté de Linz ainsique ces trois corps, y compris celui de V. M., seroient bien en état, en cas que le Comte de Neupperg voulût faire de résistance, de lui livrer bataille, si cela ne se faisoit en attendant en Silésie avec les troupes prussiennes. Il me dit enfin, qu'en cas qu'il dût voir que la nécessité exigeât la jonction des dits corps, il iroit lui-même se mettre à leur tête; et me donna à connoître, qu'un corps de leurs troupes seroit laissé devant Prague, pour faire le siège, et que si l'on devoit manquer d'artillerie suffisante pour en venir à bout, on requérroit V. M. d'y suppléer. — Belleisle an Brühl, Frankfurt, 2. X. 1741: Je dois représenter à V. E. que ce qu'il y a aujourd'hui de plus pressé pour le bien des affaires du Roi de Pologne et de la Cause Commune est que ses troupes puissent incessament se mettre en marche pour se rendre en Moravie. — Ber. Schönbergs u. Sauls, Frankfurt, 5. X. 1741. Loc. 2880 . . . En gros il (Belleisle) nous montra sur la carte que son plan étoit, que les troupes bavaroises et françoises prendroient leurs quartiers d'hiver en deçà du Danube en Autriche en s'étendant jusques vers Vienne, s'ils ne se rendoient en attendant les maîtres; que le Roi de Prusse seroit vis-à-vis en delà de ce fleuve en Autriche, pendant que les troupes de V. M. pourroient d'abord prendre leurs quartiers dans les pays, qui lui doivent revenir.

einer Belagerung Wiens durch den bayrischen Kurfürsten[1]); aber schnell kehrte er zu seiner ursprünglichen Absicht zurück, vermutlich bestimmt durch die Nachrichten aus Schlesien und ihre Wirkung auf die Sachsen. Um die Ausführung seines Feldzugsplans zu ermöglichen, mußte die Donauarmee auf das linke Ufer des Stromes hinübergehen; eine Aufgabe, die für jene Tage an sich nicht leicht war, und die möglichst bald erledigt werden mußte, damit die im Herbst eintretenden Regengüsse und die dann von den Alpenflüssen herangeführten Wassermassen sie nicht unlösbar machten. Wollte nun die Donauarmee den Fluß überschreiten, so konnte sie es gemäß der Beschaffenheit der Ufer und Straßen nur an zwei Stellen tun, bei Mautern-Krems in Niederösterreich und bei Linz oder Mauthausen in Oberösterreich[2]). Faßte die Armee bei Krems auf dem nördlichen Ufer Fuß, so bedrohte sie Wien in hohem Maße und fand zugleich den nötigen Lebensunterhalt. Von Krems erstreckt sich an der Donau abwärts das breite wohlkultivierte Tullnerfeld. Während das linke Donauufer bis Krems und dem Manhartsberge ein 6—800 Meter hohes, stark koupiertes, bewaldetes, wenig ertragreiches und straßenarmes Bergland bildet, war schon damals das zwischen der Donau und Mähren gelegene Hügelland östlich des Manhartsberges gut angebaut und leicht gangbar[3]). Von Krems aus konnte die von Wien über Iglau nach dem Inneren Böhmens führende, von Karl VI. angelegte und nach ihm benannte Kaiserstraße mühelos beherrscht werden; sie besaß einen festen Unterbau und zum Teil sogar steinerne Brücken und wurde dadurch zu einer der wichtigsten Verkehrsadern nach dem Norden.

Allein die Stellung bei Krems war nur zu behaupten, wenn wirklich die Sachsen und Preußen schnell in Mähren einrückten. Ungleich gesicherter war die Donauarmee — ein Gesichtspunkt,

[1]) Saul an Brühl, Frankfurt, 22. IX. 1741. Loc. 2880. L'Électeur de Bavière ayant déjà passé Linz avec l'armée doit avancer à grands pas vers Vienne, pour en faire le siège qui ne doit pas être de longue durée selon la description que le Maréchal m'en a faite, en me montrant le plan de l'attaque. Le Roi de Prusse y fournit la grosse artillerie. — Daher ist der Vorwurf in D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 147 Anm., Belleisles Briefe an den Kurfürsten seien Meisterwerke der Doppelzüngigkeit, unberechtigt. Der Einfluß Sachsens auf den Donaufeldzug ist bisher nicht beachtet worden.

[2]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 1, S. 193.

[3]) D. Österr. Erbfolgekrieg, I, S. 770 u. 772.

der damals wegen des hohen fast unersetzbaren Wertes eines ausgebildeten Heeres eine große Rolle spielte — wenn sie von Oberösterreich auf einer ebenfalls von Karl VI. herrührenden Kaiserstraße nach dem in der Südecke Böhmens gelegenen Hochplateau vordrang und eine Stellung an der Moldau und Luschnitz, auf die Städte Tabor, Neuhaus und Budweis gestützt, einnahm. Dann beherrschte sie die Straße von Oberösterreich nach Prag; sie konnte die oberpfälzische Armee bei ihrem Vorgehen auf Prag unterstützen und von Neuhaus über Iglau den nach Mähren vorstoßenden Truppen der Verbündeten die Hand reichen.

Beide Stellungen kamen im Verlaufe des Feldzuges in Betracht, zunächst entschied sich Belleisle dahin, bei Krems die Donauarmee über den Fluß gehen zu lassen.

Belleisles Operationsplan verwarfen jedoch die Sachsen und schickten dem Marschall einen neuen Entwurf nach Frankfurt, in dem sie ausführten, daß von einem Vormarsch ihrer Truppen nach Mähren keine Rede sein könne. In den schwärzesten Farben wurden die unheilvollen Wirkungen einer derartigen Unternehmung geschildert: Neipperg würde von Schlesien aus und Lobkowitz von Prag her die Sachsen in die Mitte nehmen und ihnen die Verbindung mit der Heimat abschneiden; von den ungarischen Reiterscharen fortwährend umschwärmt, durch Krankheiten infolge der ungünstigen Jahreszeit heimgesucht, ohne Unterstützung seitens der Verbündeten, ohne Nachschub infolge der weiten Entfernung von Sachsen, wären die Truppen außer stande, ganz Mähren zu besetzen und zugleich — was doch notwendigerweise geschehen müßte — Städte wie Olmütz und Brünn zu belagern. In kurzer Zeit dürfte unter solchen Umständen das sächsische Korps vernichtet sein.

Daher schlug man nicht aus Mangel an militärischer Einsicht, sondern aus politischen Gründen einen anderen Plan vor. Die Sachsen wollten das Land zwischen Schlesien, der Elbe und der Lausitz besetzen und dort warten, bis sich die Bayern und Franzosen der übrigen Teile Böhmens bemächtigt hätten; dann sollten die vereinten Heere der Verbündeten nach Mähren vorrücken [1]).

[1]) Plan d'une prochaine opération qu'on propose pour les troupes du Roi de Pologne, pour agir de concert avec les alliés, vom Ende September 1741, mit Gegenbemerkungen Belleisles versehen. Loc. 2880. Vgl. auch

Die Sachsen wollten sich also in den Teilen Böhmens, über deren Abtretung sie gerade verhandelten, häuslich einrichten. Um so mehr war Belleisle bemüht, aus Rücksicht auf die Eifersucht Preußens und Bayerns, die Sachsen zum Vormarsch nach Mähren zu bestimmen, und deshalb suchte er den Sachsen seinen Feldzugsplan recht schmackhaft zu machen. Von den unter Lobkowitz in Böhmen stehenden Österreichern hätten sie nichts zu fürchten, so führte er Ende September aus; der größte Teil würde zur Verteidigung von Prag und Eger zurückbleiben, mit dem Rest werde sich Lobkowitz wahrscheinlich, sobald die Verbündeten in Böhmen einrückten, zurückziehen. Neipperg verfüge bei Neiße über etwa 15000 Reiter[1]), 10—12000 Mann Infanterie und 3—4000 Irreguläre; ihm stehe Friedrich mit 15000 Reitern und 30000 Mann Infanterie gegenüber. Ginge nun Neipperg über Glatz nach Böhmen vor, so würde Friedrich ein Drittel seiner Infanterie zur Belagerung von Neiße zurücklassen, mit seinen anderen Truppen aber den Österreichern folgen: dann befände sich Neipperg zwischen den verbündeten Heeren eingeschlossen. In diesem Falle nämlich möge das sächsische Korps hinter der Elbe oder Iser die Ankunft der durch Böhmen herbeieilenden oberpfälzischen Armee erwarten. Beide Heere müßten vereint Neipperg angreifen, dem sie an Kavallerie gewachsen, an Infanterie überlegen wären. An seine Fersen hätten sich die Preußen zu heften; so wäre Neipperg unter allen Umständen verloren. Was von seinen Truppen entkäme, fiele dem Kurfürsten von Bayern in die Hände. Dessen Heer stünde gegenwärtig an der Ybbs[2]), würde bei Krems über die Donau gehen, also mit 35 Bataillonen und 80 Schwadronen im entscheidenden Augenblick an der Südgrenze von Mähren stehen und unterdessen den für die später erfolgende Belagerung Wiens nötigen Artilleriepark erwarten.

Die Übermacht der Verbündeten mache es glaubhaft, fuhr

---

Beauveau an Breteuil, Linz, 22. IX. 1741 in Campagne de Mss. les Maréchaux de Broglie et de Belleisle en Bohême et en Bavière, II (Amsterdam, 1772), S. 69/70.

[1]) In Wahrheit nur 8000 Reiter nach D. Österr. Erbfolgekrieg, III, S. 164.

[2]) Tatsächlich stand die Donauarmee Ende September noch im Lager an der Enns.

Belleisle fort, daß sich Neipperg anstatt nach Böhmen gleich nach Mähren wenden werde. Ihm könnten dann die Sachsen zunächst bis an die böhmisch-mährische Grenze folgen; dort würden sie durch eine genügend große Anzahl von Bayern und Franzosen verstärkt werden, um im Verein mit den Preußen imstande zu sein, Neipperg aus Mähren zu verjagen. Das Wahrscheinlichste daher sei, daß Neipperg bis Wien zurückgehen werde[1]). Dann vielleicht — aber erst dann — könnte der Kurfürst von Bayern zur Belagerung dieser Stadt schreiten. Bis dahin werde er jedenfalls alle dort zur Verfügung Maria Theresias stehenden Streitkräfte, also die Besatzung Wiens, die Truppen Palffys, die Regimenter, die Lobkowitz aus Böhmen zurückziehen würde, und die militärisch wenig ins Gewicht fallenden Ungarn beschäftigen. Von seiner Belagerungsartillerie könnte er den Sachsen so viel abgeben, als sie zur Einnahme der festen Plätze in Mähren nötig hätten, wie die Sachsen ihrerseits ihr schweres Geschütz für eine eventuelle Belagerung Prags der oberpfälzischen Armee zur Verfügung stellen müßten. Um alle Einzelheiten zu regeln, möge Sachsen einen höheren Offizier nach Frankfurt schicken.

Zu diesem Zweck verließ am 4. Oktober Generalleutnant Baron v. Renard Dresden. Ihm gegenüber erschöpfte Belleisle seine Beredsamkeit, um ihn für seinen Feldzugsplan zu gewinnen, er beredete mit ihm alle Möglichkeiten, auch eine gemeinsame Erstürmung Prags; nachher sollten die Frankobavaren und die Sachsen vereint nach Mähren vordringen. Belleisle versprach auch, die Unkosten für den Transport der schweren sächsischen Artillerie bis Prag auf Frankreichs Rechnung zu übernehmen und das Geld nicht zu schonen; er wollte sich selbst an die Spitze der oberpfälzischen Armee setzen und sein Ansehen und seinen Eifer im Interesse Augusts verwenden. In einem Brief an Brühl wiederholte der Marschall seine Beteuerungen[2]), denn seit Anfang Oktober wußte er, daß auf die Mitwirkung der Preußen nicht mehr mit Sicherheit zu rechnen war[3]).

---

[1]) Wie richtig Belleisle urteilte, s. D. Österr. Erbfolgekrieg, III, S. 165.

[2]) Belleisle an Brühl, Frankfurt, 9. X. 1741. Loc. 2880.

[3]) Belleisle an d. Kurf. v. Bayern, 1. u. 4. X. 1741 in D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 186.

Alle Versuche, den Kriegseifer der Sachsen anzufachen, fruchteten nichts infolge der aus Schlesien einlaufenden Nachrichten von den Verhandlungen Friedrichs mit Österreich. Brühl verlangte die Abzweigung eines in der Hauptsache aus Kavallerie bestehenden französischen Hilfskorps von der oberpfälzischen Armee, das an Stelle der Preußen mit den Sachsen nach Mähren vorrücken sollte[1]). Die Forderung war, wie Belleisle in einer Konferenz mit Renard, Saul und Schönberg am Abend des 11. Oktober ausführte, wegen der großen Entfernung und der vorgeschrittenen Jahreszeit unerfüllbar; auch konnte Belleisle den Preußen doch nicht das Betreten von Mähren untersagen[2]). Um sich nun den Sachsen willfährig zu erweisen, bestimmte er, daß, nachdem das Gros der Donauarmee bei Krems den Fluß überschritten hätte, der französische Generalleutnant und Befehlshaber der ersten Kavalleriedivision, Graf Moritz von Sachsen, der später so berühmte Marschall von Sachsen, mit einem Teil der Donauarmee[3]) den nach Mähren vorrückenden Sachsen entgegengehen sollte. Durch die verwandtschaftlichen Beziehungen Moritz' zu seinen Halbbrüdern, den Führern des sächsischen Heeres, hoffte Belleisle auf den weiteren Verlauf der Operationen dieser Truppen einen ausschlaggebenden Einfluß zu gewinnen[4]).

Trotz aller Zugeständnisse konnte Belleisle gleichwohl keine endgültige Zusage vom Dresdner Hofe erlangen, an welchem

---

[1]) Weisung an Schönberg, Hubertusburg, 8. X. 1741. Loc. 2880.

[2]) Ber. Schönbergs u. Sauls, Frankfurt, 12. X. 1741. Loc. 2880.

[3]) Belleisle schreibt an Brühl: J'ai eu l'honneur d'écrire à l'Électeur de Bavière de détacher le Comte de Saxe avec une partie de l'aile droite et de notre cavallerie pour être à portée de se joindre à l'armée saxonne. Saul spricht von 20 Bataillonen und 32 Schwadronen, Moritz dagegen nur von 22 Schwadronen (s. w. u.).

[4]) Belleisle an Friedrich, Frankfurt, 15. X. 1741 bei Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 373. — Belleisle an Karl Albert, Frankf., 23. X. 1741 in Campagne, II, S. 189/90. — Belleisle an Brühl, 25. X. 1741. Loc. 2880. Ein Stück dieses Briefes hat Vitzthum, Maurice Comte d Saxe, S. 414/5 willkürlich in einen ganz falschen Zusammenhang eingereiht. — Ber. Sauls, Frankf., 19. X. 1741. Loc. 2880. Mr. le Maréchal de Belleisle m'a dit que pour rassembler les trois frères (Moritz, Rutowski, Ritter v. Sachsen) il avoit commandé le susdit Comte de Saxe avec 20 bataillons et 32 escadrons du côté d'Iglau, pour être à portée de se joindre en cas de besoin avec les troupes du Roi, lorsqu'elles seroient arrivées à Chrudim.

Tage die sächsischen Truppen die böhmische Grenze überschreiten und ob sie nach Mähren vorrücken würden. Brühl erklärte, mit dem Einmarsch warten zu wollen, bis von der Oberpfalz und der Donau her Heeresabteilungen so weit in Böhmen vorgedrungen wären, daß sie von Prag nicht entfernter wären, als die hinter der sächsischen Grenze stehenden Truppen[1]).

---

Die weitere Entwicklung der Dinge hing davon ab, ob Belleisle im stande sein würde, von Frankfurt aus, wo er durch die diplomatischen Verhandlungen festgehalten wurde, die Donauarmee zur Einhaltung seines Feldzugsplans zu bestimmen.

Von dem Abhängigkeitsverhältnis dieser Armee von Belleisle hat man sich bisher eine irrige Vorstellung gemacht. Belleisle führte zwar den Oberbefehl über die französischen Truppen, an seiner Statt kommandierte aber, solange er nicht im Felde erschien, der dienstälteste französische Generalleutnant, Marquis de Leuville; beiden war der Kurfürst von Bayern vorgesetzt. Ein Mittel, dem Kurfürsten seinen Willen aufzuzwingen, besaß Belleisle nicht. Nach dem Brauche der Zeit entschied über die Bewegungen der Armee die Majorität der zum Kriegsrat versammelten französischen und bayrischen Generale. Nun vermochte wohl Belleisle durch seine Briefe auf den Kurfürsten und die Franzosen einen sehr bedeutenden Einfluß auszuüben, aber einmal dauerte es ungefähr eine Woche, ehe auf einen Bericht aus dem Lager der Eilbote mit der Antwort aus Frankfurt zurückgekehrt war, unterdessen konnte sich die militärische Lage so sehr verschoben haben, daß Belleisles Bescheid nicht mehr ausführbar war, und dann fehlte es auch unter den französischen Generalen nicht an Leuten, die nach ihrem eigenen Kopfe stimmten und handelten.

Im September war die Donauarmee in Oberösterreich eingerückt. Da nun die Bayern im Laufe des Sommers nicht genügende Mengen von Lebensmitteln angesammelt hatten, sahen sich die Truppen für ihren Unterhalt zum guten Teil auf Requisitionen angewiesen. Als um Linz herum die vorhandenen Vorräte erschöpft waren, rückte die Armee mit Zustimmung Belleisles Ende September

---

[1]) Weis. an Christian Loss, Hubertusburg, 20. X. 1741. Loc. 2639. Weis. an Schönberg, 22. X. 1741. Loc. 2880.

bis an die Enns vor und am Anfang des nächsten Monats bis an die Ybbs. Naturgemäß beschäftigte der von Friedrich und seinen bei der Donauarmee weilenden Vertretern, dem Feldmarschall Freiherrn von Schmettau und dem Gesandten Geheimen Kriegsrat von Klinggräffen, immer wieder empfohlene Gedanke, durch die Einnahme Wiens den Feldzug schnell zu beendigen, unausgesetzt die leitenden Stellen.

Der Führer der Donauarmee, Karl Albert, wußte nicht, was er tun oder lassen sollte; bald begeisterte er sich für die Eroberung Wiens, bald für den Vormarsch auf Prag; nur die von Belleisle ihm bestimmte, bescheidene Rolle, durch eine Bedrohung Wiens den Abmarsch der Österreicher aus Böhmen zu veranlassen und die Sachsen bei ihrem Vordringen nach Mähren zu unterstützen, wollte ihm durchaus nicht zusagen. So konnte der in seinem Lager weilende sächsische Gesandte Christian von Loss mit jeder Post nach Hause melden, daß der das letzte Mal gefaßte Entschluß umgestoßen sei und daß nun das Gegenteil beabsichtigt werde.

Am 5. Oktober teilte ihm Schmettau triumphierend mit, daß er am 20. den Stephansturm sehen werde, die Eroberung Wiens sei beschlossene Sache[1]). Allein Karl Albert änderte seine Absicht wieder; er scheint sich dem Feldzugsplan Belleisles in der Hauptsache angepaßt zu haben; jedenfalls schrieb er dem Marschall unter dem 8. und 9. Oktober, daß das Gros der Donauarmee Wien nur bedrohen und die österreichischen Streitkräfte im Schach halten werde, bis die Sachsen ihm von Mähren aus die Hand reichen würden. Nur mit dem größten Teile seiner Bayern und einigen französischen Kavallerieregimentern wolle er zu der oberpfälzischen Armee stoßen, Böhmen und Prag erobern helfen und dann zu den vor Wien stehenden Truppen zurückkehren. Darauf könnten die Verbündeten im Kreis um diese Stadt herum ihre Winterquartiere beziehen[2]).

---

[1]) Bericht Loss', Linz, 5. X. 1741. Loc. 2639.

[2]) Karl Albert an Belleisle, Ybbs, 8. u. 9. X. 1741 in D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 186. u. in D. Österr. Erbfolgekrieg, IV, S. 150. — Mortagne an Breteuil, au Camp d'Ips, 11. X. 1741 in Campagne, II, S. 81. „Ein endgültiges Aufgeben" des Gedankens an die Eroberung Wiens hat hier noch nicht stattgefunden, wie D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 186 wollen; s. w. u.

Am nächsten Tage jedoch lauteten Karl Alberts Pläne wieder anders; er wollte mit allen Truppen hinter die Enns zurückgehen und über Linz nach Budweis vorrücken, um von dort aus zusammen mit den Sachsen die Österreicher aus Böhmen und Mähren zu verjagen[1]). Dieser plötzliche Meinungswechsel war wahrscheinlich durch das an diesem Tage zum ersten Male im Lager auftauchende Gerücht verursacht, daß Friedrich seine Truppen in die Winterquartiere führe[2]).

Um sich über Karl Alberts Absichten Klarheit zu verschaffen, wandte sich Brühl an den Grafen Moritz von Sachsen. Am 12. Oktober hatte dieser eine Unterredung mit dem Kurfürsten. Karl Albert setzte ihm auseinander, daß er nun doch bis Krems vorgehen wolle; er hoffe dort am 16. Oktober anzulangen, dann solle ein Teil seiner Truppen über die Donau nach Böhmen zur Eroberung Prags abrücken. Graf Moritz war in die politischen Verhandlungen nicht eingeweiht und betrachtete die Kriegslage nur vom militärischen Standpunkt aus. Deshalb wies er den Kurfürsten auf die Schwierigkeiten hin, die auf einem Marsche von Krems nach Prag zu überwinden wären, besonders da es an Magazinen fehle, aus denen unterdessen die Truppen verpflegt werden könnten. Viel zweckmäßiger würde Karl Albert handeln, wenn er seine schwere Artillerie von Ulm die Donau herabkommen ließe und die Belagerung Wiens vornähme. Die Sachsen und ein Teil der Preußen könnten inzwischen Prag erobern. Gerade diese Aussicht aber schien wenig nach dem Geschmack des Kurfürsten zu sein; er fürchtete, daß die Sachsen durch ihre Beteiligung an der Einnahme Prags ihre Nebenabsichten verwirklichen könnten: Loss verhandelte in jenen Tagen mit ihm über die Abtretung des Leitmeritzer Kreises und anderer Bayern zugewiesener Gebiete.

Am folgenden Tage fand ein Kriegsrat statt, um ein Mittel zu finden, dem sich wieder empfindlich bemerkbar machenden Mangel an Lebensmitteln abzuhelfen. Niemand wußte so recht,

[1]) Campagne, II, S. 93 nach Koser, Zur Gesch. d. Beziehungen zwischen Preußen u. Frankreich 1741 u. 1742 in d. Zeitschr. f. pr. Gesch. u. Landeskunde, 17. Bd. (Berlin, 1880), S. 547. Vgl. diesen Aufsatz als Widerlegung von Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 205/6.

[2]) Bericht Loss', Ybbs, 10. X. 1741. Loc. 2639.

was geschehen sollte; ein jeder fühlte aber, daß es in dem alten Schlendrian nicht weitergehen durfte. Die bayrischen Generale entschuldigten die bisherige Untätigkeit mit dem Hinweis darauf, daß so lange nichts Ernsthaftes unternommen werden könne, als die Sachsen nicht in Mähren einmarschierten. Der französische Gesandte Beauveau und der Brigadier Mortagne rieten, hinter die Enns zurückzugehen. Da ergriff Moritz das Wort und setzte auseinander, daß es aus Rücksicht auf die Verpflegung unmöglich sei, an der Ybbs stehen zu bleiben; an den Rückzug zu denken, wäre lächerlich; man möge also bis Krems und St. Pölten vorgehen, um dadurch dem Feinde die Möglichkeit zu rauben, die Einkünfte dieses Gebietes für den Unterhalt seiner Truppen zu verwenden. Schmettau äußerte sich in demselben Sinne, und die Majorität des Kriegsrates stimmte ihnen zu[1]). Auf Grund des Beschlusses ging die Armee zunächst bis Melk und Mautern vor.

Gewonnen war mit dieser Maßregel nichts. Der Kurfürst wollte jetzt bei Krems die Donau überschreiten, um sich dann mit dem Gros des Heeres gegen Prag zu wenden[2]).

Über die unglaublichen Zustände bei der Donauarmee schüttete Graf Moritz in einem Briefe an seinen Freund, den berühmten

[1]) S. Anhang II. — Ber. Loss', Ybbs, 13. X., in Hubertusburg 19. X. 1741. Loc. 2639. Il y a eu aujourd'hui un grand conseil de guerre, qui a duré depuis neuf heures du matin jusques à midi et dont le résultat a été qu'on laisse les choses indécises, si j'en excepte, que l'on ira d'ici à Mölk, de Mölk à St. Pölten et de St. Pölten à Krems et que l'on fouragera devant soi autant que l'on pourra. Dans le conseil de guerre on s'est fort excusé de la part de la cour de Bavière envers la généralité françoise de l'inaction, où l'on est resté jusques ici sur ce que les troupes du Roi, notre maître, n'étoient pas encore en mouvement, pour entrer en Bohême ou dans la Moravie. Ber. Loss', Ybbs, 15. X. 1741. Loc. 2639. Le Ministre de France Beauveau conjointement avec le Brigadier Mortagne ont été le plus pour le retour de l'armée. Comme ils n'agissent que selon les intentions et instructions du Maréchal de Belleisle, l'on croit que celui-ci craignant que plus on avanceroit, plus le goût de faire encore le siège de Vienne augmenteroit, avoit donné des ordres à ces deux, que je viens de nommer, de tâcher de l'empêcher, puisque dit-on en cas qu'on en dût venir tôt ou tard au siège ce qui cependant n'arrivera pas apparemment cette année-ci, il veut avoir la gloire de commander ce siège et de prendre cette place.

[2]) Karl Albert an Belleisle, Ybbs, 15. X. 1741 in D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 187/8 u. D. Österr. Erbfolgekrieg, IV, S. 151. — Beauveau an Belleisle, au Camp d'Ips, 15. X. 1741 in Campagne, II, S. 122.

Militärschriftsteller Chevalier de Folard, sein Herz aus[1]). Karl Albert wolle, so schrieb er, nach Prag, um sich dort krönen zu lassen. Dieser Marsch sei unter den gegebenen Verhältnissen ein Unding; denn durch ihn würden die Österreicher Zeit gewinnen, sich zu erholen, Wien zu befestigen und ein neues Heer zu sammeln, dessen Vernichtung einen zweiten Feldzug erfordern dürfte.

Tatsächlich verlor der Kurfürst durch den täglichen Wechsel in seinen Plänen die Leitung der Armee aus der Hand. Zufälligkeiten und die Intriguen der Generale gaben den Ausschlag, und so geschah es, daß für einen Augenblick die Aktionspartei wieder die Oberhand gewann. Am 19. Oktober wurde im Kloster Melk ein Handstreich auf Wien beschlossen[2]).

Der mit dem Oberkommando in Wien betraute Feldmarschall Graf Khevenhüller hatte wegen der geringen Streitkräfte, die ihm zum Schutz der 175 000 Einwohner zählenden Stadt zur Verfügung standen, beschlossen, sich auf die Verteidigung der inneren Stadt zu beschränken; deshalb ließ er einen Teil der Linien, welche die ausgedehnten Vorstädte umgaben, niederreißen[3]). Diesen Umstand gedachte man auszunutzen. Ratschläge Schmettaus scheinen hier nachgewirkt zu haben[4]).

Die Leitung des Unternehmens wurde dem Grafen Moritz übertragen. Er erhielt 16 Kavallerieschwadronen, 12 Dragonerschwadronen, 300 Husaren, 6 Bataillone Infanterie, 18 Grenadierkompanien, 7 Freikompanien und noch einige kleinere Infanterieabteilungen und 4 Geschütze. An Khevenhüller verfaßte Moritz einen Brief, in dem er ihm mitteilte, er sei beauftragt, von den Vorstädten und der nächsten Umgebung Wiens Kontributionen einzutreiben. Vor einigen Tagen habe Karl Albert durch einen Trompeter die Stände von Niederösterreich aufgefordert, zu ihm ins Lager Deputierte zu schicken, um über diese Kontributionen zu verhandeln. Khevenhüller habe den Brief nicht an seinen Bestimmungsort gelangen lassen[5]), daher müsse jetzt Karl Albert

[1]) Dat. Ybbs, 14. X. 1741. Loc. 3060.

[2]) S. Anhang III.

[3]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 136.

[4]) Vgl. Ranke, Zwölf Bücher pr. Gesch., 3/4. Bd., S. 453.

[5]) Vgl. Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 197. — D. Österr. Erbfolgekrieg, IV., S. 148.

zu strengeren Mitteln seine Zuflucht nehmen. Khevenhüller treffe die Schuld für allen Schaden, der der Bevölkerung entstehen könnte, wenn er sie weiter hindere, mit Karl Albert in Unterhandlungen zu treten. Moritz selber müsse die Verantwortung für die Ausschreitungen seiner Soldaten ablehnen, die eintreten würden, falls er durch Khevenhüllers Haltung gezwungen wäre, in den Vorstädten Geiseln mit Gewalt festzunehmen. Sicherlich würde dabei geplündert und würden die Vorstädte wie alle Häuser und Schlösser in der Umgebung zerstört werden. Daher möge Khevenhüller das Volk vor solchem Schaden behüten und es mit Moritz verhandeln lassen, da ja dadurch die Verteidigung Wiens nicht gehindert würde.

Von diesem Brief wollte Moritz Abschriften unter der Bevölkerung, deren für Karl Albert günstige Stimmung bekannt war, verbreiten, und er hoffte dadurch einen Aufstand zu erregen, der ihm Gelegenheit „zu einem größeren Entschluß“ geben könnte. Zwischen dem 22. und 26. Oktober sollte das Unternehmen vor sich gehen. Der Übergang über die Donau und der geplante Abmarsch nach Böhmen waren also vorläufig aufgeschoben.

An demselben Tage aber, an dem dieser Beschluß gefaßt wurde, lief ein Schreiben der Witwe Kaiser Josephs, Amalia, der Schwiegermutter Karl Alberts, bei dem Kurfürsten ein; aus ihm erfuhr er das Abkommen von Kleinschnellendorf[1]). Andere Briefe meldeten, daß Neipperg aus Schlesien nach Böhmen vorbreche. Von einer Eroberung Wiens war nun nicht mehr die Rede. Schon vorher hatte Moritz jenen Befehl Belleisles, mit einem Teil der Donauarmee nach Mähren abzurücken und den Sachsen sich anzuschließen, erhalten, aber ihn noch verheimlicht, um erst den Schlag gegen Wien zu führen[2]). Da aus diesem Unternehmen nun nichts wurde, eilte er zum Kurfürsten, um seine Erlaubnis zum Abmarsch einzuholen und die für den Übergang über die Donau bei Krems nötigen Vorbereitungen mit ihm zu besprechen. Die Nachricht von dem Abfall des Preußenkönigs hatte jedoch Karl Albert allen Mut geraubt; er fürchtete, in der nächsten Zeit von Neipperg angegriffen zu werden, und hielt seine Stellung für

[1]) Heigel, Kaiserwahl Karls VII., S. 213.
[2]) Bericht Loss', Kloster Melk, 19. X. 1741. Loc. 2639.

so gefährdet[1]) und seine Rückzugslinie für so bedroht, daß er sich nicht zu einer Schwächung seines Heeres entschließen wollte. Moritz bestand aber auf seinem Vorhaben und pochte auf den Befehl Belleisles. Da erklärte ihm plötzlich der Kurfürst, daß er mit ihm zusammen nach Böhmen gehen würde. Karl Albert wollte bis in die Stellung von Budweis zurückweichen, um die Fühlung mit den nach Prag vorrückenden Truppen zu gewinnen.

Der verhängnisvolle, über Karl Alberts Schicksal entscheidende Entschluß war nach monatelangem Zögern in überstürzter Weise gefaßt. Hartnäckig bestand der Kurfürst auf ihm, obwohl ein Teil der Generale für das Festhalten an dem Feldzugsplan Belleisles eintrat. Sie rieten, bei Krems über die Donau zu gehen und die Brückenköpfe zu befestigen; Lebensmittel würde man auf dem nördlichen Ufer zur Genüge finden. Nähme man diese Stellung ein, so müßte Neipperg zum Schutze von Wien und Preßburg herbeieilen; die oberpfälzische Armee und die Sachsen könnten ungestört Böhmen und Prag erobern. Im Notfalle wäre man ja zu jeder Zeit im stande, von der Donauarmee Verstärkungen nach Böhmen zu entsenden oder auch die ganze Armee in die berühmte Stellung bei Budweis und Tabor zu führen[2]).

Eben dieses Ziel faßten der Kurfürst und die Mehrzahl der Generale sofort ins Auge; bis zum 24. Oktober zogen sich die Verhandlungen hin und schwankte die Entscheidung. Endlich entschloß man sich, Törring mit den Bayern, 12 Bataillonen, 16 Schwadronen, und mit zwei französischen Husarenschwadronen von Krems geradenwegs nach Budweis marschieren zu lassen. Nach dem Abbruch der Schiffsbrücke sollten alle anderen Truppen und das gesamte Gepäck auf der gutgebauten Straße, auf der sie gekommen waren, zurückgehen und von Oberösterreich aus über Freistadt nach Budweis gelangen.

Gerade die tüchtigsten Offiziere, allen voran Graf Moritz, wiesen nun auf die bösen Folgen hin, die eine Ausführung dieses Beschlusses zeitigen mußte: die eigenen Soldaten würden durch

[1]) Belleisle an Breteuil, Frankfurt, 24. X. 1741 u. Belleisle an den Kurfürsten, 23. X. als Antwort auf die Briefe Karl Alberts vom 19. X. in Campagne, II, S. 175 ff.

[2]) S. Anhang IV., § 3.

den in nichts begründeten Rückmarsch entmutigt und zur Fahnenflucht verleitet; Neipperg, den man ungefähr bei Olmütz vermutete[1]), gewänne die Gelegenheit, nach Böhmen vorzubrechen, als erster die Position von Budweis zu besetzen und so Prag zu decken[2]).

Deshalb regte der Kurfürst noch am 24. Oktober in einer neueinberufenen Kriegsratssitzung an, den größten Teil der Franzosen Törring folgen zu lassen[3]). Ihm wurde unter anderem entgegengehalten, daß bei dem Mangel an Magazinen nördlich der Donau und dem schlechten Zustand der durch Obermanhartsberg führenden Straßen dieser Vorschlag unausführbar sei; die Majorität des Kriegsrates blieb bei ihrer vorher getroffenen Entscheidung stehen. Um die gegen den plötzlichen Abmarsch nach Böhmen erhobenen Einwürfe zu entkräften, versicherte Karl Albert allen, er habe mit dem Vordringen bis in die Nähe von Wien sein Hauptziel erreicht, nämlich Neipperg zur Räumung Schlesiens veranlaßt, Niederösterreich ausfouragiert und zu Kontributionen gezwungen. Natürlich schenkte ihm niemand im ganzen Lager Glauben, und man riet hin und her, welche Beweggründe den Kurfürsten jetzt nach Böhmen trieben. Das Verlangen, dieses Land und vor allem Prag mit seinen bayrischen Truppen zu erobern und sich die Wenzelskrone aufs Haupt zu setzen, die Angst, daß ihm die Sachsen mit der Einnahme der Stadt zuvorkommen könnten und sich dann nicht so leicht wieder aus ihr entfernen lassen würden, die Sorge um die militärischen Folgen des Kleinschnellendorfer Abkommens[4]): alle diese und noch manche andere, weniger bedeutsame Gründe zählte man auf. Bei Belleisle entschuldigte Karl Albert sein bisheriges Verhalten nach der Art aller schwachen Menschen, er sei von dem bösen Schmettau verführt worden[5]).

---

[1]) Den 25. X. traf sein Heer dort ein.

[2]) S. Anhang IV. § 4. — Moritz urteilte später in einem Schreiben an Folard vom 20. V. 1742: Nous avons manqué notre coup, c'étoit de prendre Vienne et, si nous ne l'osions, il falloit du moins rester à Krems.

[3]) D. Österr. Erbfolgekrieg, IV, S. 160/1.

[4]) Vgl. das Urteil Schmettaus bei Grünhagen, Gesch. d. Ersten Schles. Krieges, II, S. 72.

[5]) Karl Albert an Belleisle, Kloster Melk, 19. X. 1741 in D. Österr. Erbfolgekrieg, IV, S. 120/1. — Diese Auffassung ist in das Ende 1742 ab-

Auf Grund der gefaßten Beschlüsse ging Törring am 24. Oktober über die Donau, und das Gros der Armee marschierte nach Oberösterreich zurück.

---

In den Tagen, da bei der Donauarmee so bedeutsame Entscheidungen getroffen wurden, hatte Belleisle die Leitung der Operationen aus der Hand verloren. Während ihm von der oberpfälzischen Armee lange Zeit gar keine oder nur höchst dürftige Nachrichten zugingen, liefen von Karl Albert fast täglich einander widersprechende Vorschläge für die kommenden Operationen ein. Die in dem Schreiben vom 15. Oktober dargelegte Absicht des Kurfürsten, mit der Hauptmasse der Donauarmee von Krems nach Budweis zu marschieren, billigte Belleisle. Er verzichtete damit auf den Gedanken, Neipperg von Norden, durch die Sachsen und Preußen, und zugleich von Süden, durch die Donauarmee, von Krems her in die Mitte nehmen und erdrücken zu lassen. Fortan plante er, die Österreicher von Westen, von Budweis aus, und von Norden her aus Böhmen zu verdrängen. Belleisle verschaffte durch die Abänderung seines Feldzugsplans dem Grafen Neipperg die Möglichkeit, sein Heer nach Ungarn zu retten, er erreichte aber den Vorteil, daß die Frankobavaren, die Sachsen und Preußen die Fühlung miteinander aufnehmen konnten, ehe sie an den Feind kamen. Bei dem Kurfürsten drang jetzt Belleisle darauf, daß die französischen Truppen nach Böhmen entsandt würden, die Bayern sollten in erster Linie Oberösterreich rechts der Donau besetzen[1]). Trotz der am 19. Oktober an ihn abgesandten Briefe wollte Belleisle seine eben getroffenen Anordnungen durchgeführt wissen[2]). Als nun das gerade Gegenteil von dem, was er wünschte, geschah, mußte er sich damit notgedrungen zufrieden geben[3]);

---

gefaßte, von Heigel herausgegebene Tagebuch Kaiser Karls VII. a. d. Zeit d. Österr. Erbfolgekrieges (München, 1883), S. 23 übergegangen.

[1]) Belleisle an Beauveau, Frankfurt, 20. X. 1741 in Campagne, II, S. 96 ff. — Vgl. Belleisle an Gassion, Frankfurt, 21. X. 1741, ebenda, S. 138/9.

[2]) Belleisle an Karl Albert, Frankf., 23. X. 1741, ebenda, S. 180 ff.

[3]) Belleisle an Karl Albert, Frankf., 28. X. 1741 in D. Österr. Erbfolgekrieg, IV, S. 160. — Meagher an Brühl, Frankf., 19. II. 1742. Loc. 1168:

aber jetzt bestand er mit aller Macht darauf, daß wenigstens die Stellung bei Budweis unter allen Umständen gehalten werde[1]); denn noch glaubte Belleisle den Grundgedanken seines Operationsplanes, die Eroberung Böhmens und die Zurückdrängung der Österreicher bis Wien, durchführen zu können.

Bisher hatten die Sachsen mit dem Einmarsch in Böhmen gezögert, unter dem Vorwande, daß der Beitritt Preußens zu dem Frankfurter Vertrage vorher vollzogen sein müsse, tatsächlich aber, weil trotz des seit dem 15. Oktober von Brühl gemutmaßten Scheiterns der Friedensverhandlungen Neipperg mit seinem Heer Mitte Oktober aus Schlesien abgerückt war, ohne von den Preußen dabei ernstlich belästigt zu werden. Erst wenn Friedrich ihm folgen und die oberpfälzische Armee in Pilsen stehen würde, wollten die Sachsen nach Böhmen vorgehen. In dem Maße, in dem sich die oberpfälzische Armee Prag nähern würde, sollten die sächsischen Truppen auf dem linken Elbeufer bis Leitmeritz marschieren, auf der dortigen Brücke den Fluß überschreiten und hinter der Iser die Eroberung Prags abwarten. Die weiteren militärischen Maßnahmen, erklärte Brühl, könnten später verabredet werden; nur wenn Friedrich den Marschall Neipperg verfolge und ihn zum Rückzug an die Donau und nach Ungarn zwinge, würden die Sachsen, ehe Prag gefallen sei, ihrerseits auf die Donau zu vorrücken[2]).

Selbst zu diesen Vorschlägen mußte Belleisle seine Zustimmung geben[3]), um nur die Sachsen vorwärts zu bringen. Unterdessen war in Dresden ein Umschwung eingetreten, weil Belleisle sich

---

Mr. le Maréchal Belleisle se recrie très fort avec le public sur les fautes qui se sont faites depuis le départ de l'armée de St. Pölten et Crems; ce revirement ne s'est point fait de son avis.

[1]) Belleisle an Karl Albert, Frankf., 2. XI. 1741 in Comte de Ségur, Le Maréchal de Ségur (Paris, 1895), S. 45: Il me paraît capital et décisif de garder Budweis avec force et en toute sûreté, afin de conserver à quelque prix que ce soit cette communication avec le Danube.

[2]) Réflexions sur le plan d'opération qui a été communiqué et proposé par Mr. le Maréchal de Belleisle. Pièce dressée par Mr. le Lieutenant Général Baron de Renard le 22 X., présentée à Hubertusburg, le 23 X. 1741. Loc. 1168.

[3]) Belleisles Anmerkungen zu diesen Réflexions, d. 27. X. 1741 Meagher zugeschickt.

dazu verstanden hatte, eine Entschädigung für die an Preußen abzutretende Neißelisière zuzusagen, und weil — vermutlich[1]) — bekannt wurde, daß Friedrich 10 Bataillone und 40 Schwadronen nach Böhmen entsenden wollte. Am 26. Oktober entschloß sich Brühl das entscheidende Wort zu sprechen: er ließ Belleisle mitteilen, daß am 2. November die Sachsen die böhmische Grenze überschreiten würden; zugleich schärfte er den sächsischen Gesandten in Frankfurt ein, Belleisle zu veranlassen, Friedrich zur Innehaltung des zwischen Belleisle und den sächsischen Diplomaten besprochenen Feldzugsplans zu bestimmen[2]). Brühl war jetzt also gewillt, die sächsischen Truppen nach Mähren vorgehen zu lassen, naturgemäß unter der Bedingung, daß sich die Preußen ihnen anschlössen und daß Graf Moritz mit einem Teil der Donauarmee zu ihnen stoßen würde. Am 24. Oktober war aus Dresden der sächsische Kammerherr und Oberst Thaddäus Meagher abgegangen, um bei Belleisle als militärischer Sachverständiger die Interessen der sächsischen Armee zu vertreten. Am 28. Oktober traf er in Frankfurt ein. Ihm entwickelte Belleisle, wie er sich den weiteren Verlauf des Feldzuges dachte.

Von der Oberpfalz würden 31 Bataillone und 44 Schwadronen über Pilsen nach Prag vorgehen; in Pilsen sollten sie am 3. November, vor Prag etwa den 15. eintreffen. Die Donauarmee müßte geteilt werden, und zwar sollte Karl Albert mit den Franzosen, 20 Bataillonen und 60 Schwadronen, über Budweis,

---

[1]) Den Berichten Bülows kann Brühl diese Nachricht nicht entnommen haben. Bülow meldet, Breslau, 14. X., in Hubertusburg 19. X. 1741: daß beide Heere, das preußische wie das österreichische, noch in ihren Lagern stünden; 15. X.: daß Friedrich Neipperg den Rückzug abschneiden und, falls es ihm nicht glücke, Neiße angreifen wolle; 18. X.: daß sich Neipperg dem Vernehmen nach auf dem Rückzuge nach Mähren befinde; 21. X., in Hubertusburg 24. X.: daß Friedrich Neiße belagere, aber Neipperg nicht verfolge; 28. X., in Hubertusburg 31. X.: daß 10 000 Preußen nach der Grafschaft Glatz abmarschierten. Loc. 2995. Friedrich teilt seinen Entschluß, einen Teil seiner Truppen nach Böhmen zu schicken, am 22. X. dem bayrischen Kurfürsten, Belleisle und Valory mit (P. C., I, S. 383—386); Brühl kann also durch die französische Gesandtschaft in Dresden davon Kenntnis erhalten haben. Der Entschluß zum Einmarsch in Böhmen ist jedenfalls in Dresden ganz plötzlich gefaßt worden.

[2]) Weisung an Schönberg, Hubertusburg, 26. X. 1741. Loc. 1168.

dessen Verteidigung durch eine starke Besatzung sicherzustellen wäre, auf Prag marschieren und dort ebenfalls am 15. anlangen, vorausgesetzt, daß nicht der bald zu erwähnende Ausnahmefall einträte. Aus den Bayern würde eine neue Armee, 25 Bataillone und 30 Schwadronen stark, in Oberösterreich gebildet werden.

Die beiden gegen Prag vorrückenden Heere sollten diese Stadt nehmen, während die Sachsen nach der getroffenen Verabredung bis an die Iser vorgingen; dort brauchten sie aber nicht lange Halt zu machen, sondern sollten über Chrudim nach Mähren vorstoßen. Träte ihnen Neipperg in den Weg, so würde die auf Prag marschierende Armee des bayrischen Kurfürsten halbrechts nach der Elbe abschwenken, sich mit den Sachsen vereinigen und Neipperg schlagen. Wenn sich aber Neipperg auf Wien zurückzöge, müßten die Sachsen durch das rechts der Zwittawa gelegene Mähren südwärts vordringen, bis sie ein Stück oberhalb Krems die Donau erreichten. Die in Oberösterreich stehenden Bayern würden das Gebiet zwischen den Alpen und der Donau besetzen, eine feste Brücke über den Strom schlagen und sich längs des nördlichen Ufers vorschieben, um später mit den durch Mähren herankommenden Sachsen Fühlung zu suchen. An den linken Flügel der Sachsen könnten sich jenseits der Zwittawa und längs der Donau in Niederösterreich die Preußen anschließen[1]).

Die Ausführung dieses abgeänderten Feldzugsplans scheiterte daran, daß Belleisle Ende Oktober mit Größen und Wahrscheinlichkeiten rechnete, die tatsächlich nicht vorhanden waren.

Wenn er Meagher versicherte, daß kein Anlaß zu einem Zweifel daran vorliege, daß Friedrich Neipperg nachsetzen werde, so mochte er an das Korps des Erbprinzen Leopold von Anhalt-Dessau denken, das damals in die Grafschaft Glatz und nach Böhmen vordrang[2]); er mochte sich vielleicht früherer Versprechen Friedrichs erinnern, nach der Einnahme von Neiße und Glatz seine schwere Artillerie dem Kurfürsten von Bayern zur Verfügung zu stellen, Neipperg zu verfolgen und seine Winterquartiere in Mähren zu nehmen[3]); schließlich konnte er hoffen, Friedrich

[1]) Points sur lesquels on souhaiteroit d'avoir les avis de S. E. le Maréchal de Belleisle, Ende Oktober von Belleisle beantwortet. Loc. 1168.

[2]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 180 ff. — Vgl. P. C., I, S. 384/5.

[3]) P. C., I, S. 328; 329; 362; 368.

werde sich von dem allgemeinen Vormarsch der Verbündeten nicht ausschließen, was ja auch geschah, als im Dezember wirklich auf der ganzen Front nach Süden vorgegangen wurde — auf Wahrscheinlichkeitsrechnungen wird aber bei Koalitionskriegen jeder Feldherr angewiesen sein. Jedenfalls täuschte sich Belleisle in Friedrich, dessen Handlungsweise Ende Oktober durch den Abschluß des Kleinschnellendorfer Abkommens bestimmt war. Friedrich wollte seinen Truppen ruhige Winterquartiere in Schlesien verschaffen, was Belleisle damals schon wußte[1]), wenn er auch sichere Nachricht über die Art des Abkommens erst einige Tage später durch Brühl von Mazani erhielt.

Die Mitwirkung der Preußen kam für die Ausführung von Belleisles Feldzugsplan nicht in Betracht, was um so mehr ins Gewicht fiel, als die zur Verfügung stehenden französischen und bayrischen Streitkräfte viel schwächer waren, als Belleisle angenommen hatte, und durch die Anordnungen des bayrischen Kurfürsten überdies noch stark verringert wurden.

Den Angaben Belleisles entsprach einzig die Stärke des französischen Kontingents, das Karl Albert über Budweis nach Prag führen sollte; es zählte 18 Bataillone, 18 Grenadierkompanien, 3 Bataillone Artillerie, 56 Schwadronen und 7 zum Teil berittene Freikompanien. Gegen Belleisles ausdrücklichen Wunsch befahl der Kurfürst, daß von diesen Truppen 6 Bataillone mit ihren Grenadierkompanien und 2 Schwadronen unter dem Generalleutnant Grafen Ségur an der Enns zurückblieben; er dachte sie, sobald die Franzosen in Budweis angelangt wären, durch einen Teil seiner von Krems dorthin entsandten Bayern ablösen zu lassen. Bald gab jedoch der Kurfürst diesen Plan wieder auf; er hielt die durch Krankheiten und Anstrengungen zusammengeschmolzenen bayrischen Regimenter vorläufig bei Budweis fest und entzog dadurch der in Oberösterreich neu zu bildenden bayrischen Armee die Hälfte der ihr zugedachten Mannschaften. In Bayern verfügte er noch über 4 Bataillone, 2 Grenadierkompanien und 4 Schwadronen

[1]) Belleisle an Amelot, Frankfurt, 27. X. 1741 bei Broglie, Frédéric II et Marie-Thérèse, II, S. 361. Dort steht zwar als Datum der 17. angegeben, doch muß es — schon der Reihenfolge der Aktenstücke nach — 27. heißen; S. 114 gibt Broglie das richtige Datum.

einheimischer Truppen, doch blieben sie an der Tiroler Grenze postiert. Der bedenklichste Irrtum Belleisles lag darin, daß er immer mit 25 Bataillonen regulärer Landmilizen und den Landfahnen rechnete, die beide in der Hauptsache nur auf dem Papier bestanden. Über ihr Nichtvorhandensein suchte die bayrische Heeresleitung die Franzosen hinwegzutäuschen[1]). Wohl wußte Belleisle, daß es um die Milizen schlecht bestellt war; daß sie so gut wie nicht vorhanden waren, ahnte er freilich nicht. So konnte das von ihm geplante bayrische Heer gar nicht gebildet werden, und dadurch war ein erneutes Vorgehen auf dem nördlichen Donauufer ausgeschlossen.

In der Oberpfalz standen an Bayern: 5 Bataillone, 4 Grenadierkompanien, ein irreguläres Bataillon und 5 Schwadronen; an Franzosen: 20 Bataillone, 20 Grenadierkompanien[2]) und 32 Schwadronen. Außerdem war noch das französische Reservekorps des Generalleutnants Grafen von Polastron vorhanden: 7 Bataillone, 7 Grenadierkompanien, 1 Bataillon Artillerie und 12 Schwadronen. Gemäß dem von Belleisle nach dem Abschluß des Partagetraktats mit den Sachsen besprochenen Feldzugsplan sollte es mit seinen großen Vorräten an Artillerie, Munition und Lebensmitteln von Linz über Budweis zur oberpfälzischen Armee stoßen. Nun quälte aber schon seit Mitte Oktober den Kurfürsten die Furcht, daß die aus Italien herankommenden österreichischen Regimenter in Bayern einfallen könnten; in Wahrheit trafen sie erst Anfang November in Südtirol ein. Um dieser vermeintlichen Gefahr rechtzeitig zu begegnen, zersplitterte Karl Albert das französische Reservekorps völlig, schickte den größten Teil nach Füssen, einen zweiten nach der Oberpfalz, einen dritten nach Linz. Nicht genug damit, von den in der Oberpfalz zum Einmarsch in Böhmen bereitstehenden bayrischen Truppen rief er vor dem Ausmarsch 2 Bataillone nach der Tiroler Grenze ab, und, als dann der Rest wirklich schon bis Pilsen gekommen war, mußte auch er sich am

---

[1]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 185. Vgl. Campagne, II, S. 98 ff. u. 191 ff.

[2]) Die bayrischen Grenadierkompanien zählten 100 Mann, die französischen einige dreißig; sie bildeten im österreichischen Erbfolgekrieg selbständige Verbände.

29. Oktober dorthin wenden[1]). So entsandte der Kurfürst große Truppenmassen gegen einen Feind, der nicht vorhanden war, und schwächte die für die Operationen in Böhmen bestimmten Armeen derart, daß sie die ihnen gestellten Aufgaben nicht lösen konnten.

In derselben Art wie bisher ging es weiter. Als sich in der ersten Hälfte des November das Gros der Donauarmee um Budweis sammelte, kam es im Hauptquartier des Kurfürsten zu den unerquicklichsten Auseinandersetzungen. Es handelte sich um die Frage, ob gemäß der Anordnung Belleisles bei Budweis und Tabor eine Heeresabteilung stehen bleiben sollte, die stark genug wäre, unter allen Umständen diese Stellung zu behaupten und den nach Mähren vorrückenden Sachsen über Neuhaus und Iglau die Hand zu reichen. Graf Moritz, Schmettau und ihr Anhang wiesen auf die strategische Bedeutung dieser Stellung hin: solange sie von den Verbündeten besetzt gehalten werde, könnten die Österreicher keine Winterquartiere in Böhmen beziehen. Ihnen trat aber ein anderer Teil der Generalität mit der Behauptung entgegen, der Posten sei unhaltbar[2]).

Unterdessen rückte die Armee Neippergs von Olmütz über Brünn, Zlabings — jetzt unter dem Oberbefehl des Großherzogs von Toskana — gegen Budweis heran und vereinigte sich später, am 17. November, mit den Truppen des Fürsten Lobkowitz bei Neuhaus. Karl Albert wollte nun alle seine Streitkräfte zusammenziehen, um entweder dem österreichischen Heer entgegenzutreten oder mit sämtlichen Truppen nach Prag zu marschieren. Obwohl ihn Belleisle darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es bei der Haltung, die Sachsen einnahm, von der größten Wichtigkeit sei, daß die oberpfälzische Armee möglichst bald vor Prag anlange[3]), so sandte er trotzdem dem aus der Oberpfalz bis über Pilsen vorgedrungenen französischen Generalleutnant Marquis de Gassion den Befehl, schleunigst Kehrt zu machen und nach Budweis abzuschwenken. Hätte Gassion diese Weisung befolgt, so wäre die Eroberung Prags unterblieben, denn die Sachsen, die damals

[1]) Die Stärkeangaben und die Truppenverschiebungen nach D. Österr. Erbfolgekrieg, IV u. V, passim.

[2]) Ber. Bünaus, Freistadt, 6. XI. 1741. Loc. 2638. — Vgl. d. Tagebuch Kaiser Karls VII., S. 27.

[3]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 198.

gerade die böhmische Grenze überschritten hatten, wären sofort wieder zurückgegangen. Gassion besaß die nötige militärische Einsicht, den Gehorsam zu verweigern und den Marsch auf Prag fortzusetzen [1]).

Seinen Entschluß teilte er dem Kurfürsten mit. Da nun auch die Preußen unter dem Erbprinzen von Anhalt-Dessau und die Sachsen in Böhmen immer weiter vordrangen, entschied sich der Kurfürst endlich dahin, den größten Teil der Truppen bei Budweis stehen zu lassen. Er selbst eilte mit einem Bataillon und 24 Schwadronen Franzosen unter Führung des Grafen Moritz nordwärts, um zu der Armee Gassions zu stoßen; denn er hoffte, daß Prag, ohne Widerstand zu leisten, beim Nahen der Feinde sofort die Tore öffnen würde, und er wollte es besetzen, ehe Truppen seiner Bundesgenossen hineingeworfen würden [2]).

Den Posten bei Budweis und Tabor sollten Törring mit den Bayern und Leuville mit den Franzosen verteidigen; trotz aller Befehle des Kurfürsten räumten sie, als der Feind näher kam, überstürzt ihre Stellung und rückten, so schnell wie es ging, unter starken Einbußen an Menschen und Heergerät auf Prag zu [3]). Obwohl nun Graf Moritz und Schmettau dem Kurfürsten vorstellten, daß er durch diesen Abmarsch seine Verbindungslinie mit Oberösterreich und der Oberpfalz verliere und dem Feinde Gelegenheit gebe, den Krieg nach Bayern zu tragen, so konnten sie ihn dennoch nicht bestimmen, jenen Abmarsch rückgängig zu machen — was vielleicht auch unmöglich war [4]).

---

Während so auf dem rechten Flügel der Verbündeten die militärische Unfähigkeit der leitenden Stellen die Ausführung des Belleisleschen Feldzugsplans vereitelte, verweigerte der Preußen-

---

[1]) Clermont-Tonnère an Breteuil, au Camp de Beraun, 13. XI. 1741 in Campagne, II, S. 277 ff. Ranke, Preuß. Gesch., 3/4. Bd., S. 488/9 u. a. tadeln ihn deshalb.

[2]) Ber. Bünaus (der sich von Wien in das bayrische Lager begeben hatte), au Camp de Przibram, 15. XI. 1741. Loc. 2638.

[3]) Comte de Pajol, Les Guerres sous Louis XV, II (Paris, 1883), S. 103 ff. — D. Tagebuch Kaiser Karls, S. 28/9. — D. Österr. Erbfolgekrieg, V, S. 35 ff.

[4]) Ber. Bünaus, au Camp de Horstelitz, 20. XI. 1741. Loc. 2638.

könig von vornherein seine Mitwirkung und durchkreuzte absichtlich durch seine Anordnungen Belleisles Entwürfe derart, daß die Sachsen die ihnen zugedachte Rolle, zu deren Übernahme sie sich endlich am 26. Oktober entschlossen hatten, gar nicht in Angriff nehmen konnten.

Um auf Grund der mit Belleisle getroffenen Verabredungen mit Friedrich den gemeinsamen Vormarsch nach Mähren zu besprechen, wurde der sächsische Generalmajor von Neubauer zu ihm gesandt. Solange Friedrich mit Österreich in Friedensverhandlungen stand, hatten die Sachsen darauf verzichtet, sich mit ihm über militärische Maßnahmen zu verständigen. Am 25. Oktober traf Neubauer in Neiße ein; hier erfuhr er aber von dem bei Friedrich beglaubigten französischen Gesandten, dem Marquis de Valory, daß Friedrich nach der Einnahme von Neiße nicht länger mehr im Felde zu bleiben, sondern trotz aller Bitten Valorys seine Truppen in die Winterquartiere zu führen beabsichtige; seit einem Monat hatte Valory auf ihn eingeredet, aber nichts erreicht. Am 29. Oktober gewährte Friedrich Neubauer eine Audienz. Wenige Tage vorher hatte er von Belleisles Feldzugsplan Kenntnis erhalten[1]); auf ihn einzugehen, war ihm nach dem Abschluß des Kleinschnellendorfer Abkommens unmöglich. Friedrich wollte an den Operationen vorläufig nicht mehr teilnehmen, sondern abwarten, was seine Verbündeten leisten würden. Für den Fall, daß sie den Österreichern überlegen blieben, behielt er sich die Möglichkeit zu erneutem Eingreifen in den Krieg dadurch vor, daß er einen Teil seiner Truppen nach Böhmen vorschob. Als einen Bruch des Abkommens brauchten die Österreicher nach dem, was in Kleinschnellendorf besprochen worden war, diesen Schritt nicht anzusehen, während er den Verbündeten als die beste Widerlegung aller Friedensgerüchte hingestellt werden konnte; zugleich heimste Friedrich noch einen zweiten Gewinn ein.

Daß die Sachsen ihr Augenmerk jetzt auf die Erwerbung Ostböhmens richteten, war ihm bekannt; ihrem Wunsche die Bahn offen zu lassen, widersprach seinem Grundsatze, das Aufkommen Sachsens möglichst zu hintertreiben, besonders da auch er einen Teil der

[1]) Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1., S. 373 Anm. 2.

von den Sachsen begehrten Gebiete, den Königgrätzer Kreis, zu gewinnen trachtete[1]). Deshalb war er auf die Sachsen so schlecht zu sprechen[2]) und verweigerte ihnen den Abschluß eines Sonderabkommens mit Preußen, ähnlich dem, das er mit Bayern eingegangen war[3]). Durch die schnelle Besetzung der in Frage kommenden Gegenden konnte er alle sächsischen Anschläge im Keime ersticken und die Sachsen, falls sie wirklich nach Mähren vorrückten, in militärische Abhängigkeit von sich bringen, weil er dann ihre Rückzugslinie völlig beherrschte; dadurch gewann er wieder ein neues Mittel, dem allzu gewaltigen Anwachsen der französischen Übermacht vorzubeugen.

In der Audienz ließ daher Friedrich Neubauer gar nicht erst zu Worte kommen, sondern eröffnete ihm, daß er in den nächsten Wochen die Festung Glatz einschließen werde und in Oberschlesien und in der durch die Elbe begrenzten Nordostecke Böhmens, also in dem Gebiet, in das die Sachsen vorrücken sollten, seine Winterquartiere nehmen wolle. „Euch, meine Herren," so fuhr er fort, „rate ich, möglichst bald in Böhmen einzumarschieren; zaudert nicht einen Augenblick. Jeder Schritt, den Ihr jetzt nicht tut, jeder Vorteil, den Ihr jetzt außer acht laßt, wird Euch im nächsten Jahr eine Schlacht kosten. Ihr dürft durch meine Quartiere durchrücken, aber Ihr müßt es schnell tun. Habt Ihr die Elbe überschritten, so könnt Ihr Euch zwischen diesem Fluß und der Moldau mit den französischen und bayrischen Truppen Karl Alberts vereinigen und dann werdet Ihr Euch wie in Abrahams Schoß fühlen".

Neubauer erwiderte, er sei gekommen, um über die Ausführung des Belleisleschen Operationsplans zu verhandeln, demgemäß die Preußen den linken Flügel der Verbündeten bilden sollten. Auf sich allein angewiesen, seien die Sachsen zu schwach, um es mit Neipperg aufzunehmen. Wenn die Preußen in ihrem Rücken ständen, wüßten sie auch nicht, wo sie die nötigen Lebensmittel auftreiben sollten. Friedrich blieb jedoch dabei, seine Truppen brauchten Ruhe, die Sachsen könnten ja im Bereich der

[1]) P. C., I, S. 378.

[2]) Grünhagen, Gesch. d. Ersten Schles. Krieges, II, S. 34. — Unzer, D. Konvention v. Klein-Schnellendorf, S. 63.

[3]) Grünhagen, II, S. 78.

preußischen Quartiere in Königgrätz ein Magazin anlegen und sich im Notfall, wenn sie von Neipperg bedrängt würden, auf die Preußen zurückziehen. Im Übrigen sollten sie sich den Anordnungen Belleisles fügen; auf diesen Mann könnten sie sich verlassen. Je weiter sie nach dem eigentlichen Österreich zu vorrücken würden, desto reichlicheren Lebensunterhalt würden sie finden.

Die Gelegenheit der Anwesenheit Neubauers benutzte Friedrich, um Sachsen wo möglich zu überzeugen, daß die damals in aller Welt umlaufenden Gerüchte, die Belagerung Neißes werde nur zum Schein betrieben, völlig aus der Luft gegriffen seien. Ein Adjutant mußte Neubauer durch die Batterien und Trancheen führen. Als Neubauer zurückkam, hatte er noch einmal zufällig Gelegenheit, mit Friedrich zu sprechen. Dringend fragte er, ob denn der König nichts mehr zu seinen Worten hinzuzufügen habe. „Was wollen Sie, daß ich noch weiter sage?“ entgegnete Friedrich und wiederholte das, was er in der Audienz gesprochen hatte. „Aber, Sire,“ entfuhr es Neubauer, „würden Euer Majestät nicht Winterquartiere in Mähren genehm sein?“ Lebhaft und mit einem feinen Lächeln erwiderte Friedrich: „Glauben Sie, daß ich sie zurückweisen würde?“ Darauf antwortete Neubauer: „Auch wenn ich davon absehe, daß es vorteilhaft ist, die Winterquartiere in Mähren zu nehmen, so bin ich doch der Meinung, daß es das gemeinsame Interesse der Verbündeten erheischt, Neipperg aus diesem Lande zu vertreiben.“ „Nun wohl“, rief blitzschnell Friedrich aus, „wenn Ihr dort einrückt, werde ich von Oberschlesien aus dasselbe tun; aber glauben Sie mir, Ihr werdet sehr gut in den Erzherzogtümern aufgehoben sein, um so besser, je weiter Ihr vorgeht“ [1]).

Ein paar Tage später schrieb Friedrich an König August, daß er den von Neubauer ihm mitgeteilten Feldzugsplan billige und, was in seinen Kräften stehe, tun werde, um Sachsens Interesse wahrzunehmen [2]).

Der Bericht Neubauers gewann durch die vier Tage früher erfolgten Mitteilungen Mazanis eine eigenartige Farbe; zu gleicher

[1]) Rapport des Generalmajors v. Neubauer, Hubertusburg, 3. XI. 1741. Loc. 3293.

[2]) P. C., I, S. 397.

Zeit erfuhren die Sachsen, daß Graf Moritz von dem bayrischen Kurfürsten nicht die Erlaubnis erhalten hatte, mit einem Teile der Donauarmee zu den Sachsen zu stoßen, und daß die Donauarmee nach Oberösterreich zurückgegangen war. Hätte nicht Brühl schon am 26. Oktober Belleisle mitgeteilt, daß die Sachsen in Böhmen einrücken würden, und hätte nicht die Aussicht auf eine Entschädigung für die Neißelisière in Böhmen gelockt, so würden wohl die sächsischen Truppen in der Heimat stehen geblieben sein. So betraten die ersten Sachsen am 5. November böhmischen Boden. Die gesamte Streitmacht belief sich auf 21 Bataillone, 26 Schwadronen, 21 Feldgeschütze und 2 Kompanien Artillerie; zusammen 21000 Mann. 52 schwere Geschütze wurden, um für eine Belagerung Prags zur Hand zu sein, stromaufwärts fortgeschafft.

Während der Mobilmachung hatte der General v. Baudissin das Kommando geführt, nach dem Urteil des preußischen Gesandten, des Obersten Grafen Finckenstein, ein verdienstvoller, tüchtiger und noch äußerst rühriger Offizier trotz seines hohen Alters[1]). Seine Jahre bestimmten ihn aber Ende September den Oberbefehl niederzulegen. In Frage kam nun zunächst Herzog Johann Adolf von Sachsen-Weißenfels, der 1718 in Ungarn und im polnischen Erbfolgekrieg selbständige Kommandos geführt und sich bewährt hatte[2]). Da die von ihm gestellte Bedingung, freie Verfügung über das Heer und die Kriegskasse ohne Einmischung irgend eines Ministers, aus Rücksicht auf die verwickelte politische Lage schwerlich bewilligt werden konnte und tatsächlich von dem ehrgeizigen und eifersüchtigen Brühl zurückgewiesen wurde, so lehnte er die Übernahme der Heeresleitung ab[3]). Der beste General, den Sachsen hätte finden können, Graf Moritz, stellte wiederholt seinen Degen zur Verfügung[4]); ihm aber das sächsische Heer unterordnen, hieß, sich bedingungslos an Frankreich anschließen, da der französische Generalleutnant Moritz in Dresden

[1]) Ber. Finckensteins, ohne Datum, aus dem Frühjahr 1741.

[2]) D. Österr. Erbfolgekrieg, I, S. 583.

[3]) Die Begründung seiner im Herbst 1741 erfolgten Ablehnung erwähnt ein Bericht des Grafen Beess und Ammons, Dresden, 4. IV. 1742.

[4]) Moritz an Brühl, Paris, 12. XI. 1740 bei Vitzthum, Maurice Comte de Saxe, S. 369. — Moritz an Brühl, au Camp de Straubing, 18. VIII. 1741. Loc. 2880.

in erster Linie als Untergebener Ludwigs XV. angesehen wurde. Gelegentlich wunderte man sich sehr über den Anteil, den er an den Vorgängen in Sachsen nahm[1]). Moritz' Anerbieten wurde zurückgewiesen, und das Kommando kam an den General der Infanterie, Friedrich August Graf Rutowski[2]), einen natürlichen Sohn Augusts des Starken.

1702 geboren, trat er zunächst in sardische Dienste, dann in sächsische, bald darauf in preußische; seit 1729 gehörte er endgültig dem sächsischen Heere an. Bei der Eroberung von Weichselmünde im polnischen Erbfolgekrieg und in der Schlacht am Timok gegen die Türken zeichnete er sich persönlich aus. 1741 war er Gouverneur der Festungen Dresden, Königstein, Sonnenstein und Stolpen, Oberster Haus- und Landzeugmeister, Chef und Kommandant der Leibgarde und der sächsischen Garde in Polen. Rutowski war „ein tapferer Soldat und ein tüchtiger Exerziermeister, der sich um die Ausbildung der sächsischen Armee große Verdienste erworben hatte“[3]). Im Felde kümmerte er sich um seine Untergebenen, sorgte für gute Quartiere und regelmäßige Verpflegung und suchte die Strapazen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Wie die meisten Feldherrn seiner Zeit, sah er in der Armee ein kostbares Kleinod, das sorgsam gehütet werden mußte; die Verantwortung, die auf ihm lastete, verdoppelte sich dadurch, daß ihm das einzige Heer unterstellt war, über das Sachsen verfügte: wurde es geschlagen, so war der Kurstaat wehrlos. Die Sorgen machten ihm sein Amt zur schweren Bürde; ihm fehlte die Lust am Soldatenhandwerk, die erwacht, wenn der Pulverdampf steigt.

Mit einer alle möglichen Fälle vorsehenden Instruktion ausgerüstet, übernahm Rutowski in den letzten Tagen des Oktober das Kommando; dem Marschall Belleisle war er nicht untergeordnet worden, er sollte sich vielmehr mit ihm von Fall zu Fall über die zu wählenden militärischen Maßnahmen verständigen.

---

[1]) Ber. Sauls, Prag, 4. XII. 1741. Loc. 2882: Il (Maurice) n'est point du tout bavarois et parle hautement contre.

[2]) A. D. B., XXX, S. 51/2 u. Webers Archiv f. d. sächs. Gesch., N. F. II, (Leipzig, 1876), S. 317 ff.: Frhr. ô Byrn, Zur Lebensgesch. d. Grafen Fr. Aug. Rutowski.

[3]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 1, S. 105.

Ausführlich hatte er nach Dresden zu berichten und empfing von dort seine Weisungen.

Auf dem linken Ufer der Elbe rückten nun die Sachsen bis Leitmeritz vor. Unterdessen besetzten — wie schon erwähnt — die Preußen das Gebiet rechts der Elbe, aus dem ihren Unterhalt zu ziehen die Sachsen gerechnet hatten. So kam es gleich hier zu ärgerlichen Reibereien zwischen den Verbündeten, und die Sachsen litten vom ersten Tage an Not an Lebensmitteln. Da man überhaupt nicht recht wußte, ob die Preußen als Freunde oder Feinde anzusehen waren, und da unter diesen Umständen der Vormarsch der Sachsen über die Iser nach Chrudim unratsam erschien, so suchte Belleisle sie, was er ja immer gewünscht hatte, gegen Prag zu dirigieren. Deshalb riet er zunächst, anstatt hinter der Iser, hinter der Eger Aufstellung zu nehmen, weil dann die Sachsen leichter auf der Elbe verproviantiert werden könnten, der Schiffszug mit der schweren Artillerie größeren Schutz hätte und weil die Möglichkeit vorhanden wäre, der oberpfälzischen Armee vor Prag Unterstützung zu gewähren[1]). Bald drängte Belleisle weiter und empfahl geradezu den Vormarsch auf Prag und die Beteiligung an der Eroberung dieser Stadt[2]).

So wurden die Sachsen halb gegen ihren Willen durch den Zwang der militärischen Lage und durch den täglich steigenden Mangel an Lebensmitteln vorwärtsgeschoben. Am 15. und 16. November marschierten sie von Leitmeritz nach Budin, den 17. bis Welwarn, am 18. wurde das Hauptquartier in Tursko aufgeschlagen. Da es an Bespannung gebrach, blieb die schwere Artillerie in Leitmeritz liegen. Zu ihrer Bewachung und zur Sicherung der Nachschublinie ließ Rutowski 4 Bataillone zurück, so daß er noch über 17 Bataillone und 26 Schwadronen, etwa 18 000 Mann, verfügte.

---

Von Westen und Süden nahten Gassion und der Kurfürst von Bayern mit 20 Bataillonen, 56 Schwadronen und 5 Freikompanien, insgesamt 16 500 Franzosen. Ernsten Widerstand in Prag zu finden, hatten die Franzosen nicht erwartet, und deshalb

[1]) Meagher an Brühl, Frankfurt, 6. XI. 1741. Loc. 1168.
[2]) Belleisle an Rutowski, Frankfurt, 8. XI. 1741. Loc. 1164.

war schon am 14. November der Kommandant, Feldzeugmeister Ogilvy, aufgefordert worden, die Stadt sofort zu übergeben. Da er das Ansinnen zurückwies, mußten die Vorbereitungen für eine gewaltsame Einnahme der Stadt getroffen werden. Gassion bat daher Rutowski, seine schwere Artillerie heranzuschaffen; beim ersten Kanonenschuß würden die Einwohner in ihrer Angst die Übergabe erzwingen[1]). Seinem Wunsche konnte aber nicht entsprochen werden, alle vorhandenen Pferde mußten die Sachsen zum Fouragieren benutzen, „weil kein Bund Stroh in den Zelten vorhanden, überdies die Armee schon zwei Tage kein Brot und drei Tage keine Fourage gehabt." Da auch die Franzosen großen Mangel litten, veranlaßte Gassion, daß die Sachsen unterhalb Prags, die Franzosen oberhalb der Stadt bei Königssaal eine Brücke über die Moldau schlugen, um sich vom rechten Ufer Proviant zu verschaffen[2]). Allein der Brückenbau ging nicht so schnell vor sich; die Franzosen nahmen unterdessen, wo sie etwas fanden, und die Sachsen gerieten in große Not, sodaß Rutowski schon an den Rückzug dachte[3]). Erst dadurch, daß Karl Albert ihm am 21. November 7000 Portionen Biskuit zur Verfügung stellte, wurden die Sachsen wieder für einige Tage felddienstfähig.

Die Lage der Verbündeten verschlimmerte sich von Stunde zu Stunde. Das in Böhmen stehende preußische Korps verweigerte die Teilnahme an ihren Operationen; von Süden nahte das Heer Neippergs unter dem Oberbefehl des Großherzogs von Toskana; die späte Jahreszeit mahnte energisch an die Sorge für die Winterquartiere. Die Gefahr, in der die Verbündeten standen, kam dem bayrischen Kurfürsten klar zum Bewußtsein[4]); zum ersten Male in diesem Feldzug zeigte er ein gewisses Maß von Tatkraft. Er trieb zum Handeln an; der erste Versuch, Prag zu nehmen, ging von ihm aus. In der Nacht vom 21. zum 22. November wollte er von den Schwedenschanzen vor dem Strahofer Tor aus mit Hilfe von Minen in die ziemlich verwahrloste Stadtmauer Bresche legen; er forderte die Sachsen auf, um die Aufmerksamkeit der Feinde abzulenken, zu

[1]) Gassion an Rutowski, au Camp de Beraune, 15. XI. 1741. Loc. 1164.
[2]) Gassion an Rutowski, 18. XI. 1741. Loc. 1164.
[3]) Ber. Rutowskis, Hauptquartier Tursko, 20. XI. 1741. Loc. 1164.
[4]) Ber. Bünaus, au Camp de Horschelitz, 20. XI. 1741. Loc. 2638.

gleicher Zeit einen Scheinangriff auf das Karlstor auszuführen. Demgemäß ließ Rutowski 4 Bataillone, 500 Grenadiere und 6 Geschütze in die ihnen zugedachte Stellung einrücken. Graf Moritz kam von Königssaal, wo seine Kavallerie stand, zu den Sachsen, um im Notfall durch sein persönliches Eingreifen die Einheitlichkeit des Unternehmens sicherzustellen. Karl Alberts Vorhaben erwies sich aber als unausführbar, und gegen Morgen kehrten die Sachsen unverrichteter Dinge in ihre Quartiere wieder zurück[1]).

Am nächsten Tage, dem 22., zogen die Verbündeten ihre Truppen näher an die Stadt heran. Die sächsische Infanterie kam nach Horomeritz und Sukdol und umfaßte so im Nordwesten die Kleinseite Prags, die sächsische Kavallerie blieb in Tursko; die französische Infanterie besetzte den Weißen Berg, die Kavallerie wurde in Horschelitz und Königssaal untergebracht. 1500 Infanteristen bewachten die im Bau begriffene Brücke.

Um die Einnahme Prags zu leiten und dadurch seinen Ruhm zu mehren, war Marschall Belleisle am 11. November von Frankfurt aufgebrochen. Ursprünglich hatte er die Absicht gehegt, von der Oberpfalz aus die Armee Gassions zu erreichen; die Erfahrungen der letzten Wochen veranlaßten ihn, seinen Weg über Dresden zu nehmen, um durch eine Aussprache mit den sächsischen Staatsmännern ein besseres Einvernehmen zwischen den Verbündeten zu ermöglichen und ihren Argwohn gegen Preußen zu beschwichtigen. Zu gleicher Zeit war aus demselben Grunde der preußische Minister Podewils nach Hubertusburg gekommen. Hier versagte Belleisles schwächlicher Körper, durch die ihm in dem letzten Jahre zugemuteten Anstrengungen erschöpft, plötzlich den Dienst. Der Marschall brach zusammen und mußte die Fortsetzung seiner Reise nach dem Kriegsschauplatz vorderhand aufgeben. Deshalb sandte er seinen steten Begleiter und Vertrauten, seinen Bruder, den Chevalier Belleisle, zum Kurfürsten von Bayern mit Briefen, in denen er Karl Albert zu tatkräftigem

[1]) Ber. Rutowskis, Hauptquartier Horomeritz, 24. XI. 1741. Loc. 1164. — Das vom Generalmajor v. Arnim geführte Journal der Campagne in Böhmen 1741/2. Loc. 422. — D. Tagebuch Kaiser Karls VII., S. 30/1, wo jedoch fälschlich der 22. als Datum angegeben wird.

Handeln anspornte. Am 23. November traf der Chevalier vor Prag ein[1]); der Marschall hatte eine schlechte Wahl getan.

Ein einheitliches Zusammenwirken der Verbündeten vermochte der Chevalier nicht herbeizuführen. Rutowski wollte in der Nacht vom 23. zum 24. den Versuch wagen, durch seine Sachsen in der Nähe des Jesuitenklosters die Mauer dort übersteigen zu lassen, wo sie an den Fluß stößt. Die Ausführung seines Entschlusses unterblieb aber, weil eine Reihe von Versehen Verzögerungen verursachten, sodaß die Nacht verstrich, ehe alle Vorbereitungen getroffen waren[2]).

Derartige Vorgänge dienten nicht dazu, die Stimmung der Truppen zu heben. Im französischen Lager herrschte furchtbare Niedergeschlagenheit[3]); kein Mensch wußte so recht, was geschehen sollte. Gerüchte über das Herannahen des Großherzogs von Toskana mit 68000 Mann schwirrten umher und steigerten von Stunde zu Stunde die Mutlosigkeit. Da nun etwas unternommen werden mußte, so berief Karl Albert für den Vormittag des 24. einen Kriegsrat. Graf Moritz hatte dem Kurfürsten brieflich geraten, über die Moldau zu gehen und dem Heere des Großherzogs in offener Feldschlacht zu begegnen; auf ein solches Wagnis wollte sich aber niemand einlassen. Die Sachsen, Rutowski und Renard, traten für den Sturm auf Prag ein, da bei der herrschenden Jahreszeit und dem drückenden Mangel an Lebensmitteln eine Belagerung kaum durchführbar sei; allein auch zu diesem Entschluß fehlte der Mut. Man einigte sich endlich dahin, die Stadt auf der linken Moldauseite einzuschließen, die sächsische schwere Artillerie heranzuholen und unterdessen die nötigen Schanzen zu bauen. Die Brücken über die Moldau sollten fertiggestellt und dann ein französisches und ein sächsisches Kommando auf das rechte Ufer entsandt werden, um Proviant heranzuschaffen und

[1]) Winkler, D. Kriegsereignisse bei der sächs. Armee in Böhmen i. d. Jahren 1741/2 in Webers Archiv f. sächs. Gesch., VIII (Leipzig 1870), S. 63 ff. u. O. Weber, D. Occupation Prags durch d. Franzosen u. Baiern 1741—1743 in d. Mitteilungen d. Ver. f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen, 34. Bd. (Prag, 1896), S. 1 ff. verwechseln die beiden Brüder.

[2]) Ber. Rutowskis, Prag, 27. XI. 1741. Loc. 1164. — Journal Loc. 422.

[3]) Ber. Bünaus, au quartier général de Mothal près de Prague, 24. XI. 1741. Loc. 2638.

gegen den Großherzog aufzuklären. Für die Zukunft vertröstete man sich auf die Ankunft der Bayern und Franzosen, die Törring und Leuville von Budweis heranführten: nach ihrem Eintreffen würden die Verbündeten über 63 Bataillone und 119 Schwadronen, zusammen 43000 Mann, verfügen; mit dieser Truppenmacht hofften sie die Österreicher, die sie jetzt auf 44000 Köpfe[1]) schätzten, bestehen zu können. Den Kommandanten von Prag forderten die Verbündeten von neuem zur Übergabe auf, natürlich ebenso vergebens wie das erste Mal[2]).

Diese mattherzigen Beschlüsse waren gegen den Willen Rutowskis gefaßt; deshalb machte er sich wieder daran, auf eigene Faust den Angriff zu wagen[3]). Da nun im Laufe des 24. die am Jesuitenkloster gelegenen Befestigungen stark mit Artillerie besetzt worden waren, so gab er den Gedanken, hier anzugreifen, auf und traf am 25. die Vorbereitungen zu einem Unternehmen, das am folgenden Tage zwischen 10 und 11 Uhr Morgens vor sich gehen sollte. Auf dem rechten Moldauufer zog sich nämlich die Stadt eine große Strecke weiter stromabwärts hin als auf dem linken. Dieser Stadtteil war nach dem Wasser zu nicht befestigt; eine Reihe mit Mühlen besetzter Inseln waren ihm vorgelagert. Nach ihnen wollten die Sachsen vom linken Ufer aus eine Brücke

---

[1]) Tatsächlich belief sich die Armee des Großherzogs auf 36500 Mann; in Prag standen 2300 Mann und 5000 bewaffnete Bürger und Studenten. D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 191. — D. Österr. Erbfolgekrieg, III, S. 171 u. V, S. 29.

[2]) Ber. Rutowskis, Hauptquartier Horomeritz, 24. XI. 1741. Loc. 1164.

[3]) So erklärt sich die vom Marquis de Mirepoix, Campagne, III, S. 18 gegebene, von Arneth, Maria Theresia, I, S. 342, Flathe, Gesch. d. Kurstaates u. Kgrs. Sachsen, II, S. 420, Dove, Zeitalter Fr. d. Gr. u. Josephs II., S. 116, D. Österr. Erbfolgekrieg, V, S. 44 und noch vielfach wiedererzählte Darstellung, daß Rutowski dem bayrischen Kurfürsten erklärt habe, er würde allein Prag angreifen, auch wenn die Franzosen untätig blieben, und daß darauf die Erstürmung Prags beschlossen worden sei. In den sächsischen Berichten habe ich keine Erwähnung dieses Zusammenhanges finden können. Das Armeejournal stimmt mit dem gleich zu erwähnenden Brief Moritz' überein. Vgl. auch Meagher an Brühl, Prag, 27. XI. 1741. Loc. 1168: Le projet de l'attaque a été totalement à mon insçu quoique j'eusse eu une entretien le 25 à 6 heures du soir avec Mr. le Chevalier de Belleisle dans le temps que la sudette attaque étoit déterminée. — Unrichtig ist auch die anders geartete Darstellung Friedrichs in seinen Oeuvres, II, S. 96.

schlagen und mit Booten hinübersetzen, um auf diese Weise in die Stadt einzudringen[1]).

Ob die Ausführung des Planes bei hellem Tage glücken würde, war doch sehr fraglich. Der Anstoß, der die Entscheidung herbeiführte, ging von einer anderen Seite aus[2]). Gemäß dem Beschluß des Kriegsrats hatte Graf Moritz den Auftrag erhalten, die Moldau auf der bei Königssaal endlich halbwegs hergestellten Brücke zu überschreiten. Mit 2000 Mann Kavallerie und 1000 Infanteristen ging auch Moritz am Morgen des 25. auf das rechte Ufer hinüber. Da erfuhr er, daß die Armee des Großherzogs im Anmarsch sei und daß 14 000 Mann schon am nächsten Tage in Prag einrücken würden[3]). In Wahrheit hatte sich der Großherzog erst am 22. November von Neuhaus mit seiner Armee langsam in Bewegung gesetzt; am 24. wurden von Tabor 2000 Warasdiner, 500 Husaren und 300 Dragoner zur Verstärkung der Besatzung Prags vorausgeschickt[4]). Das Gerücht, das diese Vorgänge gewaltig

[1]) Journal. Loc. 422.

[2]) Nicht vom Marschall Belleisle, wie Ranke, preuß. Gesch., 3./4. Bd., S. 490 will.

[3]) Als Hauptquelle für das Folgende dient mir ein ausführlicher Brief Moritz' an Folard, Prag, 28. XI. 1741. Er befindet sich zusammen mit den schon früher erwähnten Schreiben Moritz' an Folard in einer, der Schrift u. s. w. nach zu urteilen, recht alten Abschrift im Dresdner Archiv. Loc. 3060. Diesen Brief hat seiner Zeit Folard veröffentlicht. Auf seine Publikationen scheinen die Stücke des Briefes zurückzugehen, die abgedruckt sind bei Espagnac, Histoire de Maurice, Comte de Saxe, I (Paris 1773), S. 161 ff.; D. Gesch. Moritzens Grafen v. S. aus dem Französischen d. Freiherrn v. Espagnac, I (Leipzig 1774), S. 89 ff.; in der Revue des deux Mondes, 1864, 52. Bd., S. 577 ff. von St. René Taillandier u. in dem Wiederabdruck dieser Revue-Aufsätze in des Verfassers Maurice de Saxe (Paris 1865); endlich bei Pajol, Les Guerres sous Louis XV, II (Paris 1883), S. 113 ff. Alle diese Texte sind so gut wie unbrauchbar. Nicht nur die fürchterliche Orthographie Moritz' ist verändert, sondern auch sein Stil. Ganze Sätze, Zahlen und Zeitangaben fehlen; alles den französischen Offizieren Nachteilige ist unterdrückt, sinnentstellende Veränderungen sind vorgenommen. Ein Beispiel für viele! Bei Pajol, S. 122 heißt es: Les premières troupes (d. s. die Franzosen unter Moritz auf dem rechten Moldauufer) qui entrèrent dans la ville ayant crié Vive le roi! l'attaque commença par un grand feu de part et d'autre. Tatsächlich heißt die Stelle: D'abord que les premières troupes eurent crié Vive le roi! l'attaque des Saxons (auf dem linken Moldauufer beim Karlstor) commença etc.

[4]) D. Österr. Erbfolgekrieg, V, S. 39.

übertrieb, hätte manchem anderen den Mut gebeugt; Moritz suchte es auszunützen, um das zaghafte und ratlose Hauptquartier zu energischem Handeln mit sich fortzureißen. Schon einmal im Verlaufe dieses Feldzuges hatte ihm, wenn auch nur für wenige Stunden, die Aussicht gewinkt, durch die Eroberung der österreichischen Hauptstadt seinen Namen für alle Zeiten unsterblich zu machen, aber eine ihm ungünstige Verkettung von Umständen hatte ihm die Gelegenheit, kaum daß sie aufgetaucht war, schon wieder entrissen. Seine Seele hungerte nach Ruhm und Ehre; er war schon 45 Jahre alt und hatte noch nichts Bedeutendes geleistet. Jetzt war er ausgeschickt worden, um Brot, Fleisch und Heu in das Lager des Kurfürsten zurückzubringen, statt dessen wollte er ihm die Schlüssel seiner künftigen Hauptstadt zu Füßen legen.

Sofort schrieb er an Karl Albert, meldete ihm, was er Neues erfahren, und riet ihm auf das dringendste, in der kommenden Nacht Prag von allen Seiten zugleich angreifen zu lassen, er würde es von Osten her versuchen. Sollte sein Vorschlag verworfen werden, so fuhr er fort, so wolle er den Österreichern entgegengehen, sie zurückwerfen und schleunigst Kehrt machen; da er dann aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr die nötige Zeit haben werde, seine Truppen bei Königssaal über die Moldau zu führen, so würde er wohl gezwungen sein, an Prag vorbeizumarschieren, um über die unterhalb der Stadt von den Sachsen geschlagene Brücke das linke Ufer zu gewinnen. Diesen Brief schickte er dem Kurfürsten durch seinen Adjutanten, Major Baron von Dieskau. Ihm schärfte Moritz noch ein, Karl Albert auf jede Weise zur Annahme seines Vorschlages zu bringen; die Zustimmung der Sachsen sollte er durch die Drohung erzwingen, daß sich das französische Heer nach Sachsen zurückziehen müßte, wenn Prag nicht genommen würde.

Nun hatte Karl Albert noch am Abend des 24. an Rutowski die Bitte gerichtet, er möge über seine Brücke 1200 Reiter zu Moritz stoßen lassen; er erfuhr aber, daß seinem Wunsche nicht entsprochen werden konnte, da die Brücke erst in drei Tagen fertiggestellt sein würde. Als nun der Kurfürst Moritz' Brief erhielt, mochte er die Gefahr erkennen, in die Moritz mit seinen 3000 Mann geraten konnte. Die Sorge um sie und der Mut der

Verzweiflung gaben ihm die Kraft, seinen Willen durchzusetzen. Schleunigst berief er die französischen Generale zu einem Kriegsrat, und, obwohl der Chevalier Belleisle und der Generalleutnant Graf von Polastron auf das heftigste widersprachen, erreichte Karl Albert, von Schmettau unterstützt, doch, daß der Vorschlag Moritz' angenommen wurde, vorausgesetzt, daß die Sachsen ihre Mitwirkung zusagten [1]).

Durch diese Klausel hofften der Chevalier Belleisle und Polastron die Ausführung des Unternehmens zu verhindern, sie schickten einen Offizier zu Rutowski und stellten ihm vor, daß bei dem Mangel an Leitern der Sturm gar nicht glücken könne. Rutowski ließ sich jedoch nicht beirren; er versprach, das Karlstor energisch anzugreifen und die für den nächsten Vormittag geplante Landung auf den Inseln am rechten Moldauufer noch in der kommenden Nacht auszuführen. Es wurde noch verabredet, daß die Franzosen eine Stunde früher einen Scheinangriff am Strahofer Tor, also an derselben Stelle ins Werk setzen sollten, an der sie in der Nacht vom 21. zum 22. die Minen zu legen geplant hatten.

Da auf allen Seiten guter Wille gezeigt und alle Kräfte eingesetzt wurden, so blieb auch ein glänzender Erfolg nicht aus. Nachts um 1 Uhr eröffneten die Franzosen ein starkes Geschütz- und Gewehrfeuer gegen das Strahofer Tor und erreichten ihren Zweck, die Aufmerksamkeit des Feindes nach dieser Seite hin abzulenken. Graf Moritz fiel es leicht, die nur von Bürgern verteidigte Ostmauer zu ersteigen und die Alt- und Neustadt zu erobern. Ernsten Widerstand fanden nur die Sachsen auf der Kleinseite am Karlstor. Die in den Graben hinabsteigenden Soldaten, zum Teil Rekruten, wurden von der Mauer aus heftig beschossen, als plötzlich andere sächsische Truppen und die Artillerie über ihre Köpfe hinweg das Feuer gegen die Österreicher eröffneten: da fluteten die Reihen einen Augenblick zurück; aber es gelang den Offizieren, die Mannschaften wieder vorwärtszubringen und die Mauer zu erstürmen. Das Überschreiten der Moldau kostete so viel Zeit, daß die zweite sächsische Kolonne zu spät kam, um in den Kampf ernstlich einzugreifen [2]).

[1]) S. auch D. Tagebuch Kaiser Karls VII., S. 31/2.

[2]) Über die militärischen Einzelheiten vgl. die schon angeführten Aufsätze von Winkler u. Weber. — Kriegsgeschichtliche Einzelschriften,

Die Einnahme Prags war hauptsächlich durch die kühne Genialität eines einzelnen, also durch einen glücklichen Zufall, herbeigeführt worden; sie bildete nicht den ersten Schritt auf der Bahn zum endgültigen Siege, sondern sie verzögerte nur um fünf Wochen den Beginn des militärischen Niederganges der Koalition, der schon vor Prag eingetreten wäre, wenn der Großherzog von Toskana schnell zum Entsatz der Stadt herbeigeeilt wäre. Durch die Eroberung Prags war der Feldzugsplan Belleisles nur zu einem kleinen Teile ausgeführt: die Verbündeten hatten miteinander Fühlung genommen und ihre Winterquartiere in Böhmen waren gesichert. In dem entscheidenden Punkte, der Vernichtung oder Zurückdrängung der Österreicher bis Wien oder nach Ungarn, war er gescheitert. Nach dem Falle Prags ging die Armee des Großherzogs in die Linie Tabor-Pisek-Strakonitz zurück, behauptete also das Hochplateau von Budweis und trennte dadurch von dem Hauptheer der Verbündeten das an der Enns stehende Korps des Grafen Ségur wieder ab. Mit einem Teil der österreichischen Streitkräfte besetzte zur Deckung Wiens Fürst Lobkowitz den Chrudimer und Czaslauer Kreis. Da es den Verbündeten nicht gelungen war, das nur von einem einzigen Heere verteidigte Österreich niederzuringen, so war das Eintreten eines Umschwunges auf dem Kriegsschauplatz zu erwarten, sobald als die aus Italien herankommenden österreichischen Regimenter und das Aufgebot der Ungarn in den Kampf eingreifen konnten.

Die größte Gefahr, die der Sache der Verbündeten drohte, bestand in der unendlichen Schwerfälligkeit, mit der die schlecht gebaute Koalitionsmaschine arbeitete. Zahllose Reibungen hatten sich ergeben; Übereinstimmung war fast nirgends vorhanden. So viele Glieder die Koalition zählte, so viele Gegensätze: zwischen Frankreich und Preußen, Preußen und Sachsen, Sachsen und Bayern. Die Rückwirkung dieser Mißhelligkeiten auf das militärische Gebiet war nicht ausgeblieben; es hatte sich herausgestellt, daß die Leitung der Heere der vier Verbündeten nach einem einheitlichen Plane unmöglich war.

---

hrg. v. Gr. Generalstabe, II (Berlin 1889), Heft 7: Der Anteil d. Kurfürstl. Sächs. Truppen an d. Erstürmung v. Prag. — D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 212 ff. — D. Österr. Erbfolgekrieg, V, S. 40 ff.

Das Material, aus dem sich die Streitmacht der Verbündeten zusammensetzte, war überdies noch sehr verschieden geartet. Karl Albert hatte seine militärische Unfähigkeit deutlich kundgetan, ebenso wenig hatten sich Feldmarschall Törring, Leuville, Chevalier Belleisle und Polastron bewährt. Nur Gassion[1]) und in höherem Maße Graf Moritz hatten sich ihren Aufgaben gewachsen gezeigt. Bei den französischen und bayrischen Soldaten traten schon Anzeichen einer Erschöpfung ihrer Leistungsfähigkeit zu Tage: böse Bilder sah man in den Tagen nach der Einnahme Prags, als die Truppen Leuvilles und die Bayern unter Törring von Budweis in halb aufgelöstem Zustande „einer geschlagenen Armee gleich“[2]) herankamen.

Die sächsische Armee hatte dagegen in ernstem Kampfe die Feuerprobe bestanden, aber noch nicht bewiesen, welche Strapazen sie zu ertragen imstande war. Die Taten der Sachsen wurden in den Schatten gestellt durch das, was die Preußen in Schlesien vollbracht hatten. Die von einander stark abweichenden Leistungen der verschiedenen Armeen mußten die Gruppierung der Mächte und die Rolle, die die einzelnen Staaten innerhalb der Koalition spielten, bedeutsam beeinflussen.

Brühl traute sich in der nächsten Zeit die Fähigkeit zu, Preußen und Frankreich gegeneinander ausspielen zu können, um dadurch die Entscheidung in die Hand zu bekommen und Friedrich zu zwingen, sich mit Sachsen auf Grund beiderseitiger Gleichberechtigung zu verständigen.

---

Viertes Kapitel.

## Der Mährische Feldzug.

Die Leistungen der sächsischen Truppen vor Prag verscheuchten am Dresdner Hofe den bisherigen Widerwillen gegen den ihm aufgedrungenen Krieg; Brühls Selbstbewußtsein hob sich mächtig. Die sächsischen Soldaten sollten nicht umsonst ihr Blut vergossen haben; den Lohn für ihre Dienste, die böhmische Nordostecke,

---

[1]) Zur Beurteilung Gassions vgl. auch Mém. du Marquis de Valory p. p. le Comte de Valory, I, (Paris, 1820), S. 141.

[2]) D. Österr. Erbfolgekrieg, V, S. 38.

wollte er sofort einziehen, und zu diesem Zweck wurden die Verhandlungen mit Belleisle wieder aufgenommen. Dem Marschall kam er aber sehr ungelegen. Seit Belleisle sein Wort für eine Entschädigung Sachsens in Böhmen für die an Preußen abzutretende Neißelisière verpfändet hatte, war ihm von den Sachsen bei jeder Gelegenheit ihre Bereitwilligkeit, mit Frankreich Hand in Hand zu gehen, ausgesprochen worden; während des durch seine Krankheit veranlaßten Aufenthaltes in Hubertusburg und Dresden in der zweiten Hälfte des November herrschte scheinbar das beste Einvernehmen zwischen den französischen und sächsischen Staatsmännern. Schnell aber erkaltete die Freundschaft, als Brühl im Anfang Dezember Belleisle durch Saul an die Erfüllung seines Versprechens erinnerte. Eine Reihe an sich unbedeutender Streitigkeiten bei den im Felde stehenden Truppen erhöhte rasch die Erbitterung auf beiden Seiten.

Nach der Einnahme Prags besetzten nämlich die Sachsen die von ihnen eroberte Kleinseite und den Teil der Altstadt, welchen die über den Fluß vorgegangene zweite sächsische Kolonne erreicht hatte[1]); die Franzosen und die Bayern fanden in den anderen Stadtvierteln und in den der Stadt benachbarten Dörfern ihr Unterkommen. Da der Kurfürst Karl Albert die Pläne Brühls kannte, blickte er voll Argwohn auf die sächsischen Soldaten in Prag; trotz Rutowskis Widerspruch setzte er durch, daß zunächst drei bayrische Bataillone auf der Kleinseite einquartiert wurden[2]). Belleisle ließ, bald nachdem er am 29. November in Prag angekommen war, das Gros der Sachsen aus der Stadt in die nächsten Dörfer abrücken. Die Anlage eines Magazins und eines Lazaretts in Prag seitens der Sachsen verbot er. Mitte Dezember schlug er im Hinblick auf die bei der Verpflegung der Truppen sich von Tag zu Tag steigernden Schwierigkeiten sogar vor, die sächsische Kavallerie während des Winters in die Heimat zurückkehren zu lassen; das hieß ihren Unterhalt diese Jahreszeit hindurch der sächsischen Staatskasse auferlegen, während alle anderen Truppen der Verbündeten auf Kosten des Feindes lebten. Natürlich weigerte sich Brühl energisch, dem Ansinnen Belleisles zu entsprechen,

---

[1]) D. Österr. Erbfolgekrieg, V, S. 52.

[2]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 226.

er erbot sich, damit die Sachsen nicht tatenlos in ihren Winterquartieren lägen, durch einen Teil derselben das von etwa 800 Österreichern besetzte Eger einschließen zu lassen. Dies Festung bedrohte die nahe sächsische Grenze, und ihre Erwerbung war wegen der von Leipzig über Eger nach Regensburg führenden Handelsstraße von Brühl schon längst ins Auge gefaßt worden. Spöttisch entgegnete Belleisle, dieser Aufgabe müßte sich der künftige Besitzer der Stadt, Karl Albert, selber unterziehen[1]).

Die kleinen Reibereien verschlangen sich mit dem großen Streit um die böhmischen Kreise. Brühl wollte nämlich, ehe die böhmischen Stände dem bayrischen Kurfürsten als ihrem künftigen Könige gehuldigt hätten, die Sache entschieden wissen, und ließ, um einen Druck auf Frankreich auszuüben, in Frankfurt die Verhandlungen des Kurfürstenrates über die Kaiserwahl dadurch aufhalten, daß der sächsische Gesandte oft vier Stunden lang Monita zur Wahlkapitulation verlas. Allein seine Diplomatenkünste zeitigten keinen Erfolg.

Wollte Belleisle nicht hellen Streit zwischen den Verbündeten entfachen, so mußte die Lösung der böhmischen Frage vertagt werden. Deshalb war er lange Zeit für Saul nicht zu sprechen und vertröstete ihn schließlich auf die Zukunft. Als kein Mittel verfing, den unbequemen Mahner zur Ruhe zu bringen, wurde Belleisle grob, und Saul zahlte ihm mit der gleichen Münze heim. Endlich zeigte Belleisle ihm einen Brief des französischen Staatssekretärs Amelot vom 2. Dezember; in ihm stand, daß Kardinal Fleury gegen einen Ländertausch zwischen Karl Albert und August nichts einzuwenden habe[2]). Damit war Frankreichs guter Wille dargetan. Belleisle warnte nun die Sachsen davor, sich geradenwegs an Karl Albert zu wenden, sie könnten leicht eine scharfe Abweisung erhalten; man möge ihm die Verhandlungen mit Bayern überlassen. So hoffte er jederzeit im stande zu sein, etwaigen diplomatischen Verwickelungen zwischen den Verbündeten vorzubeugen. Gegen seinen Vorschlag hatten die Sachsen nichts einzuwenden, kam es doch auf die Zustimmung Karl Alberts erst in letzter Linie an. Die endgültige Entscheidung über die

[1]) Belleisle an Brühl, Prag, 10. XII. 1741. Loc. 2882.
[2]) Bericht Sauls, Prag, 13. XII. 1741. Loc. 2882.

sächsischen Pläne war nicht in München, sondern in Berlin zu suchen[1]).

Sachsens Schicksal, voll Vertrauen auf den guten Willen Frankreichs, in Belleisles Hände zu legen, war man in Dresden gleichwohl nicht gewillt. Seit Anfang Dezember befürwortete Saul die Pflege der Beziehungen zu Preußen, um gelegentlich Frankreich und Preußen gegeneinander auszuspielen und, auf den einen Bundesgenossen gestützt, Zugeständnisse von dem anderen zu erpressen. Preußens Macht zu brechen, wie man im Frühjahr 1741 gehofft hatte, hielt Saul nach dem eingetretenen Umschwunge aller Dinge für unmöglich, es sei denn, daß sich Österreich und seine gegenwärtigen Feinde ausgesöhnt und zu diesem Zwecke miteinander verbunden hätten. Augenblicklich müsse man also Friedrich seine Eroberungen zugestehen, damit er nur nicht weiter um sich greife; in Zukunft könnte die Mehrheit der europäischen Mächte durch den Abschluß eines Verteidigungsbündnisses mit Preußen Friedrichs Bewegungsfreiheit beschränken. Erlaube er sich dann Übergriffe, so müßten alle über ihn herfallen[2]). Das von Saul vorgeschlagene Schaukel-

---

[1]) Bericht Sauls, Prag, 23. XII. 1741. Loc. 2882.

[2]) Bericht Sauls, Prag, 3. XII. 1741. Loc. 2882; Il est naturel que la France doit avoir plus d'égard pour nous, si elle nous voit bien lié avec ce prince, que si elle peut nous entretenir dans une crainte contre lui. Sans faire semblant de rien, je voudrois qu'elle pût appréhender que nous fussions si bien avec le Roi de Prusse, qu'en cas qu'elle ou l'Électeur de Bavière nous donnât sujet de mécontentement, nous prennions parti contre elle. Enfin je m'imagine qu'on pourroit se servir de l'amitié de la France, pour se garantir des avances du Roi de Prusse, et de l'amitié de ce prince pour se faire plus respecter et rechercher de la France. Pour ce qui est des idées d'abaisser ce prince, je vous avoue ingénuement, Mr., qu cela me paroît impossible, tant que la cour de Vienne ne soit réconciliée avec les alliés d'aujourd'hui et qu'elle n'y concoure elle-même. Selon mon faible jugement il faut céder aux conjonctions et laisser au Roi de Prusse ce qu'il a conquis, tant qu'il veut bien en rester là et ne plus remuer. Sur ce principe on pourra commencer par faire un traité d'amitié avec lui, puis faire une grande alliance défensive, dans laquelle la plupart des puissances de l'Europe entreront volontiers; et moyennant cette alliance on contiendra le Roi de Prusse dans ses bornes, pendant que s'il en vouloit sortir tout le monde sans cela déjà assez jaloux de sa trop grande puissance, lui tomberoit sur le corps; et un chacun lui tireroit quelques plumes.

system machte sich Brühl zu eigen[1]), besonders da Bülow bei Friedrich die Neigung zu einer Annäherung an Sachsen entdeckt zu haben glaubte. Bülow wurde, mit neuen Instruktionen versehen[2]), nach Berlin gesandt. Er sollte die Hand zur Beilegung der Differenzen bei der Grenzregulierung in Schlesien bieten, ferner sollte er den Abschluß eines Handels- und Finanzvertrages anregen, vor allen Dingen aber Friedrichs Zustimmung zu dem geplanten Ländertausch gewinnen. In einer Audienz am 3. Januar 1742 entledigte sich Bülow seines Auftrages; er erwähnte, daß die geplante Abänderung des Partagetraktates den von Belleisle übernommenen Verpflichtungen entspräche. Friedrich schlug aber jedes Eingehen auf die sächsischen Vorschläge rundweg ab; er habe sich Karl Albert gegenüber gebunden und dürfe an dem Partagetraktat nicht rütteln lassen[3]).

Wieder stießen die preußischen und sächsischen Interessen zusammen, wieder machte sich die tatsächliche Abhängigkeit Sachsens von Preußen schmerzhaft geltend, eine Abhängigkeit, die bei der Unzuverlässigkeit der preußischen Politik für Sachsen um so gefährlicher war. In den letzten Dezembertagen erhielt Brühl von den einzelnen Vorgängen und Abmachungen in Kleinschnellendorf genaue Kenntnis durch den österreichischen Feldmarschall-Leutnant und böhmischen Generalkriegskommissar Grafen Wenzel von Kaiserstein[4]), der sich nach dem Falle Prags von den Verbündeten hatte gefangen nehmen lassen und sofort in die Dienste des bayrischen Kurfürsten als Hofkanzler und Vorstand der böhmischen Kanzlei getreten war[5]). Wenn auch die Handlungsweise Friedrichs nach der Eroberung Prags — wie wir sehen werden — bewies, daß er mit Österreich von neuem gebrochen hatte, so mußten doch seine Verbündeten, nachdem er einmal

[1]) Weisung an Saul, Dresden, 8. XII. 1741. Loc. 2882. — Am 22. XII. 1741 berichtet Ammon nach Berlin, daß Sachsen durch die Thronbesteigung der Zarin Elisabeth seinen Rückhalt verloren habe, daß es sich aber an eine große Macht anlehnen müsse; da nun die Franzosen bei den Sachsen unbeliebt seien, könnte Friedrich die Sachsen jeden Augenblick gewinnen. Vgl. auch Ranke, Preuß. Gesch., 3/4. Bd., S. 498.

[2]) Dat. 14. XII. 1741, Bülow eingehändigt 26. XII. Loc. 2995.

[3]) Bericht Bülows, Berlin, 8. I. 1742. Loc. 2995.

[4]) S. über ihn Arneth, Maria Theresia, II, S. 238.

[5]) Bericht Bünaus, Prag, 22. XII. 1741. Loc. 2638.

seine Sache von der ihrigen getrennt hatte, jeden Tag einer Wiederholung dieses Schrittes gewärtig sein. Da Friedrich sich nun aus wohlverstandenem eigenen Interesse weigerte, Sachsen die Zugeständnisse zu machen, deren es zur notdürftigen Aufrechterhaltung seiner staatlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit bedurfte, so war die Folge, daß Brühl die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz auszunützen suchte, um zunächst in den tatsächlichen Besitz der böhmischen Kreise zu gelangen; Preußen wollte er fortan an sich herankommen lassen[1]). Er brauchte nicht lange zu warten.

---

Die Verbündeten waren durch die Einnahme Prags aus einer verzweifelten Lage befreit worden; daher machte sich bei ihnen in den nächsten Tagen ein starkes Ruhebedürfnis und eine allgemeine Abspannung geltend. Karl Albert wäre gern mit dem gesamten Heer den Österreichern nachgesetzt, um sie zur Entscheidungsschlacht zu zwingen; der Mangel an Lebensmitteln, die schlechte Jahreszeit, die Notwendigkeit, die Ausrüstung der Truppen zu ergänzen, und die Verwirrung bei dem Leuvilleschen und Törringschen Korps legten der Ausführung seines Wunsches unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg[2]). So geschah so gut wie nichts bei den Verbündeten, bis Belleisle am 29. November in Prag anlangte. Sofort kam neues Leben in die Soldaten; die einmal gegebenen Befehle wurden nicht mehr widerrufen; jeder wußte, was er zu tun hatte. Der Marschall war über die Räumung von Budweis und Tabor seitens der Verbündeten sehr ungehalten und beschloß diese wichtige Stellung sofort wieder zu nehmen[3]). Am 3. Dezember rückten der französische Generalleutnant d'Aubigné und der Feldmarschall Graf Törring mit einem starken Korps von Prag ab, sie drängten den Feind über Pisek zurück und besetzten das Schloß Frauenburg an der Moldau; doch hier geriet ihr Vormarsch ins Stocken. Teils behinderte sie die große Kälte und die numerische Überlegenheit der ihnen gegenüberstehenden Feinde, teils wollten sie die Wirkung der Tätigkeit der anderen Truppenteile der Verbündeten abwarten.

---

[1]) Weisung an Bülow, Dresden, 12. I. 1742. Loc. 2995.

[2]) D. Tagebuch Kaiser Karls VII., S. 34.

[3]) Bericht Bünaus, Prag, 1. XII. 1741. Loc. 2638.

Im Laufe des Dezember wurden ein französisches Korps unter dem Generalleutnant Grafen Polastron und ein Teil der Sachsen gegen die böhmisch-mährische Grenze vorgeschoben, um die Österreicher durch die Bedrohung ihrer rechten Flanke zur Räumung ihrer Stellung im südlichen Böhmen zu veranlassen[1]). Nach und nach stießen sämtliche verfügbaren sächsischen Truppen zu diesem Korps. Durch die Eroberung Prags war auch Friedrich bestimmt worden, aus seiner seit dem Abschluß des Kleinschnellendorfer Abkommens eingenommenen Sonderstellung herauszutreten; er ließ 25 Schwadronen auf dem linken Flügel der Verbündeten sich dem allgemeinen Vormarsche anschließen, während von Schlesien aus Schwerin in Mähren einrückte und am 28. Dezember Olmütz besetzte.

Das erhoffte Ergebnis dieser Bewegungen, der Rückzug der Österreicher von dem Plateau von Budweis, trat nicht ein. Obwohl nun d'Aubigné zahlreiche Verstärkungen erhielt, getraute er sich doch nicht, den Feind mit Gewalt aus seiner Stellung zu vertreiben; er ging vielmehr bis Pisek zurück.

Unterdessen war bei den Franzosen ein Wechsel im Oberkommando eingetreten. Als Belleisle in der zweiten Hälfte des November in Sachsen krank lag, hatte er dem Kardinal Fleury geschrieben, daß er nicht wisse, wann er so weit wiederhergestellt sein würde, daß er den Oberbefehl übernehmen könnte[2]). Daraufhin wurde, um ihn zu ersetzen, besonders da seine Anwesenheit am Frankfurter Wahltage erwünscht erschien, der alte Marschall Broglie nach Böhmen entsandt. Seine körperliche Gebrechlichkeit, seine militärische Unfähigkeit und sein Hochmut hielten sich ungefähr die Wage. Er ließ die französischen und bayrischen Truppen hinter der Wottawa in enge Quartiere gehen; damit gab er das Zeichen zum Einstellen der Feindseligkeiten und zum Beziehen der Winterquartiere.

---

[1]) D. Österr. Erbfolgekrieg, V, S. 63.

[2]) Mém. du Duc de Luynes p. p. Dussieux et Soulié, IV (Paris, 1860), S. 34/5. — Belleisle an Valory, Prag, 20. XII. 1741 bei Broglie, Frédéric II et Marie-Thérèse, II, S. 372. — Schreiben Belleisles v. 21. XII. 1741 in Le Maréchal de Belleisle pendant la guerre de la succession d'Autriche par Vicomte de Boislecomte in d. Revue des questions historiques, 65. Bd. (N. S. 21.), Paris, 1899, S. 198/9.

Polastron setzte sich mit seinen 2870 Mann hinter dem Unterlaufe der Sazzawa fest. Östlich von ihm, ebenfalls durch die Sazzawa gedeckt, im Chrudimer und Czaslauer Kreise, quartierten sich Anfang 1742 die Sachsen ein, nachdem sie am 4. Januar das von den Österreichern geräumte Deutsch-Brod besetzt hatten. Lobkowitz ging nach Iglau zurück. Die Sachsen zählten damals noch 11400 Mann Infanterie in 19 Bataillonen, 4000 Reiter in 26 Schwadronen, 700 Ulanen und Chevau-legers, zusammen also 16100 Mann[1]). Am 15. Dezember hatte Rutowski das Kommando seinem Halbbruder, Johann Georg, Ritter von Sachsen, übertragen und sich nach Dresden begeben. Der Ritter, ein natürlicher Sohn Augusts des Starken, 1704 geboren, anfangs für den geistlichen Stand bestimmt, wurde später Malteserordensritter; 1729 trat er in sächsische Dienste. 1732 nahm er an dem Feldzug gegen die Aufständischen auf Korsika teil, im polnischen Erbfolgekriege kämpfte er an der Weichsel und am Rhein; auch dem letzten Türkenkriege hatte er zeitweise beigewohnt. 1740 war er zum General der Kavallerie ernannt worden. Der Ritter besaß ungefähr dieselbe militärische Durchschnittsbegabung wie Rutowski, er war aber bequemer und lässiger als jener[2]).

Während die Verbündeten in den Winterquartieren Erholung von den Strapazen der letzten Monate zu finden hofften, benützten die Österreicher den Vorteil, den ihnen die Stellung bei Budweis gewährte, zu einem kräftigen Vorstoß gegen Bayern. Durch die Truppen bei Budweis in der Flanke gedeckt, griff ein hauptsächlich aus den italienischen Regimentern und den frisch ausgehobenen Ungarn neugebildetes Heer unter dem Feldmarschall Grafen Ludwig Andreas Khevenhüller in den letzten Tagen des Jahres 1741 das an der Enns stehende Korps des Grafen Ségur an, schloß es in Linz ein und dehnte seine Streifzüge bis nach Bayern aus. Zur Rettung der Heimat brach Törring mit seinen Bayern von der Wottawa auf.

Andere größere Truppenmassen nach Bayern zu entsenden, waren die Verbündeten für den Augenblick nicht in der Lage; sie mußten durch einen Gegenstoß die österreichische Invasion

[1]) Webers Archiv f. sächs. Gesch., VIII, S. 73.

[2]) A. D. B., XIV, S. 399/400. — Frhr. ô Byrn, Johann Georg, Chevalier de Saxe, Dresden, 1876.

in Bayern aufhalten und, womöglich, rückgängig zu machen suchen. Zu diesem Zweck schlug von Anfang an Broglie vor, daß die Franzosen unter Polastron, die Sachsen und ein Teil der Preußen die österreichische Stellung bei Budweis und Tabor von Osten angreifen sollten, während er zu gleicher Zeit von Pisek aus vorgehen wollte. Um sich über diese Operationen im einzelnen zu verständigen, sandte er den Grafen Moritz nach Dresden.

Graf Moritz war mehr als der Vertrauensmann Broglies; er beherrschte den durch Schlaganfälle körperlich und geistig gebrochenen Mann vollkommen. Broglie konnte sich mit Belleisle nicht verstehen und vertragen; in dem Haß gegen Belleisle fanden sich Moritz und Broglie. Schon während des Herbstfeldzuges an der Donau war Moritz in einen immer schärferen Gegensatz zu Belleisle geraten; da er die diplomatischen Schwierigkeiten nicht kannte, die Belleisle bei seinem Feldzugsplane berücksichtigen mußte, so verstand er nicht, warum nicht die Sachsen Prag erobern und die Frankobavaren gegen Wien vorgehen sollten. Laut äußerte er seine abfällig kritisierende Meinung; im Kriegsrat suchte er seinen Willen durchzusetzen, unbekümmert um die Warnungen, Ratschläge und Befehle, die Belleisle von Frankfurt abgehen ließ. Vor Prag überwarf sich Moritz offen mit dem Bruder des Marschalls. Nach der Einnahme der Stadt erhielt er den Auftrag, mit etwas mehr als 2000 Mann das sich zurückziehende Heer des Großherzogs von Toskana zu verfolgen; er kam mit dem Feind wirklich auch in Fühlung, mußte aber, da ihm die Lebensmittel vollständig ausgingen, nach ein paar Tagen wieder zurückgehen. Deshalb empfing ihn Belleisle mit hartem Tadel. Moritz hatte überschwengliche Lobsprüche wegen seiner Leistungen bei der Einnahme von Prag erwartet; seine leicht reizbare Eitelkeit war jetzt in den Tod verletzt[1]). Jedes Mittel, Belleisle zu schaden, war ihm fortan recht[2]); so wurde er Broglies Freund. Bald schrieb der Marschall an Fleury: „Moritz ist sehr zufrieden mit mir und ich mit ihm[3])." Wer mit Moritz aber im Ein-

[1]) Mém. du Marquis de Valory, I, S. 135. — Vgl. auch Peukert in d. Gött. Gelehrten Anz., 1885, S. 999. — Moritz an Folard, Prag, 24. XII. 1741. Loc. 3060.

[2]) Vgl. Vitzthum, Maurice Comte de Saxe, S. 430.

[3]) Campagne, IV, S. 48.

vernehmen leben wollte, mußte sich von ihm leiten lassen. In seinen Memoiren bezeichnet der französische Gesandte am Berliner Hofe, Marquis de Valory, den Grafen Moritz als denjenigen, der Broglies Handlungsweise in den ersten Monaten des Jahres 1742 maßgebend beeinflußt hat[1]). Es wäre daher möglich und, nach dem Feuereifer zu urteilen, den Moritz in den nächsten Wochen entwickelte, erscheint es wahrscheinlich, daß er der Vater des Gedankens war, die österreichische Stellung bei Tabor und Budweis von allen Seiten zugleich anzugreifen.

Bei seinen militärischen Erwägungen ging Moritz von einer falschen Voraussetzung aus: er unterschätzte die Leistungsfähigkeit Österreichs und täuschte sich in den Absichten der österreichischen Heeresleitung, deren Augenmerk er dauernd nur auf die Verteidigung gerichtet wähnte. Er glaubte, die Österreicher planten, nach der Einnahme von Linz bis an den Inn vorzudringen, um dann, in ihrer linken Flanke durch diesen Fluß, in der rechten durch die Befestigungen von Wien gedeckt, ihre Truppen aus Böhmen und Mähren hinter die Donau zurückzuziehen. In der Front würde sie der Strom schützen; im Rücken hätten sie die Alpenländer, die ihnen den Unterhalt gewähren könnten; die vorzügliche Straße südlich der Donau würde es ihnen ermöglichen, je nach Bedarf ihre Truppen ohne Schwierigkeiten bald mehr nach Osten, bald mehr nach Westen zu verschieben. An einer derartigen Stellung müßten bei den ungünstigen Geländeverhältnissen des nördlichen Donauufers alle Angriffe der Verbündeten scheitern. Budweis würde wahrscheinlich stark verschanzt und mit ein paar Bataillonen, etwas Kavallerie und einem tüchtigen Kommandanten versehen werden. Das französische Heer könnte sich dann an der Einnahme dieses Platzes die Zähne ausbeißen. Sollte also der Feldzug der Verbündeten kein unrühmliches Ende finden, so mußten nach Moritz' Ansicht die Verbündeten durch einen von allen Seiten ins Werk gesetzten Angriff die Stellung der Österreicher bei Budweis und Tabor nehmen und nach Süden vorstoßen, um Ségur in Linz zu entsetzen und so einen Fuß noch auf dem rechten Donauufer zu behalten. Dann könnte im kommenden Sommer der von Moritz schon im Herbst 1741 empfohlene

[1]) Valory, Mém., I, S. 143.

Vormarsch auf Wien südlich der Donau wirklich angetreten werden[1]).

Moritz fand in Dresden nicht das Entgegenkommen, das er erwartet hatte. Die militärischen Kreise in Sachsen blickten voll Angst in die Zukunft: der Einfall der Österreicher in Bayern erweckte die Sorge, daß die österreichischen Husaren ihre Streifzüge durch die Oberpfalz und Bayreuth hindurch bis in das

[1]) Moritz an Folard, Prag, 24. XII. 1741. Loc. 3060: . . . . Comme Budweis est la communication avec la Haute-Autriche et l'endroit, qui me paroît mériter le plus d'attention; je m'y suis aussi le plus appliqué: je crois que ce Budweis n'est qu'un masque, que Mr. le Comte d'Aubigné auroit dû arracher. Vous verrez que les ennemis filent par leur derrière avec le gros de leur armée, qu'ils passent le Danube quelque part au dessous d'Enns et qu'ils vont tomber sur Mr. de Ségur, qu'ils rechasseront jusqu'à Passau, où ils lui feront passer l'Inn, qui est une bonne rivière; alors ils auront pris une bonne position solide; ils auront le Danube devant eux, Vienne sur leur droite et la gauche à l'Inn, avec le Tyrol, la Styrie, la Carinthie derrière eux, d'où ils tireront leur subsistance, ils y recevront les troupes, qui leur viennent d'Italie, et je ne sais pas où nous les forcerons dans cette position. Car ils ont une belle chaussée qui les conduit depuis l'Inn jusqu'à Vienne, sur laquelle ils peuvent faire avec facilité toutes leurs marches et contremarches selon que les cas le requireront. Un pays de plaines de ce côté-là du Danube, depuis Passau jusqu'à Vienne, au lieu que notre côté n'est pas de même, ce ne sont que montagnes . . . . Toutes ces choses me font incliner à croire que Budweis n'est qu'un masque. Les ennemis ont eu le temps de le pallisader et le mettre hors d'insulte et du coup de main; ils y laisseront quatre bataillons avec un brave homme et quelque cavallerie; nous voudrons l'en faire le siège, quand nous apercevrons de leurs manoeuvres et nous achevrons d'y ruiner l'armée: pendant ce temps-là Mr. de Ségur sera broussé, car l'Enns ne vaut rien. Voila, mon cher chevalier, ce que je pense qui arrivera, car que feroit l'armée de la Reine de Hongrie de ce côté-ci du Danube, où elle ne peut résister à tant d'ennemis? Mais de l'autre côté, si elle peut une fois déloger Ségur, elle tiendra peut-être encore plusieurs années, pour peu qu'elle ait des secours d'argent, et nous pourrions bien y ruiner toutes nos armées. C'est pourquoi j'ai toujours tant insisté que nous restions de l'autre côté du Danube. J'ai dit avant de partir de Paris à qui a voulu l'entendre que tout iroit bien, si nous voulions faire nos opérations tout du long du fleuve: j'ai fait plus, j'ai dit hautement avant que nous l'ayons quitté, que nous perdrions l'armée en Bohême, et Dieu veuille que je me sois trompé. — Dieselbe Auffassung über die österreichischen Pläne teilt der sächsische Oberst Meagher in einem Schreiben an Brühl, Nowawes, 26. XII. 1741. Loc. 1168.

sächsische Vogtland ausdehnen und dadurch die rückwärtigen Verbindungen der Franzosen und die bisherigen Eroberungen in Böhmen gefährden könnten. Die Mitteilung des Broglieschen Feldzugsplans begleitete daher der Ritter von Sachsen mit dem Vorschlag, den Rückzug anzutreten[1]). Rutowski riet ihm, um Sachsen und Prag zu decken und im Notfall Broglie unterstützen zu können, der seit dem Abmarsch der Bayern über wenig mehr als 10 000 Mann verfügte, die sächsischen Truppen in das Gebiet nördlich der Sazzawamündung, östlich der Moldau zurückzuführen[2]).

Der Ritter hielt seine Stellung bei Deutsch-Brod für sehr gefährdet; er fürchtete, daß seine Soldaten, durch die täglichen Scharmützel mit den feindlichen Husaren in Atem gehalten, die bei ihrer Erschöpfung nötige Ruhe nicht finden und infolgedessen im nächsten Frühjahr nicht mehr operationsfähig sein würden. Vor allem war die Gegend, in der er stand, in den letzten drei Monaten von den Armeen beider Parteien völlig ausgesogen worden; blieb er noch länger dort, so mußte er den Ausbruch einer Hungersnot besorgen. Überdies war ihm fälschlich hinterbracht worden, daß sämtliche in Böhmen stehenden österreichischen Streitkräfte sich vereint auf Broglie stürzen wollten. Deshalb schlug er vor die Vereinigung der Sachsen mit den Franzosen, die Räumung der Wottawalinie und die Wahl einer neuen Stellung hinter der Beraun: während des Winters sollte man sich mit der Behauptung Prags und der durch die Moldau und Beraun begrenzten Nordwestecke Böhmens begnügen[3]).

Graf Moritz übermittelte von Dresden aus Broglie die Nachricht der ihm drohenden Gefahr und meldete ihm zugleich, daß die Sachsen zu ihm stoßen wollten[4]). Broglie beabsichtigte nun, durch einen Teil der Sachsen die französische Besatzung von Prag ab-

[1]) D. Ritter an Rutowski, 9. I. 1742. Loc. 1168.

[2]) Rutowski an den Ritter, Dresden, 14. I. 1742. Loc. 1165.

[3]) D. Ritter an Rutowski, Deutsch-Brod, 16. I. 1742. Loc. 1165.

[4]) Kopie des Schreibens Moritz' an Broglie, ohne Datum. Loc. 1165. Vgl. Desalleurs an Broglie, Dresden, 16. I. 1742 in Campagne, III, S. 212/3. In der Darstellung der Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 263 ist nicht beachtet, worauf Wagner, D. Mähr. Feldzug 1741/2, Marburger Diss. 1890, S. 14 aufmerksam macht, daß in Campagne etc. für Chevalier de Saxe immer Comte de Saxe gesetzt worden ist und somit eine Verwechselung des französischen Generalleutnants mit dem sächsischen General möglich wird.

lösen zu lassen, um, durch sie, den Rest der Sachsen und Polastrons Truppen verstärkt, die Wottawalinie und Pisek gegen den bevorstehenden Angriff verteidigen zu können[1]). Waren erst einmal die sächsischen Regimenter mit den französischen vermischt, so dachte Broglie sie so leicht nicht wieder aus der Hand zu geben; sie bürgten ihm dann in der an jähen politischen Umschwüngen so reichen Zeit für die Bündnistreue des Dresdner Hofes[2]). Dort hoffte man, ganz andere Ergebnisse aus einer Verständigung mit Broglie zu erzielen; am 15. Januar 1742 schrieb August an Broglie, er beabsichtige, seine Truppen im Saazer, Leitmeritzer und Bunzlauer Kreise Winterquartiere beziehen zu lassen; den Äußerungen des Grafen Moritz entnähme man, daß Broglie dieser Maßregel zustimmen würde[3]). So wollte Brühl sich in den tatsächlichen Besitz der böhmischen Nordostecke setzen. Je mehr Karl Albert von den Österreichern heimgesucht wurde, desto weniger konnte sein etwaiger Widerspruch ausrichten; bei den Franzosen mußte mit der Bedrängnis die Neigung wachsen, den vor Prag erprobten Sachsen den Vorzug vor den militärisch unfähigen Bayern zu geben.

---

Der Gedanke an einen Vorstoß gegen die österreichische Stellung bei Budweis war von den Franzosen schon halb aufgegeben, da niemand recht an eine ernsthafte Mitwirkung der Preußen glauben wollte, ohne die ein derartiges Unternehmen aber bei der numerischen Stärke der österreichischen Armee schwer durchführbar war. Da trat plötzlich Friedrich mit einem groß angelegten Feldzugsplan hervor.

Um nicht bedingungslos den Franzosen die Entscheidung über die Neugestaltung der Machtverhältnisse in Deutschland zu überantworten und um nicht völlig Österreich niederringen zu lassen, hatte sich Friedrich für das Abkommen von Kleinschnellendorf entschieden. Die Österreicher hatten aber die militärischen Vorteile, die ihnen der Vertrag bot, nicht genügend auszunützen verstanden; der Fall von Prag schien im ersten Augenblick den

---

[1]) Broglie an Breteuil, Pisek, 23. I. 1742 in Campagne, III, S. 246.
[2]) Broglie an Breteuil, Pisek, 9. I. 1742 in Campagne, III, S. 154/5.
[3]) Loc. 1168.

Untergang der habsburgischen Großmacht einzuleiten. So trennte sich Friedrich wieder von einer Sache, die er für verloren halten mußte, und trat auf die Seite der antipragmatischen Koalition zurück. Sich selbst dachte er gegen die anwachsende Übermacht Frankreichs dadurch sicherzustellen, daß er sich Sachsen unterordnete und einen größeren Anteil der österreichischen Ländermasse als bisher zu erwerben suchte; sein Augenmerk richtete sich auf das beste Stück Böhmens, den Königgrätzer Kreis[1]): einen Teil des Gebietes, das Sachsen zu gewinnen hoffte.

Aus der Bülow am 3. Januar gewährten Audienz wußte Friedrich, daß Frankreich gegen eine Vergrößerung Sachsens in Böhmen im Grunde nichts einzuwenden hatte. Ließ er die Dinge ihren Lauf nehmen, so entstand die durch die Besetzung Schlesiens durchschnittene sächsisch-polnische Umklammerung Preußens von neuem; in Sachsen wurde dann der Staat großgezogen, durch den Frankreich später Friedrich im Zaume halten konnte. Es war für ihn also hohe Zeit, dem französischen Einfluß in Dresden das Wasser abzugraben.

Friedrich hätte nun die Franzosen überbieten können; damit war ihm aber nicht gedient. Er war sich des sächsisch-preußischen Gegensatzes wohl bewußt; seine Briefe aus den ersten Tagen des Jahres 1742 atmen eine Sprache voll argwöhnischen Hasses gegen seinen Nachbar[2]). Den Schlüssel für seine Gedankenrichtung in dieser Zeit bietet die an den preußischen Gesandten in Paris gegebene Weisung: „Er sollte sehr genau sondieren und zuverlässig melden, ob der Kardinal vor die Sachsen portieret sei oder nicht? Und ob er intendiere, in Teutschland eine Espèce von Equilibre zu stabilieren, um darin lauter kleine Herren (Regulos) zu haben und einen mit dem anderen zu balancieren?“[3]) Friedrich war fest entschlossen, sich Sachsen nicht über den Kopf wachsen zu lassen: dieser Gesichtspunkt spielte bei dem Entwurf seines Feldzugsplans eine bedeutsame Rolle.

Friedrich forderte den Oberbefehl über die sächsische Armee und die in der Nähe der Sazzawamündung stehenden Truppen

[1]) P. C., I, S. 378; 416; 426; II, S. 10; 25; 54 ff.

[2]) P. C., II, S. 1—8.

[3]) P. C., II, S. 13. — Vgl. auch S. 99 u. Publikationen aus d. pr. Staatsarchiven, IV, S. 20.

Polastrons; zu ihnen wollte er 15000 Preußen stoßen lassen. Mit dieser Streitmacht gedachte er Iglau und dadurch die nach Wien führende Kaiserstraße zu besetzen, welche — selbst für den Troß zu jeder Zeit gangbar — die Hauptrückzugslinie der bei Budweis stehenden Österreicher bildete, solange Linz in den Händen der Verbündeten war. Soweit stimmte sein Vorschlag mit dem von Broglie aufgestellten Plane überein. Von Iglau wollte Friedrich aber nicht weiter nach dem Westen vorgehen und die Österreicher durch einen mit den Franzosen zu gleicher Zeit unternommenen conzentrischen Angriff aus ihrer Stellung vertreiben, sondern er plante einen Vorstoß der Preußen in südöstlicher Richtung nach der die Südgrenze Mährens bildenden Thaya und eine Bedrohung Wiens; die Sachsen und Polastron sollten von Iglau in südwestlicher Richtung gegen Pilgram, Potschatek und Teltsch operieren und dadurch die rechte Flanke der Preußen decken. So hoffte Friedrich das Vordringen der Österreicher in Bayern aufzuhalten, sie zur Räumung Budweis' und zum Rückzug auf ihre Hauptstadt zu bestimmen[1]).

Rein militärisch betrachtet, verdiente Broglies Plan den Vorzug[2]). Der Einwand Friedrichs, daß er, wenn er ihm folgte, in völlig ausgesogenen Gebieten zu operieren hätte, war zwar an sich richtig, traf aber auch zum guten Teil auf Mähren zu, das fast ein Jahr lang dem Heere Neippergs den Unterhalt gewährt hatte. Bei gutem Willen auf allen Seiten wäre es auch möglich gewesen, die für die Preußen nötigen Lebensmittel ebenso heranzuschaffen, wie sie für das sächsische Heer einen halben Monat lang aus den Prager Magazinen geliefert wurden.

In einem Briefe an seinen Freund Folard urteilte Graf Moritz über Friedrichs Plan: „Wahrhaftig wir sind vom Dämon, weit ausgreifende Vorstöße zu machen, besessen, und ich hätte Lust, eine Abhandlung darüber zu schreiben, die ich . . . . widmen möchte, aber meine Bemerkungen werde ich nicht Cäsars Kommentaren oder den Memoiren des Marschalls Turenne entnehmen“[3]). Vier Jahre später gestand Friedrich dem Grafen Moritz die Be-

[1]) P. C., S. 14 ff.

[2]) Vgl. für das Folgende Grünhagen, Gesch. d. Ersten Schles. Krieges, II, S. 130 ff. u. D. Österr. Erbfolgekrieg, III, S. 284 ff.

[3]) S. Anhang V.

rechtigung des ihm eben gemachten Vorwurfs zu[1]); ja schon vier Wochen nach den gleich zu erwähnenden Dresdner Konferenzen schrieb er dem Polenkönig: „Ich muß Euer Majestät die Gründe darlegen, die mich abgehalten haben, gegen Neuhaus (also nach Westen von Iglau aus) vorzurücken. Die Wirkung, die man sich von diesem Schritt versprechen könnte, würde darin bestehen, daß man nach Vertreibung der Feinde aus ihrer Stellung die Verbindung mit Bayern und Österreich wiedergewänne und Herr v. Broglie sich Budweis' und Tabors bemächtigen könnte. Dieser Plan war bewunderungswürdig, solange Passau noch in den Händen der Bayern und Linz noch nicht genommen war“[2]). Da Passau und Linz erst am 24. Januar in die Gewalt der Österreicher kamen, so hätte, wenn diese Worte Friedrichs ernst zu nehmen sind, zur Zeit der am 19. und 20. Januar stattfindenden Konferenzen der von Broglie vorgeschlagene Feldzugsplan angenommen werden müssen[3]).

---

[1]) Dat. 3. X. 1746 in P. C., V, S. 201/2.

[2]) Friedrich an August, Znaim, 20. II. 1742. Loc. 2972. Erwähnt P. C., II, S. 44 Anm. 2. Monsieur Mon Cousin et Frère. Votre Majesté a été informée par mes dernières lettres de la reddition d'Iglau et de la retraite des Autrichiens dans la Basse-Autriche. Je dois Lui rendre compte des raisons qui' m'ont empêché d'aller sur Neuhaus. L'effet qu'on pourroit se promettre de cette marche seroit, qu'en délogeant les ennemis de ce poste on pourroit regagner la communication de la Bavière et de la Haute-Autriche et que Mr. de Broglio se puisse s'emparer des postes de Budweis et de Tabor. Ce dessein étoit admirable, lorsque Passau appartenoit encore aux Bavarois et que la ville de Linz n'étoit pas prise; mais à présent ces postes importants sont entre les mains des ennemis . . . . .

[3]) In der Histoire de Mon Temps (Oeuvres, II, S. 105; Publik., IV, S. 248.) gesteht Friedrich ebenfalls zu, daß ein von allen Seiten unternommener gemeinsamer Angriff die beste Lösung des in Frage stehenden Problems geboten hätte. Wenn er aber behauptet, ein derartiges Vorgehen vorgeschlagen zu haben, man habe ihn aber mit der Bemerkung abgewiesen, Broglie sei zu schwach, um einen Offensivstoß auszuführen, so dürfte sich in seinem Gedächtnis der wahre Sachverhalt verschoben haben. Einem derartigen Vorschlage hätten die Sachsen und Franzosen zugestimmt oder sich wenigstens auf ihn berufen, als sie in der Folgezeit Friedrich zu diesem Entschlusse zu drängen suchten. Schmettau würde in seinem an Karl Albert gerichteten ausführlichen Berichte über die in Dresden gepflogenen Verhandlungen (P. C., II, S. 14 ff.) schwerlich die günstige Gelegenheit versäumt haben, durch eine Erwähnung dieses Vorschlages und seiner Ablehnung

Ihm hatte auch Belleisle zugestimmt[1]) und Schmettau das Wort geredet[2]).

Bei Koalitionskriegen entscheidet nicht allein, oft nicht einmal in erster Linie der militärische Gesichtspunkt. Aus politischen Rücksichten widersetzte sich Friedrich den Vorschlägen der Franzosen. Wäre er auf sie eingegangen, so hätte er im Felde die Hauptarbeit zu bewältigen gehabt, das österreichische Heer wäre vielleicht vernichtet und Maria Theresia wären alle Mittel zur Fortsetzung des Krieges vollständig entzogen worden[3]); die Friedensbedingungen hätte aber Frankreich diktiert. Dieser Gefahr wollte Friedrich sich nicht aussetzen; der Staat der Habsburger sollte nicht zur Machtlosigkeit erniedrigt werden. Andererseits durfte er die Österreicher ihre an der Donau errungenen Vorteile nicht ungestört ausnützen lassen, er hätte seine eigenen Eroberungen dabei aufs Spiel gesetzt. So mußte er in den Krieg eingreifen, um das Gleichgewicht zwischen den kämpfenden Parteien wiederherzustellen. Der Bundestreue Frankreichs und Bayerns konnte er, wenn er in Mähren operierte, sicher sein: solange ein Österreicher auf bayrischem Boden stand, konnte man in Paris ohne ungeheure Schädigung der französischen Ehre keine Verständigung mit Österreich suchen. Friedrich dagegen war in Mähren in der Lage, je nach Bedarf den Druck, den er auf Österreich ausübte, zu verstärken oder zu verringern. Aus seiner Hand sollte Karl Albert Böhmen mit Ausnahme des Königgrätzer Kreises, Sachsen aber nur Oberschlesien und Mähren erhalten[4]).

Durch diese Aussicht, durch Lockungen und Drohungen glaubte Friedrich die Sachsen gegen den Willen der Franzosen zum Vormarsch nach Mähren bestimmen zu können: dann waren die engen Beziehungen zwischen Paris und Dresden gelockert, Friedrich im Besitz des sächsischen Heeres, die Truppen des alten

---

seinen Herrn im Gegensatz zu den Franzosen und Sachsen in ein um so günstigeres Licht zu setzen. Vgl. auch D. Tagebuch Kaiser Karls VII., S. 43/4.

[1]) Belleisle an Broglie, Frankf., 9. I. 1742 in Campagne, III, S. 176 ff.

[2]) Vorausgesetzt, daß Wagner S. 21/2 den Inhalt des Briefes Schmettaus richtig wiedergibt.

[3]) Vgl. D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 3, S. 5 ff.

[4]) P. C., II, S. 23—25. — Ranke, Preuss. Gesch., 3/4. Bd., S. 503/4.

Dessauers im Rücken des Kurstaates, Friedrich der Gebieter über Sachsens Schicksal. Daß ein Frühjahrsfeldzug große Menschenopfer fordern würde, wußte Friedrich; deshalb war er, wie er offen eingesteht[1]), von vornherein entschlossen, möglichst wenig von seinen eigenen und möglichst viel von den Truppen seiner Verbündeten in Mähren zu verwenden. Hatte ihm das sächsische Heer den Frieden erkämpfen helfen, so war es beim Friedenschluß sicher so geschwächt und erschöpft, daß sich Sachsen dem Machtspruch Friedrichs nicht widersetzen konnte. War er aber einmal Herr von Niederschlesien und Königgrätz, so beherrschte er die Straßen von Dresden nach Polen und Mähren. Das aus zwei gesonderten Teilen bestehende und mit Österreich verfeindete Sachsen mußte sich notwendig der preußischen Führung unterordnen.

Wie stellte sich nun Sachsen zu Friedrichs mährischem Unternehmen? Franzosen und Preußen trachteten Sachsen in Abhängigkeit von sich zu bringen, Brühl mußte also zwischen Scylla und Charybdis hindurchzusteuern suchen, wenn er die Selbständigkeit seines Staates behaupten wollte. Sachsens Verbündete waren ebenso gefährliche Feinde wie die Gegner im Felde. Wie wir sahen, stimmten die hohen Offiziere für ein Zurückziehen der Truppen aus dem Chrudimer und Czaslauer Kreise nnd für ihre Vereinigung mit den Franzosen; Brühl wollte sie in der böhmischen Nordostecke Winterquartiere beziehen lassen. Es gab aber einen schwerwiegenden Grund zu dem Wunsche, Mähren möglichst bald durch die Sachsen besetzen zu lassen.

Als in Dresden der Entschluß gefaßt war, am Kriege gegen Maria Theresia teilzunehmen, schritt man zu einer Verstärkung der vorhandenen Streitkräfte. Zunächst wurde eine Vermehrung der Armee um 12500 Mann geplant[2]); im Beginn des Jahres 1742 standen schon 6000 Mann frischer regulärer Truppen in Sachsen unter den Fahnen. Mit der Zeit hoffte man noch weitere 14000 Mann aufstellen zu können, besonders sollte eine stattliche Anzahl neuer Ulanenfahnen geschaffen werden. Die durch diese Neuschöpfungen bedingten Ausgaben sollten zum Teil durch

[1]) Publik., IV, S. 248. — Oeuvres, II, S. 106.
[2]) Webers Archiv f. sächs. Gesch., VII, S. 277.

die Ersparnisse gedeckt werden, die sich aus dem Umstande ergaben, daß die sächsischen Truppen in Böhmen auf Kosten des Landes Quartier und Unterhalt fanden; zu demselben Zweck wollte man aber auch die Einkünfte der Sachsen im Partagetraktat zugewiesenen Gebiete verwenden[1]). Nun wurden aber Oberschlesien und die von den Preußen besetzten Teile Mährens stark ausgesogen. Den im Fürstentum Oppeln gelegenen Kammergütern wurde z. B. befohlen, 30000 Pallisaden und große Massen von Kalk und Ziegeln für die Neubefestigung Breslaus zu beschaffen[2]). Die Geldsummen und Lieferungen, die Schwerin in Mähren ausschrieb, waren so hoch bemessen, daß sie trotz Anwendung aller Zwangsmittel nicht völlig beizutreiben waren[3]). Dauerten diese Zustände noch eine Zeit lang ungestört fort, so brauchte sich die sächsische Staatskasse auf Jahre hinaus keine Hoffnung auf Einnahmen aus diesen Gebieten machen. August beschwor vergebens Friedrich, das Land zu schonen, und er erbot sich naiv, die dort stehenden preußischen Truppen, besonders in Olmütz, durch die seinigen ablösen zu lassen[4]); der Olmützer Geistlichkeit hatte nämlich Schwerin allein 200000 Taler abverlangt. Natürlich lehnte Friedrich das Ansinnen scharf ab[5]). Kurz vor seiner Abreise aus Berlin betonte Friedrich dem französischen Gesandten Valory gegenüber, daß er in Mähren Geld, Pferde, Rekruten, kurz alles, was ihm passe, nehmen werde[6]). Etwas später verhinderte er, daß die mährischen Stände August huldigten[7]), weil dann Mähren Freundesland gewesen wäre. Es scheint fast oder den Sachsen konnte es wenigstens so erscheinen, als ob Friedrich Mähren so aussaugen wollte, daß seine Erwerbung Sachsen keinen Kräftezuwachs bringen würde.

Die Rücksicht auf Mähren fiel wohl schwer ins Gewicht; entscheidend für die Haltung des Dresdner Hofes war aber

---

[1]) Bericht Ammons, 12. I. 1742. Berliner Archiv.

[2]) Weisung an Bülow, Dresden, 15. I. 1742. Loc. 2995.

[3]) Vgl. Grünhagen, II, S. 99 u. 103/4 u. D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 2, S. 237.

[4]) August an Friedrich, Dresden, 10. I. 1742. Loc. 3389.

[5]) Friedr. an August, Berlin, 15. I. 1742. P. C., II, S. 9.

[6]) Mém. de Valory, I, S. 138.

[7]) P. C., II, S. 19.

Friedrichs Stellungnahme zu der böhmischen Frage. Nachdem Friedrich Bülow so schroff abgewiesen hatte, wagte Brühl keinen neuen Anwurf, und, da Friedrich aus seiner ablehnenden Haltung nicht heraustrat, so befolgte Brühl das von Saul empfohlene Schaukelsystem und suchte die Entscheidung für den Feldzugsplan Broglies oder Friedrichs so lange hinauszuschieben, bis ihm von preußischer und französischer Seite bindende Versprechen hinsichtlich der böhmischen Nordostecke gegeben würden.

Um sich die Zustimmung des sächsischen Hofes zu seinem Feldzugsplan zu erringen, traf Friedrich am 19. Januar 1742 in Dresden ein. An demselben und am folgenden Tage fanden die Beratungen statt. Bekannt ist das von Friedrichs feiner Feder in seiner Histoire de Mon Temps mit beißendem Spott und Hohn gezeichnete Genrebild dieser Konferenzen; aber man möchte glauben, daß es mit den dort erzählten Anekdoten ebenso bestellt ist, wie mit manchen anderen der Histoire de Mon Temps, daß sie zu schön sind, um völlig wahr zu sein[1]). Der Historiker bedarf ihrer nicht, um die dämonische Genialität Friedrichs hervortreten zu lassen, mit der er die im Herzen ihm feindlichen Sachsen zwingt, für den König von Preußen zu arbeiten.

Nachdem Friedrich seinen Plan auseinandergesetzt hatte, wurden ihm von der Gegenseite verschiedene Einwände gemacht, einmal, daß der Gesundheitszustand der sächsischen Truppen ein schlechter sei und durch Kriegsoperationen in dieser Jahreszeit noch verschlimmert würde, ferner daß sich die Sachsen aus Mangel an Lebensmitteln in ihrer gegenwärtigen Stellung bis zur Ankunft der Preußen nicht zu behaupten vermöchten, daß sie sie vielleicht schon geräumt hätten, endlich daß bei einem Vorgehen auf Iglau die Fühlung mit Broglie verloren werde und somit das französische Heer, Prag und in letzter Linie Sachsen einer Überrennung durch

[1]) Vor seiner Abreise von Berlin hatte Friedrich den Wunsch geäußert, in Dresden die Oper zu sehen. Diese Gelegenheit scheint mir Brühl benutzt zu haben, um die Beratung am 19. absichtlich abzubrechen. An den militärischen Konferenzen nahmen so viele Personen teil, daß die böhmische Frage dort unmöglich erörtert werden konnte. Es kam also darauf an, durch allerhand Schwierigkeiten und Verzögerungen Friedrich mürbe zu machen, damit er von sich aus Zugeständnisse in der böhmischen Frage anbot.

die Feinde ausgesetzt würden. In Mähren müßte man zu der Belagerung fester Plätze schreiten, ein Unternehmen, das die rauhe Jahreszeit fast unmöglich mache.

Graf Moritz, der ebenfalls an den Konferenzen teilnahm, bekämpfte Friedrichs Vorschlag aufs heftigste. Er mochte wohl noch immer glauben, daß die Österreicher nach der Einnahme von Linz hinter der Donau eine Verteidigungstellung einzunehmen beabsichtigten; deshalb betonte er, daß Friedrichs Vorstoß nach Mähren, falls auch alles glücke, sicher an der Donau zum Stehen kommen müßte. Den Fluß im Winter zu überschreiten, sei nicht ratsam; die Sachsen, die nur über ein einziges Heer zu verfügen hätten, würden wenigstens alles aufs Spiel setzen.

Es muß hier ausdrücklich hervorgehoben werden, daß ein guter Teil der an Friedrichs Plane gemachten Ausstellungen sich in der Folgezeit als berechtigt erwiesen hat. Den Haupteinwand der Sachsen bildete die Lebensmittelfrage. Um ihn zu beseitigen, hatte der einen Tag vor Friedrich in Dresden eingetroffene französische Gesandte, Marquis de Valory, am 18. Januar einen Kourier an den französischen Armeeintendanten in Prag, den Generalleutnant von Sechelles, gesandt. Am Abend des 19. kehrte der Bote mit der Meldung zurück, daß Sechelles sich verpflichte, den Sachsen aus den Prager Magazinen das Brot zu liefern.

Da nun die Vertreter Frankreichs, Desalleurs und Valory, Friedrichs Plan befürworteten, so konnte Brühl dem Preußenkönig keine runde Absage geben, weil er es sonst mit allen Verbündeten zu gleicher Zeit verdorben hätte. So kam eine Art Kompromiß zu stande, der die Entscheidung vertagte. Die Abmachungen wurden aber nur mündlich getroffen; die Folge war, daß über das, was nun wirklich verabredet war, die Meinungen auseinandergingen — ein Ergebnis, das vielleicht Brühl nicht ganz unwillkommen war. Unter dem Oberbefehl Friedrichs sollten 15000 Preußen, die Sachsen und das Korps Polastrons bis zur Einnahme Iglaus zusammenwirken, darin stimmten alle überein. Wollten die Sachsen sich dann dem weiteren Vormarsch der Preußen nicht anschließen, so hatten sie sich nach der preußischen Auffassung verpflichtet, bei Iglau ihre Winterquartiere zu nehmen und dadurch die rechte Flanke der Preußen zu decken. In dem Rundschreiben an die sächsischen Gesandten, in dem Brühl die

Ergebnisse der Beratungen zusammenfaßte, hieß es aber, daß die Sachsen wohl einige Bataillone in Iglau zurückzulassen hätten, mit ihrer Hauptmacht aber längs der Sazzawa zum Heere Broglies abmarschieren dürften[1]).

Graf Moritz teilte sogar Folard mit, daß er die Ausführung des preußischen Feldzugsplans hintertrieben habe, weil durch einen Vormarsch der Sachsen nach Mähren Prag und die französische Armee ihre Deckung verlieren müßten; die Sachsen würden also nunmehr nach der Einnahme Iglaus entweder mit den Preußen gegen die Österreicher bei Budweis vorgehen, oder zu den Franzosen stoßen, falls Friedrich, wie Moritz sich ausdrückte, seine Soldaten in Mähren mästen wolle[2]). Wenn aber Moritz seinen Brief mit der Wendung schloß: „Sie werden in diesen Beschlüssen Treue, Mut und Weisheit finden; ich werde nie erröten, wenn man mich als ihren Urheber bezeichnet", so klang das gerade Gegenteil aus seinen Worten hervor. Der Kompromiß war militärisch so widersinnig — der Pfaffe Guarini hatte ja auch dabei seine Hände im Spiel gehabt —, daß er nicht durchführbar war.

---

Mit dem, was er erreicht hatte, war Friedrich zufrieden; er mochte hoffen, die Sachsen nach der Einnahme Iglaus zur weiteren Ausführung seines Planes fortreißen zu können. Den Gedanken an den Einbruch in Mähren gab er jedenfalls nicht auf; in Prag sprach er dem französischen Armeeintendanten seine Besorgnis aus, daß die Sachsen, wenn er von Iglau aus mit seinen Operationen erst recht beginnen würde, ein weiteres Vorrücken verweigern könnten[3]).

Welchen ganz anders gearteten Hoffnungen der Dresdner Hof sich hingab, verriet der Brief Rutowskis, in dem er dem Ritter von Sachsen die Ergebnisse der Dresdner Konferenzen mitteilte. Er rechne, hieß es dort, nach der Besetzung Iglaus auf

---

[1]) Die preußische Auffassung gibt wieder P. C., II, S. 14 ff; die sächsische das in D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 3, S. 3* ff. gedruckte Rundschreiben. — Vgl. auch Sechelles an Broglie, Prag, 22. I. 1742 in Campagne, III, S. 255 ff.

[2]) S. Anhang V.

[3]) Campagne, II, S. 259.

Winterquartiere in den Kreisen von Saaz und Leitmeritz[1])! Rutowski glaubte also, daß der von den Sachsen so heiß umworbene Leitmeritzer Kreis von den dort in Quartier liegenden Preußen unter dem Erbprinzen von Anhalt geräumt und den Sachsen überantwortet würde.

Der Ritter war darüber empört, daß man seine Truppen mitten im Winter ins Feld führen wollte. Er antwortete Rutowski: „Der König will es, und ich gehorche; ich habe mir nichts vorzuwerfen und bin für nichts verantwortlich, ich habe immer wieder dargestellt, in welchem Zustand sich die Armee befindet und daß ein Feldzug in dieser Jahreszeit ihren völligen Untergang herbeiführen wird. Die Menschen sind durch die Märsche, die Anstrengungen und die Leiden erschöpft; die Krankheiten nehmen stark zu. Die Uniform zerfällt in Stücke, der Soldat ist nackt, ohne Schuhe, Strümpfe und Stiefel, sie alle sind durch die Märsche abgenutzt und durch die Lagerfeuer verbrannt, als die Soldaten unter freiem Himmel der schärfsten Kälte ausgesetzt waren . . . Die Pferde haben die Hufeisen verloren, und hier findet man weder ein neues Eisen, noch einen Nagel, noch eine Schmiede . . . Der Untergang des Heeres ist also beschlossen . . .[2])“

Alle Klagen, alle abfälligen Urteile über Friedrichs Feldzugsplan nützten nichts mehr; umsonst empfahl der Ritter die Ausführung des von Broglie vertretenen Gedankens; er mußte dem Befehl gehorchen und sich Friedrich unterstellen. Von ihm erhielt er die Aufforderung, zu einem gemeinsamen Kriegsrate nach Landskron zu kommen.

Durch den im preußischen Kommandoton gehaltenen Brief tief verletzt, machte er sich mit dem Generalleutnant von Renard auf den Weg und langte am 26. im Hauptquartier Friedrichs an. Polastron fand sich dort ebenfalls ein. Was der Ritter vorausgesagt hatte[3]), geschah. Friedrich bemühte sich noch einmal, den sächsischen

[1]) Rutowski an den Ritter, Dresden, 20. I. 1742. Loc. 1165.

[2]) Dat. Deutschbrod, 22. I. 1742. Loc. 1165. — Die Inhaltsangabe dieses Schreibens in D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 3, S. 16 ist im wichtigsten Punkte unrichtig. Der Ritter nimmt die Möglichkeit eines Vormarsches bis zur Thaya an, um seine schlimmen Folgen darzulegen; aber er widerrät ihn unter allen Umständen.

[3]) Der Ritter an Rutowski, Deutschbrod, 25. I. 1742. Loc. 1165.

und französischen Offizieren seinen Plan, bis an die Thaya vorzudringen, mundgerecht zu machen; es glückte ihm aber ebenso wenig, wie der Versuch Polastrons, den Preußenkönig für den Vormarsch auf Budweis und Tabor zu gewinnen.

Da militärische Erwägungen nichts fruchteten, suchte Friedrich auf einem anderen Wege zum Ziele zu kommen. Er nahm nach der gemeinsamen Mahlzeit den Ritter auf die Seite und fing an, die Sachsen in den Himmel zu erheben und auf die Franzosen weidlich zu schimpfen. „Den Polastron müssen wir möglichst bald los werden und dem Marschall Broglie zusenden. Die Franzosen sind freche Menschen, sie halten keine Ordnung, keine Disziplin, und, wenn wir sie bei uns behielten, würden sie die Mähren aufsässig machen.“ Zwischendurch kam Friedrich immer wieder darauf, daß die Sachsen gut tun würden, sich niemals mehr von ihm zu trennen. Dann zog er wieder über die Franzosen her, Polastron zeige immer das pedantische Gesicht eines Lehrers — er war nämlich der Erzieher des Dauphins gewesen — die Franzosen seien unerträglich. Sechelles habe gelegentlich gesagt: „Der König von Frankreich, mein Herr, der König der Könige, macht Könige und verteilt Kronen.“ Von demselben wußte Friedrich noch eine andere schöne Geschichte zu erzählen. Zu einem böhmischen Edelmann sollte er sich geäußert haben: „Sie, Ihre Frau, Ihre Kinder, alles gehört dem König von Frankreich,“ und indem er ihn vorn am Hemd faßte, habe er hinzugesetzt: „Selbst dieses Hemd tragen Sie nur, weil mein Herr es so will.“ Über Belleisle urteilte Friedrich, daß er zwar Temperament und Esprit verrate, aber sein Bruder reite hinter ihm auf demselben Pferde, und der besitze den Verstand. So ging es lange Zeit weiter. Den Worten und Andeutungen Friedrichs entnahm der Ritter, daß er die Franzosen gern wieder aus Deutschland entfernt sähe und daß er zu diesem Zweck an ein Zusammengehen mit August, Karl Albert, ja auch mit König Georg als Kurfürsten von Hannover denke. In derselben Weise wie Friedrich äußerten sich die bei ihm weilenden preußischen Generale [1]).

[1]) Bericht des Ritters, Deutschbrod, 30. I. 1742. Loc. 3282. Zum Teil gedruckt bei Vitzthum, Maurice Comte de Saxe, S. 423 . . . . Il ne m'est pas possible de faire à Votre Majesté un rapport de tout ce que le Roi de Prusse m'a dit: mais je crois être fondé à juger qu'il n'aime absolument

Sowohl bei den militärischen Erörterungen wie während des nach Tische stattfindenden Gespräches hatte sich der Ritter sehr zurückhaltend und wortkarg gezeigt, weil er irgend welche Verantwortung zu übernehmen sich scheute und die Instruktionen des Dresdner Hofes abwarten wollte, besonders da er wußte, daß Rutowski wieder den Oberbefehl erhalten würde. Dem Marschall Schwerin und dem Erbprinzen Leopold hatte er aber, ehe er zu Friedrich geführt wurde, auf ihre Frage, wie er über Friedrichs Plan dächte, geantwortet, daß durch den Vormarsch nach Mähren Broglie und damit Sachsen einer rechtzeitigen Unterstützung seitens der Verbündeten gegen einen Angriff der Österreicher beraubt und dadurch einer großen Gefahr ausgesetzt würden. Leopold übernahm es, die Meinung des Ritters dem Könige mitzuteilen, und deshalb hatte sich der Ritter damit begnügt, als Friedrich ihm seinen Feldzugsplan auseinandersetzte, im allgemeinen zu erwidern, daß er Befehl habe, gemäß den Anordnungen Friedrichs bis nach Iglau vorzurücken.

Gleichwohl schrieb Friedrich am nächsten Tage an August, er habe mit dem Ritter und Polastron den gemeinsamen Vormarsch bis zur Thaya verabredet[1]); er mochte wohl hoffen, daß der Dresdner Hof sich durch die politischen Andeutungen in dem Gespräch mit dem Ritter bestechen lassen und sich seiner Führung anvertrauen würde[2]). In diesen Tagen dachte Friedrich daran,

pas les François, qu'il en est las et qu'il voudroit les voir hors de l'Allemagne, qu'il souhaite sincèrement d'être uni avec Votre Majesté et le Roi de Bohême, pour lequel pourtant il ne marque pas beaucoup d'empressement, et de faire entrer dans ce concert l'Électeur d'Hannovre; quant à ce dernier article j'ai cru entrevoir, lorsqu'il a parlé, combien les François nous pesoient en Allemagne, qu'il pouvoit avoir des vues pour une liaison avec ce prince. Pour Votre Majesté il a fait paroître en tout ce qu'il m'a dit une amitié très sincère. Le prince Léopold de Dessau m'a témoigné qu'il étoit persuadé de la sincérité de son maître. Enfin, Sire, non seulement ce prince, mais le Maréchal Schwerin m'a dit la même chose, et il n'est pas difficile à remarquer dans tous ceux qui sont auprès de la personne du roi qu'ils haïssent cordialement les François et qu'ils sont au comble de leurs voeux de voir une si grande harmonie et union entre Votre Majesté et leur maître, qui m'a fait à moi un accueil de plus gracieux m'ayant embrassé pendant qu'il me parloit et donné des marques d'une bonté très distinguée.

[1]) P. C., II, S. 21.

[2]) Ranke, Preuss. Gesch., 3/4. Bd., S. 504 Anm. u. P. C., II, S. 24/5.

sich den Grafen Brühl dadurch zu verpflichten, daß er ihm durch seinen Einfluß bei Karl Albert, dem neuerwählten Kaiser Karl VII., die Reichsfürstenwürde verschaffen wollte[1]).

Die Sachsen handelten aber nicht, wie Friedrich es wünschte, hauptsächlich weil er über die böhmische Frage kein Wort verlor, aber auch weil von der Donau her so schlimme Nachrichten kamen. Die Niederlage Törrings bei Schärding am 17. Januar 1742, die am 24. Januar erfolgende Kapitulation des Grafen Ségur in Linz und der Fall Passaus am gleichen Tage bestimmten die Sachsen, von neuem Friedrich mit der Bitte anzugehen, sein Unternehmen gegen Mähren aufzugeben und den Broglieschen Plan auszuführen[2]). Friedrich weigerte sich auf diesen Vorschlag einzugehen[3]). Seine Enttäuschung über Sachsens Haltung veranlaßte ihn, dem neuen Versuch Österreichs, durch den nach Olmütz entsandten früheren Erzieher des Großherzogs von Toskana, Baron Pfütschner, eine Verständigung mit Friedrich anzubahnen, so überaus bereitwillig entgegenzukommen[4]). Im Laufe der Verhandlungen äußerte Friedrich zu Pfütschner: „Ich habe die Sachsen in meiner Tasche“[5]); er rechnete darauf, daß die Unterordnung der Sachsen unter seinen Oberbefehl Maria Theresia zur größeren Nachgiebigkeit ihm gegenüber bestimmen würde. Deshalb wies er einen neuen Vorschlag Augusts zurück, der darauf hinauslief, daß die Sachsen und Preußen getrennt gegen die Österreicher vorgehen sollten[6]).

Daß Sachsen ein tatkräftiges Handeln gegen die Österreicher befürwortete, hatte zum Teil Belleisle veranlaßt. Er war der Meinung, daß Friedrichs Vorstoß nach Mähren seinen Zweck durch den Fall von Linz und Passau verloren hatte; deshalb forderte er durch einen Eilboten Friedrich zur Ausführung des Broglieschen Plans auf und drang in Dresden darauf, daß sich Sachsen seinen Vorstellungen bei Friedrich anschloß. Demgemäß

---

[1]) P. C., II, S. 27.

[2]) Brühl an Friedrich, Dresden, 31. I. 1742. Loc. 3392.

[3]) P. C., II, S. 29 u. No. 679 auf S. 26 unter d. 4. II. an Brühl gesandt. Original Loc. 2972.

[4]) Arneth, Maria Theresia, II, S. 35 ff.

[5]) Arneth, II, S. 472.

[6]) August an Friedr., Dresden, 8. II. 1742. Loc. 3392 u. P. C., II, S. 37/8.

erhielt der zur Armee abreisende Rutowski den Auftrag, eine Unterredung mit Friedrich herbeizuführen, in der er ihn umzustimmen suchen sollte[1]). Friedrich wußte, was Rutowski auszuführen hatte[2]); er verschob daher diese Besprechung möglichst lange bis zu der Zeit, da die Vereinigung der Sachsen mit den Preußen vollzogen war[3]).

Die Sachsen und Polastron mit seinen Franzosen brachen am 5. Februar, die Preußen am 6. aus ihren Quartieren auf und vereinigten sich am 10. bei Groß-Meseritsch und Groß-Bitesch. In letzterem Ort schlug Friedrich sein Hauptquartier auf[4]).

Hier suchte ihn Rutowski auf und stellte ihn vor die Wahl, nach der Einnahme von Iglau[5]) entweder mit den Sachsen zusammen die Österreicher bei Budweis anzugreifen, oder die Sachsen zur Unterstützung Broglies abmarschieren zu lassen[6]). Graf Moritz hatte sich ebenfalls im preußischen Hauptquartier eingefunden und setzte Himmel und Erde in Bewegung, um die Sachsen für Broglie zu gewinnen[7]). Bittere Worte fielen von beiden Seiten; Friedrich drohte, nach Schlesien zurückzugehen; Schmettau erklärte, daß sich Preußen mit Österreich verständigen würde, wenn die Sachsen nach Prag abrücken wollten[8]). Die Preußen sprachen jetzt nicht mehr von einem Vorstoß bis vor die Tore von Wien; sie forderten nur, daß die Sachsen bis zum Frühjahr Winterquartiere bei Iglau und Teltsch beziehen sollten, sie würden das gleiche bei Znaim tun[9]).

---

[1]) Weisung an Rutowski, Dresden, 31. I. (Loc. 3293) u. 2. II. (Loc. 1165: Das in Böhmen u. Mähren gestandene Corps. Vol. I.) 1742.

[2]) P. C., II, S. 28 No. 682; dat., Olmütz, 4. II. 1742.

[3]) P. C., II, S. 28/9.

[4]) Vgl. für das Folgende D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 3 u. D. Österreichische Erbfolgekrieg, III u. die neueste Zusammenfassung des in diesen beiden Werken niedergelegten Materials: Bleich, D. mährische Feldzug Friedrichs II. Rostocker Diss. 1901.

[5]) Die Eroberung Iglaus aufzugeben, war niemals die Absicht der Sachsen, wie es D. Kriege Fr. d. Gr. I, 3, S. 47 erscheinen lassen.

[6]) Bericht Rutowskis, Groß-Meseritsch, 11. II. 1742. Loc. 1165: Das in Böhmen u. Mähren gestandene Corps. Vol. I.

[7]) Vgl. Vitzthum, Maurice Comte de Saxe, S. 428 ff.

[8]) Journal der Campagne in Böhmen 1741/2. Loc. 422.

[9]) Journal Loc. 422. Vgl. P. C., II, S. 38.

Am 15. Februar wurde das von den Österreichern geräumte Iglau besetzt. Polastron zog in der Richtung auf Prag ab, und Rutowski war im Begriff, ihm zu folgen, als er am 19. aus Dresden den Befehl erhielt, sich weiterhin Friedrich unterzuordnen.

Welche Gründe hatten in Dresden diesen Entschluß gezeitigt?[1])

Wie wir gesehen haben, war Brühl Anfang Februar entschlossen, der Anregung Belleisles zu folgen, durch den Vormarsch über Neuhaus nach Budweis, für den er Friedrich gewinnen zu können glaubte, die Österreicher aus Südböhmen zu verdrängen und dadurch die schwache Armee Broglies von der Gefahr einer Überrennung durch die an Zahl weit überlegenen Österreicher zu befreien. „Frankreich fing nämlich endlich an, die hervorragenden Leistungen der Sachsen anzuerkennen." Die Wirkung des sächsischen Vorschlages auf Friedrich, die sich in seinen Briefen und Äußerungen gegen Valory kundgab, weckte aber bei den Franzosen den Verdacht, daß Friedrich sich von der Koalition lossagen könnte; er hatte nämlich Valory benachrichtigt, daß ihm von Österreich neue Friedensanerbietungen gemacht worden seien[2]). Die Folge war, daß nun Belleisle das weitere Verbleiben der Sachsen unter dem preußischen Oberbefehl ängstlich empfahl. Saul gegenüber äußerte er, daß die auf Böhmen gerichteten sächsischen Pläne durch das Verhalten der Sachsen gegen Friedrich von Tag zu Tag an Aussicht auf Verwirklichung verlören. Dazu kamen die von allen Seiten einlaufenden Berichte über Drohungen, die Friedrich gegen die Sachsen ausgestoßen haben sollte. Zu Valory hatte er gesagt: „Wenn mich die Sachsen hier sitzen lassen, so schwöre ich Ihnen, daß ich diese Tat nie vergessen und verzeihen werde"[3]). Den Sinn der Worte wußte sich Brühl wohl zu deuten, da er in Erfahrung

[1]) Rutowski fühlte sich durch die getroffene Entscheidung bloßgestellt und bat um seine Abberufung. Um den Halbbruder des Königs zu beruhigen, verfaßte Brühl ein Mémoire pour Mr. le Comte Rutowskj, Dresden 24. II. 1742 (Loc. 3392), in dem er ihm die Beweggründe seiner Handlungsweise auseinandersetzte. Vgl. auch Belleisle an Amelot, Frankfurt, 11. u. 13. II. 1742 bei Broglie Frédéric II et Marie-Thérèse, II, S. 385/6.

[2]) P. C., II, S. 30.

[3]) Vgl. Mémoires de Valory, I, S. 147.

gebracht hatte, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich ihren Fortgang nahmen; er war daher fest davon überzeugt, daß in kurzem ein preußischer Sonderfriede zu stande kommen würde. Es galt also, Partei zwischen Frankreich und Preußen zu ergreifen. Weigerte sich nun Brühl auf Friedrichs Wünsche einzugehen, so konnte dieser die Gelegenheit als Anlaß zum Ausscheiden aus der Allianz benutzen und sich mit Österreich, England und Holland verständigen. Dann durfte man zum mindesten ein scharfes Vorgehen Englands gegen Frankreich erwarten. Da sich die Sachsen in militärischer Beziehung auf die Franzosen und Bayern wenig verlassen konnten, so würde es für sie, wenn Friedrich die Partei wechselte, unmöglich sein, Böhmen zu behaupten oder nur Sachsen vor feindlichen Angriffen zu decken: Sachsen hätte also sofort dem preußischen Beispiel nachfolgen müssen. Da war es doch ratsamer, sich von vornherein mit Friedrich gutzustellen, besonders da Frankreich in der böhmischen Frage Brühl nur mit schönen Worten abzuspeisen suchte und selbst zugestand, daß ohne Friedrichs Mitwirkung keine Änderung des Partagetraktats vorgenommen werden könnte[1]).

In seinem Entschlusse, zu Friedrich zu halten, wurde Brühl noch durch den Umstand bestärkt, daß, als kaum die Entscheidung in Dresden gefallen war, ein neuer Brief Belleisles einlief mit der Forderung, nach der Einnahme Iglaus nun doch die sächsischen

[1]) . . . . Si les affaires prennoient un train d'accomodement entre le Roi de Prusse et la Reine de Hongrie, comme il y a beaucoup d'apparance, dans la nécessité où nous nous trouverions de nous y laisser entraîner, il nous convient mieux d' être restés unis avec le Roi de Prusse que de nous en être détachés. . . . . La France nous promet une ratification d'un traité de partage, fait à la hâte et sans se donner de loisir d'y apporter des proportions convenables même à ses propres intérêts; cependant elle ne donne que des paroles générales et de l'heure qu'il est elle n'a pas seulement encore ratifié son accession à la convention, que nous avons fait avec la Bavière, quoique ce soit son propre ouvrage; avec cela la France nous assure positivement, que sans le concours du Roi de Prusse la susdite rectification équitable n'est pas à espérer pour nous. — Die französische Präliminaraccession zu dem Frankfurter Vertrage war ungültig, weil in ihr die Abtretung von Glatz und der Neißelisière an Preussen nicht erwähnt war. In die Ratifikationsurkunde wollte Sachsen einen Paragraphen aufgenommen wissen, der sich auf seine Entschädigung für die Neißelisière und den damit im Zusammenhange stehenden Ländertausch bezog.

Truppen zu Broglie abmarschieren zu lassen. Gegen eine derartige Behandlung bäumte sich Brühls Selbstbewußtsein auf.

Ein Zusammengehen mit Preußen war aber für Sachsen nur möglich, wenn Friedrich in der böhmischen Frage nachgab. Am 1. März verließ der Eilbote Dresden, der dem in Breslau weilenden Gesandten Bülow den Befehl überbrachte, sich nach Friedrichs Hauptquartier zu begeben; er sollte feststellen, wie es um die preußischen Friedensverhandlungen bestellt sei, damit Sachsen dabei nicht vergessen würde, und deswegen sollte er eine Verständigung mit Friedrich über Böhmen herbeiführen[1]).

Am 7. März brach Bülow von Breslau auf, vier Tage später traf er in Olmütz ein. Weiter ließen ihn die Preußen nicht reisen, angeblich wegen der Unsicherheit der Straßen. So wurde es Bülow unmöglich gemacht, die Verhandlungen mit Friedrich zu eröffnen und die Annäherung Sachsens an Preußen anzubahnen. Um so beunruhigender wirkten die fortdauernden Friedensgerüchte; bald hieß es, daß die Seemächte, bald wieder, daß einzelne Reichsfürsten, wie der Bischof von Bamberg und Würzburg, einen Sonderfrieden zwischen Österreich und Preußen zu vermitteln strebten. Frankreich unterhandelte ebenfalls mit Österreich. Selbst der kriegslustige Belleisle sprach die Besorgnis aus, daß die Verbündeten sich nächstens zum Frieden gezwungen sehen würden[2]). Sachsen mußte also entweder mit Preußen ins reine kommen oder selber mit Österreich anknüpfen. An den in Wien trotz des Krieges weilenden sächsischen Residenten, den Hofrat Friedrich Gregor von Lautensack, erging am 30. März die Weisung, bei günstiger Gelegenheit durchblicken zu lassen, daß sein Herr gern bereit sein würde, die Vermittelung zwischen Maria Theresia und ihren Feinden in die Hand zu nehmen[3]). Wollte sich Österreich eines Vermittlers bedienen, so standen ihm die Freundschaftsdienste Englands jederzeit zur Verfügung; die sächsischen Andeutungen fielen daher auf unfruchtbaren Boden. Einen Sonderfrieden konnte weder Sachsen allein abschließen, noch war Österreich damit viel gedient.

---

[1]) Weisung an Bülow, Dresden, 1. III. 1742; ausführliche Instruktionen, Dresden, 2. u. 5. III., am 7. Bülow nachgeschickt. Loc. 2995.

[2]) Weisung an Bülow, Dresden, 30. III. 1742. Loc. 2995.

[3]) Loc. 2908.

Ebenso wenig kam Bülow an sein Ziel. Aus den Äußerungen des sich in Olmütz aufhaltenden Podewils ging hervor, daß Preußen unter keiner Bedingung bereit war, das östliche Böhmen den Sachsen zu überlassen. Anfang April wurde Bülow im Namen Friedrichs ausdrücklich mitgeteilt, daß es in so kritischen Zeiten unangebracht sei, am Frankfurter Vertrage zu rütteln[1]). Endlich am 6. April gewährte ihm Friedrich eine Audienz in Wischau. In ihr erhielt Bülow denselben Bescheid, man möge erst den Bären erlegen und dann sein Fell teilen; Abänderungen des Vertrages könnten beim Friedenschlusse vorgenommen werden, aber nicht eher. Als nun Bülow fragte, ob Friedrich früher oder später die sächsischen Ansprüche unterstützen wolle, antwortete Friedrich mit leeren Komplimenten[2]).

Die Absicht, mit Sachsen zusammenzugehen, hatte Friedrich noch im Anfang Februar gehegt, dann aber schnell wieder fallen gelassen. Von dem Baron Pfütschner verlangte er am 4. Februar für Sachsen Oberschlesien und einen Teil Mährens[3]); als im Beginn des März der Olmützer Domherr Graf Giannini die Verhandlungen mit Friedrich weiterführte, bestand noch Friedrich auf einer Landabtretung an Sachsen, aber die Äußerungen seiner Umgebung ließen erkennen, daß diese Forderung nicht sonderlich ernst gemeint war[4]). In der zweiten Hälfte des März befreundete sich Friedrich immer mehr mit dem Gedanken an einen Sonderfrieden[5]). Sachsen sollte schließlich Oberschlesien erhalten, falls Maria Theresia bereit wäre, den Königgrätzer Kreis und Pardubitz an Preußen abzutreten; sonst wollte Friedrich an Stelle der böhmischen Gebiete sich mit Oberschlesien begnügen. Sachsen sollte dann mit einem Stück des Leitmeritzer oder des Saazer Kreises vorlieb nehmen[6]).

Bei einer derart großen Meinungsverschiedenheit war eine Verständigung zwischen Preußen und Sachsen unerreichbar; beiden

[1]) Vgl. P. C., II, S. 107.

[2]) Bericht Bülows, Olmütz, 8. IV. 1742. Loc. 2995. Die letzte Frage Bülows wird für Friedrichs Gedächtnis die Ursache zu der i. d. Publik., IV, S. 254 u. Oeuvres, II, S. 114 erzählten Anekdote abgegeben haben.

[3]) Arneth, Maria Theresia, II, S. 472.

[4]) D. Österr. Erbfolgekrieg, III, S. 347 ff.

[5]) Grünhagen, II, S. 204 ff.

[6]) P. C., II. S. 104/5.

Teilen kam die Unversöhnlichkeit der preußischen mit den sächsischen Bestrebungen so recht wieder zum Bewußtsein. Gesteigert wurde die feindselige Stimmung durch die militärischen Vorgänge in Mähren.

---

Die Preußen hatten Mitte Februar an der Südgrenze Mährens längs der Thaya über Znaim bis nach Nikolsburg Stellung genommen; die Sachsen hatten, nachdem sie dem Befehl Friedrichs wieder unterstellt worden waren, bei Iglau und Teltsch Quartiere bezogen. Rutowski und der Ritter von Sachsen waren nun auf Grund der von Friedrich in den letzten Tagen getanen Äußerungen der Meinung, daß die Operationen für den Winter beendet seien, und sie dachten daran, nach Friedrichs Abreise aus dem Lager sich nach Dresden zu begeben[1]). Die Zeit zum Ausruhen war aber noch nicht gekommen.

Der Mangel an Lebensmitteln steigerte sich von Tag zu Tag und wurde sehr schnell drückend. Friedrich riet deshalb, die Sachsen sollten durch einen Streifzug aus Obermanhartsberg, dessen Klöster und Abteien durch ihren Reichtum berühmt waren, alles Geld, alle Wertsachen und Lebensmittel fortführen, die Prälaten, Edelleute und Amtmänner mit sich nehmen und sie nur gegen ein hohes Lösegeld wieder laufen lassen[2]). Friedrich schlug also die Ausplünderung eines Sachsen im Frankfurter Partagetraktat zugewiesenen Gebietes vor, aus dessen Einnahmen die Kosten der sächsischen Heeresvermehrung gedeckt werden sollten. Das westliche Mähren war schon arg mitgenommen; raubte man noch Obermanhartsberg aus, so verringerte sich der Wert der Landstrecken, gegen die Sachsen möglichst viel böhmischen Boden einzutauschen beabsichtigte. Das Geschrei der geplünderten und entführten Priester konnte auch leicht an dem streng katholischen Dresdner Hofe eine arge Verstimmung gegen den Führer der Armee hervorrufen. Aus diesen Gründen, nicht aus Schlaffheit und Bequemlichkeit, verschob Rutowski die Ausführung des Unternehmens, sehr zum Schaden der Verbündeten, bis es zu spät war; denn gerade in jenen Tagen, da die österreichische Heeresleitung

---

[1]) Rutowski an Brühl, Iglau, 20. II. 1742. Loc. 3293.

[2]) Für das Folgende ist das Armeejournal (Loc. 422) die Quelle.

fortwährend Beratungen über Beratungen abhielt, ohne doch zu einem Entschluß zu kommen, hätte ein leichter Anstoß genügt, den Abmarsch der Österreicher von Budweis und Tabor herbeizuführen[1]), besonders wenn man den Schrecken berücksichtigt, den der preußische Streifzug nach Niedermanhartsberg zur Folge hatte[2]).

Als in den letzten Tagen des Februar und im Anfang März einige Truppenverschiebungen stattfanden[3]), befahl Friedrich aus den Plätzen, die geräumt wurden, alle Lebensmittel, alle Bauernpferde und Wagen mitzunehmen oder zu vernichten, damit sich der Feind nicht nach dem Abzuge der Verbündeten an diesen Orten einnisten könnte. Der Verfasser des Armeejournals, der Generalmajor von Arnim, schloß den Bericht über diese Vorschrift mit den wehleidigen Worten: „Auf solche Weise wird man schwerlich dazu kommen, sich die Herzen der Bevölkerung zu erobern."

Zu diesem Zweck war Rutowski von Dresden aus die größte Schonung des Landes empfohlen worden. Der sächsische Soldat mußte bar bezahlen, was ihm die Bevölkerung lieferte, und die strengste Manneszucht halten. Ein solches Verfahren trug nicht dazu bei, dem Mangel an Lebensmitteln abzuhelfen. Die zum guten Teil aus Rekruten bestehenden sächsischen Regimenter litten schwer unter der scharfen Kälte. Der Schnee lag drei Ellen hoch. „Bei gegenwärtigem tiefen Schnee", so schrieb der Leiter der sächsischen Feldpost, Kommissionsrat Jakobi[4]), „ist eine recht grimmige Kälte und schneidender Wind, welcher Mark und Bein durchdringt; die Truppen werden sehr mitgenommen". Trafen endlich die Soldaten erschöpft an ihrem Bestimmungsorte ein, so erwartete sie manchmal kein angenehmer Anblick. „Auf dem Anheromarsche von Pirnitz", so schreibt aus Budwitz am 5. März derselbe Jakobi, „haben wir more consueto die Preußen zu Vorgängern gehabt, folglich allerwegen leere Nester gefunden, als welche an vielen Orten so wirtschaftlich verfahren, daß sie Wein und Bier, so nicht consumiert werden können, in den Keller laufen lassen, um nur das leere Gefäß zur Fortschaffung des

[1]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 3, S. 86 ff.
[2]) Arneth, Maria Theresia, II, S. 40.
[3]) D. Kriege Fr. d. Gr., I, 3, S. 73 ff.
[4]) Jakobi an Hennicke, Pirnitz, 2. III. 1742. Loc. 3300.

mitzunehmenden Getreides zu bekommen, und indem sie Vieh und Flügelwerk mitnehmen, stehen die Ställe leer und die Scheunen ausfouragiert, daß folglich an vielen Orten nichts als blutarmes Volk vorhanden, das uns beweglich um Almosen angesprochen."

Die Preußen verfuhren nach dem damaligen Kriegsbrauch und brandschatzten das Land. Der Kreis Iglau mußte ihnen 34500 Gulden für den März und ebenso viel für den April zahlen und 319 Rekruten stellen. Die preußischen Soldaten nahmen an Geld und Lebensmitteln mancherlei mit. Eine derart verschiedene Behandlung der Mannschaft rief bei den Sachsen Neid und Wut hervor, die minderwertigeren Leistungen der sächsischen Truppen bei den Preußen Hohn und Verachtung. So fraß sich in den Herzen der sächsischen Soldaten der Haß gegen die Preußen immer tiefer ein. Die Offiziere erbitterte das Fehlschlagen des ganzen Feldzuges.

Der von Friedrich so oft prophezeite Abmarsch der Österreicher von Budweis trat zunächst nicht ein, weil der österreichische Oberfeldherr Karl von Lothringen sich zu keinem entscheidenden Entschlusse aufraffen konnte[1]). Über die Thaya weiter vorzudringen, durch eine Rechtsschwenkung die Front nach Westen zu nehmen und dadurch jene österreichische Stellung ernsthaft zu gefährden, wie Friedrich es in Dresden geplant hatte, war die Armee doch nicht in der Lage[2]). So mußten sich die Verbündeten damit begnügen, den Besitz von Mähren sich zu sichern, und deshalb befahl Friedrich Anfang März, daß die sächsische Infanterie und ein Teil der Preußen Brünn belagern sollten, während sie das Gros der Preußen und die sächsische Kavallerie gegen feindliche Angriffe decken würden. Friedrich hoffte, daß Brünn nach 8—10 tägiger Belagerung fallen würde; dann wollte er mit den Sachsen Preßburg nehmen; zu gleicher Zeit sollten die Franzosen, durch neue Truppen verstärkt, Bayern von den eingedrungenen Österreichern säubern, Österreich wiedererobern und längs der Donau auf Wien marschieren[3]).

---

[1]) Arneth, Maria Theresia, II, S. 29 ff.

[2]) D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 3, S. 76 ff. — D. Österr. Erbfolgekrieg, III, S. 335 ff.

[3]) Bericht Rutowskis, Dresden, 14. III. 1742. Loc. 3282.

Am 10. März traten die Sachsen den Marsch gegen Brünn an. Rutowski hatte es erreicht, daß er vom Oberbefehl befreit wurde; am 7. übernahm ihn wieder der Ritter von Sachsen. Nun aber zeigte es sich, daß die von Friedrich oft unwillig zurückgewiesenen Klagen der sächsischen Offiziere über die Erschöpfung ihrer Truppen voller Berechtigung waren. Anfang Januar zählte die sächsische Infanterie 11400 Mann, die Kavallerie 4780. Im Januar schieden 150 Infanteristen und 20 Kavalleristen aus; auch im Februar war der Abgang nicht allzu stark. Im März brachen aber infolge der schlechten Verpflegung, der Anstrengungen und des in der Mitte des Monats eintretenden Tauwetters verheerende Krankheiten aus. Bei der Mobilmachung im Frühjahr 1741 waren dem Lazarett nur 13 Knechte und 30 Pferde zugeteilt worden; diese auch für jene Zeit unverständliche Sparsamkeit rächte sich jetzt bitter. Am 14. März schätzte der Ritter seine kampffähigen Mannschaften auf etwa 12000 Mann. Besonders die Infanterie litt furchtbar; sie zählte wenig mehr noch als 7000 Köpfe. Über 2000 Kranke führte die Armee mit sich. Die meisten von ihnen wurden am 14. von der Front weg nach Groß-Bitesch geschafft; am 25. befanden sich dort 50 Offiziere und 1850 Mann; 119 waren gestorben. Zu dieser Zeit hatten die Bataillone schon mehr als ihren halben Bestand eingebüßt; der Ritter verfügte nur noch über 5000 Infanteristen und berechnete, daß er die Hälfte zur Deckung des Gepäcks und der Kranken zurücklassen müsse, also nur mit 2500 Mann gegen den Feind vorgehen könne[1]).

Die Schwierigkeiten, die die Truppen zu überwinden hatten, wuchsen von Tag zu Tag. Das Requisitionsverfahren lockerte alle Bande der Disziplin. In Mähren brach der Volkskrieg los. Die Bauern verbargen oder vernichteten, was sie Genießbares besaßen, und steckten die Dörfer in Brand, in denen die Verbündeten sich einquartiert hatten.

In den letzten Tagen des März war die Einschließung Brünns vollendet. Seit der Mitte des Monats hatte Friedrich damit gerechnet, daß die aus Bayern und Südböhmen heranrückenden Österreicher ihn mit Gewalt aus Mähren zu vertreiben suchen würden[2]); eine siegreiche Schlacht sollte ihn aus der Notlage

[1]) Der Ritter an Schmettau, Rossitz, 22. III. 1742. Loc. 1165.

[2]) D. Kriege Friedrichs d. G., I, 3, S. 129 ff.

befreien. Da aber die Österreicher lieber dem Hunger und den Krankheiten die Vernichtung der Feinde überließen, so mußte sich Friedrich Anfang April zum Rückzug entschließen; er befahl den Sachsen, zur Unterstützung des sich fortwährend vom Feind bedroht fühlenden Broglie geradenwegs nach Prag abzumarschieren [1]).

Wie dieser Befehl ausgeführt werden sollte, war schwer zu sagen [2]). In dem Lazarett in Groß-Bitesch hatten die Sachsen allein mehr als 2000 Kranke, ungerechnet die bei den Regimentern befindlichen. Sie sollten zunächst nach Olmütz gebracht werden; dazu bedurfte man etwa 500 Wagen; diese Zahl war nirgends aufzutreiben. Die Pferde und Zugochsen hatten in letzter Zeit nur noch Stroh zu fressen bekommen. Selbst diese Vorräte waren jetzt erschöpft und die Tiere so schwach, daß sie nicht mehr ziehen konnten. Was an Kranken weggeschafft werden konnte, wurde weggeschafft; trotzdem führte die Armee noch 3000 mit sich, teils auf Wagen, teils mußten sie sich zu Fuß weiter schleppen. Das Regiment Prinz Xaver hatte so starke Abgänge, daß es Anfang April aufhören mußte, Dienst zu tun.

Am 7. April erfolgte der Aufbruch. Die Bauern und die Husaren fuhren fort, die marschierenden Truppen zu belästigen und ihnen durch Anzünden der Gehöfte die Möglichkeit zu rauben, sich einige Stunden auszuruhen. So verbrannten in der Nacht vom 9. zum 10. April in einer Meierei 144 Pferde. Da blieb nichts übrig, als die letzte Kriegsbeute, die aus den mährischen

---

[1]) Die von Friedrich in den Publik., IV, S. 252 u. Oeuvres, II, S. 112 gegebene und dann häufig z. B. von Flathe, Gesch. d. Kurstaates u. Kgrs. Sachsen, II, S. 422 u. D. Österr. Erbfolgekrieg, III, S. 442/3 nacherzählte Anekdote, daß August die Absendung der sächsischen Belagerungsartillerie aus Geldmangel unterlassen habe, während er zur selben Zeit sich einen teuren Smaragd gekauft habe, gehört in das Reich der Fabel. Ehe Rutowski die Armee verließ, verabredete er mit Friedrich, daß zur Belagerung Brünns auf Rechnung der sächsischen Staatskasse aus Brieg 24-Pfünder und Munition, aus Sachsen ein Dutzend Mörser kommen sollten. (Ber. Rutowskis, Dresden, 14. III. 1742. Loc. 3282). Die Mörser konnten in der kurzen Zeit nicht herangeschafft werden, die 24-Pfünder aber wegen Pferdemangel auch nicht. In der Audienz am 6. April betonte Friedrich dem sächsischen Gesandten Bülow gegenüber, daß infolgedessen die Belagerung Brünns undurchführbar sei; in ganz Schlesien seien keine Pferde aufzutreiben.

[2]) Vgl. D. Österr. Erbfolgekrieg, III, S. 482.

Schlössern weggeführten alten Doppelhaken, und die Munition für die sächsischen Haubitzen zurückzulassen, um nur vorwärtszukommen. Auf den schlechten, vom Regen durchweichten Wegen im gebirgigen Gelände blieben die Wagen stecken; die Truppen marschierten manchmal von 4 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts. Häufig blieben die Kranken am Wege zurück. Ein Oberst wurde infolge der Anstrengungen wahnsinnig und nahm sich das Leben. In Austup wurden am 15. April vier sächsische Kompanien von den Kroaten und der Dorfbevölkerung überfallen; die Österreicher siegten, an 350 Sachsen wurden getötet oder gefangen genommen. Die Kasse und die Bagage des Regiments und vier Kanonen fielen in die Hände des Feindes. Vier andere Geschütze waren noch vor Brünn am 31. März beim Brande eines Dorfes unbrauchbar geworden.

Die Stimmung der Mannschaft und der Offiziere war ein Gemisch von Wut und Verzweiflung. „Die Berichte der Generale melden", so schrieb der Ritter dem Obersten v. Schmettau[1]), „daß man nicht einmal Bier, geschweige denn Brot gefunden hat; so haben wir bis jetzt nur von der Luft und vom Marschieren gelebt." Kommissionsrat Jakobi meldete: „Den gestrigen Marsch haben wir sehr ungestümes Wetter von Regen und Schnee gehabt, welchem ein solcher dicker und stinkender Nebel gefolget, welcher unseren Kranken gleichsam den letzten Stoß gegeben, wie denn in abgewichener Nacht von der ersten Garde allein 36 Mann gestorben sein sollen. Ein kläglicher Anblick, wenn beim Einrücken in die Standquartiere beim Abladen zwanzig, dreißig tot gefunden werden, welche auf dem Marsche ohne geistliche und leibliche Konsolation aus der Welt geschieden. Die Not und das Elend, das wir den ganzen Winter durch ausgestanden und noch ausstehen, kann nicht genug beschrieben werden. Morgen wollen wir zwar eine Meile Weges weitermarschieren, ich glaube aber, daß es deswegen wird unterbleiben müssen, weil die Generalbagage noch seit gestern zurück ist, auch wegen des mordbösen Weges kaum heute Abend anlangen wird. Wo wir heute stehen, ist ein elendes Dorf von 18 Schuppen, wo nichts von Lebensmitteln vorhanden, ein Teller voll eingemachter Erbsen und

[1]) Dat. Nowy Rady, 19. IV. 1742. Loc. 1165.

Wasser ist heute meine und vieler anderen Mittagsmahlzeit gewesen. Die Unordnung, so bei uns regiert, da ein jeder befiehlt, nimmt täglich mehr überhand“ [1]).

Der Marsch der Sachsen ging über Politschka, zwischen Czaslau und Chrudim hindurch nach Elbteinitz. Der Ritter wollte möglichst bald die Elbe überschreiten, um, durch sie und die hinter ihr stehenden Preußen im Rücken und in der linken Flanke gedeckt, seine nicht mehr kampffähigen Truppen weiter nach Nordböhmen zu führen; er hatte nur noch etwas über 3000 Mann Infanterie unter den Waffen. Friedrich versagte ihm aber die Erlaubnis, bei Pardubitz über die Elbe zu gehen, da sich dann die preußischen und sächsischen Truppen auf dem Marsche kreuzen mußten und die Lebensmittel für beide Teile nicht ausreichten; er riet dem Ritter, sich auf dem linken Elbufer nach Prag zu wenden [2]). Die Berichte des Ritters über den Zustand der Truppen bewirkten aber, daß ihm von Dresden der Befehl zuging, sich bis in die Nähe der sächsischen Grenze zurückzuziehen; nun konnte Friedrich den Flußübergang nicht mehr verbieten [3]). Drei Tage lang dauerte er, vom 26. bis zum 28. April.

Auf dem rechten Ufer fielen die ausgehungerten Menschen über alles Eßbare her, spannten die Bauernpferde vor ihre Wagen und verübten allerhand Excesse, die heftige Beschwerden Friedrichs zur Folge hatten [4]). Von den anderen Bundesgenossen wurde das Erscheinen der Sachsen in Böhmen wegen des ausgesogenen Zustandes dieses Landes mit Übelwollen und Mißtrauen beobachtet. Es entwickelte sich ein gereizter Meinungsaustausch zwischen den Sachsen und dem Kaiser, dem französischen Armeeintendanten Sechelles und dem Marschall Broglie über die Standorte und die Verpflegung der Truppen. Die Sachsen ließen sich aber durch nichts anfechten, sie setzten ihren Marsch fort, trafen den 6. Mai in Leitmeritz ein und bezogen hinter der Eger Kantonnementsquartiere. Mit dem Oberbefehl übernahm der Herzog von Weißen-

---

[1]) Jakobi an Hennicke, Hauptquartier Slibowitz, 23. IV. 1742. Loc. 3300.

[2]) Friedrich an den Ritter, Zwittau, 13. IV. 1742. Loc. 1165: Das in Böhmen und Mähren gestandene Corps. Vol. III. — Vgl. D. Kriege Friedrichs d. Gr., 1, 3. S. 162 u. 336.

[3]) P. C., II, S. 130.

[4]) P. C., II, S. 138/9.

fels die undankbare Aufgabe, aus einem Haufen verwilderter und kranker Menschen mit verwahrloster Ausrüstung eine neue Armee zu bilden.

So endete der Versuch einer Annäherung an Preußen. Am Schluß des Buches, in das der Ritter von Sachsen seinen Briefwechsel mit Friedrich eintragen ließ, schrieb er eigenhändig in französischer Sprache: „Gott sei's gedankt, daß ich von seinem Oberbefehl befreit bin[1]." Er gab mit diesen Worten dem Gefühl Ausdruck, das die ganze sächsische Armee, vom höchsten Offizier bis zum jüngsten Rekruten, beherrschte.

---

Fünftes Kapitel.

## Der Friedenschluss und das Wiener Bündnis vom 20. Dezember 1743.

Wer die sächsische Politik der Folgezeit verstehen will, wird guttun, sich der Ereignisse des Frühjahrs 1742 zu erinnern. Als die sächsischen Truppen Mitte Februar 1742 dem Preußenkönig endgültig zur Verfügung gestellt wurden, hatte Brühl auf einen baldigen Friedenschluß gerechnet, der den Sachsen für ihr Eingehen auf Friedrichs Wünsche einen reichlichen Lohn verschaffen sollte. Brühl hatte gehofft, durch Friedrich Ostböhmen, Mähren und Oberschlesien zu gewinnen und durch die Angliederung der genannten Gebiete an Sachsen rechtzeitig den Gefahren vorbeugen zu können, welche die Besetzung Schlesiens seitens der Preußen für Sachsens politische wie wirtschaftliche Selbständigkeit heraufbeschworen hatte. Der Verlauf des mährischen Feldzuges zertrümmerte unbarmherzig seine Luftschlösser. Dem rückblickenden Historiker zeigen sich mancherlei Ursachen, die das völlige Scheitern des mährischen Feldzuges herbeiführten[2]; aber wie Friedrich den Sachsen die Hauptschuld an dem Fehlschlagen seines Unternehmens zuschob und seinem Haß gegen den Nachbar die Zügel schießen ließ[3], so setzten die Sachsen,

[1] Loc. 1165.

[2] Koser, König Friedrich d. Gr., I, S. 162/3.

[3] P. C., II, S. 108—110; 114; 128.

weil er den Vormarsch nach Mähren veranlaßt hatte, alles Unglück, das sie traf, auf seine Rechnung. So oft später, 1744 und 1756, ein militärisches Zusammenwirken mit Preußen in Frage kommen konnte, wachten sicher die Erinnerungen an den mährischen Feldzug wieder auf. Von Friedrich durfte Brühl nicht mehr den Anstoß zu einer Abtretung eines Teiles von Böhmen an Sachsen erwarten. Ein politisches Einverständnis mit Preußen kam nach den Erfahrungen, die Sachsen gemacht hatte, nicht mehr in Betracht.

Die Verhandlungen mit Frankreich über die böhmischen Kreise rückten aber auch nicht vom Fleck. In Paris sagte man den Sachsen viele freundliche Worte; der Staatssekretär Amelot erklärte in den ersten Tagen des April, daß Belleisle Befehl habe, den Kaiser zum Verzicht auf jene böhmischen Kreise zu Gunsten der Sachsen zu bestimmen, aber der König von Preußen müsse auch um seine Zustimmung angegangen werden, damit er nicht die Gelegenheit benutze, sich von der Koalition loszusagen[1]). Der Bescheid kam einer abschlägigen Antwort gleich.

Die Beziehungen zu Sachsens früheren Bundesgenossen, England-Hannover und Rußland, hatten sich völlig gelockert. Die Berichte des sächsischen Gesandten und Kammerherrn, des Freiherrn von Gersdorf, entrollten ein düsteres Bild der russischen Zustände, seitdem die Großfürstin Anna und ihr Gemahl, der braunschweigische Prinz Anton Ulrich, im Dezember 1741 von der Tochter Peters des Großen, Elisabeth, gestürzt worden waren. „Die Verwirrung, die im Schoße dieser Regierung bis jetzt herrscht," so schrieb Gersdorf am 13. März 1742 aus Petersburg[2]), „ist so groß, der Einfluß der Minister, an die man sich wenden muß, so wenig gefestigt und ein jeder ohne Ausnahme so unzufrieden, daß — wenn man auch davon absieht, daß die fürchterlichsten Ereignisse und alle möglichen Revolutionen immer noch eintreten können — wenigstens so viel feststeht, daß man garnicht daran denken kann, irgend eine ernsthafte Verhandlung mit diesem Hofe anzuknüpfen oder zu Ende zu führen."

---

[1]) Bericht Loss', Paris, 9. IV. 1742; in Leipzig 22. IV. Loc. 2736. Vgl. dazu die Weisung an Belleisle vom Ende April bei Koser, I, S. 176.

[2]) Loc. 3019.

Mit England-Hannover war die Fühlung infolge des am 11./22. Februar 1742 erfolgten Sturzes des langjährigen Ministerpräsidenten Robert Walpole verloren gegangen. Sein Nachfolger in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Lord Carteret, schlug andere Bahnen ein; er drängte auf den Krieg mit Frankreich. Um ihn erfolgreich führen zu können, ging er zunächst darauf aus, den Franzosen ihre deutschen Bundesgenossen abwendig zu machen. Deshalb wurden die Versuche, zwischen Preußen und Österreich den Frieden zu vermitteln, wieder ernsthaft aufgenommen; Sachsen glaubte Carteret durch einfachere Mittel zum Wechsel seiner Politik bestimmen zu können. Am 23. April eröffnete der englische Gesandte am Dresdner Hofe, Sir Thomas Villiers, dem Grafen Brühl und dem Pater Guarini, am nächsten Tage dem König August selbst, daß England nunmehr entschlossen sei, Maria Theresia auf jede Weise zu unterstützen. König Georg habe ihr den Besitz ihrer deutschen Staaten garantiert; die hannöverischen Truppen würden bei der Durchführung der englischen Pläne Verwendung finden — die Drohung war deutlich. Holland sei bereit, sich dem Vorgehen Englands anzuschließen; man hoffe, Preußen auf die Seite der beiden Seemächte hinüberzuziehen. Sachsen würde daher guttun, sich ebenfalls dieser Partei anzuschließen[1]).

Auf den Dresdner Hof wirkte die Mitteilung Villiers' niederschmetternd. Die Macht, die Sachsen im Sommer 1741 ermuntert hatte, mit Frankreich in Unterhandlungen zu treten, forderte jetzt einen völligen Systemwechsel, ohne eine Landerwerbung oder einen anderen politischen Vorteil als Entschädigung für die bisher von Sachsen gebrachten Opfer in Aussicht zu stellen. Ein Übertritt Preußens auf die Seite der Feinde schien bevorzustehen. Wie im Frühjahr und Herbst des vergangenen Jahres zeigte es sich jetzt wieder, daß ein Staat wie Sachsen tatsächlich nicht mehr im stande war, eine selbständige Rolle in der europäischen Politik zu spielen. Friedenssehnsucht bemächtigte sich aller Gemüter[2]).

[1]) Précis des ouvertures que l'envoyé d'Angleterre, Mr. de Villiers, fit par ordre de sa cour le 23 d. c. à. S. E. le Comte de Bruhl en présence du Rev. Père Guarini et le lendemain au Roi même dans une audience particulière. Dresden, 24. IV. 1742. Loc. 3366.

[2]) Arneth, Maria Theresia, II, S. 85/6.

Für einen Augenblick war Brühls Stellung erschüttert[1]); ängstlich suchte er sich aus der verfahrenen Lage herauszuhelfen.

Villiers erhielt am 25. April die ausweichende Antwort, daß sich Sachsen zunächst mit seinen Verbündeten über seine künftige politische Haltung beraten müsse. Noch am 24. wurde Friedrich um seinen Rat angegangen[2]). Seine Erwiderung lautete wenig tröstlich; das beste sei, meinte er[3]), die Eröffnungen Villiers' mit Stillschweigen zu übergehen. Wollten die Engländer wirklich in den Krieg eingreifen, so würden sie durch leere Worte von ihrem Vorhaben nicht abzubringen sein; hätten sie nicht diese Absicht, so könnte der Versuch, sie umzustimmen, als ein Zeichen von Furcht ausgelegt werden und sie zu Schritten ermutigen, die sie sonst vielleicht unterlassen hätten. Jedenfalls wäre für die Engländer der natürliche Kriegsschauplatz Flandern; August und Friedrich hätten also als norddeutsche Fürsten von ihnen nichts zu fürchten. Das Versprechen der Verteidigung Sachsens gegen einen Angriff seitens Hannovers, das man in Dresden wohl erwartet hatte, erfolgte nicht.

An demselben Tage, an dem August an Friedrich schrieb, erging an Gersdorf die Weisung, er möge die Russen veranlassen, den Österreichern vorzustellen, daß Maria Theresia von ihnen keine Hilfe zu erwarten habe, die August schädigen könnte. Sie müßten daher Maria Theresia raten, sich mit August zu verständigen und seine Vermittelung anzurufen[4]).

Die russischen Minister versprachen wirklich, auf die Österreicher in der gewünschten Weise einzuwirken, und fragten an, ob Sachsen einen Sonderfrieden mit Maria Theresia schließen wolle; doch riet Gersdorf, im Hinblick auf die zerrütteten Zustände am russischen Hofe, selbst davon ab, sich der russischen Vermittelung zu bedienen[5]). Wie richtig er urteilte, zeigte der Umstand, daß jene an Österreich zu richtende Mahnung tatsächlich unterblieb.

---

[1]) Vgl. P. C., II, S. 149.

[2]) August an Friedrich, Leipzig, 24. IV. 1742. Loc. 3389.

[3]) Friedrich an August, Chrudim, 29. IV. 1742 in P. C., II, S. 142/3 u. Chrudim, 3. V. 1742. Loc. 2972.

[4]) Weisung an Gersdorf, Dresden, 24. IV. 1742; in Moskau 20. V. Loc. 3019.

[5]) Bericht Gersdorfs, Moskau, 24. V. 1742. Loc. 3019.

Ehe überhaupt eine Einwirkung Rußlands auf die Wirren in Deutschland erfolgen konnte, mußten Monate vergehen. In seiner Hilflosigkeit blieb Brühl nichts übrig, als in gewisser Weise dem Ansinnen Englands zu entsprechen. Die dort gegen Frankreich herrschende feindselige Stimmung dachte er auszunützen und ließ deshalb Ende Mai durch den sächsischen Gesandten von Utterodt den Engländern den guten Rat erteilen, die Seemächte sollten, statt Maria Theresia zu unterstützen, sie zu Abtretungen an ihre deutschen Feinde bestimmen; als Entgelt dafür würden diese gern bereit sein, Frankreich in seine Grenzen zurückweisen zu helfen[1]).

Um allen Gefahren, die die Zukunft bringen konnte, nach Kräften vorzubeugen, suchte Brühl die Verluste, die das sächsische Heer in Mähren erlitten hatte, möglichst schnell wieder auszugleichen; Ende Mai und Anfang Juni wurden 8000 Rekruten neu eingestellt[2]).

Noch einmal eröffnete sich Sachsen die Aussicht auf Verwirklichung seiner böhmischen Pläne. Die Ende Mai bei Frauenberg an der Moldau stehende französische Armee Broglies geriet dadurch in arge Bedrängnis, daß Lobkowitz und der Führer der österreichischen Hauptarmee, Karl von Lothringen, nach der Schlacht bei Chotusitz mit ihren Truppen vereint gegen sie vorgingen. Der Preußenkönig verweigerte den Franzosen eine ausreichende Unterstützung; er wies Belleisle immer wieder auf die von den Sachsen zu fordernde Hilfe hin[3]).

Alle Versuche, die der französische Gesandte Desalleurs in dieser Richtung unternommen hatte, waren bisher gescheitert; die Sachsen versicherten, daß ihre Truppen sich von den durch die Strapazen des mährischen Feldzuges hervorgerufenen Krankheiten noch nicht erholt hätten. Dieselbe Entschuldigung bekam Belleisle in den vom 9.—11. Juni in Dresden stattfindenden Konferenzen[4]) zu hören. Brühl betonte jedoch, daß sein Gebieter

[1]) Weisung an Utterodt, Dresden, 29. V. 1742. Loc. 2678.

[2]) Bericht Ammons, Dresden, 4. VI. 1742.

[3]) Broglie, Frédéric II et Marie-Thérèse, II, S. 290/1. — D. Kriege Friedrichs d. Gr., I, 3, S. 295.

[4]) Über die Konferenzen vgl. D. Österr. Erbfolgekrieg, V (Wien 1901), S. 131 f. Feldmarschall Graf Seckendorff nahm nach dem sächsischen Protokoll erst vom 10. an an den Konferenzen teil.

bereit sei, seinen Eifer für die Sache der Verbündeten zu verdoppeln, aber er müsse vor der Eröffnung der Operationen genau wissen, welcher Lohn ihm beim Friedenschlusse zu teil werden solle. Unterdessen liefen von der Armee Broglies von Tag zu Tag übler lautende Nachrichten ein. Die Franzosen hatten die Wottawalinie geräumt und gingen fluchtartig auf Prag zurück; die Verbindung mit Bayern drohte verloren zu gehen. Diese Lage der Dinge bestimmte Belleisle zu dem Versprechen, durch Eilboten die Verhandlungen mit dem Kaiser über den Austausch der böhmischen Kreise gegen Obermanhartsberg und einen Teil Mährens wieder aufzunehmen. Die Sachsen verpflichteten sich dagegen ihrerseits, am 13. oder 14. Juni 2 Bataillone, die den Feldzug nicht mitgemacht hatten, aus Dresden, 2 andere aus Leitmeritz und 12 Schwadronen und 10 Kompanien Tataren zum Heere Broglies aufbrechen zu lassen[1]). Auch an Friedrich wollte sich August mit der Bitte um Unterstützung Broglies wenden. Endlich wurde verabredet, daß gegen Mitte Juli von sämtlichen Heeren der Verbündeten die Offensive wieder aufgenommen werden sollte; die Preußen sollten, 40—45000 Mann stark, durch Mähren in der Richtung auf Krems vorgehen; die Sachsen wollten 30000 Mann aufbringen und mit den Franzosen zusammen die Österreicher aus Böhmen vertreiben, während die in Bayern stehenden Franko-bavaren die Feinde zurückdrängen und Passau erobern würden[2]).

Augusts Versuch, Friedrich zur Unterstützung Broglies zu bestimmen, scheiterte[3]). Der Geheimrat Saul und der sächsische Gesandte von Bülow sollten sich nun, wie Friedrich mitgeteilt wurde[4]), in sein Lager begeben, um mit ihm auf Grund des in

---

[1]) Am 17. VI. teilt Brühl Bülow mit (Loc. 2995), daß sich die sächsischen Truppen in Bewegung setzen, um in den Kampf wiedereinzugreifen, daß aber Generalmajor von Caila mit vier Bataillonen und einem Kavallerieregiment an die sächsische Grenze zurückgehe, um die Streifereien österreichischer Husaren über Eger nach Sachsen zu verhindern. Wahrscheinlich bezieht sich hierauf der von Friedrich P. C., II, S. 202 u. 206 erwähnte Brief des Herzogs von Weißenfels.

[2]) Konferenzprotokolle und Promemoria für Belleisle (über die böhmischen Kreise), Dresden, 12. VI. 1742. Loc. 3392.

[3]) August an Friedrich, Dresden, 10. VI. 1742. Loc. 3392. — Fr. an Aug., P. C., II, S. 196/7.

[4]) August an Friedrich, Dresden, 13. VI. 1742. Loc. 3392.

Dresden besprochenen Operationsplans die Maßnahmen für den kommenden Feldzug genauer zu verabreden. Sie hatten den Auftrag, die weitere Beteiligung der Sachsen an dem Kriege von der Zustimmung Friedrichs zum beabsichtigten Ländertausch abhängig zu machen[1]). Am 14. Juni reiste Saul von Dresden nach Breslau ab.

Noch ein zweites Eisen legte Brühl ins Feuer, falls seine Hoffnungen an der Hartnäckigkeit Friedrichs scheitern sollten: am 17. Juni sandte er nach London die Anfrage, welche Entschädigung Sachsen zu teil würde, falls es sich in dieser kritischen Zeit mit Maria Theresia verständigen würde. Wenn Österreich die gerechten Ansprüche seiner deutschen Gegner befriedigen wollte, so würden diese zweifelsohne im Bunde mit den Seemächten gegen Frankreich Front machen[2]).

Den Anstoß zu dieser Frage gaben die beunruhigenden Gerüchte, die aus Schlesien einliefen. An dem Schlußtage der Dresdner Konferenzen, am 11. Juni, hatte Friedrich seinen Frieden mit Maria Theresia gemacht. Ober- und Niederschlesien und die Grafschaft Glatz fielen ihm zu; den Sachsen wurde auf Englands Veranlassung der Beitritt zum Frieden offen gehalten. Friedrich hätte keinen Augenblick länger zögern dürfen; denn, wie für die Sache der Verbündeten durch den Rückzug Broglies auf Prag die militärischen Ergebnisse des Sieges der Preußen bei Chotusitz verloren gingen, so bedrohten die Folgen der Dresdner Konferenzen einen Teil der bisherigen politischen Errungenschaften Preußens, nämlich die Überflügelung Sachsens, in Frage zu stellen: in seiner kläglichen Notlage fand sich jetzt der Kaiser bereit, den Nordosten Böhmens den Sachsen zu überlassen[3]).

Diesmal wurden die Verhandlungen zwischen Podewils und Hyndford so geheim gehalten, daß die ersten Gerüchte eines Friedenschlusses Bülow zu Ohren kamen, als die Präliminarien schon unterzeichnet waren. Am 13. Juni meldete er, daß Hyndford wieder in Tätigkeit sei, denn die Eilboten gingen zwischen Breslau und Wien hin und her[4]).

---

[1]) Weisung an Bülow, Dresden, 13. VI. 1742. Loc. 2995.

[2]) Weisung an Utterodt, Dresden, 17. VI. 1742. Loc. 2678.

[3]) Bericht Bünaus, Frankfurt, 23. VI. 1742; in Dresden 26. VI. Loc. 2638.

[4]) Vgl. Grünhagen, II, S. 332.

Drei Tage später gestand Podewils zu, daß der Friede so gut wie abgeschlossen sei; doch gab er vor, die Bedingungen nicht zu kennen, unter denen er zu stande gekommen sei. Gerüchtweise verlautete, daß Friedrich sich für die Zukunft nur zur Neutralität, nicht zur Eröffnung von Feindseligkeiten gegen seine früheren Verbündeten verpflichtet habe.

Da es für die Sachsen von höchster Wichtigkeit war, in diesem Punkte klar zu sehen, so bemühten sich der am 16. Juni in Breslau eingetroffene Saul und Bülow Erkundigungen, wo sie nur immer konnten, einzuziehen. Aus einer Bekanntmachung des stellvertretenden Platzkommandanten, des Generalmajors v. Dohna, bei der Parole erfuhren sie am 18., daß zwischen Preußen und Österreich Waffenstillstand eingetreten sei. Podewils verweigerte noch immer jede Auskunft. Am 20. hieß es, daß ein Teil der preußischen Truppen in Oberschlesien stehen bleibe, daß also diese den Sachsen im Partagetraktat zugesagte Provinz in den Besitz der Preußen kommen werde. Am nächsten Tage ließ Friedrich den sächsischen Gesandten mitteilen, daß die Vertreter Preußens in Dresden der sächsischen Regierung die nötigen Eröffnungen machen würden. Daraufhin eilte Saul, um sich neue Instruktionen zu holen, nach Dresden zurück.

Von Breslau nach Dresden brauchten die Briefe zwei Tage; am 15. erhielt also Brühl die erste Nachricht von dem drohenden Abfall Preußens. Am 18. hatte er Bülows Bericht vom 16. in den Händen; zu gleicher Zeit lief ein Schreiben Friedrichs ein[1]), das jeden Zweifel an der Richtigkeit der Meldungen Bülows beseitigte[2]). Friedrich hatte sich nicht beeilt, den Sachsen diese Nachricht zukommen zu lassen. Er wollte die zu Broglie marschierenden Sachsen nicht aufhalten und hätte es gern gesehen,

[1]) P. C., II, S. 204.

[2]) Hyndford hatte am 13. Juni dem englischen Gesandten in Dresden die Nachricht vom Friedenschluß zukommen lassen, s. Grünhagen, II, S. 332; aber Villiers hat sie dem Dresdner Hof nicht mitgeteilt, wie Grünhagen will; denn in der oben erwähnten Weisung vom 17. Juni spricht Brühl noch von dem Vorgehen der sächsischen Truppen zur Unterstützung Broglies oder der Preußen je nach der Sachlage. In einer Weisung vom 18. Juni teilt er mit, daß er an diesem Tage die erste sichere Nachricht von dem Friedenschluß aus den Berichten Bülows und dem Briefe Friedrichs erhalten habe.

wenn die Sachsen den Krieg gegen Österreich fortgesetzt hätten, damit Maria Theresia kein allzu großes Übergewicht über die Bayern gewänne[1]).

Ehe Brühl über die zu ergreifenden Maßregeln sich schlüssig werden konnte, mußte er genau wissen, welche Verpflichtungen Preußen gegen Österreich eingegangen war. Sofort wurde der Generalmajor Baron v. Rochow in Friedrichs Lager entsandt, um festzustellen, ob Friedrich nun auf die Seite Österreichs treten und gegen seine alten Verbündeten fechten wollte. Rochow wurde aber von den Preußen mit leeren Worten hingehalten und konnte erst am 24. Juni in Dresden wiedereintreffen.

Die Bestürzung des Dresdner Hofes in diesen Tagen kann sich jeder leicht ausmalen. An eine Fortsetzung des Krieges dachte niemand mehr; man sah sich schon von den Preußen und Österreichern überrannt. Brühl suchte zunächst auf demselben Wege wie Preußen zu einem Sonderfrieden mit Österreich zu kommen. Am 19. Juni fragte er Villiers, welcher Lohn Sachsen zu teil würde, wenn es seine Truppen in ihren Quartieren stehen ließe und den Franzosen keine Unterstützung gewährte; Villiers verwies ihn nach Wien, dort möge er Verhandlungen anknüpfen[2]).

Mit diesem Ratschlage war Brühl wenig gedient, er wollte Österreich mit Vorschlägen an sich herankommen lassen. Zunächst mußte er, da die von ihm geleitete Politik so schlechte Ergebnisse zeitigte, daran denken, seine Stellung gegen seine einheimischen Gegner zu verteidigen. Als gegen Ende April 1742 der Herzog von Weißenfels den Versuch gemacht hatte, Brühl zu stürzen, da hielt er auch schon einen Nachfolger für ihn in der Person des früheren sächsischen Ministers, des Grafen Manteuffel, bereit[3]). An ihn wandte sich Brühl am 20. Juni mit der Frage, was er an seiner statt wohl tun würde, und Manteuffel mußte antworten, daß er mit Österreich sofort Frieden schließen würde[4]). Für den Augenblick konnte also Manteuffel nicht als Vertreter einer Politik

---

[1]) P. C., II, S. 203; 210; 211. — Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 479.

[2]) Weisung an Utterodt, Dresden, 19. VI. 1742. Loc. 2678.

[3]) P. C., II, S. 149.

[4]) Brühl an Manteuffel, Dresden, 20. VI. 1742. — Manteuffel an Brühl, Leipzig, 21. VI. 1742. Loc. 457, Vol. XXXI.

ausgespielt werden, die sich auf anderen Bahnen bewegen würde als auf denen, die Brühl ihr vorzeichnen wollte.

Solange der Inhalt des Breslauer Friedens unbekannt war, konnte Brühl keine Entscheidung treffen. Erst am 23. Juni teilten die Vertreter Preußens, Graf Beess und Ammon, und der Engländer Villiers gemeinsam der sächsischen Regierung mit[1]), daß König August der Beitritt zum Frieden offen gehalten sei, falls er seine Truppen innerhalb von 16 Tagen aus Böhmen zurückzöge; auf eine Landerwerbung oder eine anders geartete Entschädigung für die im Kriege gebrachten Opfer müsse er freilich verzichten. Am nächsten Tage traf der preußische Generaladjutant, Oberst v. Borcke, mit einem Handschreiben Friedrichs ein[2]). Er hatte vier Tage für einen Weg gebraucht, den bisher die Adjutanten in einem Tage zurückgelegt hatten. Durch ihn ließ Friedrich mündlich mitteilen, daß Sachsen entweder im Bunde mit Frankreich den Krieg energisch fortsetzen und auf diese Weise ein Stück Land erobern könne; er würde sich in den Krieg nicht zu Gunsten Maria Theresias einmischen; oder aber Sachsen möge unter Verzicht auf jede Erwerbung Frieden schließen. Für diesen Fall bot er seine Vermittelung an.

Friedrichs Versuch, die Sachsen zur Fortsetzung des Krieges aufzustacheln, scheiterte. Die zur Unterstützung Broglies bestimmten sächsischen Truppen waren noch rechtzeitig zurückgehalten worden, da August entschlossen war, seinen Frieden mit Österreich zu machen, nachdem sich Preußen von der Koalition losgesagt hatte. Er konnte es Frankreich gegenüber ohne offenen Vertragsbruch tun, weil Frankreich immer noch nicht die Garantie des Frankfurter Vertrages ratifiziert hatte. Den bedingungslosen Beitritt zum Breslauer Frieden hielten aber die sächsischen Staatsmänner für ehrenrührig. Um Zeit zu Verhandlungen zu gewinnen, wollten sie, ähnlich wie die Franzosen[3]), einen Waffenstillstand auf fünf bis sechs Wochen abschließen, da sie fürchteten, die Franzosen könnten sich sonst nach Sachsen zurückziehen; dann sollte

[1]) Récit de ce qui s'est passé ici et a été résolu du Roi depuis le 18 Juin 1742 jusqu'au 26 au sujet de l'accommodement éclaté entre le Roi de Prusse et la Reine de Hongrie. Loc. 2995.

[2]) P. C., II, S. 212—214.

[3]) S. Arneth, Maria Theresia, II, S. 104—106.

Österreich Friedensvorschläge an alle Verbündeten machen und die Abtretungen bezeichnen, in die es zu willigen bereit wäre. Die Sachsen hofften noch, die Friedensverhandlungen gemeinsam mit Frankreich zum Abschluß zu bringen. Die Vermittelung zwischen Sachsen und Österreich sollte in erster Linie der englische Gesandte in Wien, Robinson, in zweiter der Nuntius übernehmen[1]).

Diesen Entschluß ließ Brühl durch einen von Villiers nach Wien abgesandten Eilboten dort kundtun. Saul mußte sich sofort auf die Reise nach Wien machen. Zu dem österreichischen Befehlshaber in Böhmen begab sich der Generalmajor v. Neubauer; Weißenfels erhielt Befehl, die Vorbereitungen zur Räumung Böhmens zu treffen. Die Absicht Sachsens, sich mit Österreich zu verständigen, wurde den bisherigen Verbündeten, dem Kaiser und den Franzosen, mitgeteilt und die Herrscher von Preußen, England und Rußland wurden um ihre Vermittelung angegangen. Überall fanden aber die sächsischen Gesandten verschlossene Türen; der Leiter der englischen Politik, Lord Carteret, erklärte, er könne Maria Theresia weitere Opfer nicht mehr zumuten[2]). Podewils war äußerst zufrieden damit, daß sich Sachsen an England gewandt hatte; so brauchte er sich mit der Friedensvermittelung gar nicht zu befassen. Die Sachsen blieben auf das Ergebnis ihrer Verhandlungen in Wien angewiesen.

---

Aus Rücksicht auf die Kriegswirren in Böhmen und Bayern nahm Saul seinen Weg über Breslau. Am 2. Juli traf er dort ein. Er suchte Hyndford auf, um ihn, der den Breslauer Frieden zustande gebracht hatte, über die Geneigtheit des Wiener Hofes zu weiteren Abtretungen auszuhorchen. Hyndford bemühte sich, ihm klarzumachen, daß Sachsen sich jeder Hoffnung in dieser Hinsicht entschlagen müßte. Auf Friedrich war der Engländer sehr schlecht zu sprechen. Nur unter dem Zwange eiserner Notwendigkeit, so äußerte er sich, habe er die Vermittelung in die Hand genommen. Man dürfe nicht erwarten, daß Friedrich in

---

[1]) Weisung an den Residenten Lautensack in Wien, Dresden, 24. VI. 1742. Loc. 2908. — Instruction reçue au Mois de Juillet 1742 pour mon (d. i. Saul) envoi à Vienne u. Weisung an Saul, 27. VI. 1742. Loc. 3366.

[2]) Vgl. Ranke, Preuß. Gesch., 5. Bd., S. 16.

Zukunft stillsitzen werde; vorläufig wisse man freilich noch nicht, gegen wen er sich nun wenden wolle. England werde versuchen, ihn zum Kriege gegen Frankreich mitfortzureißen. Für alle Fälle wäre es aber gut, wenn die deutschen Fürsten vor ihm auf der Hut wären und alle Mittel aufbieten wollten, um ihre finanzielle und militärische Leistungsfähigkeit zu steigern. Er schloß mit den Worten: „Verstärkt Eure Armee, befestigt Bautzen und haltet als Bundesgenossen zu uns und alles wird noch gut ausgehen“ [1]).

Derartige Andeutungen fielen in Dresden auf fruchtbaren Boden. Die Sachsen waren nicht darüber erbittert, daß sie mit Österreich Frieden schließen sollten, da ihnen der Krieg schon längst verleidet war. Ihr Haß richtete sich ausschließlich gegen Preußen. Friedrich hatte sie in den Krieg gegen Österreich zu der Zeit getrieben, da er selber mit dem Feinde heimlich paktierte; ihm schrieb man die Schuld zu, daß das sächsische Heer in Mähren fast zu Grunde gerichtet worden war, und nun tat er den immer gefürchteten Schritt und sagte sich von der Koalition los, die er ins Leben gerufen. Er ließ sich Oberschlesien abtreten, dessen Besitz er den Sachsen garantiert hatte; solange er in Ober- und Niederschlesien herrschte, trieb er einen mächtigen Keil zwischen die sächsischen Kurlande und Polen, vernichtete dadurch alle politischen Zukunftspläne und drohte die Blüte des Handels und der Industrie Sachsens zu untergraben. Von ihm mußte Sachsen in Zukunft alles Böse erwarten. Dieser Gegensatz zwischen Preußen und Sachsen erfüllte fortan die sächsischen Staatsmänner mit einem Haß, der sich selbst auf die Person des Leiters der preußischen Politik übertrug. Ob Preußen bei der Wahrung seiner Interessen hätte anders handeln können, wie weit Sachsen sein Unglück selbst verschuldet hatte, derartige Fragen legten sich Brühl und seine Genossen natürlich nicht vor. Für sie wurde die Feindschaft gegen Preußen ein Herzensbedürfnis, die Vernichtung der preußischen Großmacht das Ziel, das Sachsen unter keinen Umständen aus den Augen verlieren durfte; der Preußenkönig erschien ihnen als die Verkörperung alles Unheils. Gelegentlich sprach es Brühl einmal aus, daß die Feindschaft Preußens dem sächsischen Staate

[1]) Bericht Sauls, Breslau, 2. VII. u. Wien, 8. VII. 1742. Loc. 3366. — Vgl. Hyndfords Äußerungen bei Raumer, Friedrich II. u. s. Zeit, S. 159/60; 191; 194 u. Grünhagen, II, S. 275/6.

gefährlich sei; das Schlimmste aber, das ihm widerfahren könne, wäre der Abschluß eines Bündnisses mit Preußen[1]). Schon damals regte sich die Sorge, Preußen könnte seine Hand nach dem zur preußischen Enklave herabgesunkenen Kurstaat ausstrecken[2]).

Brühls Mißtrauen und Haß gegen Preußen zeigte sich schon anläßlich der Ausschreitungen, die die preußischen Truppen Anfang Juli auf dem Rückmarsch aus Böhmen nach der Heimat in der Lausitz verübten. Sie weigerten sich die vorgeschriebenen Marschlinien innezuhalten und erklärten kein Geld zur Bezahlung der ihnen gelieferten Lebensmittel zu besitzen. Brühl glaubte, Friedrich suche einen Anlaß, mit seinen früheren Bundesgenossen zu brechen und sich auf die Seite Maria Theresias zu schlagen. Der Herzog von Weißenfels erhielt deshalb den Befehl, bei der Zusammenziehung der sächsischen Truppen in Böhmen auf die Verteidigung der Lausitz Bedacht zu nehmen; auch nach Hannover wandte sich Brühl mit der Bitte um Hilfe auf Grund der im Juli 1741 erneuerten Defensivallianz. Sobald Friedrich von den Vorfällen in der Lausitz erfuhr, sorgte er für schleunige Abstellung der Unregelmäßigkeiten. Diese Vorgänge trugen dazu bei, den Abmarsch

---

[1]) Bericht Bülows, Berlin, 4. I. 1743. Loc. 2995: Notre intention n'étant pas d'entrer dans un concert avec cette cour-ci . . . . . tant que notre système reste de ne nous plus lier avec elle . . . Weisung an Bülow, Dresden, 8. I. 1743. Loc. 2995: . . . Tant y a qu'on ne peut jamais se fier à ce prince . . . Weisung an Flemming, Dresden, 14. IV. 1743. Loc. 2679: Nous sommes convaincus que nous trouverions toujours le Roi de Prusse dans notre chemin et opposé à nos intérêts toutes les fois qu'il dépendroit de lui de favoriser ou de contrecarrer la moindre acquisition pour la maison de Saxe, quand même, pour nous attirer dans ses vues, il feroit envisager ou stipuler même quelque avantage réel, en sorte que ce seroit le plus grand malheur ou risque pour nous, si nous nous trouverions jamais dans la nécessité de nous embarquer de nouveau avec lui ou de dépendre en quoi que ce fût de sa bienveillance. — Bericht Flemmings, London, 22. VI./3. VII. 1744. Loc. 2679: Notre intérêt principal qui est l'abaissement de notre voisin dangereux . . . . un prince qui ne cherche que l'oppression de ses voisins.

[2]) Promemoria des Grafen Manteuffel, 26. VIII. 1742. Loc. 2908: . . . Nous avons malheureusement un voisin supérieur en forces dans les États, duquel les nôtres sont presqu'entièrement enclavés; qui ne songe qu' à s'aggrandir aux dépens d'autrui, et sur l'équité et la bonne foi duquel il n'y a pas grand fond à faire.

der Sachsen aus Böhmen zu beschleunigen; am 4. Juli brachen sie auf; am 9. verließen die letzten den österreichischen Boden, also am 16. Tage nach der Bekanntgabe des Inhalts des Breslauer Friedens in Dresden.

Hiermit war die Vorbedingung für den Beitritt Sachsens zum Breslauer Frieden erfüllt. Daher erklärte dem am 7. Juli in Wien eingetroffenen Saul der englische Gesandte Robinson, dem Brühl die Rolle des Vermittlers zwischen Sachsen und Österreich zugedacht hatte, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes nicht mehr nötig sei; er wiederholte, was schon Hyndford betont hatte, daß Sachsen auf Abtretungen seitens Österreichs nicht zu rechnen habe. Wohl erbot sich Robinson, bei den Wiener Ministern ein gutes Wort für Sachsen einzulegen; aber die Übernahme der Vermittelung lehnte er mit derselben Begründung wie Carteret ab. Gelegentlich deutete er manchmal an, wie Sachsen seiner Meinung nach auf seine Rechnung kommen könnte: England habe absichtlich allen Mächten den Beitritt zum Breslauer Frieden offen gehalten, in der Hoffnung, daß die große Zahl der Bürgen Friedrich entweder veranlassen werde, den Vertrag genau innezuhalten, oder, daß sie ihn, falls er ihn breche, von allen Seiten angreifen und seiner Länder berauben werde[1]).

Der zweite von Brühl in Aussicht genommene Vermittler, der Wiener Nuntius, betätigte zwar seinen guten Willen, vermochte aber auf den Gang der Verhandlungen keinen Einfluß auszuüben. Auf seine Vorstellungen, Maria Theresia möge auf jede Weise das Einvernehmen mit den katholischen Wettinern wiederherstellen, erwiderten die Österreicher, daß man in der Hofburg im besten Falle die Vergangenheit vergessen könne. Ebenso erfolglos blieb der Versuch Sauls, durch die ehemalige Erzieherin der Gemahlin Augusts, eine Frau von Klenck[2]), Maria Theresia zu Abtretungen an Sachsen zu bestimmen.

---

[1]) Bericht Sauls, Wien, 18. VII. 1742. Loc. 3366.

[2]) Von ihr erzählt Friedrich in seinen Oeuvres, II, S. 107 eine Anekdote, deren Glaubwürdigkeit Flathe, Gesch. d. Kurstaates u. Kgrs. Sachsen, II, S. 421 wohl mit Recht anzweifelt. Der hier erwähnte Umstand, daß sich Saul im Einverständnis mit Brühl an sie wendet, kann zur Bekräftigung der Auffassung Flathes ins Feld geführt werden.

Die Unmöglichkeit, einen allgemeinen Frieden herbeizuführen, ergab sich daraus, daß Maria Theresia alle Annäherungsversuche Frankreichs zurückwies. So mußte Saul zu direkten Verhandlungen mit den Österreichern schreiten. Schon vorher, am 9. Juli, hatte er eine Besprechung mit dem Grafen Ulfeld[1]), der seit dem im Februar 1742 erfolgten Tode des Grafen Sinzendorf Hofkanzler und Leiter der auswärtigen Angelegenheiten geworden war. Nur schwer hatte sich Maria Theresia zum Frieden mit Preußen entschlossen; ihr Vertrauter, der Hofrat Freiherr von Bartenstein, hatte ihn widerraten und nannte ihn eine zweite Auflage des Belgrader Friedens[2]). Mochte nun auch Maria Theresia entschlossen sein, ihn genau innezuhalten, so war es nur natürlich, daß ihre Ratgeber, die die Verantwortung doch nicht so drückte wie die Königin selbst, schon auf Rache sannen.

Deshalb forderte zwar Ulfeld von vornherein den offen und bedingungslos ausgesprochenen Beitritt Sachsens zum Breslauer Frieden, andernfalls würden die in Böhmen stehenden österreichischen Truppen die Grenze überschreiten; er deutete aber zugleich an, daß Sachsen später für seine in dem letzten Kriege gebrachten Opfer auf Kosten eines Dritten — gemeint war Preußen — entschädigt werden könnte[3]).

Ähnlich äußerte sich auch der Oberste Kanzler von Böhmen, Graf Philipp Kinsky[4]); und als Saul in ihn drang, sich über diesen Punkt doch näher auszulassen, beschwor ihn Kinsky, das

[1]) Vgl. über ihn Arneth, Maria Theresia, II, S. 198 ff.

[2]) Arneth, II, S. 70 u. 77/8.

[3]) Bericht Sauls, Wien, 9. VII. 1742. Loc. 3366. . . . Le Comte d'Uhlefeld quoiqu' à mots couverts m'a assez fait connaître, qu'on exécuteroit peut-être dans un temps plus opportun aux dépens d'un tiers ce que les circonstances ne permettent pas de faire aujourd'hui.

[4]) Sauls Bericht, Wien, 14. VII. 1742. Loc. 3366. . . . . Le Comte Kinsky après m'avoir dit qu'ils n'avoient plus rien à donner y ajouta, autre chose seroit-ce, si par le rétablissement de la bonne et parfaite union entre les deux cours dans des circonstances plus favorables cela pouvoit se faire aux dépens d'un tiers: Il me semble que c'est parlé assez clair, et cela, combiné avec ce que le Comte d'Uhlefeld et Robinson même m'ont donné à connoître, fait assez voir que l'accommodement avec le Roi de Prusse n'est qu'un piège dans lequel il a follement donné, et que certainement dans le temps même qu'on lui fait cette cession, on songe aussi déjà aux mesures à préparer de loin pour la lui reprendre un jour avec les intérêts.

Geheimnis zu wahren, und setzte ihm dann auseinander, daß Österreich erst an Frankreich Rache nehmen müsse, später aber auf die eine oder andere Art mit Preußen abrechnen werde. Für diesen Fall verpfändete er sein Wort, daß er durchaus nicht dagegen sein werde, daß Sachsen ein gutes Stück von Niederschlesien zur Verbindung mit Polen erhalte, vorausgesetzt, daß der andere Teil Schlesiens an Österreich falle[1]).

Wenn zwei der maßgebendsten Persönlichkeiten der Wiener Hofburg — Ulfeld war ein Geschöpf des allmächtigen Vertrauten Maria Theresias, Bartensteins — derartige Eröffnungen machten, konnten die Sachsen glauben, daß Maria Theresia ernstlich an die Wiedereroberung Schlesiens denke. Der holländische Gesandte in Wien, Burmannia, vertrug es nicht, daß jemand den mit Friedrich abgeschlossenen Frieden erwähnte. Ein zweiter Cato, rief er dann stets aus: „Oportet eum in ordinem redigere[2])."

Die Aufforderung zu einem gemeinsamen Vergeltungskriege gegen Preußen erging noch von anderer Seite an Sachsen. Seit dem Bekanntwerden des Breslauer Präliminarfriedens wurde der französische Gesandte in Mainz, der Herr v. Blondel, der sich damals beim Kaiser in Frankfurt aufhielt, nicht müde, dem

---

[1]) Bericht Sauls, Wien, 21. VII. 1742. Loc. 3366. . . . M'étant donné toutes les peines imaginables pour me concilier la confiance du Comte Kinsky, parcequ'au milieu de son acharnement je le trouve encore le plus raisonnable et le moins réservé, il s'est encore plus ouvert hier que dernièrement. Il m'a dit que toutes les mesures étoient prises pour prendre sa revanche sur la France, et qu'après notre réconciliation faite on nous en informeroit et nous montreroit les avantages que nous y devions trouver. Lui ayant témoigné, que l'exécution m'en paroissoit très difficile et que je lui avouai, que comme il m'avoit dernièrement déjà lâché quelque chose d'un dédommagement à prendre sur un tiers, je m'étois imaginé tout autre dessein. Sur quoi il me répliqua (en me conjurant d'un secret inviolable): „Celui-là suivra par bricole d'une ou d'autre manière, mais il ne faut pas sonner le voisin avant le temps, et il faut commencer par la France." Il continua encore, que si les choses pourroient être menées un jour là, il me donnoit sa parole d'avance, qu'il ne seroit pas du tout contraire à ce que nous eussions une bonne partie de la Basse-Silésie pour notre communication avec la Pologne, pourvu qu'ils puissent ravoir le reste. Voilà, Msgr., à quoi se réduisent en gros les desseins de cette cour-ci, sur lesquels cependant on ne peut pas bien tabler.

[2]) Bericht Sauls, Wien, 28. VII. 1742. Loc. 3366.

sächsischen Gesandten Christian v. Loss zu versichern, daß Frankreich und Österreich sich versöhnen müßten, um Friedrich seine Eroberungen wieder abzunehmen; wenn Sachsen sich den beiden Mächten anschließen würde, so sollten ihm die preußischen Fürstentümer Magdeburg und Halberstadt beim künftigen Friedenschluß zufallen[1]). Blondel kam auf seinen Vorschlag immer wieder zurück; um ihn den Sachsen scheinbar mundgerechter zu machen, erzählte er, er kenne die Instruktion, die in den entscheidenden Tagen vor dem Abschluß des Breslauer Friedens dem englischen Gesandten in Wien, Robinson, erteilt worden sei. Robinson habe nämlich Maria Theresia vorstellen müssen, daß die unumgängliche Vorbedingung einer tatkräftigen Unterstützung Österreichs durch England die Loslösung Preußens von der antipragmatischen Koalition sei; sie müsse also die Opfer bringen, die Friedrich fordere. Die Instruktion habe weiter den Satz enthalten: „que ce qui étoit bon pour prendre, étoit bon pour rendre." Maria Theresia könne später dem Preußenkönig um so leichter seine Beute abnehmen, als der Kaiser und König August, durch Friedrichs Vorgehen verletzt, sich mit ihr zum Kampf gegen Preußen vereinigen würden und Frankreich gegen einen derartigen Bund sicher nichts einzuwenden hätte. Auch König Georg könnte als Kurfürst von Hannover das Anschwellen der preußischen Macht nicht ruhig mitansehen. Blondel schlug nun vor, daß Loss dem Preußenkönig Mitteilung von dem Inhalt der Instruktion machen sollte; den Brief sollte er in deutscher Sprache so abfassen, daß es den Anschein gewänne, als ob er von einem preußischen Werbeoffizier aus Aachen oder Holland herrühre, der durch einen glücklichen Zufall die Instruktion zu Gesicht bekommen habe, der aber durch gewichtige Gründe verhindert sei, seinen Namen zu nennen[2]). Blondel hatte wahrscheinlich die Instruktion

[1]) Bericht Loss', Frankfurt, 26. VI. 1742. Loc. 2639.

[2]) Bericht Loss', Frankfurt, 18. VII. 1742. Loc. 2639: Mr. de Blondel me dit qu'il savoit de science certaine que le ministre anglais avoit eu dans ses instructions de représenter à la Reine de Hongrie; „que pour que l'Angleterre pût l'assister, il falloit absolument détacher le Roi de Prusse de l'alliance; que par conséquent elle avoit à lui faire un pont d'or et à lui lâcher tout ce qu'il demanderoit. Mais que ce qui étoit bon pour prendre, étoit bon pour rendre (propres termes de l'instruction) et que la Reine de

erfunden, um Friedrich zur Verweigerung der Ratifikation des kaum abgeschlossenen Präliminarfriedens zu bestimmen. Brühl verzichtete nun darauf, durch dieses Mittel Friedrich zur Allianz zurückzuführen; so sehr beherrschte ihn schon der Gedanke an ein Vorgehen gegen Preußen. Er verbot daher Loss, dem Wunsche Blondels zu willfahren. Auf irgendeine andere Weise ist dann Friedrich eine Abschrift der Instruktion in Gestalt eines Briefes König Georgs an Maria Theresia in die Hand gespielt worden. Friedrich hat an die Echtheit des Briefes geglaubt und sich durch ihn im Jahre 1744 in seinen Entschlüssen beeinflussen lassen[1]).

Ähnlich wie Blondel äußerte sich ein Herr v. Vincent, der in Wien, ohne gerade akkreditiert zu sein, Frankreich vertrat. Auch er wies Saul darauf hin, daß Frankreich und Österreich einen für beide Teile billigen Frieden abschließen müßten, um dann mit Sachsen zusammen an Preußen Rache zu nehmen[2]).

Den gleichen Gedanken eines großen europäischen Bundes gegen Preußen sprachen sogar Kardinal Fleury und der französische Staatssekretär des Äußeren, Amelot, aus. Fleury meinte, man müsse Friedrich ansehen als einen Wolf, der durch die Wälder streicht, gegen den sich sicher zu stellen alle benachbarten Mächte verpflichtet seien; deshalb sollten auch Rußland und Schweden in den allgemeinen gegen Preußen gerichteten Bund mitaufgenommen werden. Vorher müsse man freilich an die Herstellung eines billigen Friedens zwischen Frankreich und Österrreich denken[3]).

---

Hongrie seroit d'autant plutôt en état de reprendre au Roi de Prusse ce qu'elle lui lâchoit, plus l'Empereur et le Roi de Pologne se trouveroient choqués de son procédé et moins la France, qui en seroit piquée au vif, s'y opposeroit; que les deux premiers surtout se joindroient plutôt à elle, lorsqu'elle dirigeroit ses armes contre le Roi de Prusse, et qu'elle comprendroit bien, que le Roi d'Angleterre, comme Électeur de Hannovre, ne pourroit regarder d'un oeil tranquille l'agrandissement de Sa Majesté Prussienne." Soweit der Wortlaut der angeblichen Instruktion. — Vgl. Arneth, Maria Theresia, II, S. 399; Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 224; Grünhagen, Gesch.d. Ersten Schles. Krieges, II, S. 324.

[1]) Oeuvres, III (Berlin, 1846), S. 27.

[2]) Bericht Sauls, Wien, 18. u. 21. VII. 1742. Loc. 3366.

[3]) Bericht Loss', Paris, 16. VII. 1742. Loc. 2736. — Vgl. Arneth, Maria Theresia, II, S. 105.

Diese von allen Seiten zuströmenden Nachrichten befestigten Brühl immer mehr in dem Gedanken, die Politik des Frühjahrs 1741 wieder aufzunehmen. Manteuffel hatte ihm schon Anfang Juli geschrieben, wenn er Minister wäre, würde er durch einen Fußfall August zu bestimmen suchen, mit Österreich sich schnell zu verständigen und 25000 Mann stets marschbereit zu halten; früher oder später würde der Tag der Rache nahen[1]). Spöttereien Friedrichs, wie die Äußerung, nichts freue ihn mehr, als die Sachsen hintergangen zu haben[2]), steigerten ihre Wut noch mehr. Die Stimmung des Dresdner Hofes verrät ein Schreiben Augusts an den Kaiser: „Ich bin der Meinung, daß, wenn je ein Fürst Anlaß zum Lärmschlagen gegeben hat, auf daß ein Bund wider ihn erstehe, es sicher der König von Preußen ist.“ Der Kaiser möge durch Frankreichs Einfluß den Schweden den Frieden mit Rußland verschaffen, damit sie Preußen bekriegen oder wenigstens im Schach halten könnten[3]).

---

Von den durch Ärger und Neid über die Erfolge Friedrichs eingegebenen preußenfeindlichen Äußerungen verschiedener Diplomaten bis zum Abschluß eines Offensivbündnisses war aber noch ein

[1]) Dat. Leipzig, 2. VII. 1742. Loc. 457. Vgl. Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 1, S. 480.

[2]) Vgl. Broglie, Frédéric II et Marie-Thérèse, II, S. 310.

[3]) Dat. Dresden, 17. VII. 1742. Loc. 2908. — Vgl. Bericht Ammons, Dresden, 15. VII. 1742: La cour de Saxe est vivement piquée contre V. M. et rien ne lui seroit plus doux que de se venger, si elle en trouvoit l'occasion et si les forces le lui permettoient, tous les discours amiels, qu'on me tient, font autant de ruses grossières pour endormir V. M., et il ne faut pas douter qu'on ne tâche à susciter sous main à V. M. tous les embarras possibles. Le désir de la vengeance est joint à la jalousie qu'on a de la grande puissance de V. M., mais malgré ces dispositions vindicatives la Saxe n'aura garde d'agir ouvertement contre V. M. à moins qu'elle ne la voie assaillie de tous côtés, enclavée qu'elle est dans les États de V. M. Elle a trop lieu de craindre de revenir la victime, le ministre d'hui est trop mou et trop peureux, pour oser entreprendre la moindre chose à moins qu'il ne voie une sûreté évidente pour la Saxe et une apparence de réussir. Toute la politique de cette cour ne consiste que dans des finesses mal cousues, dans des ruses italiennes et dans toutes sortes de petites minauderies. On chipote avec tout le monde et on ménage la chèvre et le chou et on se trouve ordinairement la dupe.

weiter Weg. Gewaltige Hindernisse mußten noch überwunden werden, vor allem der scharfe Gegensatz zwischen England und Österreich auf der einen Seite und Frankreich auf der anderen. Die Aufgabe, ihn zu beseitigen und die sich widersprechenden Forderungen der Parteien auf Preußens Kosten zu begleichen, stellte sich fortan die sächsische Staatskunst. Es war wieder der Geheimrat Saul, der zuerst diesen Gedanken aussprach und weiterhin befürwortete.

Er führte aus, Frankreich könne nach dem Ausscheiden Preußens und Sachsens aus der antipragmatischen Koalition nicht mehr an die Demütigung Österreichs denken; Preußen habe ihm also das Spiel verdorben, Frankreich sinne deshalb auf Rache und sei bereit, mit Maria Theresia einen billigen Frieden abzuschließen. Diese Fürstin stehe nun vor der Wahl, entweder sich mit Frankreich zu versöhnen, oder in der Erwerbung des Elsasses, Lothringens, Neapels und Siziliens Ersatz für Schlesien und die Abtretungen zu suchen, die sie an Sardinien machen müsse, um diese Macht auf ihre Seite herüberzuziehen. Allein weder Holland noch Sachsen würden sich zur Unterstützung derartiger in ihrem Ausgang unberechenbarer Pläne bereit finden, und sicherlich würde Friedrich zur rechten Zeit Maria Theresia in den Weg treten. Sie könnte also nichts Besseres tun, als sich mit Frankreich, Sachsen und dem Kaiser auf Preußens Kosten verständigen. Freilich erkannte Saul, daß England bei einem derartigen politischen Systemwechsel seine Rechnung nicht finden würde; es sollten daher erst Österreich, Frankreich, der Kaiser und Sachsen Preußen niederringen, dann sich die Seemächte einmischen, um einen allgemeinen Frieden zu diktieren, der auch der Macht Frankreichs enge Grenzen zöge[1]).

Vorläufig war bei der Lage der Dinge die Aussicht gering, diese überfeinen Vorschläge ins Leben zu führen; denn England

[1]) Bericht Sauls, Wien, 28. VII. 1742. Loc. 3366. . . . Le Roi de Prusse n'y est non plus engagé et il ne faut pas douter qu'en évitant d'y prendre partie son dessein ne soit autre que celui de rester quelque temps tranquille, de voir que les autres s'affoiblissent en attendant, pendant qu'il se fortifieroit de plus en plus, et de pêcher à la fin encore en eau trouble suivant sa fine politique, destituée de tout sentiment d'honneur et de conséquence. Mais ces sortes de finesses ne réussissant qu'en temps, ce prince doit tôt ou tard subir la peine de ses péchés ou je croirois que Dieu ne se mêle plus des affaires de ce bas monde.

wollte Frankreich, das seinen Herrschgelüsten auf dem Meere und in den Kolonien Schranken setzte, endlich einmal unschädlich machen; Maria Theresia träumte von der Eroberung der von Saul bezeichneten Länder. Mit einem Teil dieser Gebiete wollte sie die Wittelsbacher entschädigen, deren Stammland Bayern sie sich anzueignen gedachte; die römische Königswahl ihres Gemahls sollte erzwungen werden. Maria Theresia hoffte Rußland, Holland und Sachsen — England sogar Preußen zur Unterstützung ihrer Pläne zu gewinnen[1]).

Überdies befanden sich noch Sachsen und Österreich im Kriegszustand mit einander. Dem Breslauer Frieden ohne weiteres beizutreten, dagegen sträubte sich das sächsische Selbstgefühl. Brühl verlangte, auf dem gleichen Fuße wie Preußen behandelt zu werden, und forderte den Abschluß eines gesonderten Vertrages; die darüber zu eröffnenden Verhandlungen sollten ihm die Gelegenheit verschaffen, das Ausscheiden Sachsens aus der antipragmatischen Koalition durch grosse Zugeständnisse seitens Österreichs sich bezahlen zu lassen. So forderte er die Abtretung des Gebietes von Eger und eines ansehnlichen Teiles von Vorderösterreich, den er gelegentlich gegen ein Stück der bayrischen Oberpfalz umtauschen wollte, ferner die lothringische, bei Mainz gelegene Grafschaft Falkenstein, für die der Mainzer Kurfürst das ihm gehörige Erfurt hergeben sollte; die Oberlehnshoheit über die Herren von Schwarzburg, Reuß und Schönberg; die Königswürde; den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Sachsen und Mähren-Böhmen, durch den die seit 1677 eingetretene starke Steigerung der Zölle und Mauten für alle Zeiten beseitigt und dadurch die wirtschaftliche Ausbeutung dieser Gebiete den Sachsen ermöglicht werden sollte; und anderes mehr[2]).

Brühl war sich wohl bewußt, daß er niemals darauf rechnen durfte, alle seine Wünsche von Maria Theresia erfüllt zu sehen; er stellte aber so hohe Anforderungen, in der Hoffnung, durch ihre allmähliche Ermäßigung die Gegenpartei zur Gewährung einiger Zugeständnisse zu zwingen. Mit ein paar Millionen Taler

[1]) Ranke, Preuß. Gesch., 5. Bd., S. 19 ff. — Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 16 ff.

[2]) Instruktion für Saul und Lautensack, Dresden, 21. VII. 1742. Loc. 2908.

zur Beseitigung der durch den Krieg hervorgerufenen Geldnot wäre er zufrieden gewesen.

Maria Theresia war aber fest entschlossen, keinen Fuß breit ihrer Erbländer oder irgend ein nutzbares Recht zu opfern; sie forderte sogar ihrerseits, daß mit dem Friedenschluß der Vertrag von 1733 wieder in Kraft treten sollte, durch den Sachsen zur Stellung von 6000 Mann Hilfstruppen bei einem Angriff auf Maria Theresia verpflichtet war. Die über diese Zumutung aufgebrachten sächsischen Staatsmänner wurden immer von neuem mit dem Hinweis auf eine künftige Entschädigung „auf Kosten eines Dritten" vertröstet[1]). Derartige Versprechungen boten aber solange wenig Trost, als die Franzosen unter Belleisle und Broglie in Prag standen und der Marschall Maillebois seine Truppen aus Niederdeutschland zum Entsatz der von den Österreichern belagerten böhmischen Hauptstadt heranführte. Am 25. August stand er mit 37 000 Mann bei Frankfurt.

Die Haltung der Diplomaten wurde nun durch die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz bestimmt. Je schlechter es um die französischen Truppen in Prag stand, desto nachgiebiger zeigten sich die Sachsen; je näher Maillebois herankam, desto friedfertiger wurden die Österreicher. So kam endlich am 11. September 1742 der Friedenschluß durch den Austausch zweier Aktenstücke zu stande, die auf den 23. und 28. Juli jetzt[2]) zurückdatiert wurden[3]). Sachsen verzichtete auf eine Gebietserweiterung und Österreich auf die Forderung der Rechtsbeständigkeit des Vertrages von 1733. Der Abschluß eines neuen Verteidigungsbündnisses binnen vier Wochen wurde in Aussicht gestellt; als Lockmittel benutzten die Österreicher die nur mündlich gegebene Zusage, die Erwerbung Erfurts durch die Sachsen begünstigen zu wollen[4]). Einer Anregung des englischen Gesandten Robinson zufolge war in dem österreichischen Aktenstücke eine Erwähnung des Breslauer Friedens unterblieben; die Unsicherheit der allgemeinen Lage bewog aber Brühl,

---

[1]) Ber. Sauls u. Lautensacks, Wien, 21. VIII. 1742. Loc. 2908.

[2]) Demgemäß ist Arneth, Maria Theresia, II, S. 84 u. 88 zu berichtigen.

[3]) Die beiden Deklarationen sind gedruckt bei Wenck, Codex juris gentium recentissimi, I, S. 717 ff.

[4]) Gutwasser, Kursachsen u. Erfurt im 18. Jahrhundert, S. 70 ff.

die Österreicher zur Aufnahme eines deutlichen Hinweises auf jenen Frieden in ihre Deklaration zu veranlassen.

Es war noch immer nicht vorauszusehen, wie die Entscheidung in Böhmen ausfallen würde: Maillebois rückte durch die bayrische Oberpfalz über den Böhmerwald vor. Am 8. Oktober kam er bis Eger. Deshalb tat Brühl keinen Schritt, um die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen zu Österreich wiederaufzunehmen, und die im Friedensvertrage für den Abschluß eines Bündnisses gesetzte Zeit verrann, ohne daß ein Wort darüber verloren wurde. Als aber Maillebois, anstatt den in Prag stehenden Franzosen die Hand zu reichen, in der zweiten Hälfte des Oktober wieder zurückwich, wurde schleunigst der Wirkliche Geheime Rat von Bünau auf seinen alten Posten nach Wien entsandt[1]). Am 2. November traf er dort ein. Als Preis für ein sächsisches Bündnis und als Entschädigung für mancherlei Geldansprüche, die Sachsen an Österreich aus den letzten fünfzig Jahren her zu stellen hatte[2]), sollte er dieselben Bedingungen wie Saul beim Friedenschluß fordern, dazu noch vier böhmische Kreise. Bedeutsam und für die sächsische Politik charakteristisch war das Verlangen, die Österreicher sollten in Zukunft den ungarisch-siebenbürgischen Handel nicht mehr über Schlesien, sondern durch Mähren und Böhmen nach Sachsen leiten und sämtliche Aus- und Einfuhrverbote an der sächsisch-böhmischen Grenze aufheben[3]).

Der Rückmarsch Maillebois' entschied über das Schicksal Böhmens und der in Prag eingeschlossenen Franzosen, wenn sich auch diese noch ein paar Wochen zu halten vermochten. Der Erfolg im Felde bewies, daß Österreich Sachsens Hilfe entbehren konnte; da man nun in Wien den Preis kannte, den Brühl forderte, so fragte niemand Bünau nach den Bedingungen, von deren Er-

---

[1]) Nach einer Mitteilung an Bülow, Hubertusburg, 21. X. 1742. Loc. 2995.

[2]) Z. B. 30 Millionen Taler Entschädigung für den Schwedeneinfall von 1706/7, weil Österreich die vertragsmäßige Hilfe nicht geleistet hatte; 1,160,000 Taler rückständige Subsidien aus den Türkenkriegen von 1691—95, 1718 und aus den Jahren 1712/3 des spanischen Erbfolgekrieges, Marschspesen für den Durchzug kaiserlicher Truppen durch Sachsen in den Jahren 1711—1714.

[3]) Instruktion für Bünau, Leipzig, 9. X. 1742. Loc. 2908. Vgl. Arneth, Maria Theresia, II, S. 308.

füllung der sächsische Hof den Abschluß eines Bündnisses abhängig machen wollte. Für die Nichtachtung rächte sich Brühl dadurch, daß er die Franzosen in Sachsen so viel Lebensmittel, wie sie wünschten, aufkaufen ließ und gestattete, daß ein Teil der Bagage Maillebois' durch Sachsen zurückging. Die verbündeten Österreicher und Engländer erkannten nun, daß es ihrer Sache doch schaden konnte, wenn sie Sachsen vor den Kopf stießen; Sachsens Bedeutung stieg auch dadurch schnell, daß es eifrig an der Vermehrung, besseren Bewaffnung und Ausbildung seines Heeres arbeitete; gegen Ende des Jahres 1742 verfügte es über 10600 Mann Kavallerie, 27500 Mann Infanterie und 8000 Mann Landmiliz, insgesamt also über 46000 Mann[1]). Endlich hatten auch die Engländer eingesehen, daß es ihnen nicht gelingen würde, Preußen zur Teilnahme am Kriege gegen Frankreich zu bestimmen. Um nun zu verhindern, daß Preußen den Engländern im Kampfe gegen Frankreich im entscheidenden Augenblick in den Arm fiel, schloß Carteret am 29. November mit Preußen ein Defensivbündnis, suchte aber zu gleicher Zeit, durch eine Reihe von Verträgen Rußland, Polen, Sachsen, Schweden und Dänemark zu einem großen Verteidigungsbunde zu vereinigen, der Preußen von einem erneuten Eingreifen in den Krieg zu Gunsten Frankreichs abhalten und dadurch Hannover vor einem preußischen Angriffe sicherstellen sollte[2]).

---

[1]) S. Anhang VI. — Da bis zum zweiten Schlesischen Kriege keine Reduktion eingetreten ist, so sind die Zahlenangaben in D. Kriege Friedrichs d. Gr., II, 1 (Berlin, 1895), S. 55 zu niedrig gegriffen.

[2]) Ber. Utterodts, London, 15./26. X. u. 16./27. XI. 1742. — Ber. Flemmings, London, 28. XII./8. I. u. 8./19. II. 1743 (nach mündlichen Mitteilungen Georgs, Carterets und seiner Freunde). Loc. 2679. Vgl. Publik. a. d. pr. Staatsarch., IV, S. 305/6. — Ber. v. 8. I.: . . . C'est le Roi de Prusse qui leur donne ici le plus d'appréhension par l'intérêt qu'on lui suppose d'empêcher, qu'on ne mette la France hors d'état de se mêler des affaires d'Allemagne et de lui servir d'appui en cas de besoin aussi bien que par les difficultés qu'on prévoit à le faire consentir à remettre la Maison d'Autriche en possession du trône impériale. On ne sait pas mieux remédier pour le présent à ces inconvénients qu'en flattant ce prince, qui fait toute l'inquiétude pour ne pas dire l'horreur de cette cour-ci, en attendant qu'on ait pu prendre des mesures solides et assez vigoureuses pour le tenir en échec. On se flatte de parvenir à ce point par une alliance à contracter avec la Russie, la Pologne, la Saxe, la Reine de Hongrie et l'Électeur

Um nun Sachsen für dieses politische System zu gewinnen, sprach Carteret zu dem sächsischen Gesandten von Eroberungen, die Sachsen machen könnte, ohne sie jedoch näher zu bezeichnen; er ließ durchblicken, daß sich die Seemächte und Rußland für die Vererbung der polnischen Krone im sächsischen Kurhause verwenden würden. Als Entschädigung für die mancherlei Ansprüche, die Sachsen erhob, und als Lohn für seine Loslösung von der antipragmatischen Koalition schlug er einen Subsidienvertrag vor: 500000 Taler banco (etwa 625000 Taler) jährlich für 12000 Mann Hilfstruppen.

Als Bünau von diesem Anerbieten hörte, schrieb er empört nach Hause: „500000 Taler Subsidien können für ein Haus wie Hessen oder Gotha ins Gewicht fallen, aber nicht für unseren König“ [1]), und Brühl stimmte ihm zu. Er wollte sich nicht von den großen Mächten ins Schlepptau nehmen lassen, sondern erst von Österreich Zugeständnisse erpressen, und zwar wenigstens Erfurt und die Oberlehnshoheit über die schwarzburgischen, reußischen und schönbergischen Herrschaften; dann sollte zugleich mit dem Subsidienvertrage ein Verteidigungsbündnis zwischen Sachsen und Österreich abgeschlossen und ferner Sachsen als gleichberechtigter Genosse in die Allianz aufgenommen werden, nachdem man sich über die Ziele des Bundes geeinigt, d. h. zum Vorgehen gegen Preußen entschlossen hätte [2]).

---

de Hannovre. . . . Ber. v. Utterodt u. Flemming, London, 14./25. I. 1743. Loc. 2679. . . . Carteret a ajouté qu'il regardoit ce traité (russisch-englische Defensivallianz; vgl. Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 132) comme la base d'une ligne plus étendue qui auroit beaucoup d'influence dans les affaires générales de l'Europe et à laquelle il espéroit que V. M. tant en qualité de roi que comme électeur voudroit bien aussi accéder d'autant plus qu'elle serviroit également à tenir le Roi de Prusse en échec et à l'obliger à mettre de l'eau dans son vin.

[1]) Bünau an Brühl, Wien, 19. XII. 1742. Loc. 2908.

[2]) Weisung an Utterodt und Flemming, Dresden, 16. XII. 1742. Loc. 2679. . . . Bref tout cela montre assez que l'Angleterre ne peut non seulement point compter sur le Roi de Prusse, mais qu'au contraire il y a fort à craindre qu'il laissera encore quelque temps épuiser les forces aux différentes parties, qui sont en guerre, et que puis après il viendra tout à coup donner la loi d'une façon qui pourroit bien ne pas être au gré de l'Angleterre ni à l'avantage de la Maison d'Autriche; enfin quel projet qu'on forme, on trouve toujours ce prince dans son chemin.

Die Befriedigung derartiger übertriebener Ansprüche erhoffte Brühl infolge der von Preußen neuerdings eingenommenen Haltung. Maillebois' Abmarsch aus Niederdeutschland gab Georg die Möglichkeit, seine im englischen Solde stehenden Hannoveraner mit hessischen, englischen und österreichischen Truppen in Flandern zu der sogenannten pragmatischen Armee zu vereinigen; sie sollte jetzt zur Unterstützung Maria Theresias nach Oberdeutschland vorrücken. Dem widersetzte sich Friedrich. In seinen Gesprächen mit dem englischen Gesandten in Berlin und durch seinen Gesandten in London drohte er, daß er gemäß seiner Pflicht als Reichs- und Kurfürst nicht dulden dürfe, daß diese Armee die ihr gestellte Aufgabe, die völlige Vernichtung des kürzlich erst gewählten Kaisers, ausführe. Deshalb brachte er auch am Reichstage den Antrag ein, das Reich möge die Vermittelung zwischen dem Kaiser und Maria Theresia übernehmen und, um seinen Vorschlägen Gehör zu verschaffen, eine Reichsarmee aufbieten[1]).

Die Folge dieser Schritte war, daß Carteret dem anstelle des schwer erkrankten Utterodt von Turin nach London versetzten Kammerherrn, Obersten und Adjutanten, Grafen Karl Georg Friedrich von Flemming — er war am 24. Dezember 1742 in London angelangt — versprach, der österreichischen Regierung Nachgiebigkeit gegenüber den sächsischen Entschädigungsansprüchen zu empfehlen, falls August eine Erklärung abgäbe, daß nach seiner Meinung die Reichsverfassung durch den Einmarsch der pragmatischen Armee in keiner Weise verletzt würde[2]).

Friedrichs Eingreifen zu Gunsten des Kaisers brachte sofort auch den Wiener Hof in Bewegung. Der österreichische Gesandte in Dresden, Graf Esterhazy, beklagte sich am 10. Januar 1743, daß Sachsen gar nichts unternehme, um das im Friedensvertrage vorgesehene Bündnis zum Abschluß zu bringen. In Wien fragte der Hofkanzler Ulfeld den Gesandten Bünau, ob Sachsen bereit wäre, die römische Königswahl des Gemahls Maria Theresias zu fördern und Österreich zu einem Ersatz für Schlesien zu verhelfen[3]); ein andermal machte er wieder seine gewohnten Anspielungen,

[1]) Koser, König Friedrich d. Gr., I, S. 194/5.

[2]) Bericht Flemmings, London, 7./18. I., in Dresden, 28. I. 1743. Loc. 2639.

[3]) Bericht Bünaus, Wien, 19. I. 1743. Loc. 2908.

der Krieg könne dort sein Ende finden, wo er angefangen habe, und Sachsen würde dabei auf seine Rechnung kommen[1]).

Die Engländer und Österreicher schienen also bereit zu sein, auf Brühls preußenfeindliche Pläne einzugehen; der in Dresden beglaubigte englische Gesandte Sir Thomas Villiers begab sich Ende Januar 1743 nach Wien, um einen Ausgleich über die sächsischen Entschädigungsansprüche zu vermitteln; andererseits drängte Friedrich, Sachsen möge sich seinem Einspruch gegen den Einmarsch der pragmatischen Armee in das eigentliche Deutschland anschließen. Dem übermächtigen Nachbarn sich zu versagen oder gar, wie Carteret wollte, auf dem Reichstage zu widersprechen, war, solange Sachsen keinen festen Rückhalt an England und Österreich hatte, sehr gefährlich; mit keiner von beiden Parteien zu gehen, auf die Dauer unmöglich; diese Zwangslage veranlaßte Brühl, in London und Wien seine Pläne offen darzulegen.

In einer Anfang Februar 1743 abgesandten Denkschrift führte er aus, der Streit Österreichs mit Frankreich und Spanien könne dadurch am besten aus der Welt geschafft werden, daß sich Maria Theresia zu einer Entschädigung des Kaisers und zu Abtretungen in Italien an Sardinien und den spanischen Infanten und Schwiegersohn Ludwigs XV., Don Philipp, entschlösse; früher oder später müßte sie doch derartige Opfer bringen. In diesem Punkte gab die Folgezeit Brühl Recht. Würde England, so führte die Denkschrift weiter aus, eine Befriedigung der sächsischen Entschädigungsansprüche seitens Österreichs erwirken, so wäre August bereit, Frankreich und dessen Verbündete zu veranlassen, einen von den Seemächten, Österreich und Sachsen berufenen Friedenskongreß zu beschicken. Diese Verpflichtung glaubte Brühl übernehmen zu können auf Grund der freundschaftlichen Beziehungen, die der sächsische Hof zu dem spanischen und neapolitanischen Königshause seit der Zeit unterhielt, da der König beider Sizilien eine Tochter Augusts geheiratet hatte; Frankreich suchte Brühl schon seit dem Breslauer Frieden für eine Versöhnung mit Österreich zu gewinnen.

---

[1]) Bericht Bünaus, Wien, 31. (nicht 30.) I. 1743. Vgl. Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 74 Anm. 1.

Der Kongreß sollte ohne Rücksicht auf die durch Waffenerfolge abgetrotzten Zugeständnisse die sich widerstreitenden Rechtsansprüche der europäischen Mächte prüfen. Naturgemäß würde dem Preußenkönig Schlesien und Glatz abgesprochen werden; wollte er sich dann dem Urteile nicht unterwerfen, so würden alle europäischen Mächte vereint über ihn herfallen und einen leichten Sieg gewinnen. Dann müßte ein Teil von Niederschlesien an Sachsen zur Verbindung mit Polen kommen; alles andere an Maria Theresia. Das Endergebnis wäre, daß Österreich mächtiger als augenblicklich dastände und demzufolge Frankreich in Schranken halten könnte, was wiederum England zu gute käme. Seinen Dank für die Zugeständnisse in Italien würde Spanien durch den Abschluß eines den Engländern günstigen, auf die spanischen Kolonien in Amerika sich erstreckenden Handelsvertrags abstatten. So könnte eine jede Macht durch ihre Einwilligung in den sächsischen Vorschlag bedeutsame Vorteile einernten. Um England zu gewinnen, worauf es vor allen Dingen ankam, wollte Brühl sich verpflichten, alle sächsischen Truppen den pragmatischen Mächten gegen Frankreich zur Verfügung zu stellen, falls es wider Erwarten die Beschickung des Kongresses verweigern sollte[1]).

Die Tage von Cambray und Soissons waren nun einmal vorüber. Carteret wies die Sachsen scharf ab und erklärte, nur mit dem Schwerte in der Hand werde er einen Frieden abschließen. Die Österreicher wollten von einer Befriedigung der sächsischen Entschädigungsansprüche nichts hören; sie meinten, die Preußenfurcht und die Aussicht auf einen Teil Niederschlesiens werde Sachsen im entscheidenden Augenblicke immer auf Österreichs Seite treiben[2]). In Frankreich flammte nach dem Ende Januar 1743 erfolgten Tode Fleurys der Kriegseifer wieder mächtig empor. Nirgends fand also Sachsen williges Entgegenkommen. Da sich Carteret den sächsischen Vorschlägen versagte, wollte Brühl auf dem Umwege über Hannover sich Englands Unterstützung zu ihrer Durchführung vergewissern. In der zweiten Hälfte des Februar klopfte deshalb einer der geschicktesten diplomatischen Sendboten, der Hof- und Justizienrat, Geheimer Kabinettssekretär Georg Wilhelm

[1]) S. Anhang VII.

[2]) Vgl. Arneth, Maria Theresia, II, S. 309.

von Walther, in aller Heimlichkeit bei dem Leiter der hannöverischen Politik, dem Großvogt von Münchhausen, an. Dieser Mann haßte Preußen wie jeder Hannoveraner, seine Furcht vor Preußen war aber noch größer als sein Haß; auch er wollte den Krieg aus der Welt geschafft wissen, aber nicht durch eine Beraubung Preußens, sondern durch die Ausführung des preußisch-bayrischen Säkularisationsplanes, in der Hoffnung, die Hannover benachbarten Bistümer einziehen zu dürfen[1]). Deshalb mißbilligte er die ihm von Walther hinterbrachten preußenfeindlichen Äußerungen der Wiener Staatsmänner und urteilte über die von Sachsen geplante Rückeroberung Schlesiens, daß „man solches höchstens denken, aber nicht sagen, vielweniger auf einem Kongreß im geheimen darüber traktieren könne[2])."

England zeigte um so weniger Lust, sich gegen Preußen zu wenden, als Friedrich nach einer Reihe diplomatischer Niederlagen den verbündeten Mächten gegenüber wieder einzulenken suchte. Carteret frohlockte, der Preußenkönig werde fortan eine genaue Neutralität wahren und nichts weiter unternehmen als zum Fenster hinausschauen[3]).

---

Von einer Seite, auf die Sachsen gar nicht recht gerechnet hatte, erging die Aufforderung an Brühl, am Vernichtungskampf gegen Preußen teilzunehmen: nämlich von Rußland. Die Beziehungen zu dem Moskowiterreich hatten sich seit 1741 immer mehr gelockert. Die gegeneinander gesponnenen Intriguen schienen die Zeit und die Kräfte der russischen Staatsmänner derart in Anspruch zu nehmen, daß sie sich in die europäischen Wirren nicht einzumischen vermochten. In Dresden wußte man nicht zu sagen, ob die Rechtsgültigkeit des im Jahre 1733 auf 18 Jahre abgeschlossenen Bündnisses von der Zarin Elisabeth noch anerkannt würde, weil der Geheimvertrag von 1739 verworfen worden war. Sich darüber Klarheit zu verschaffen, wurde der sächsische Resident, Legationsrat Siegmund Pezold, angewiesen; zugleich sollte er den

---

[1]) Dove, D. Zeitalter Friedrichs d. Gr. u. Josephs II. S. 193/4.

[2]) Bericht Walthers, Dresden, 28. II. 1743. Loc. 2776.

[3]) Bericht Flemmings, London, 19./30. IV. 1743. Loc. 2679. Vgl. Dove, D. Zeitalter Fr. d. Gr., S. 202 ff.

Beitritt Rußlands zum Breslauer Frieden zu hintertreiben und das Band zwischen Rußland und Sachsen enger zu ziehen suchen[1]).

Nun hatte der am preußischen Hofe beglaubigte englische Gesandte Hyndford seinen Amtsgenossen in Rußland, den Chevalier Wich, vor Anschlägen Friedrichs auf Westpreußen, Kurland und Livland gewarnt; derartige Gerüchte waren in aller Welt verbreitet. Auf diese Nachricht hin schlug der russische Vicekanzler Bestuscheff eine gegen Preußen und Frankreich gerichtete Quadrupelallianz zwischen Rußland, Österreich, England und Sachsen vor und beriet seinen Plan, auf den er nicht wenig stolz war, mit Pezold, Wich und dem österreichischen Residenten von Hohenholz[2]).

Brühl ging auf die Pläne Bestuscheffs hocherfreut ein. Zunächst wurde die Fortdauer der Allianz von 1733 durch die Auswechselung zweier Deklarationen[3]) bestätigt. Darauf regte Brühl eine Verschärfung ihrer Bestimmungen an; Polen sollte in den Bund mitaufgenommen und die Kopfzahl der Truppen, welche eine Macht der anderen zu Hilfe zu senden hatte, verdoppelt werden. Für einen Krieg mit Preußen wollte Brühl möglichst viele der von Friedrich so gefürchteten Kosaken zur Verfügung haben. Bei der Art, wie die leichtsinnige und liederliche Zarin die Geschäfte betrieb, rückten aber diese Verhandlungen nicht von der Stelle. Ebensowenig Aussicht auf Verwirklichung hatte der von Bestuscheff vorgeschlagene Gedanke einer Quadrupelallianz; aus London lief überhaupt keine Antwort auf den russischen Vorschlag ein, wenigstens behauptete der englische Gesandte allen Anfragen gegenüber, immer noch keine Instruktion zu haben; als nach Wochen aus Wien eine Erwiderung kam, lautete sie abschlägig[4]).

Brühl mußte seine Marschroute ändern. Ende 1742 hatten England und Rußland ein Defensivbündnis abgeschlossen, zu dem Sachsen der Beitritt offen gehalten wurde[5]). Jetzt empfahl Brühl,

---

[1]) Weisung an Pezold, Dresden, 18. I. u. 13. II. 1743. Loc. 3028.

[2]) Bericht Pezolds, Petersburg, 26. II. u. 17. III. 1743. Loc. 3028. Vgl. Arneth, Maria Theresia, II, S. 319 u. Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 116 u. 144.

[3]) Dat. Dresden, 20. III. u. Petersburg, 14. IV. 1743.

[4]) Bericht Pezolds, Petersburg, 22. VI. 1743. Loc. 3028.

[5]) Vgl. Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 132.

daß Österreich und Sachsen dem englisch-russischen Bündnis und Österreich dem erneuerten sächsisch-russischen Bündnis sich anschließen sollten[1]); so wäre eine Art defensiver Quadrupelallianz zunächst zu stande gekommen: da machte ihm eines der damals am russischen Hofe häufig vorfallenden Ereignisse einen Strich durch die Rechnung. Anfang August 1743 wurde eine gegen die Zarin gerichtete Verschwörung entdeckt, in die der ehemalige österreichische Gesandte Marchese Botta d'Adorno verwickelt wurde. Maria Theresia lehnte die von Elisabeth geforderte Bestrafung des völlig Unschuldigen ab. Die aus diesem Streite sich entwickelnde Erbitterung drohte Rußland auf die Seite der Feinde Österreichs zu treiben, wie denn Preußen natürlich nichts unterließ, um die Gegensätze zu verschärfen. Für Österreich war der Vorfall um so abträglicher, als Rußland gerade jetzt infolge des im Sommer 1743 mit Schweden geschlossenen Friedens die Hände wieder frei bekam. Um so schwerer fiel fortan Sachsens Freundschaft für Maria Theresia ins Gewicht, da sie hoffen durfte, daß Sachsen auf Grund seiner alten Beziehungen zu dem russischen Hofe am ehesten im stande wäre, das Ärgernis aus der Welt zu schaffen.

Noch aus einem anderen Grunde mußten die Österreicher fortan den Sachsen größere Beachtung schenken; Friedrichs Haltung in dem sogenannten Diktaturstreit[2]) steigerte wieder die Besorgnis vor einem plötzlichen Eingreifen Preußens in den französischen Krieg. Diese Furcht schwand weder in Wien noch in Dresden jemals ganz. Die Verstärkung der preußischen Heeresmacht um 18000 Mann, der Ausbau der Festungen, die fortdauernden Neubeschaffungen an allerhand Kriegsmaterial, vor allem die von Friedrich eingeführte Neuerung, die Truppen innerhalb der Provinzen zu großen Manövern zusammenzuziehen[3]), riefen in jedem Jahre eine starke Beunruhigung bei den Nachbarn hervor. Sobald in den ersten Monaten des Jahres bekannt wurde, wo im kommenden Sommer die Manöver stattfinden sollten, tauchten auch sofort den militärischen Anordnungen entsprechende

[1]) Weisung an Pezold, Dresden, 1. VII. 1743. Loc. 3019.

[2]) Dove, D. Zeitalter Fr. d. G., S. 226 ff.

[3]) Ranke, Preuß. Gesch., 5. Bd., S. 61/2. — Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 119 ff. — Koser, König Friedrich d. Gr., I, S. 227/8 u. 545.

Gerüchte über preußische Angriffspläne auf, die erst wieder mit dem Schluß der Manöver verstummten. Bald hieß es, Friedrich werde dem von Österreich und England hart bedrängten Kaiser zu Hilfe eilen, bald wieder, er werde die sächsische Lausitz oder das polnische Preußen besetzen. Daß Friedrich derartige Pläne hegte, davon war man in Dresden überzeugt; denn, wenn Preußen auf lange Zeit Frieden halten wollte, so argumentierte man in Dresden, würde das Heer eher vermindert als vermehrt werden[1]).

Ähnlichen Erwägungen gab man sich in Wien hin[2]); deshalb drangen jetzt der österreichische Gesandte in Dresden, Graf Esterhazy, in Brühl und der in London beglaubigte Ignaz von Wasner[3]) — er war mit den anderen Gesandten Georg zur pragmatischen Armee gefolgt — in Flemming, endlich einmal mit den Bündnisverhandlungen zwischen Österreich und Sachsen Ernst zu machen.

Mit diesem Zeitpunkt etwa setzte in Wien die Strömung immer stärker ein, die zu einem Kriege mit Preußen trieb. Nach dieser Richtung hin machte der eben erwähnte Wasner seinen Einfluß geltend[4]). Die Schlacht bei Dettingen am 27. Juni 1743 hatte die Franzosen aus Deutschland vertrieben, die von ihrer Seite seit zwei Jahren drohende Gefahr war nun endgültig beseitigt. Das nächste Ziel der österreichischen Eroberungspolitik, Bayern, war gewonnen; dauernd es zu behaupten, war aber nur möglich, wenn die Zustimmung Preußens, die freiwillig sicher niemals erfolgen würde, mit Gewalt erzwungen wurde. Der Gedanke, Bayern und Schlesien in einem Kriege gegen Preußen zu gewinnen, mußte für die Österreicher etwas zu Verlockendes haben, besonders da die von Carteret geplante Fortsetzung des Kampfes gegen Frank-

[1]) Nach Bülows Berichten. — Vgl. P. C., II, S. 274; 289; 351; 354.

[2]) Arneth, Maria Theresia, II, S. 307.

[3]) Ueber ihn vgl. Arneth, II, S. 61.

[4]) Bericht Flemmings, Frankfurt, 3. VIII. 1743. Loc. 2679. . . . Bien des personnes sont du sentiment que le Roi d'Angleterre devroit se contenter de la gloire d'avoir chassé les Français hors de l'Empire, et qu'au lieu de pousser la guerre contre la France, il devroit tourner les armes contre le Roi de Prusse pour lui faire rendre un pays qu'il ne possédoit que par usurpation. Le ministre de la Reine de Hongrie (Wasner) est lui-même de cette opinion, mais jusqu'à présent le ministre anglois en marque beaucoup d'éloignement.

reich den Österreichern schwere Opfer im Wormser Vertrage auferlegte und gleichwohl im Herbstfeldzuge von 1743 keine Erfolge zeitigte. Das drückende Gefühl der Abhängigkeit von England eine zunehmende Verstimmung und ein wachsendes Mißtrauen gegen diese Macht rangen in Maria Theresias Seele mit dem Bewußtsein der Unentbehrlichkeit der englischen Unterstützung[1]).

Brühl suchte die in ihren Zielen immer mehr sich trennenden Bestrebungen Österreichs und Englands zu vereinigen, indem er meinte, daß die Österreicher, Russen, Sachsen, Hannoveraner und vielleicht auch die Polen allein schon imstande wären, Preußen niederzuringen, während die Seemächte die Grenzwacht gegen Frankreich übernehmen sollten[2]).

Schnell kamen jetzt die Parteien einander näher. Die sächsischen Entschädigungsansprüche wurden fallen gelassen. Wasner griff gewissermaßen auf Bestuscheffs Vorschläge zurück, wenn er den Abschluß eines Defensivbündnisses zwischen Österreich, Rußland, Sachsen und England empfahl. Der hannöverische Reichstagsgesandte v. Hugo und der Mainzer Baron v. Ottern freuten sich dieser Pläne, sie betonten die Notwendigkeit einer antipreußischen Partei im Reiche[3]). Zunächst sollte das sächsisch-österreichische

---

[1]) Vgl. Arneth, Maria Theresia, II, S. 202 ff.; 274; 286 ff.; 299 ff.; 340 ff.

[2]) Weisung an Flemming, Moritzburg, 10. VIII. 1743. Loc. 2679. . . . Le cas seroit différent, si dans la suite on venoit à changer de dessein, et qu'au lieu de pousser la guerre contre la France, on tournera, comme vous dites qu'il y en a beaucoup de ressentiment, les armes contre le Roi de Prusse, où il y auroit de quoi contenter un chacun et nous en particulier par une partie de la Silésie. Si, tôt ou tard, les affaires prennent ce plis-là, nous y concourrons avec un corps bien plus considérable (que 6000 hommes), sans parler de ce qu'on pourroit peut-être encore faire de la Pologne, si l'on trouve à propos de la mettre du jeu. Nous n'aurions alors besoin ni d'Angleterre ni d'Hollandois, qui pourroient seulement observer les François, pour les contenir dans leurs frontières; pendant que les Autrichiens, Hannoveriens, Saxons et Russes, sans compter encore les Polonois, seroient assez forts pour réduire le Roi de Prusse à de justes bornes.

[3]) Bericht Flemmings, Mainz, 14. X. u. 16. X.; Frankfurt, 22. X. 1743. Loc. 2679. . . . Il (Wasner) m'a dit ensuite qu'elle (la cour de Vienne) étoit prête non seulement à renouveler le traité de 1733, mais aussi pour plus grande sûreté des États respectifs de nos deux cours à faire une alliance défensive avec nous, l'Angleterre et la Russie. Qu'il vouloit bien

Bündnis von 1733 erneuert und dann auf ihm weitergebaut werden, so hatten sich Maria Theresia und der Hofkanzler Ulfeld Bünau gegenüber geäußert und Brühl stimmte ihnen aus vollem Herzen bei[1]). Daß der Gedanke an den Kampf gegen Preußen in Wien immer mehr Boden gewann, zeigten die umfassenden Vorbereitungen zur Verteidigung Mährens; die Befestigungen von Olmütz und Brünn wurden erneuert und stark armiert[2]).

Am 20. Dezember 1743 kam das sächsisch-österreichische Bündnis zum Abschluß[3]). Schon am 31. Dezember wurde es von Maria Theresia ratifiziert, am 20. Januar 1744 von August. Die äußere Form war die Erneuerung des Verteidigungsbündnisses von 1733. Da aber Sachsen einzig den Kampf mit Preußen im Auge hatte, so war verabredet worden, daß die sächsische Hilfeleistung für den gegenwärtigen Krieg mit Frankreich und dem Kaiser unterbleiben sollte; nur wenn eine neue Macht, gemeint war eben Preußen, Feindseligkeiten gegen Österreich eröffnen würde, da sollte Sachsen wenigstens 6000 Mann innerhalb dreier Monate stellen; würde Sachsen angegriffen, so standen ihm 12000 Österreicher zur Verfügung. Der Lohn, den Sachsen bei diesem Bündnis finden sollte, war nur leichthin angedeutet; er sollte in einer „Facilitierung der Kommunikation zwischen Polen und den kursächsischen Landen“ zu gelegener Zeit bestehen: diese Worte zielten auf Niederschlesien. Polen sollte sich dem Bünd-

---

m'avouer sincèrement que cela étoit dans la vue de se garantir contre les desseins ambitieux que pourroit avoir le Roi de Prusse, mais qu'il falloit en user avec la dernière circonspection. Que pour cette raison il falloit bien se garder de nommer seulement ce prince, mais qu'on pouvoit se servir des termes généraux contre les aggresseurs quelconques.

[1]) Bericht Bünaus, Wien, 26. X. 1743. Loc. 2883. — Weisung an Bünau, Leipzig, 3. XI. 1743. Loc. 2908. — Bericht Bünaus, Wien, 23. XI. 1743. Loc. 3336.

[2]) Bericht Bünaus, Wien, 23. XI. 1743. Loc. 2908. — Vgl. Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 188 ff.

[3]) Daß Frau von Klenck eine Rolle bei diesen Verhandlungen gespielt hat, wie Friedrich in Publik., IV, S. 305/6 u. Oeuvres, III, S. 31/2 will, ist aus den sächsischen Akten nicht zu erweisen. Jedenfalls war sie und der Wiener Hof nicht der schiebende und Sachsen der geschobene Teil; eher umgekehrt. Die Darstellung Friedrichs leidet dort an vielen Irrtümern und Verwechselungen.

nis anschließen; Rußland, England und Hannover sollten zum Beitritt aufgefordert werden[1]).

---

Aus Haß gegen Friedrich, aus Furcht vor preußischen Uebergriffen und in der Hoffnung, die für Sachsens weitere Entwicklung notwendige Erwerbung Niederschlesiens zu erreichen, hatten nun die sächsischen Diplomaten anderthalb Jahre lang alle Mittel angewandt, um die meisten europäischen Mächte zu einem Bunde gegen Preußen zu vereinigen. Was war erreicht worden?

Außer dem 1741 erneuerten Bündnis mit Hannover hatte Sachsen die mit Rußland und Oesterreich 1733 abgeschlossenen Verteidigungsbündnisse erneuert. Wurde Sachsen von Preußen mit Krieg überzogen, so mußte Hannover 9000 Mann Hilfstruppen stellen, Rußland 6000, Oesterreich 12000; Sachsen konnte im Notfall 46000 Mann aufbringen. Gegen einen preußischen Angriff ziemlich gedeckt, konnte es also um so eifriger weiterschüren. Nach zwei Richtungen setzte es seine Tätigkeit fort, einmal suchte es mit den Seemächten neue Verteidigungsbündnisse abzuschließen oder sie zum Beitritt zu einem der bestehenden zu veranlassen; andererseits ging es darauf aus, die Bestimmungen der vorhandenen Verteidigungsbündnisse zu verschärfen. So wollte Brühl die Maschen des Netzes, in dem er Preußen zu fangen gedachte, immer mehr verengen, bis sich ein günstiger Augenblick bot, es seinem Opfer überzuwerfen.

Um Friedrich nicht vorzeitig auf die ihm drohende Gefahr aufmerksam zu machen, war der Wortlaut des Wiener Bündnisses so vorsichtig abgefaßt worden, daß niemand die ihm zu Grunde liegende Angriffstendenz erkennen konnte. Der Abschluß des Bündnisses war auch nur ein kleiner Schritt auf das von Brühl ins Auge gefaßte Ziel hin; seine Bedeutung lag darin, daß es den Anfang der Vorbereitungen Maria Theresias für den Krieg mit Preußen bildete. Nach dem Zustandekommen des Breslauer Friedens hatte sie öfters betont, daß sie ihn trotz des schweren Opfers, das er gefordert hatte, genau innehalten wolle. Aber „es erweist

[1]) Der Wortlaut findet sich bei Wenck, Codex juris gentium recentissimi, I (Lipsiae, 1781), S. 722. — Vgl. Ranke, Preuß. Gesch., 5. Bd., S. 70/1 u. besonders Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V. 2, S. 226 ff.

sich häufig als ein Irrtum, wenn man in den Monarchien die Einheit des Willens voraussetzt, die der Begriff dieser Staatsverfassung in sich schließt; namentlich auch an dem Wiener Hofe hat es in der Regel entgegengesetzte Richtungen und zuweilen sogar in den höchsten Kreisen verschiedene Faktionen gegeben.“ [1]) Einige der österreichischen Diplomaten hatten, wie wir gesehen haben, von vornherein den Gedanken an die Rückeroberung Schlesiens gehegt oder wenigstens mit ihm gespielt; dann muß er einen nach dem anderen z. B. Wasner erobert haben. Anfang 1744 war Maria Theresia entschlossen, noch einmal die Waffen mit Friedrich zu kreuzen.

Beim Unterzeichnen des Wiener Bündnisses betonte der Hofkanzler Ulfeld, daß es die Grundlage zu „etwas Soliderem“ bilden sollte, und sofort machten sich die Österreicher an die Arbeit. Ganz im Geheimen erhielt Wasner in London den Auftrag — Maria Theresia hatte nur ihren Gemahl und einen einzigen Minister ins Vertrauen gezogen —, vorsichtig bei Carteret anzufragen, ob er geneigt wäre, einem Frieden zuzustimmen, der dem Kaiser und Spanien eine Machterweiterung einbrächte und der durch diese Zugeständnisse Frankreich zum Friedenschluß auf Grund des Besitzstandes vor dem Ausbruch des Krieges veranlassen würde; dann sollte es zur Abrechnung mit Preußen kommen [2]).

Ähnliche Vorschläge wurden zu gleicher Zeit von Brühl dem vom Festlande nach London zurückkehrenden sächsischen Gesandten Flemming mitgegeben [3]). Zum mindesten sollte er den Versuch machen, ein europäisches Verteidigungsbündnis gegen Preußen zustande zu bringen; deshalb sollte England zunächst dem Wiener Bündnis beitreten und dann mit Sachsen einen Subsidienvertrag abschließen. Um im englischen Parlament eine für Sachsen und seine antipreußischen Pläne günstige Stimmung zu schaffen, war Brühl jetzt bereit, den Seemächten sächsische Truppen zur Verfügung zu stellen. Als weitere Vorbereitung für den Krieg mit Preußen sollte die englische Diplomatie den Frieden zwischen dem Kaiser und Österreich vermitteln.

---

[1]) Ranke, Preuß. Gesch. 3./4. Bd., S. 366.
[2]) Anhang VIII.
[3]) Anhang IX.

In Hannover sprach Flemming auf der Durchreise vor. Die hannöverischen Staatsmänner waren voller Erbitterung gegen Friedrich; aber mehr als die Faust in der Tasche zu ballen wagten sie nicht. Ähnlich wie sie äußerte sich Georg in der am 18. Februar 1744 Flemming gewährten Audienz; schließlich erklärte aber auch er, man müsse günstigere Zeitverhältnisse abwarten, um Friedrich zu demütigen; solange er gegen Frankreich zu Felde liege, könne er nicht mit Preußen brechen[1]). Ebenso sprach sich Carteret aus; die österreichische Aufforderung zum offensiven Vorgehen gegen Preußen wies er so schroff wie möglich zurück.

Da Österreich die englischen Subsidien nicht entbehren konnte, mußte es sich Englands Willen fügen. Die Angriffspläne gegen Preußen wurden nur zurückgestellt, nicht aufgegeben; man wurde sich in Wien bewußt, daß die Abhängigkeit von England deshalb so schwer zu beseitigen war, weil England jetzt immer die Wahl zwischen der preußischen und österreichischen Bundesgenossenschaft hatte, während in früheren Zeiten Österreich für den Kampf mit Frankreich den Engländern unentbehrlich war. Man argwöhnte in Wien, daß Oesterreich 1741 nur deshalb so lau unterstützt worden sei, weil sich damals in einem Bunde mit Preußen den Engländern zum ersten Male ein Ersatz für die immerhin kostspielige Freundschaft Österreichs geboten habe; die alte Unentbehrlichkeit mußte also früher oder später wiederhergestellt werden[2]).

---

[1]) Bericht Flemmings, London, 7./18. II. 1744. Loc. 2679. . . . . Sa Majesté Britannique m'a parlé ensuite de son propre mouvement sur le sujet du Roi de Prusse, me donnant à connoître en termes fort clairs, combien elle se défie de ce prince et de ses menées secrètes, mais elle m'a dit en même temps, qu'elle ne pouvoit pas agir contre le Roi de Prusse pendant qu'elle étoit engagée avec la France. . . . Enfin elle m'a fait entrevoir qu'il falloit avoir patience, se tenir toujours en bon état et bien armé et attendre des conjonctures plus favorables, pour songer à l'abaissement du Roi de Prusse.

[2]) Bericht Flemmings, London, 10./21. II. 1744. Loc. 2679. Wasner m'a dit que si on pouvoit sortir d'affaire avec la France, il faudroit songer à l'abaissement du Roi de Prusse, parce que sans cela il n'y auroit jamais une tranquillité stable dans l'Empire et que la France trouveroit toujours en lui son ami, sur lequel elle pourroit compter pour entretenir la désunion en Allemagne. Bericht Flemmings, London, 21. II./3. III. 1744. Loc. 2679. Wasner m'a fait la confidence, que pourvu qu'on pût un peu abaisser la France, on ne remettroit sûrement pas l'épée dans le fourreau avant qu'on n'eut humilié le Roi de Prusse: que l'intérêt de la Maison d'Autriche de-

Die Rücksicht auf England, die Nachricht von der bevorstehenden Landung des stuartschen Prätendenten in Schottland und die Hoffnung auf Eroberungen im Elsaß, in Lothringen und in Italien bestimmten die Österreicher zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich; sie hofften durch den Feldzug von 1744 die Franzosen zum Frieden zwingen zu können. Dann sollte das Strafgericht an Preußen vollstreckt werden. Daß Preußen vorher losschlagen könnte, wollte man in Wien trotz allen sächsischen Warnungen nicht so recht glauben. Für alle Fälle traf Maria Theresia gewisse Vorbereitungen; die Ungarn zu einer zweiten Insurrektion aufzurufen, plante sie seit dem Beginn des Jahres 1744, Ende März führte sie ihr Vorhaben aus. Ein Angriff Preußens wurde schließlich in Wien mehr herbeigesehnt als gefürchtet; denn dann konnte mit Frankreich Frieden geschlossen werden, ohne daß sich England verletzt fühlen durfte[1]).

---

mandoit absolument que la puissance de ce prince fut réduit dans de justes bornes, d'autant plus que lorsqu'après la mort du feu l'Empereur le Chevalier Walpole a été encore au timon des affaires et que le Roi d'Angleterre en a agi si mollement envers la Reine de Hongrie, on avoit manifestement remarqué que cette cour avoit eu le dessein de faire tomber la Maison d'Autriche et établir le Roi de Prusse sur ses ruines, afin de s'en faire un boulevard contre la Maison de Bourbon, tout comme celle d'Autriche avoit été jusqu'alors; . . . qu'ainsi pour prévenir à temps le risque de retomber à l'avenir dans le même danger, il falloit absolument songer à éloigner et à détruire l'objet, qui y avoit donné occasion, savoir la grande puissance du Roi de Prusse.

[1]) Bericht Bünaus, Wien, 2. II. 1744. Loc. 2908. . . . On souhaite ici passionnément la continuation de la guerre et même une guerre générale dans l'espérance de pouvoir parvenir à des dédommagements de tant de sacrifices, que la Reine a faites en Allemagne et en Italie. Il me paroît qu'on se repaît ici de l'idée de vouloir se réserver le Roi de Prusse pour la bonne bouche après que la grande guerre seroit finie, car il est incompréhensible avec quelle légèreté on gobe ici toute sorte de projets. — Bericht Bünaus, Wien, 4. III. 1744. Loc. 2908. Autant qu'il m'a été possible d'approfondir les sentiments de cette cour-ci, il me paroît qu'elle ne seroit pas fachée, que le Roi de Prusse rompit la paix, ce qui donneroit un bon prétexte à la Reine de faire sa paix avec la France, qu'on suppose ici de pouvoir obtenir quand on voudra. — Brühl an Bünau, Dresden, 15. V. 1744. Je souhaite du meilleur de mon coeur que les espérances de Uhlefeld se vérifient que la campagne prochaine mette leurs ennemis dans la nécessité de s'accomoder aux conditions que la cour de Vienne le voudra. — Bericht Bünaus, Wien,

Sachsen dagegen hatte guten Grund, die Abrechnung mit Preußen nicht allzu lange zu vertagen; auf die Dauer konnte es die Kosten für den Unterhalt eines Heeres von beinahe 40000 Mann nicht aufbringen. Deshalb mußte Brühl an der Verwirklichung seiner antipreußischen Pläne emsig weiterarbeiten.

Am 4. Februar 1744 wurde das mit Rußland 1733 abgeschlossene, 1743 neu bestätigte Bündnis erweitert. Rußland verpflichtete sich auf 15 Jahre, wenn Sachsen oder Polen angegriffen würde, wenigstens 4000 Mann Kavallerie und 8000 Mann Infanterie zu stellen, Sachsen in dem entsprechenden Falle 3000 Mann Kavallerie und 5000 Mann Infanterie. Im Notfall konnte eine Verstärkung der Kontingente beantragt werden. Die Stellung der Truppen durfte Rußland durch eine jährliche Zahlung von 450000 Rubel, Sachsen von 300000 Rubel ablösen. Auch brauchten die zur Hilfe gesandten Truppen nicht zu dem Heere des Verbündeten stoßen, sondern konnten auf eigene Faust eine Diversion gegen den Feind ausführen; die Kosaken sollten also in Ostpreußen einbrechen. Auf dem nächsten polnischen Reichstage sollte der Beitritt der Republik Polen zu dem sächsisch-russischen Bündnis herbeigeführt werden[1]). Die Ratifikation des Vertrages erfolgte von seiten Augusts am 26. Februar, von seiten Elisabeths am 27. März 1744. Um den russischen Hof dauernd an Sachsen zu fesseln, dachte Brühl daran, die zweite Tochter Augusts, Maria Anna, mit dem Großfürsten Paul, dem künftigen Nachfolger Elisabeths, zu

30. V. 1744. Loc. 2909. Le vieux Comte de Starhemberg et le Baron Bartenstein se sont ouverts chacun séparément, chacun bien confidemment envers moi, mais il est impossible de rendre tout par écrit. Die Mitteilung verzögert sich infolge einer Verwechselung der Chiffren bis zum Bericht vom 11. VII. 1744: On m'a fait ici quelques ouvertures particulières. Il me reste à y ajouter encore, qu'on a ici deux objets principaux: Le premier est de se procurer une bonne et sûre paix de la France, et l'autre de prendre sa revange contre le Roi de Prusse. On ne croit ici pouvoir parvenir au second, sans avoir auparavant bien fixé le premier et on remarque ici très préceptiblement, que ce prince file d'abord plus doux dès que les armes de la France ne prospèrent pas: On est si fort prévenu ici pour ce système, qu'on semble même ne pouvoir concevoir, comment le premier objet ne sauroit intéresser vivement ceux, qui désirent de voir terminé le second.

[1]) Gedruckt im Supplément au recueil des principaux traités p. p. G. F. de Martens, III (Göttingen, 1807), S. 15 ff.

vermählen. Am 1. April luden der sächsische Resident Pezold und der österreichische von Hohenholz Rußland zum Beitritt zur Wiener Allianz ein.

Seit Mitte März wurde an einer Erweiterung dieses Vertrages schon wieder gearbeitet. Brühl hatte den Grafen Esterhazy aufgefordert, Österreich solle mit Sachsen und Hannover genaue Verabredung treffen, damit, falls einer von den drei Staaten mit Krieg überzogen würde, er sofort von den beiden anderen unterstützt werden könnte[1]). Gemäß dem Wiener Bündnis hatte Sachsen 6000 Mann, Österreich 12000 Mann dem angegriffenen Nachbarn zu Hülfe zu senden; jetzt wurde verabredet, statt dessen 20000 und 30000 Mann zu setzen. Waren bisher die Truppen innerhalb dreier Monate erst zu stellen, so wurde in dem am 14. Mai unterzeichneten Vertrage ausbedungen, daß die kommandierenden Generale bevollmächtigt werden sollten, sofort einander zur Hülfe zu eilen, wenn die Nachricht einlaufe, daß Preußen die Feindseligkeiten gegen einen der beiden Staaten eröffnet habe. Bei der Unterzeichnung verabredete Brühl mit Esterhazy, daß sich dieser Vertrag nur auf Preußen bezöge, daß Sachsen seine Armee in der nächsten Zeit nicht außer Landes geben würde und daß daher Österreich verpflichtet sei, 30000 Mann in Böhmen oder in dessen Nähe bereit zu halten[2]). Um aber Sachsen nicht zu gefährden, ehe der europäische Bund gegen Preußen abgeschlossen war, teilte Brühl ganz im geheimen Bünau mit, daß der neue Vertrag nicht für den Fall in Wirkung träte, daß Friedrich einem der schon am Kriege beteiligten Mächte Hilfstruppen stellen würde[3]); zu dem Vorbehalt berechtigte Brühl formell eine Klausel des Wiener Vertrages. Nun war aber vorauszusehen, daß Friedrich sich diesen Vorwand für einen Angriff auf Österreich nicht entgehen lassen würde, falls er sich entschloß, von neuem in den Krieg einzugreifen: dann sollte die sächsische Hülfe durch Zugeständnisse seitens Österreichs erkauft werden, wenn nicht etwa eine ungünstige Verkettung von unvorhergesehenen Umständen den Preußen das Übergewicht gab; für diese Möglich-

[1]) Weisung an Bünau, Dresden, 30. III. 1744. Loc. 2908.

[2]) Weisung an Bünau, Dresden, 14. V. 1744. Loc. 3336.

[3]) Das diesen Vorbehalt machende Promemoria wurde streng geheim gehalten; also ist Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 236 zu berichtigen.

keit hielt sich Brühl hier eine Hintertür offen, um dem Kampfe mit Preußen dann entgehen zu können.

Ein paar Tage später, als die Verhandlungen zur Verschärfung des Wiener Vertrages aufgenommen worden waren, am 25. März, richtete Brühl nach London die Aufforderung zum Abschluß eines Verteidigungsbündnisses zwischen Österreich, Sachsen und Hannover. Gegen eine Zahlung von 100000 Pfund Sterling wollte er sich verpflichten, während des kommenden Sommers 30000 Mann mobil zu halten und für den Rest der sächsischen Truppen die Vorbereitungen so weit zu treffen, daß sie in drei bis vier Wochen im Felde erscheinen könnten[1]). Am 9. April luden Wasner und Flemming die englische Regierung zum Beitritt zum Wiener Bündnis ein. Carteret wies sie ab; er forderte aber Sachsen auf, den Seemächten gegen Subsidien Truppen abzugeben, und er fügte hinzu: Wenn Friedrich eine den Verträgen und Interessen Englands entgegenlaufende Politik einschlagen würde, so hätte er es zu büßen; dann wäre ein sicheres Mittel gefunden, Sachsen eine Belohnung zukommen zu lassen[2]). Bald kam aber Carteret den Vorschlägen Brühls weiter entgegen; er bot 500000 Taler Subsidien, falls Sachsen mit einem stets bereitgehaltenen Truppenkorps Österreich und Hannover gegen jeden Angriff verteidigen wollte[3]). Georg äußerte Anfang Mai in einer Flemming gewährten Audienz: „Der König in Preußen habe nicht allein die englische Nation, sondern auch Ihre, des Königs von Großbritannien Majestät, eigene Person so vielfältig beleidigt, daß Ihre in Ansehung dessen habende Gedanken und Gesinnung leicht zu erraten sein müßten; die Prudenz und der Sachen Beschaffenheit ließen nicht zu, sich darüber zu offenbaren, vielweniger in öffentlichen Traktaten davon Meldung zu tun. Es würden sich aber wohl mit der Zeit ersprießliche Konjunkturen ereignen[4])."

Die Verhandlungen über ein sächsisch-englisches Bündnis waren im vollen Gange, als der sächsische Hof Anfang Juni nach Warschau übersiedelte. Zwischen Polen und Österreich war am 24. April 1677 in Warschau eine Allianz abgeschlossen und am

[1]) Weisung an Flemming, Dresden, 25. III. 1744. Loc. 2679.
[2]) Bericht Flemmings, London, 30. III./10. IV. 1744. Loc. 2679.
[3]) Bericht Flemmings, London, 3./14. IV. 1744. Loc. 2679.
[4]) Bericht Flemmings, London, 1./12. V. 1744. Loc. 2679.

3. November 1732 erneuert worden[1]). Seit 1684 bestand die Heilige Allianz zwischen Österreich, Polen, Venedig und Rußland[2]). Die Erneuerung dieser Bündnisse, deren Spitze sich jetzt gegen Preußen richten sollte, der Beitritt Polens zum russisch-sächsischen Vertrage vom 4. Februar 1744, die Vermehrung der polnischen Kronarmee von 13000 Mann auf 30000 Mann[3]), in letzter Linie die Sicherstellung der Erbfolge der Wettiner in Polen, das waren die Aufgaben, die der für Ende Oktober 1744 nach Grodno berufene Reichstag erledigen sollte[4]), da überschritten am 11. August 1744 die Preußen die sächsische Grenze und rückten durch den Kurstaat zum Angriff gegen Österreich vor.

Es muß ausdrücklich betont werden, daß in den ersten Monaten des Jahres 1744 aus Berlin keine besonders beunruhigenden Nachrichten in Dresden einliefen. Wohl hieß es, daß an dem Ausbau der schlesischen Festungen gearbeitet werde, daß die Werke von Peitz, der in der preußischen Enklave der Niederlausitz gelegenen Festung, verstärkt und mit vierzig schweren Geschützen armiert würden; Ende Februar erregte die gleich zu erwähnende Abreise des Grafen Rothenburg nach Paris Verdacht: aber so oft der sächsische Gesandte Bülow alles in allem überschlug, kam er bis über die Mitte des Monats März immer wieder zu dem Ergebnis, daß kein ernstliches Anzeichen dafür vorhanden sei, daß Friedrich im kommenden Sommer losschlagen wolle. Erst seit Anfang April kamen Meldungen über Vorbereitungen zu einer Mobilmachung. Bald hieß es, daß das polnische Preußen, bald, daß Hannover das Ziel des preußischen Angriffs bilden werde. Das Gerücht, daß Polen bedroht sei, wollte in Berlin nicht verstummen; aber die Sachsen schenkten ihm keinen Glauben, sie vermuteten, daß sich Friedrich nach dem Westen wenden werde, um dem Kaiser und Frankreich Luft zu machen. Erst in

---

[1]) Gedruckt im Supplément au recueil des principaux traités p. p. Martens, I (Göttingen 1802), S. 214 f.

[2]) Dumont, VII, p. II, S. 71 u. 125.

[3]) Weisung an Gersdorf, Warschau, 20. VI. 1744. Loc. 3030. — Vgl. Roepell, Polen um d. Mitte d. 18. Jahrhunderts, Gotha 1876, S. 65 ff.

[4]) Recueil des Instructions, V (Pologne II), p. p. Farges, Paris 1888, S. 41. — P. C., III, S. 11/12 u. 115/6. — Droysen, Gesch. d. pr. Pol., V, 2, S. 234 u. 294.

einem Berichte vom 7. August erwähnte Bülow, daß es den Anschein gewinne, als ob die Preußen durch Sachsen nach Böhmen marschieren würden. Brühl sprach in einem Schreiben vom 1. August zum ersten Male von einem preußischen Angriff auf Böhmen. Auch Hyndford wußte bis zum letzten Augenblick nicht, worauf Friedrich hinaus wollte[1]).

Am 9. Februar 1744 hatte Friedrich von dem im September 1743 zustandegekommenen Wormser Vertrage Kenntnis erhalten. Er glaubte aus ihm die Absicht der Verbündeten, ihm Schlesien wieder abzunehmen, herauslesen zu müssen und sandte deshalb gegen Ende Februar, fest entschlossen, seinen Feinden zuvorzukommen, den Grafen Rothenburg zum Abschluß eines neuen Bündnisses nach Paris. Am 15. März erfolgte die Kriegserklärung Frankreichs an England; beide Mächte hatten sich bisher nur bekämpft, weil die eine dem Kaiser, die andere Maria Theresia Hilfstruppen lieh. Dieses Ereignis scheint Brühl richtig als die Wirkung der Tätigkeit Rothenburgs eingeschätzt zu haben. Seit der Mitte des Monats März ließ er seine Warnungsrufe in London und Wien lauter denn je erschallen. Ende April erklärte Frankreich an Österreich den Krieg. Am 22. Mai wurde die Frankfurter Union, am 5. Juni das französisch-preußische Bündnis unterzeichnet. Der Abschluß der Union wurde in Wien sofort bekannt[2]).

Was also vor der zweiten Hälfte des Monats März von seiten der sächsischen und österreichischen Staatsmänner geschah, darf nicht als einer rein defensiven Absicht entflossen bezeichnet werden; andererseits waren die Beweise, die Friedrich für die aggressiven Absichten seiner Gegner in der Hand hatte, so schwach, daß selbst seine eigenen Minister ihre Durchschlagskraft nicht anerkennen konnten. Die Interessen beider Parteien widersprachen eben einander auf das schärfste; das Bewußtsein dieser Tatsache ließ auf beiden Seiten den Verdacht aufsteigen, der Gegner werde keine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen lassen, seinem Feinde Abbruch zu tun. Ein jeder wollte dem anderen zuvorkommen; so stießen hier zwei Offensiven aufeinander. Es handelte sich

[1]) Raumer, Friedrich II. u. s. Zeit, S. 194.
[2]) Arneth, Maria Theresia, II, S. 409.

um große Dinge in diesem Kampfe. Preußen wollte die eben errungene Großmachtstellung verteidigen, Österreich seinen Primat in Deutschland wiedererobern und Sachsen die Hindernisse wegräumen, die seiner politischen Entwicklung im Wege standen.

---

Das plötzliche Losschlagen Friedrichs machte dem Grafen Brühl einen argen Strich durch seine Berechnungen; die von ihm geplanten Koalitionen waren noch nicht zum vollständigen Abschluß gelangt, und, was noch wichtiger war, alle Versuche, die er in den letzten zwei Jahren unternommen hatte, zwischen Österreich, Frankreich und dem Kaiser den Frieden zu vermitteln, waren kläglich gescheitert. Der unvorhergesehene Durchmarsch der Preußen durch Sachsen konnte, so gern es Brühl getan hätte, doch nicht verhindert werden. Wenn es dann auch glückte, die Preußen vor dem Eintritt des Winters aus Böhmen herauszumanöverieren, einen Erfolg zeitigte doch der Umstand, daß sie ein paar Monate auf böhmischer Erde gestanden hatten: er stürzte Carteret und brachte gemäßigtere Männer in England ans Ruder[1]).

Gleichwohl führten die seit Ende März 1744 mit England gepflogenen Verhandlungen am 8. Januar 1745 zum Abschluß der Warschauer Quadrupelallianz zwischen den Seemächten, Österreich und Sachsen. Die Seemächte verpflichteten sich, Subsidien an Österreich und 100000 Pfund Sterling an Sachsen zu zahlen; von einem Eingreifen der Engländer und Hannoveraner in den Krieg, was Brühl erhofft hatte, war aber nicht die Rede. Mit den Österreichern einigte sich Brühl am 18. Mai in Leipzig über die Teilung der dem Feinde abzunehmenden Beute. Anfangs hatte er darauf gerechnet, die nordböhmischen Kreise und die drei schlesischen Herzogtümer Jauer, Sagan und Glogau zu erhalten; er mußte mit dem zufrieden sein, was ihm zugeteilt wurde, nämlich die preußischen Besitzungen in der Lausitz, das Herzogtum Krossen mit Züllichau und dem Kreise Schwiebus zur Verbindung Sachsens mit Polen, eventuell noch das ganze Herzogtum Magdeburg oder ein Teil davon, der Saalekreis.

---

[1]) Ranke, Preuß. Gesch. 5. Bd., S. 169/70.

Blieben schon die diplomatischen Erfolge hinter den Erwartungen zurück, so wurden sie durch die militärischen Vorgänge wieder zu nichte gemacht. Friedrich gewann die glänzenden Siege von Hohenfriedberg und Soor. Die Schlacht bei Fontenoy und die Landung des stuartschen Prätendenten in Schottland veranlaßten England, mit Preußen die Konvention von Hannover einzugehen, in der es die Friedensvermittlung zwischen Preußen, Österreich und Sachsen auf Grund des Besitzstandes vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten übernahm. Sachsens Hoffnung, dem Kriege zwischen Frankreich und Österreich ein Ende machen zu können, ging nicht in Erfüllung. Die Russen trafen zwar Vorbereitungen, um den Sachsen beizuspringen; aber ehe sie in Tätigkeit treten konnten, brachen die Preußen in der Lausitz ein, und innerhalb eines Monats lag Sachsen völlig entkräftet zu Friedrichs Füßen. Österreich und Sachsen schlossen mit Preußen Frieden; Sachsen mußte Bedingungen eingehen, die es an seiner verwundbarsten Stelle trafen, an seinen schon stark zerrütteten Finanzen. Es mußte den Preußen Kriegskontributionen zahlen, den Fürstenberger Oderzoll abtreten und sich verpflichten, alle in preußischen Händen befindlichen sächsischen Steuerscheine trotz ihrem niedrigen Börsenpreis zum vollen Nennwerte einzulösen. Da die Zahl der Scheine nicht begrenzt worden war, so kauften die Preußen sie massenhaft für eine Kleinigkeit in Sachsen auf.

Die Wasser, die dem sächsischen Staate Verderben drohten, stiegen nun immer höher. Die preußische und österreichische Wirtschaftspolitik verringerte die Einnahmen der sächsischen Staatskasse und erzwang dadurch zunächst eine Verminderung des sächsischen Heeres. 1744 war es 46000 Mann stark; 1746 wurde es auf 40000 Mann herabgesetzt. Dieses Verlegenheitsmittel reichte aber nicht aus. Brühl mußte erst mit Frankreich, dann mit England Subsidienverträge abschließen, und trotzdem kam das Gespenst des politischen und wirtschaftlichen Bankerotts immer näher. Das Heer wurde allmählich auf 21000 Mann, im Mai 1756 auf 19000 Mann verringert. Graf Brühl suchte seinen Herrn und sich durch einen ausgeklügelten Luxus zu betäuben; seine Hoffnung hängte er an den Zusammenbruch des preußischen Staates. Wenn eine große europäische Koalition gegen Preußen doch noch zustande kam, dann war es vielleicht möglich, auf den

Trümmern des preußischen Staates das sächsische Kurfürstentum zu reorganisieren und den von August dem Starken erträumten Zukunftsstaat zu errichten.

Den Zusammenbruch ihres auf den Kampf gegen Preußen gegründeten Systems im siebenjährigen Kriege mußten König August und Brühl noch vollständig durchleben. 1763, wenige Monate nach dem Abschluß des Hubertusburger Friedens, sind sie in der grauenvoll verwüsteten Heimat gestorben. Das Scheitern der Politik Brühls, die auf den Umsturz der polnischen Verfassung und eine Verschmelzung Sachsens mit Polen abzielte, hatte für die Wettiner den Verlust der Herrschaft in Polen zur Folge. Damit war Sachsens Schicksal für das folgende Jahrhundert entschieden; es blieb ein deutscher Mittelstaat, zu groß, um sich willig der Leitung einer der beiden führenden Mächte zu überlassen, zu klein, um etwas mehr als den Schein der Selbständigkeit wahren zu können.

Daß Brühls Pläne nicht Hirngespinste eines vom Ehrgeiz verzehrten Diplomaten waren, zeigte die Tatsache, daß Napoleon auf sie zurückgreifen mußte, als er in Sachsen ein Gegengewicht gegen Preußen schaffen wollte. Wie das Satyrspiel nach der tragischen Trilogie nimmt sich dieser Abschnitt der sächsischen Geschichte nach der Zeit der drei schlesischen Kriege aus. Was Brühl mit allen Mitteln nicht erreichen konnte, warf jetzt die Willkür des Korsen den bestürzten Wettinern in den Schoß; die Königskrone, die dauernde Vereinigung Sachsens mit einem großen Teile Polens, die preußischen Besitzungen in der Lausitz. In den Jahren, da bei den Völkern das Bewußtsein ihrer Eigenart mit unüberwindlicher Kraft zum Durchbruch gelangte, spielte der leitende sächsische Minister, Graf Senfft von Pilsach, mit dem Gedanken einer auf Preußens Kosten zu errichtenden sächsisch-polnischen Großmacht[1]). 1813 forderte Sachsen nach Ablauf des Waffenstillstandes von Poischwitz von Napoleon als Lohn für seine künftigen militärischen Leistungen den größten Teil Niederschlesiens[2]). Die Schlacht bei Leipzig gab die Antwort; sie bereitete die Teilung Sachsens vor.

[1]) Mémoires du Comte de Senfft, ancien ministre de Saxe (Leipzig, 1863), S. 41; 77; 87; 96; 110; 132.

[2]) Flathe, Gesch. d. Kurstaates u. Kgrs. Sachsen, III, S. 189.

Der sächsische Gesandte Karl Friedrich Graf Vitzthum v. Eckstädt bedauerte noch im Herbst 1865, daß das von Friedrich dem Großen an der deutschen Nation begangene Verbrechen, daß seine offenen und gewaltsamen Rechtsverletzungen noch nicht gesühnt seien. Das sächsische Ministerium und König Johann billigten den Inhalt und genehmigten den Druck seiner Geheimnisse des sächsischen Kabinetts[1]). Die Schlacht bei Königgrätz sprach das Gottesurteil.

Aus der Vergangenheit seiner Heimat hat der Sachse Heinrich v. Treitschke den Satz entnommen, den er nicht müde wurde zu lehren: Der Staat ist Macht. — — —

---

[1]) Vitzthum v. Eckstädt, London, Gastein und Sadowa (Stuttgart 1889) Seite 46.

## Anhang I.

Einige Besorgnisse, welche sich, wenn Ihro Kgl. Majestät in Preußen das ganze Herzogtum Niederschlesien behalten sollten, ereignen dürften. — Von dem Geheimrat Graf v. Rex erhalten am 1. September 1741. Loc. 3295.

1. ist bekannt, was vor Pakta mit den Königen in Böhmen als obersten Herzogen in Schlesien der hohen Straße und des Commercii halber errichtet worden, und wie dieselben überdem einige Städte in der Lausitz mit besonderen Privilegiis wegen des freien Handels und Wandels in Böhmen und Schlesien versehen haben. Ob nun wohl dem zuwider kgl. böhmischerseits verschiedenes unternommen worden, so hat man doch den Statum pactitium selbst aufzuheben oder abzuändern sich nicht ermächtigen können. Sollten hingegen Ihro Kgl. Majestät (in Preußen) das Herzogtum Niederschlesien behalten, so ist nicht ohne Grund zu befürchten, daß sie an derer Könige in Böhmen als oberster Herzoge in Schlesien pacta et privilegia sich, weil sie das Land durch Krieg an sich gebracht, gar nicht werden wollen binden lassen, sondern vielmehr diese von ihren Herrn Vorfahren so längst gesuchte Gelegenheit, den Handel von Leipzig weg nach Frankfurt a./O., Berlin und Magdeburg zu ziehen und den sogenannten Straßenzwang abzuwerfen, sich bestens zu nutze zu machen auf alle nur mögliche Art und Weise suchen werden.

2. sind zeithero die meisten in Niederschlesien, sonderlich in den ganz an die Oberlausitz grenzenden Fürstentümern Jauer und Schweidnitz fabrizierten, ingleichen die aus Oberschlesien, Mähren, Polen und Ungarn kommenden Waren durch die Oberlausitz, Meißen und Leipzig nach Niedersachsen und Hamburg und von da weiter nach Holland, England und Spanien spediert

worden, und die Könige von Böhmen haben solches weder derer obhandenen pactorum halber hindern können noch auch solches zu hindern ein Interesse gehabt, indem ihnen, da sie weder Herren von Frankfurt a./O., Berlin und Magdeburg noch Herren von Leipzig gewesen, allenfalls ganz gleichgültig sein können, ob die in ihren Landen fabrizierten oder durch solche gehenden Waren auf die ersteren drei oder auf den letzteren Ort spediert worden. Des Königs in Preußen Majestät hingegen kann dieses nicht indifferent sein, weil davon die Aufnahme vier bis fünf ihrer ansehnlichsten Städte dependiert, mithin ist nur allzu gewiß zu vermuten, daß sie nichts unterlassen werden, um es dahin zu bringen, daß künftig die Waren entweder auf der Oder nach der an diesem Strom gelegenen Stadt Frankfurt und von da weiter nach Stettin gebracht oder auf der Straße längs der Bober bis Krossen geführt, von da aber zu Wasser auf der Oder in den neuen Graben, aus diesem in die Spree, aus der Spree in die Havel und aus solcher bei Havelberg auf der Elbe nach Hamburg geschafft werden, wodurch dann notwendig nicht nur alle die Dörfer und Städte, durch welche die hohe Straße aus der Oberlausitz nach Leipzig gegangen, und Leipzig selbst einen höchst empfindlichen Abgang an ihrer Nahrung und respektivem Handel leiden, sondern auch Ihre Kgl. Majestät (August) selbst viele tausend Reichstaler jährlich an Ihren Zöllen, Geleiten und Accisen einbüßen würden. Es wird auch

3. solchenfalle den Breslauer, Frankfurter, Berliner und Magdeburger Kaufleuten gar leicht sein, auf vorbemerkten Wegen und durch das dadurch in die Nord- und Ostsee etablierte Kommerzium diejenigen ost- und westindianischen, holländischen, französischen, engländischen und nordischen Waren, deren sich zeithero die Schlesier, Böhmen, Mähren, Polen, Ungarn und Siebenbürgen in Leipzig erholt, nach Magdeburg, Berlin, Frankfurt a./O. und Breslau zurückzubringen und also besagte Käufer entweder dadurch oder durch die bei Ihrer Kgl. Majestät in Preußen leicht auszuwirkende Erhöhung der Transitozölle nach Frankfurt a./O., Berlin und Breslau, so ihnen ohnehin näher als Leipzig gelegen, zu ziehen, zumal da der Oderstrom sodann fast ganz in preußischen Händen sein würde und des jetzt regierenden Königs in Preußen Majestät vermutlich nicht anstehen werden, die hohen Zölle,

welche ihr Herr Vater auf der Oder angelegt, zur Beförderung dieses Kommerzii zu moderieren.

4. ist höchlichst zu besorgen, daß Ihre Kgl. Majestät in Preußen, daferne sie Niederschlesien behalten, aus eben dem Fundament, weil sie sich an derer Könige in Böhmen pacta nicht verbunden erachten, die Einfuhr der hiesigen Waren, um denjenigen, so in Schlesien oder in ihren brandenburgischen Landen gefertigt, desto mehr Debit zu verschaffen, entweder gänzlich verbieten oder doch dergestalten mit Auflagen beschweren werden, daß der arme Manufacturier solche mit Vorteil nicht verkaufen kann.

5. haben die preußischen in den nach Schlesien zu liegenden Provinzen etablierten Tuchmanufakturen darum zeither zu keinem vollkommenen Flor gelangen können, weil es ihnen an klarer Wolle gefehlet und deren Ausfuhr aus Schlesien ins Brandenburgische nicht gestattet worden. Sollten aber Ihre Kgl. Majestät in Preußen Niederschlesien behalten, so werden sie sonder Zweifel dieses Verbot bald aufheben und hingegen desto schärfer darauf sehen lassen, daß keine Wolle in unser Land gehet, welches dann notwendig den gänzlichen Ruin der Oberlausitzer Tuchmacher und Strumpfwirker, so zeithero die benötigte zweischürige gute Wolle größtenteils in dem Breslau- und Glogauischen erkauft, nach sich ziehen würde.

6. gleiches Besorgnis äußert sich wegen der Garne, die unsere Leinenweber zeithero aus Oberschlesien und Mähren durch Niederschlesien bekommen und ohne welche sie ihre Hantierung gar nicht fortsetzen können, indem bekanntlich weder in der Lausitz noch in den hiesigen Landen so viel Garn, als sie brauchen und verarbeiten, erzeugt werden. So würde auch

7. durch diese Veränderung mit Schlesien der Debit des polnischen Salzes in Niederschlesien gänzlich verstopfet werden, indem der König in Preußen entweder das zu Kolberg in Pommern gesottene Salz auf der Oder mit leichten Kosten dahin führen oder Schlesien mit seinem hallischen Salze, das aus der Saale in die Elbe, aus dieser in die Havel, in die Spree und endlich durch den neuen Graben in die Oder gehet, versorgen können. Endlich und zum

8. würde durch Niederschlesien die Kommunikation zwischen Sachsen und Polen ganz in preußische Disposition kommen, welche auch in den entferntesten künftigen Zeiten von nachteiliger Konse-

quenz sein dürfte, indem das kgl. preußische Interesse hierunter von dem Interesse des Wienerischen Hofes gar merklich differiert.

Das Beste und Ihrer Kgl. Majestät (August) Zuträglichste wäre also unstreitig, wenn Ihrer Kgl. Majestät in Preußen, dessen Aggrandissement schon an und für sich hiesigen Landen gar nachteilig, Schlesien ganz quittieren müßten oder wenigstens nicht Liegnitz, Breslau, Jauer und Schweidnitz, zu welchen sie ohnedem nicht das allergeringste Recht haben, behielten. Da jedoch dieses nimmer zu hoffen . . . . mithin nur allzu wahrscheinlich ist, daß Preußen Niederschlesien behalten möchte, so ist kein ander Mittel übrig, um sowohl die Kommunikation zwischen Sachsen und Polen zu konservieren als die Kommunikation und das Kommerzium mit Polen, Österreich, Ungarn und Siebenbürgen, woran Ihrer Kgl. Majestät (August) selbst und Dero Landen unendlich gelegen, zu erhalten, als wenn Ihre Kgl. Majestät den Leitmeritzer Kreis nebst einem Strich von dem Bunzlauer und Königgrätzer Kreise und die Grafschaft Glatz von Böhmen, übrigens aber . . . . vor jetzo das Herzogtum Oberschlesien nebst dem Markgrafentum Mähren bekommen; wobei annoch zu versuchen, ob nicht von Preußen ein oder anderes wohlgelegenes Herzogtum in Schlesien wegen des Jülichschen Anspruchs und von der Pfalz das Herzogtum Neuburg acquiriert werden könnte.

## Anhang II.

Graf Moritz an König August, à Ips, 13. X. 1741. Loc. 1166.

Sire, selon les ordres que j'ai reçus de V. M. par S. E. le Comte de Bruhl j'ai parlé hier à Son Altesse Électorale de Bavière pour savoir d'elle les mouvements que l'on prétend faire afin d'en informer V. M.

S. A. E. m'a dit qu'elle comptoit pousser un corps des troupes de Crems en Bohême; nous y marcherons après demain et nous y serons le 16. Ce corps doit se joindre aux troupes françoises qui doivent s'y rendre par Egre afin de faire le siège de Prague. Il m'a aussi dit qu'il espéroit que V. M. voudroit bien faire marcher son artillerie pour ce siège et la lui prêter. J'ai remon-

tré à S. A. E. combien il seroit difficile de faire marcher un corps d'armée de Crems à Prague dans la mauvaise saison, où nous allions entrer, sans magazins, sans approvisionnement, sans dépôt, et qu' à l'égard de l'artillerie de V. M. il seroit difficile de l'y transporter d'autant plus qu'elle ne pourroit se mettre en marche que lorsque l'on savroit à peu près que la ville de Prague seroit investie par les troupes françoises et bavaroises et qu'alors la saison seroit si avancée et si mauvaise qu'il seroit impraticable de voiturer un gros train d'artillerie, que l'on ne pouvoit faire un état assuré sur le secours de la rivière d'Elbe par les hasards des gelées, et qui outre cela n'étoit navigable autant que je pouvois m'en souvenir que jusqu' à Aussig, et qu'il seroit plus aisé à S. A. E. de faire encore cette année le siège de Vienne en obtenant de la ville d'Ulm du canon et des munitions qui pourroient sans peine descendre le Danube et arriver à point nommé devant Vienne avec les troupes, qu'en même temps les troupes saxonnes pourroient faire le siège de Prague, surtout si l'on joignoit deux brigades d'infanterie prussienne du corps du prince d'Anhalt-Dessau, et que ce seroit faire une belle et glorieuse campagne, au lieu que, s'il se jettoit en Bohême avec partie ou toutes ses troupes, il se mettoit en risque de ne rien faire ni de l'un ni de l'autre côté par les embarras qui pourroient survenir soit par le Tyrol, par Vienne ou par la mauvaise saison. Mon raisonnement n'a pas été à son goût, je vois cependant par l'incertitude, dont l'on est ici, qu'il pourroit bien se faire que l'on ne résolût rien et que nous restassions sur le Danube, ci qui est selon moi le parti le plus sage et le plus sûr qu'il y ait à prendre pourvu que V. M. hâte la marche de ses troupes d'entrer en Moravie afin que les trois armées soient à portée l'une de l'autre et puissent concerter ensemble les mesures qui sont à prendre; car je vois bien que l'Électeur ne consentira pas que les troupes de V. M. fassent le siège de Prague, ainsi qu'il faudra le laisser bloquer par le corps des troupes françoises qui vient par Egre et qui est suffisant pour tenir la garnison de Prague en respect.

(Das Folgende eigenhändig). Je viens de sortir d'un conseil de guerre où j'ai été appelé; la pluralité des voix a été de marcher à Crems et à St. Pölten; comme les avis étaient partagés sur ce point, j'ai ouvert trois avis auxquelles il fallait se réduire,

savoir: si l'on pouvoit rester ici, si l'on voulait marcher en arrière et manger la Haute-Autriche ou si l'on voulait marcher en avant pour manger la Basse-Autriche et ôter cette subsistance à l'ennemi; tout le monde s'est réuni à mon avis de marcher en avant, puisque celui de rester ici était impossible et que celui de retourner en arrière était ridicule, puisque aucune nécessité ne nous y oblige. Voilà, Sire, à quoi soit réduit ce conseil. Je supplie V. M. d'être persuadée du très pressant respect avec lequel je serai toute ma vie, Sire, de V. M. le très humble etc.

## Anhang III.

Graf Moritz an König August, au camp de St. Pölten, 23. X. 1741. Loc. 1166.

Sire, V. M. verra par le projet de la lettre ci-jointe que je devois écrire à Mr. de Khevenhuller que je me suis vu au moment d'être le maître de pouvoir brûler les faubourgs de Vienne; la chose étant résolue et le détachement fait, mais comme rien n'est moins stable que les résolutions que l'on prend à cette cour, l'on a jugé à propos sur quelques lettres interceptées et écrites sans doute à dessein par les Autrichiens, dans lesquelles il étoit question de la sortie de Mr. de Neipperg de la Silésie et de sa marche vers la Bohême, de se retirer vers Enns et de se joindre aux autres troupes françoises qui sont en Bohême et qui doivent se rassembler vers Budweis, car la fantasie de l'Électeur est toujours d'aller à Prague.

Mon projet manqué sur Vienne j'ai voulu me retourner sur la Bohême ayant reçu aujourd'hui[1]) des lettres de Mr. le Maréchal de Belleisle, par lesquelles il me fait part qu'il me demande de

[1]) Die Tagesangabe ist unrichtig. Entweder meint Moritz in seiner lebhaften Erzählung den 19., oder er verschweigt dem König August, daß er den Befehl schon am 19. erhalten, aber ihn verheimlicht hat, um den Schlag gegen Wien auszuführen; das Eingeständnis der Wahrheit konnte August verletzen. Der sächsische Gesandte Loss wußte schon am 19. um den Befehl Belleisles; Moritz hatte ihn in Kenntnis davon gesetzt, aber gebeten, die Sache geheim zu halten.

l'Électeur avec 22 escadrons pour me faire passer en Bohême afin de me mettre à portée des troupes de V. M. et de me joindre à elles au cas qu'il fût nécessaire. Je viens de faire mon possible auprès de l'Électeur pour qu'il me laissa passer le Danube à Crems, mais il y a résisté et voyant enfin que je le poussois à bout, il m'a dit qu'il passeroit avec moi en Bohême. Cette proposition m'a fait peur et m'a arrêté tout court, car je ne suis pas assez neuf dans les affaires de la guerre pour ne pas savoir qu'il n'y a rien de si funeste à un homme de mon métier que de dépendre de toutes les fantaisies et les petites misères d'une cour.

Je marche donc de ce côté-ci du Danube avec l'Électeur pour passer à la hauteur d'Enns en Bohême et pour nous rassembler tous derrière la Moldau, les Bavarois passent à Crems et s'en iront à Budweis où ils arriveront quelques jours avant nous.

Je fais part de ce mouvement à V. M. par ce que je ne doute pas que les troupes saxonnes ne changent la disposition de leur marche devant être relative de la nôtre.

On a eu ici quelques inquiétudes sur des nouvelles de Vienne par rapport à un traité entre le général Neipperg et le Roi de Prusse; mais comme la cour de Vienne s'est servi des mêmes moyens pour donner de l'ombrage au Roi de Prusse contre la cour de Bavière l'on n'y a pas ajouté de foi. J'ai l'honneur etc.

Beiliegend eine Kopie des Briefes an Khevenhüller:

Aux faubourgs de Vienne le . . . X. 1741.

Je suis chargé, Mr., d'une commission fort dure. C'est de soutenir les demandes de Mr. . . . Commissaire des guerres qui a ordre de lever une contribution sur les faubourgs de Vienne et leurs environs. S. A. E. de Bavière a envoyé il y a quelques jours un trompette à Vienne pour faire savoir aux États à l'Autriche qu'ils eussent à envoyer des députés à son camp pour convenir des contributions. Vous avez, Mr., retenu ce trompette et la lettre de S. A. E. n'est pas parvenue à sa destination, ainsi S. A. E. se trouve obligé d'avoir recours à des moyens plus sévères pour faire venir les habitants à l'obédience. Vous ne sauriez, Mr., les empêcher plus longtemps de venir traiter sans les exposer à une ruine totale, et vous en serez seul responsable

auprès de S. M. la Reine de Hongrie. Car je ne dois pas vous cacher, Mr., que je ne savrois répondre des désordres et de la licence des soldats, si j'en suis obligé de prendre des otages de force dans ces faubourgs. Le pillage s'en suivra indubitablement, leur destruction pourroit s'en suivre aussi, ainsi que celle de toutes les maisons et châteaux des environs.

N'exposez pas, Mr., je vous en conjure, les habitants à une désolation si grande et ne les empêchez plus de venir traiter de la contribution, d'autant plus que cela n'a rien de commun avec la défense de votre place.

J'attends leurs députés avant la fin du jour avec d'autant plus d'impatience qu'il me seroit affreux d'en venir aux dernières extrémités. J'ai l'honneur d'être etc.

Folgt eigenhändig: Ce détachement a été résolu à Melk le 19 d'octobre et devoit s'exécuter depuis le 22 jusqu'au 26 de ce mois. L'incertitude, à laquelle nous sommes un peu sujets, l'a fait différer et manquer; sans cela la chose étoit sûre parceque la garnison de Vienne n'auroit osé sortir, étant trop faible pour se commettre avec un tel détachement, et comme mon intention étoit de donner copie de cette lettre aux concierges des maisons de plaisance des environs de Vienne et aux bourgeois des faubourgs, il y a apparence que cela auroit pu causer quelque trouble dans la ville dont le peuple est fort séditieux, ce qui auroit pu donner jour à une résolution plus grande.

Détachement du . . . X. 1741.

| | |
|---|---|
| Lieutenant Général . . . | le Comte de Saxe (1. Kav. Div.). |
| Maréchaux de Camp . . . | le Comte Berchény (2. Kav. Div.). |
| | le Comte D'Estrées (1. Kav. Div.). |
| | le Duc de Boufflers (4. Div.). |

Officiers détachés pour les grenadiers et les piquets:

| | |
|---|---|
| un brigadier . . . . . | Mr. de Charonn (2. Div.). |
| un colonel . . . . . | Mr. de Guerchy. |
| un lieutenant colonel . . | Mr. . . . . |
| un major . . . . . | Mr. . . . . |

Troupes:

| | |
|---|---|
| Cavallerie | Les Carabiniers (10 Schwadr. — 1. Kav. Div.).<br>Le Roi (3 Schwadr. — 1. Kav. Div.).<br>Orléans (3 Schwadr. — 1. Kav. Div.).<br>300 hussards (2 Schwadr. Ratkyhusaren — 1. Kav. Div.). |
| Dragons | Mestre de Camp (4 Schwadr. — 1. Kav. Div.).<br>Dauphin (4 Schwadr. — 1. Kav. Div.).<br>D'Arménonville (4. Schwadr. — 2. Kav. Div.). |
| Infanterie | La Brigade de Navarre avec les grenadiers (6 Bat.).<br>12 compagnies de grenadiers de l'armée.<br>12 piquets des mêmes bataillons.<br>Les compagnies franches (7 Komp.). |
| Artillerie | 4 pièces de campagne des longues avec leur munition.<br>1 chariot composé.<br>30 hommes de l'artillerie. |

Un commissaire des guerres . . . . . .

## Anhang IV.

Réflexions sur les Expéditions militaires de S. A. E. de Bavière, von dem sächsischen Gesandten am bayrischen Hofe, dem Staatsminister Christian von Loss, in St. Pölten d. 27. X. 1741 verfaßt.

§ 1. L'on s'étoit promis dans le temps, que S. A. E. se mit en campagne avec ses propres troupes et celles de la France, qu'il parviendroit dans l'espace de peu de mois à ses fins et s'empareroit du moins et de la Haute-Autriche et de la Bohême. C'étoit ce que les Français et les Bavarois prônoient tous les jours alors disant, qu'on avoit pris de justes mesures pour cet effet. Il ne faut pas douter que la chose n'eût été faisable; déjà on se rendoit maître de la Haute-Autriche sans peine et sans trouver ni empêchement ni résistance; si l'on s'étoit contenté d'être en possession de la Haute-Autriche et que, après y avoir laissé un corps de troupes suffisant pour garder cette province et après avoir bouché les passages de la Styrie pour garantir la Haute-

Autriche contre une invasion de ce côté-là, l'on eut d'abord pris le parti d'entrer en Bohême du côté de Linz et d'Enns et se fut emparé de la rivière de Moldau, il est probable qu'on auroit déjà fait beaucoup de chemins pour se soumettre ce royaume. Mais au lieu de cela on prit la résolution d'entrer dans la Basse-Autriche, pour faire, dit-on, subsister l'armée dans un pays, qui regorgeoit de pain et de fourage, et l'on fit courir le bruit, qu'on alloit faire le siège de Vienne. Je me trompe fort ou l'on n'avoit pas un dessein bien assuré dans ce temps-là, l'on disoit, que la marche dans la Basse-Autriche étoit une ruse de guerre pour porter le terreur à Vienne et pour y attirer toutes les troupes ennemies, après quoi on entreroit tout de suite en Bohême, laquelle on prendroit d'autant plutôt puisqu'on n'y trouveroit aucune opposition. Je crois moi, qu'on a eu envie plus d'une fois d'assiéger Vienne, si on avoit eu une armée assez nombreuse et de l'artillerie. Je crois encore que le Général Schmettau et le ministre prussien ont contribué de leur mieux à la marche de cette armée dans la Basse-Autriche, pour que le Général Neipperg fût obligé de quitter la Silésie et de venir au secours de Vienne. Ceux de la cour de la Reine de Hongrie paroissent avoir cru fermement que nous en voulions à Vienne, les mesures qu'ils ont prises avec précipitation pour la défense de cette place en font foi, quoique pour peu qu'ils eussent mis des espions en campagne ils auroient pu aisément se rassurer, vu que l'armée d'ici n'étoit jamais assez forte pour faire seulement une ligne de circumvallation et qu'elle ne menât avec elle dans la Basse-Autriche pas une seule pièce de canon de batterie, moins encore un mortier.

§ 2. Cependant on a perdu le temps, qui durant les quatre semaines qu'on se tient dans cette province a été très beau, extrêmement doux pour la saison et par conséquent fort propre aux opérations militaires, on s'est arrêté longtemps à Ips, plusieurs jours à Moelk et on s'arrête encore à cette heure à St. Poelten: Tout ce que l'on a fait se réduit à quelques escarmouches avec les hussards, à quelques fourages et à des contributions fort médiocres. Le fruit qu'on en tire c'est d'avoir ruiné une grande partie de la Basse-Autriche et d'avoir donné occasion à la cour de Vienne à en ruiner une autre partie puisqu'elle a retiré du plat pays autant de fourage et de grains qu'il a été humainement

possible pour en munir la ville de Vienne, où l'on a porté la terreur et la consternation.

§ 3. Il s'est agi du parti qu'on eut à pendre à l'heure qu'il est. Le dessein a été aller encore en avant jusques à Mautern et Crems, de s'y mettre à cheval sur le Danube et de bien garder le pont qu'on y avoit; les gens du métier qui s'y entendent disent que c'étoit là le meilleur qu'il y eut eu à faire, que cela auroit engagé Neipperg qui abandonne la Silésie de marcher le long de la Moravie avec son armée et de s'approcher de Vienne et de Pressbourg pour couvrir ces deux résidences, que conséquemment la Bohême seroit resté denuée de troupes, que celles de Saxe et le corps de troupes bavaroises et françoises sous les ordres de Minuzzi (Oberpfälzische Armee) auroient pu agir sans empêchement, se joindre au cas de besoin et s'emparer de Prague et de toute la Bohême, sans que Neipperg eut osé branler, qui auroit été tenu en échec par cette armée campée à Crems, laquelle auroit eu suffisamment de la subsistance étant sur le Danube et qu'enfin, s'il eut été nécessaire, celle-ci auroit pu en partie ou toute entière entrer de Crems en Bohême, que rien n'auroit été plus aisé que d'occuper le fameux camp de Tabor, par où l'on se seroit rendu maître de la rivière de Moldau. Tout ceci prouve assez au dire de ces guerriers expérimentés que l'on pouvoit encore tirer de l'avantage de ce qu'on étoit avancé si bas dans la Basse-Autriche.

§ 4. Mais bien loin de suivre ce plan, S. A. E. a pris la résolution de rétrograder, de s'en retourner par Moelk et par Ips jusqu'à Enns et d'entrer de ce côté-là en Bohême vers Budweis. Les troupes bavaroises, qui jusqu'ici avoient marché ensemble avec les françoises, se sont séparées depuis huit jours et ont passé le Danube entre Mautern et Crems après quoi elles ont défait le pont de bateaux qui y étoit et elles doivent marcher de l'autre côté du Danube jusque vers Budweis, où on veut se rejoindre.

Il y a encore une difficulté qui fait que nous nous arrêtons ici plusieurs jours au delà de ce que nous avions envie, c'est que le pont de bateaux qui étoit à Crems doit remonter jusqu'à Enns pour que l'armée françoise s'en puisse servir pour le passage du Danube et que l'on n'a pas songé à temps aux hommes, chevaux et cordages, dont on a besoin pour faire tirer les bateaux

en haut, lesquelles il faut assembler à présent avec mille peines, délai, qui nous fait perdre du temps: Encore il y a eu de grands débats sur le sujet du retour de l'armée à Enns et du passage de delà en Bohême. Plusieurs de la généralité françoise et les plus experts et principalement S. E. le Comte de Saxe en sont très mécontents, il y a beaucoup d'officiers subalternes jusques aux lieutenants et enseignes qui en murmurent: Il y en a parmi qui craignent que ce retour inopiné ne cause de la désertion, puisque le simple soldat, qui avoit cru aller en avant, s'ennuyoit de reculer, d'être à ne rien faire et à être fatigué par des marches inutiles. Les généraux qui s'entendent au métier disent que cette manoeuvre étoit une faute grossière, par laquelle on perdoit le meilleur fruit de la campagne après avoir perdu temps, qu'on se glorifieroit à Vienne de ce que l'Électeur avoit été obligé de se retirer, qu'on y respireroit un air libre et reprenderoit courage, que l'on feroit entrer Neipperg en Bohême avec son armée, que ce seroit lui qui iroit camper à Tabor et se rendroit le maître de la rivière de la Moldau, que par là il couvriroit Prague et romproit les desseins formés, que de là il pourroit s'en suivre qu'on fût obligé de rester tout l'hiver dans l'inaction et n'arrivât à son but en aucune manière, que par conséquent ce seroit à recommencer la campagne prochaine, qu'en attendant la cour de Vienne employoit le vert et le sec, soit pour se mettre en état de défense, soit pour faire des diversions aux alliés, soit pour semer de la zizanie entre eux, soit pour tâcher par les négociations d'améliorer ses conditions aux dépens des alliés.

§ 5. Tout ceci n'a point ébranlé S. A. E. et à dire la vérité, quoique l'on se donne la torture pour deviner les raisons, qu'elle a de s'en retourner, on ne sauroit les approfondir. S. A. E. dit qu'elle avoit déjà obtenu le but qu'elle s'étoit proposée en marchant dans la Basse-Autriche, qui avoit été de dégager le Roi de Prusse de l'armée de Neipperg, de fourager le pays et de le mettre en contribution, mais l'on ne se paye pas de ses raisons. Les Prussiens se formalisent de cette prétendue complaisance que l'Électeur prétexte avoir eu pour le roi, leur maître, disant: que celui-ci s'étoit déjà débarassé lui-même de Neipperg qui, après que Sa Majesté Prussienne eut passé la Neisse, s'étoit vu contraint de se retirer faute de subsistance; d'autres disent que le Roi de

Prusse auroit été dégagé également de Neipperg, quand même on seroit marché à Crems, on y ajoute que le fourage ne manqueroit pas encore dans ce pays et que les contributions qu'on avoit tirées étoient une grande bagatelle, après que l'on eut abandonné sans savoir pourquoi le dessein du détachement qui se devoit faire jusques aux faubourgs de Vienne; il se peut que les raisons suivantes peuvent avoir contribué à déterminer S. A. E. à cette rétrogradation: 1) l'empressement de conquérir la Bohême, de se rendre maître de Prague et de s'y faire couronner, à quoi elle croit peut-être de parvenir plutôt de cette façon que d'une autre. 2) le soupçon que, si les troupes saxonnes étoient les plus fortes en Bohême et qu'elles prissent Prague, on auroit de la peine à les en faire dénicher. 3) la déférence aux conseils du Comte de Toerring et l'idée, qu'il est pourtant plus glorieux que les troupes bavaroises soient entrées les premières en Bohême. 4) les conseils de quelques-uns, mais les moins entendus de la généralité françoise qui pour persuader S. A. E. se sont servis du motif ridicule, qu'il y avoit une bonne chausée d'ici à Enns par où l'armée pourroit s'en retourner avec commodité. 5) un reste de la crainte qu'on avoit ces jours passés, si le Roi de Prusse demeureroit ferme ou ne feroit peut-être une paix particulière. Ce sont en partie des conjectures qui peuvent être destituées de fondement.

§ 6. Le pis de l'affaire paroît être qu'il manque un vrai chef à l'armée de S. A. E., — avec tout le profond respect qu'on lui doit — n'ayant jamais commandé d'armée, n'a peut-être pas une connoissance assez étendue de l'art de la guerre ni l'expérience requise pour qu'elle puisse résoudre et prendre son parti: Finalement le Comte de Toerring ne paroît pas être fait pour pouvoir diriger une si grande machine: il y a de là jalousie non seulement entre les généraux françois et bavarois, mais encore entre la généralité françoise elle-même; on ne se règle pas extrêmement après le plan et les conseils du Maréchal de Belleisle, de quoi le ministre françois Beauvau s'afflige tellement qu'il en est malade et ne fait que se traîner. Il est à souhaiter que de tout ceci la cause commune ne souffre pas sensiblement et que tous ces retardements, inactions et changements de desseins n'y portent préjudice du moins en tant qu'on traîne en longueur, ce qui auroit pu être fini sans délai; ces longueurs pourront donner

occasion à la cour de Vienne de faire en sorte par ses négociations et intrigues qu'on ne se presse pas trop à la diète d'Élection de Francfort; on ajoute encore une réflexion peut-être aussi prématurée, qu' avec l'aide de Dieu inutile, qui est celle que lorsque le Général Neipperg dut être à même de se nicher en Bohême et d'y fortifier son armée, il lui pourroit prendre envie d'inquiéter par ses détachements les frontières de la Saxe par où on se verroit obligé de pourvoir à leur sûreté.

## Anhang V.

Moritz an Folard, Pisek, 29. I. 1742. Loc. 3060.

Je suis revenu hier, mon cher chevalier, de Dresde, où j'ai vu le Roi de Prusse; j'ose me flatter que je n'y ai pas été inutile aux troupes du Roi, mon maître. Vous saurez, quand vous recevrez celle-ci qui est arrivé à Linz, que les Bavarois se sont faits battre et que les ennemis sont maîtres de Linz et Schaerding et Passau, les voilà, où j'ai dit qu'ils seroient avant la prise de Prague. Dieu merci, tous mes collègues ont fait chacun leurs sottises; celle de Mr. de Ségur est impardonnable de ne s'être pas posté derrière l'Inn, en occupant Passau et Schaerding, on ne l'auroit jamais forcé derrière cette rivière, qui est infiniment plus rappide que le Rhône et qui ne gèle jamais: les Bavarois ne se seroient pas faits battre et les ennemis ne seroient pas maîtres de la Bavière avec la faculté de courir sur nos derrières, pour nous couper la communication avec la France, à quoi je ne mets aucun doute. Et d'où nous viendrons nos recrues? Nous avons passé le Rhin, 40000 hommes, bien complets et des belles troupes: on prétend que nous sommes réduits à 19000, tout cela par mal gouverne, car il n'y a pas eu 50 hommes de tués et nous n'avons eu ni désertion, ni maladie, mais nous en aurons bientôt. Je n'ose vous dire ce que nous sommes ici, l'audace et la contenance est une belle chose. J'étois allé à Dresde pour travailler à la réunion de nos troupes, j'en étois venu à bout, est arrivé le Roi de Prusse avec un projet de je ne sais quelle boutique, qui vouloit mener les Saxons dans la Moravie vers

Vienne jusque sur la Thaya et par delà pour faire diversion, disent-ils. Il faut bien que le démon de faire des pointes nous possède et j'ai envie d'en faire un traité que je dédierai . . . ., mais je ne prendrai pas mes réflexions dans les commentaires de César, ni dans les mémoires du Maréchal de Turenne. Je l'ai empêché ce projet parceque Prague restoit tout à découvert et les François qui sont ici. On a prêté les Saxons, pour aider le Roi de Prusse à prendre Iglau et marcher avec lui s'il veut attaquer les ennemis qui sont à Tabor et à Budweis; s'il ne veut qu'engraisser ses troupes dans la Moravie, qui est un pays tout neuf, on le laissera faire et les Saxons se rejoindront aux François auprès Prague. Vous trouverez dans ces résolutions de la fidélité, du courage et de la sagesse; je ne rougirai jamais en les donnant pour miennes.

## Anhang VI.

Tatsächlicher Bestand der sächsischen Armee Ende 1742.
Loc. 2678.

Kavallerie:

| | | |
|---|---|---|
| Gardes du Corps . . . . . | 759 | Pferde. |
| Carabiniers Garde . . . . . | 774 | = |
| 8 Reg. Kürassiere zu 394 Pferden . . . | 3152 | = |
| 4 Reg. Dragoner zu 402 Pferden . . . | 1608 | = |
| 3 Chevau-legers zu 753 Pferden . . . . | 2259 | = |
| 23 Kompanien Tataren zu 90 Pferden . | 2070 | = |
| Summa | 10622 | = |

Infanterie:

| | | |
|---|---|---|
| Leibgrenadier-Garderegiment . . . . . | 1580 | Köpfe. |
| Feldartilleriebataillon . . . . . | 580 | = |
| 15 Reg. Infanterie zu 1690 Köpfen . . . | 25350 | = |
| 4 Reg. Landmiliz zu 2000 Köpfen . . . | 8000 | = |
| Summa | 35510 | = |

Summa Summarum 46 132 Mann.

# Anhang VII.

Ébauches d'Idées

comment parvenir à conduire les affaires embrouillées d'à présent à un heureux dénouement. 1. II. 1743. Loc. 2679 u. 3336.

Comment on voit que l'Angleterre commence à envisager le Roi de Prusse et sa conduite comme il faut, on croit pouvoir s'expliquer d'autant plus confidemment envers elle et lui avouer naturellement qu'on croit trop difficile, si non impraticable la façon, dont jusqu'ici elle a voulu continuer à soutenir la Maison d'Autriche en commençant par faire elle-même la guerre à la France, tant par ce que celle-ci ne manquera pas de ressources pour se défendre vigoureusement, que par ce que les mauvaises intentions du Roi de Prusse, dont il donne des marques assez claires, pourroient faire regretter à jamais à l'Angleterre d'avoir poussé les choses trop loin sans aucune considération sur les suites dangereuses et irréparables, qui en pourroient résulter et sans avoir écouté aupauravant ses véritables amis, qui ne professent que la cordialité.

Le plan fait seul avec la Reine de Hongrie et la guerre ainsi continuée à la légère contre la France ne sauroit manquer de donner les meilleures armes au Roi de Prusse pour parvenir à son grand but de devenir le dictateur de l'Empire et d'anéantir entièrement le credit et l'influence que les Anglois y ont eu jusqu'ici. Car peut-on trouver quelque chose de plus plausible que le voile artificiel dont ce prince sait couvrir ses mauvaises desseins. Il dira qu'il ne s'oppose aux entreprises de l'Angleterre que 1. pour empêcher que l'Empire ne devienne le théâtre de le guerre générale et ne soit exposé à la merci des troupes françoises qui ne garderoient alors plus aucun ménagement; 2. par ce qu'il voit que la Reine de Hongrie, excitée par l'Angleterre ne cherche qu'à satisfaire sa haine particulière aux dépens de l'Empire, lequel se voyant ainsi exposé à sa ruine totale voudroit sans doute profiter des sentiments patriotes du Roi de Prusse et concourir avec lui au même but.

Il rendra ce langage encore plus plausible en disant qu'étant satisfait il ne veut plus gagner et n'offre son puissant appui à l'Empire que pour l'amour du maintien de sa liberté.

L'Angleterre aura bien de la peine à combattre ce langage; car quelque simulé qu'il soit, il ne laisse pas que d'être fort plausible, et la plupart des princes de l'Empire, qui auront plus à coeur leur conservation que les intérêts particuliers de la Reine et les vues de l'Angleterre accepteront sans balancer les offres du Roi de Prusse.

Mais si l'Angleterre considère et prend à coeur un tel danger, il y aura moyen de prévenir le mal et de trouver un dénouement aux affaires embrouillées d'à présent d'une manière que le credit des puissances maritimes et en particulier celui de l'Angleterre de même que l'équilibre soient rétablis en Allemagne; la Maison d'Autriche non seulement maintenue, mais encore aggrandie plus qu'elle n'est actuellement; et ensuite la France confinée dans de justes bornes; et tous les amis de l'Angleterre contentés jusqu'à l'Espagne même, par où l'Angleterre pourroit obtenir une paix avantageuse à son commerce en Amérique, ce qui feroit bien hausser le credit du roi et de son ministère auprès de la nation et elle ménageroit bien des millions et du sang humain.

Les moyens de parvenir à ces buts seroient la convocation d'un congrès et le sacrifice d'une partie de l'Italie, laquelle la Reine ne sauroit sans cela conserver en entier, mais en revanche de quoi elle pourroit regagner la comté de Glatz et toute la Silésie, à une partie près qui en devroit rester à Sa Majesté Polonoise.

Voici l'explication de ce plan:

Il faudroit que les puissances maritimes conjointement avec le Roi de Pologne et la Reine de Hongrie commençassent sans délai par proposer aux parties belligérantes un armistice et un congrès limité à un certain temps.

Ni l'Empereur, ni la France, ni le Roi de Prusse ne devroient trouver à redire à la détermination d'un congrès; puisque cela convient parfaitement aux sentiments pacifiques, qu'ils ont prônés jusqu'ici, et du moment que les puissances maritimes en seroient d'accord avec les cours de Vienne et de Pologne, on se trouveroit en état de soutenir cette proposition, qui seroit sans doute applaudie et appuyée par la plus grande partie de l'Empire et d'autres puissances bien intentionnées.

Au congrès même il faudroit examiner la solidité des prétensions d'un chacun sans égard à des conventions particulières,

extorquées contre tout droit par la force desarmes, et, si alors la Reine pour se tirer entièrement d'affaires s'offroit en secret à quelque sacrifice en Italie tant pour le roi de Sardaigne que pour l'Infant Don Philippe et à quelque autre convenance pour l'Empereur de même qu'à la cession d'une partie de la Basse-Silésie pour S. M. Polonoise, toutes les parties, à l'auteur de tous les troubles d'à présent près, seroient contentes et se réuniroient pour faire rendre de gré ou de force l'injuste conquête que le Roi de Prusse a faite de la Silésie et de la comté de Glatz, qui reviendroient à la Reine de Hongrie et de Bohême et qui lui vaudroient beaucoup plus que toutes les cessions ensemble qu'elle feroit à S. M. Polonoise, à l'Empereur, au Roi de Sardaigne et à l'Infant Don Philippe.

Il paroît clair que c'est là le chemin le plus sûr que l'Angleterre puisse choisir pour rétablir l'ancien système de l'Empire avec les puissances maritimes, et ceci une fois fait, on sera mieux en état qu'aujourd'hui de faire conjointement avec l'Empire et les amis et alliés, dont on se sera d'autant mieux assuré en attendant, tête à la France et de la contenir dans de justes bornes.

Si l'Angleterre goûte ce plan et règle avant toute chose à l'amiable les affaires entre le Roi de Pologne et la cour de Vienne sur le pied de nos dernières demandes préalables, dont on a chargé Mr. de Villiers, S. M. s'employera volontiers à faire accepter la proposition d'un congrès à la France, et en cas que contre meilleure attente cette couronne le refusât, S. M. Polonoise entrera de toutes ses forces dans les mesures que l'Angleterre conjointement avec ses autres amis voudra prendre contre la France.

---

## Anhang VIII.

Weisung an Flemming, Dresden, 7. III. 1744. Loc. 2679.

Le principal but de l'envoi du courrier Bannasch, porteur de ces dépêches, est pour vous avertir, Mr., de ce que le Comte Esterhazy vient de nous dire dans la dernière confidence et comme une marque convaincante de la conformité des sentiments des deux cours, savoir que la sienne avoit envoyé, il y a environ deux ou

trois mois, un plan à Mr. Wasner, pour qu'il sondât là-dessus le terrain de loin et sur le pied de ses idées particulières; que suivant le dit plan la paix auroit dû se faire en même temps avec l'Empereur, la France et l'Espagne. Que le premier y auroit dû gagner deux millions de revenus de plus qu'il n'en avoit eu avant le commencement de la guerre; que la France, n'y auroit rien gagné ni perdu et qu'elle se seroit sans doute volontiers contentée du compte que l'Empereur, son allié, y auroit trouvé, d'autant plus que l'Espagne auroit aussi dû avoir quelque chose; que nous n'y avions pas été oubliés et qu'enfin il n'y auroit eu que le Roi de Prusse seul, qui s'en seroit mal trouvé.

Le Comte Esterhazy n'a point voulu s'expliquer d'avantage sur le détail de ce plan, dont il dit, qu'il n'y avoit que la Reine de Hongrie, le Grand-Duc et un seul ministre, qui en avoient connaissance. Vous jugez bien, Mr., que ce seroit justement là, où nous souhaiterions voir les choses, et c'est aussi quasi l'unique moyen à débrouiller le cahos, dans lequel les affaires se trouvent actuellement, et à parvenir à la fin à une pacification générale et solide, si l'Angleterre vouloit seulement y écouter; mais le Lord Carteret au premier propos, que le Sieur de Wasner lui en a tenu comme de son chef, l'a d'abord rejeté avec tant d'emportement que le Sieur de Wasner a eu toutes les peines pour l'apaiser et ne croit pas oser lui en reparler, avant que l'Angleterre ne soit revenue d'avantage de ses préjugés en faveur du Roi de Prusse.

---

## Anhang IX.

Promemoria, Beilage zur Instruktion Flemmings, datiert 20. I., ausgehändigt 23. I. 1744. Loc. 2679.

L'Angleterre qui s'attache ordinairement à la conservation de l'équilibre en Europe et à son rétablissement toutes les fois qu'elle le trouve dérangé principalement entre les deux grandes maisons d'Autriche et de Bourbon, doit déjà s'apercevoir à regret, que depuis l'aggrandissement du Roi de Prusse par l'acquisition de la Silésie, qu'elle lui a prouvée, ce démembrement considérable des États délaissés par feu l'Empereur Charles VI a tellement affoibli

la Maison d'Autriche, qu'elle aura toujours à redouter un voisin si puissant et risquera d'en être inquiétée aussi souvent qu'elle se trouveroit engagée ailleurs dans une guerre surtout contre la France, avec laquelle il n'auroit qu'à entendre sous main pour arracher encore à la succession d'Autriche d'autres morceaux considérables qu'il trouveroit lui convenir.

Cela étant, il s'agit dorénavant de plus d'un objet d'équilibre à observer et la Couronne d'Angleterre a besoin de songer aux moyens et à trouver les poids nécessaires pour contrebalancer non seulement la Maison de Bourbon, mais aussi celle de Prusse et même toutes les deux ensemble, tant que les Anglois ne se portent pas à redresser le passé en coopérant avant toute chose à remettre la Prusse dans de justes bornes et à faire ravoir la Silésie à la Reine de Hongrie, par où celle-ci et la Saxe regagneroient le dos assez libre pour pouvoir ensuite assister l'Angleterre plus hardiment qu'à l'heure qu'il est dans son projet d'ailleurs louable d'abaisser le trop grand pouvoir de la France. Comme il n'y a que le Roi de Prusse qui par sa contenance mystérieuse et puissament armée ainsi que par ses influences prédominantes dans l'Empire et par ses intelligences secrètes avec la France empêche, que l'Angleterre ne sauroit parvenir à bout de l'abaissement de cette couronne ni à une paix honorable et avantageuse avec l'Espagne, le Roi de la Grande-Bretagne et son ministère ne peuvent pas manquer de réfléchir sur le cas qui peut arriver que la chance tourne et les oblige à finir la guerre par celui qui l'a commencée. Dans ces circonstances il paroît que, s'ils ne trouvent pas plus à propos de commencer par ce dernier (à quoi tous ses voisins concourront volontiers): le meilleur qu'ils ayent à faire pour le présent seroit de travailler conjointement avec nous et les États Généraux à sauver et à concilier l'Empereur avec la Reine de Hongrie, en tâchant en même temps de le tirer des mains de la France et de la dépendance du Roi de Prusse, d'autant plus que la plupart des autres princes de l'Empire s'y arrêtent et croient, qu'à moins de cela le repos public et l'ancien système n'y sauroient être rétablis. Cette réconciliation devant naturellement produire le rétablissement d'une meilleure harmonie et d'une confiance convenable entre le chef et les membres de l'Empire irrésolus, la Couronne d'Angleterre pourra ensuite trou-

ver plus aisément moyen d'engager le Corps Germanique dans une guerre contre la France et espérer plus sûrement de réussir à abaisser cette couronne. L'Angleterre pourra en même temps s'y préparer de loin et de se précautionner auparavant contre tout incident qui pourroit l'y troubler, en formant une grande alliance défensive contra quoscunque, sans nommer personne, entre nous, l'Angleterre, la Reine de Hongrie et la Russie et en y faisant accéder la Hollande et plusieurs princes de l'Empire.

Dazu: Remarques sur le projet de l'instruction à donner au Comte de Flemming.

... Pour porter l'Angleterre plus aisément à accéder au traité avec l'Autriche (d. i. das Wiener Bündnis), il seroit nécessaire de lui faire entendre qu'on regarde les engagements susdits comme un acheminement à des liaisons encore plus confidentes et particulières .... Si on objecte, que par une pareille insinuation on ne feroit que fortifier la Cour Britannique dans le faux principe d'abaisser la France: on peut raisonnablement espérer que, lorsqu'on aura établi avec la dite Cour de la Grande-Bretagne des liaisons plus confidentes, on sera aussi à porté, que dans l'état où sont les affaires à présent, de lui faire goûter nos avis et conseils, soit pour le rétablissement d'une paix générale ou pour un accommodement particulier entre les cours de Francfort et de Vienne ou par rapport aux idées que nous avons contre le Roi de Prusse. Sachsen ist bereit, gegen Subsidien Truppen zu stellen; d'ailleurs si nous voulons engager la nation britannique à favoriser un jour les desseins, que nous avons contre le Roi de Prusse, il paroît être nécessaire de l'y préparer de loin par quelque service agréable et qui puisse nous concilier d'avance son amitié et sa confiance.

Biblioteka Główna UMK
300047049437

## Thesen.

Der ludolfinische Aufstand darf nicht, wie Maurenbrecher, D. Kaiserpolitik Ottos I., Sybels Hist. Zeitschr., V, will, als eine auf nationalen Motiven beruhende Reaktion gegen die italienische Politik Ottos I. angesehen werden.

Kaiser Friedrich III. widerstrebte der Wahl seines Sohnes Maximilian zum Römischen König.

Wenn auch Lehmanns Hypothese über den Ursprung des siebenjährigen Krieges abgelehnt werden muß, so ist trotzdem Delbrücks Folgerung (Erinnerungen, Aufsätze und Reden, S. 241 ff.) unrichtig, daß wir dann unser Werturteil über Friedrich den Großen revidieren müssen.

26463
30.
Biblioteka Główna UMK
300047049437

A. Favorke, vorm. Eduard Trewendts Buchdruckerei, Breslau.

26463
BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU